

I n h a l t

1.	Zulässigkeit von Ton- und Bildaufnahmen	764
2.	Bericht der Bürgermeisterin zum Voranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck für das Rechnungsjahr 2016	764
3.	Bericht des Vorsitzenden des gemeinderätlichen Ausschusses für Finanzen, Subventionen und Beteiligungen	767
4.	Bericht des Finanzdirektors Dr. Pühringer zum Jahresvoranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck für das Rechnungsjahr 2016	769
5.	Voranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck für das Rechnungsjahr 2016	774
5.1	Allgemeine Wechselrede (Parteienerklärungen)	774
	GR Appler	774
	Bgm.-Stellv. Kaufmann	778
	StR Mag. Fritz	781
	GR Grünbacher	785
	GR Federspiel	788
	GR Vescoli	791
	GR Dr. Stemeseder	794
	GR Kritzinger	795
5.2	Besondere Wechselrede (Spezialdebatte)	797
	Gruppe 0 Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung	797
6.	Hofer Bernhard, MSc, "Für Innsbruck" (FI), Angelobung	809
5.2	Besondere Wechselrede (Spezialdebatte), Gruppe 0 - Fortsetzung	809
	Dienstpostenplan 2016 für BeamtInnen und Vertragsbedienstete der Stadt Innsbruck mit allen Zuweisungen (einschließlich Innsbrucker Immobilien GmbH & Co KG {IIG}, Innsbrucker Soziale Dienste GmbH {ISD} sowie Tiroler Landestheater und Innsbrucker Symphonieorchester GesmbH; jedoch ohne Zuweisungen an Innsbrucker Kommunalbetriebe AG {IKB})	810
	Gruppe 1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit	810
	Gruppe 2 Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft	825
	Gruppe 3 Kunst, Kultur und Kultus	835
	Gruppe 4 Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung	844

	Gruppe 5 Gesundheit	844
	Wasenmeistereigebühren	846
	Gruppe 6 Straßen- und Wasserbau, Verkehr	846
	Gehsteigbeitrag und Erschließungsbeitrag	848
	Gruppe 7 Wirtschaftsförderung	848
	Gruppe 8 Dienstleistungen	849
	Abfallgebühren	849
	Gehwegreinigungsgebühren	849
	Friedhofsgebühren	849
	Marktgebühr	849
	Gruppe 9 Finanzwirtschaft	849
	Hundesteuer	850
5.3	Haushaltssatzung 2016 sowie Ausführungsbestimmungen für den Voranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck für das Rechnungsjahr 2016	850
5.4	Abstimmung zur Annahme des ordentlichen und außerordentlichen Haushaltplanes sowie des gesamten Haushaltes 2016 einschließlich der Liste der Änderungen nach 2. Lesung	850
5.5	Untervoranschlag für das Jahr 2016 des Gestellungsbetriebes der Stadt Innsbruck	850
5.6	Dienstpostenplan für das Jahr 2016 des Gestellungsbetriebes der Stadt Innsbruck	851

N i e d e r s c h r i f t

über die 12. Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Innsbruck am 03. Dezember 2015 zur Behandlung des Voranschlages der Landeshauptstadt Innsbruck für das Rechnungsjahr 2016

Ort:	Rathaus, 6. Obergeschoß, Plenarsaal (Gemeinderatssitzungssaal)
Dauer:	15:00 Uhr bis 19:00 Uhr 19:25 Uhr bis 20:23 Uhr 20:25 Uhr bis 22:55 Uhr
Vorsitzende:	Bgm. ⁱⁿ Mag. ^a Oppitz-Plörer
Anwesende und entschuldigte Gemeinderätinnen bzw. Gemeinderäte:	siehe <u>beiliegende</u> Anwesenheitsliste
Ferner anwesend:	MD Dr. Holas VertreterInnen der Beamtenschaft, der Presse und des Rundfunks
Schriftführerinnen:	Raggl (bis 15:45 Uhr) Mag. ^a Plankensteiner (ab Seite 774) Spielmann (ab Seite 810)

Bgm.ⁱⁿ Mag.^a Oppitz-Plörer: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung des Innsbrucker Gemeinderates.

Mein Gruß gilt den Damen und Herren des Gemeinderates, den erschienenen ZuhörerInnen, den RepräsentantInnen der Beamtenschaft und der Medien.

Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest.

1. Zulässigkeit von Ton- und Bildaufnahmen

Bgm.ⁱⁿ Mag.^a Oppitz-Plörer: Laut § 25 Abs. 1 Stadtrecht der Landeshauptstadt Innsbruck 1975 (IStR) hat der Gemeinderat die Zulässigkeit von Ton- und Bildaufnahmen zu beschließen.

Beschluss (einstimmig):

Die Aufnahmen von Ton und Bild werden genehmigt.

Bgm.ⁱⁿ Mag.^a Oppitz-Plörer übergibt den Vorsitz an Bgm.-Stellv.ⁱⁿ Mag.^a Pitscheider.

2. Bericht der Bürgermeisterin zum Voranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck für das Rechnungsjahr 2016

Bgm.ⁱⁿ Mag.^a Oppitz-Plörer: Geschätzte Mitglieder des Innsbrucker Gemeinderates, sehr geehrte MitarbeiterInnen der Stadt Innsbruck, sehr geehrte Damen und Herren, die dieser Gemeinderatssitzung heute beiwohnen, sehr geschätzte InnsbruckerInnen!

Zu Beginn meiner Budgetrede bedanke ich mich bei Finanzdirektor Dr. Pühringer, beim Amtsvorstand der Mag.-Abt. IV, Finanzverwaltung und Wirtschaft, Mag. Verdross, bei der Referatsleiterin der Mag.-Abt. IV, Budgetabwicklung und Finanzcontrolling, Mag.^a Dejakum und bei Isabel Stern, BA, für die sehr gute Arbeit im Rahmen der Vorbereitung und der Erstellung des Jahresvoranschlages der Landeshauptstadt Innsbruck für das Rechnungsjahr 2016. Es sind diejenigen Personen, die mit mehr oder weniger großer Gelassenheit unsere Ideen und Vorstellungen - die oft sehr unkonventionell und rasch kommen - in Zahlen gießen und umsetzen müssen.

Danke auch an die Innsbrucker Gemeinderatsfraktionen, die sich sehr intensiv mit dem Jahresvoranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck für das Rechnungsjahr 2016 befasst haben. Bei den Regierungsfractionen bedanke ich mich für die konstruktive und sehr zielstrebige Zusammenarbeit und Erarbeitung dieses noch nie dagewesenen Gestaltungs- und Investitionsbudgets 2016.

Sehr geschätzte InnsbruckerInnen, ein sehr großes und herzliches Dankeschön gebührt

auch Ihnen! Sie sind es, die mit Ihren Leistungen und dem Geleisteten, mit Ihrem Engagement für die Gesellschaft, mit Ihrem Kümmern und mit ihrer Toleranz allen Generationen gegenüber, mit ihrer Art des Lebens in Innsbruck und den daraus resultierenden Bedürfnissen den "Innsbrucker Weg" weisen. Sie sind es, die Zukunftsperspektiven für die Finanzmittelverwendung vorgeben.

Wir leben in einer sehr bewegten und immer komplexer werdenden Zeit. Durch unser Informationszeitalter erfahren wir diese Veränderungen zeitnah und unmittelbar.

Wir haben oft das Gefühl, dass sich die Welt noch nie so schnell verändert hat wie jetzt und dass wir uns mitten im Auge des Taifuns befinden. Wir erleben das Weltgeschehen vor dem Fernseher, über Internet und sonstige Medien - wenn wir wollen, rund um die Uhr - von jedem Ort aus. Diesen Informations- und Nachrichten-Hype erleben wir jetzt schon seit einigen Jahren und er prägt und beeinflusst unser Leben.

Doch es gibt einen großen Unterschied zu früher: Durch die jetzt herrschenden Bürgerkriege in Syrien und einigen Staaten Afrikas und den damit einhergehenden humanitären Katastrophen an den Außengrenzen der Europäischen Union (EU) sind wir - in Österreich, in Tirol und in Innsbruck - direkt und für jede/n einzelne/n BürgerIn spürbar, betroffen, weil hunderttausende Menschen vor Tod, Enthauptung, Vergewaltigung, Terror, Folter, unvorstellbaren Gräueltaten auf der Flucht sind und nach Europa wollen. Nach der monatelangen Odyssee will der Großteil dieser Menschen weiter nach Deutschland oder Skandinavien. Ein Teil will bei uns um Asyl ansuchen.

Das ist eine große Herausforderung für jedes europäische Land, so auch für Österreich, besonders für die Gemeinden und Städte, für die Gesellschaft, für unsere Bevölkerung. In der mittelalterlichen Tradition macht es eine Stadt aus, dass Menschen sich im Stadtgebiet aufhalten und im Stadtgebiet leben.

Viele Menschen machen sich Sorgen: Wie ist dies zu bewältigen? Was heißt das für mich persönlich und was ändert sich für mich? Ist mein sozialer Status in Gefahr? Was tun diese Menschen hier? Wie werden sie in unsere Gesellschaft eingegliedert?

Sozial benachteiligte Menschen fürchten um ihre Existenz, um die Unterstützung, um die Solidarität der Gesellschaft. Nicht mit dem Finger hinzeigen nützt, sondern nur das Handeln. Das Handeln ist die erste und vornehmste Aufgabe einer Stadt, eines Staatesgebildes, hier den Menschen Sicherheit in vielerlei Hinsicht zu geben.

Wir wissen und sagen es immer wieder: Wir in diesem Gemeinderat waren nicht für die Finanzkrise verantwortlich. Wir waren nicht für das Finanzdesaster der Hypo Alpe Adria verantwortlich, für das wir alle - auch als BürgerInnen - bezahlen. Wir können auch nicht die humanitäre Katastrophe an den EU-Außengrenzen und die Konflikte in den Krisenregionen lösen.

Wir tun das, was wir können. Wir können unsere Rahmenbedingungen - und zwar in mittelalterlicher Sichtweise - für alle Menschen, die auf unserem Stadtgebiet leben, die sich hier aufhalten, ändern bzw. verbessern.

Was wir mit Überzeugung und Tatkraft tun, ist, mit diesem Jahresvoranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck für das Rechnungsjahr 2016

- den InnsbruckerInnen Stabilität, sozialen Frieden, Lebensqualität, Versorgungssicherheit und Investitionen in die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder zu gewährleisten,
- als Gestaltungsfaktor ein starkes Zeichen setzen, dass aufgrund der Krisen und bewegten Zeiten eben nicht weniger, sondern mehr in die Zukunft investiert wird.

Wir tun das mit einer noch nie dagewesenen Investitionskraft von über € 110 Mio. im außerordentlichen Haushalt, mit der wir den Wirtschafts- und ArbeitnehmerInnen-Standort stärken. So sichern umgerechnet etwa € 100.000,- an Investitionen einen Jahresarbeitsplatz!

Mit diesem Impuls-Haushalt 2016 werden Infrastruktur, Werte und Vermögen für viele Generationen in der Stadt Innsbruck geschaffen. Wir schaffen Vermögen mit dem Haus der Musik, dem Kletterzentrum am ehemaligen Areal der Wagner'schen Universitätsdruckerei (WUB), dem Football Zentrum Tivoli, dem Neubau des Wohn-

und Pflegeheims Pradl, Haus A, dem Spielplatz Kranebitten, den Volksschulsanierungen Angergasse, Neu-Arzt und Siegmairstraße, dem Neubau des Management Centers Innsbruck (MCI), der neuen Straßenbahn, der größten Wohnbauoffensive seit den Olympischen Spielen und vielen anderen Projekten mehr.

Das sind Werte und das ist Vermögen, das allen InnsbruckerInnen gehört, das deren Lebensqualität und den Wert der Stadt Innsbruck erhöht. Deshalb ist es nicht nur eine Investition in dieses Gebilde Stadt, sondern wir investieren in die Menschen und deren Zukunft: Sie haben damit etwas in der Hand, es gehört ihnen, sie können es nutzen. Das sind die Lebensqualität und der Wert, den die Menschen in der Stadt spüren.

Der soziale Friede, das soziale Miteinander und der soziale Zusammenhalt machen unsere Landeshauptstadt Innsbruck aus. Das wird von den BürgerInnen der Stadt Innsbruck nicht nur geschätzt, das wird auch in den verschiedensten Formen und Initiativen gelebt.

Ich habe mich eingangs dafür bedankt. Ein weiterer Dank gilt an dieser Stelle auch den vielen Ehrenamtlichen und Freiwilligen, die in unserer Stadt in vielen Bereichen unsere hilfsbedürftigen Menschen und die Menschen, die auf der Flucht sind, betreuen.

Wir wissen, dass die Kostensteigerungen im Sozialbereich enorm sind. Wenn man zum Beispiel nur die Gruppe 4 "Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung" betrachtet: Hier haben wir eine Steigerung um 7 % auf € 61,8 Mio.! Dabei sind noch nicht einmal die Transferleistungen an die Innsbrucker Soziale Dienste GmbH (ISD) miteingerechnet.

Ende des Jahres 2014 hatten in unserer Stadt über 7.000 Menschen Anspruch auf Mindestsicherung. Die Stadt Innsbruck trägt hier 35 %, das Land Tirol 65 % der Kosten. Unser Anteil ist also beinahe € 8 Mio. In zehn Jahren sind hier die Kosten um etwa 115 % gestiegen!

Natürlich erschweren diese hohen "Sozialkosten" die Ausgangslage für ein Budget. Diese Unterstützungen sind aber für viele Tausende benachteiligte Menschen unser aller solidarischer Anteil an einem sozialen

Zusammenleben, bei dem kein Mensch ausgegrenzt wird. Auch das ist Vermögen und ein unschätzbarer Wert in einer Gesellschaft. Ich denke, darauf können wir doch auch stolz sein!

Dieses Budget mit über € 350 Mio. im ordentlichen Haushalt und einem Investitionshaushalt von über € 110 Mio. reflektiert eine moderne pulsierende soziale Stadt Innsbruck und geht auf die Bedürfnisse und die Lebensart unserer BürgerInnen ein. Das Budget spiegelt eine Stadt mit unglaublich hoher Lebensqualität wider.

Dieses Gestaltungsbudget verdeutlicht, dass wir in der Stadt Innsbruck das Heft des Handelns in die Hand nehmen, nicht zaudern, nicht zögern, sondern offensiv die großen Herausforderungen im urbanen Leben angehen. Nicht jammern, sondern handeln, das ist unsere Devise.

Ja, dieser Jahresvoranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck für das Rechnungsjahr 2016 ist engagiert, mutig, tatkräftig und dynamisch. Wir investieren viel Steuergeld. Wir verschwenden keine Energie in irgendwelche Blockaden, sondern setzen viel Energie frei, um uns mit Lösungen zu beschäftigen.

Wir haben in guten Konjunktur-Zeiten - daran dürfen wir uns immer wieder erinnern - Schulden zurückbezahlt. Deshalb können wir jetzt massiv in die Zukunft von Generationen investieren und Werte schaffen. Es ist so!

Wir setzen nun in kurzer Zeit viele Großprojekte um. Es wird viel parallel realisiert, weil wir auch Chancen wahrnehmen. Gott sei Dank können wir das, weil die Umsetzungsvoraussetzungen jetzt gegeben sind, weil andere Gebietskörperschaften jetzt als PartnerInnen bereitstehen und der Bedarf der Menschen für solche gesellschaftlichen Investitionen jetzt da ist. Die Situation ist jetzt reif und die Wirtschaft mit ihren Arbeitsplätzen ruft nach Impulsen.

Es wäre in höchstem Maße unvernünftig, sich diese Chancen entgehen zu lassen. Mit Zögern und Zaudern könnten sie sehr schnell vergeben sein. Letztlich geht es immer um den Standort Innsbruck.

Außergewöhnliche Zeiten erfordern außergewöhnliche Lösungen. Wir werden stark in der Umsetzung gefordert sein. Auch aus

diesem Grund freut es mich, dass wir die Stadtregierung und die amtsführenden Stadtsenatsmitglieder auf eine breitere Basis stellen konnten.

Die folgenden Jahre werden sicher als Umsetzungs-, Schaffungs- und Realisierungsjahre in der Stadtgeschichte eine wichtige Phase sein - Bgm.-Stellv.ⁱⁿ Mag.^a Pitscheider hat es heute wieder angesprochen -, auch weil wir viel sanieren.

Die Innsbrucker Immobilien GesmbH & Co KG (IIG), eine unserer wichtigsten Töchterunternehmen, kann nach einem Rekordbauvolumen von € 65 Mio. im Jahr 2015 dies im Jahr 2016 nochmals auf € 70 Mio. steigern. Das ist ein Gesamtinvestitionsniveau von € 150 Mio. in diesen beiden Jahren. Daran sieht man, welche Umsetzungskraft die Stadt Innsbruck hat. Ich würde sagen, nicht nur die Stadt Innsbruck, sondern besonders auch die IIG kann man als Vorzeigeunternehmen bezeichnen.

Es ist ja alles ein Kreislauf und gerade in den öffentlichen Budgets stellt sich vieles als solcher dar. Wir sichern damit nicht nur den Unternehmen die Möglichkeit, Kommunalsteuer leisten zu können, sondern die Kommunalsteuer, die im nächsten Jahr mit € 55 Mio. veranschlagt ist, fließt wieder über die Infrastruktur in die Unternehmen zurück. Das ist wichtig und kommt den mehr als 90.000 Menschen, die in unserer Stadt arbeiten, letztlich zugute.

Wir sichern zudem mit unseren 30 Beteiligungen das wirtschaftliche Vorankommen von mehr als 5.000 Menschen. Ich darf mich an dieser Stelle auch bei den MitarbeiterInnen in unseren Beteiligungsgesellschaften bedanken. Wir haben eine sehr enge Abstimmung und sie werden als Familie gesehen. In den Beteiligungsgesellschaften werden ja tagtäglich wichtige Maßnahmen für die Grundversorgung der BürgerInnen erbracht. Wir dürfen also zu Recht auf die Leistungen unserer Beteiligungsgesellschaften stolz sein.

Ich komme nun zum Abschluss. Wenn Sie sich einmal einen Tag Zeit nehmen und durch die Stadt Innsbruck gehen, dann sehen Sie, wie gut sich diese Stadt entwickelt und wie viele Projekte in Umsetzung sind oder jüngst umgesetzt wurden:

Schulen, Kindergärten, Sportanlagen, Wohnanlagen - die Stadt Innsbruck ist ja laufend in Grundstücksverhandlungen, wie beim Campagnereiter-Areal -, Wohn- und Pflegeheime, Kultur- und Veranstaltungsgebäude, Straßenbauhof, Notschlafstelle, Sinfonia-Projekt zur Energieeffizienz. Die Umbrügler Alm wurde eröffnet. Für das Haus der Musik wurde der Grundstein gelegt und beim Kletterzentrum am WUB-Areal hatten wir den Spatenstich. So sind im Investitionshaushalt über 60 Einzelprojekte enthalten. Das spüren die Menschen und das sehen die Menschen.

Es gibt da einen guten Vergleich. Wenn man die Wirtschaftskraft und Dynamik einer Stadt sehen möchte, sollte man zuerst einen Blick auf die Anzahl der Kräne werfen, die aufgestellt sind. Je mehr in einer Stadt stehen, desto besser geht es ihr.

Dieser Jahresvoranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck für das Rechnungsjahr 2016 ist von Tatkraft, engagiertem Handeln und von Umsetzungswillen geprägt. Das Budget geht auf unser urbanes Leben, auf die Bedürfnisse und Art des Lebens der InnsbruckerInnen ein. Wir schaffen Werte und Vermögen über Generationen hinaus.

Ich wiederhole nochmals: Viele Dinge finden nicht mehr nur virtuell statt. Viele Krisen und Entwicklungen sind in den Städten und Gemeinden, bei unseren BürgerInnen angekommen. Es sind nicht immer einfache Zeiten, doch wir nehmen trotzdem das Heft des Handelns in die Hand. Wir wollen VorreiterInnen sein. Wir sind ImpulsgeberInnen für die Wirtschaft, für Arbeitsplätze und ein dynamisches, lebenswertes, pulsierendes und modernes Innsbruck.

Dafür stehen wir ein und aus diesem Grund kann ich Ihnen nur mit bestem Wissen und Gewissen die Zustimmung zu diesem Jahresvoranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck für das Rechnungsjahr 2016 empfehlen.

Bgm.ⁱⁿ Mag.^a Oppitz-Plörer übernimmt den Vorsitz von Bgm.-Stellv.ⁱⁿ Mag.^a Pitscheider.

3. Bericht des Vorsitzenden des gemeinderätlichen Ausschusses für Finanzen, Subventionen und Beteiligungen

GR Carli: Zu Beginn möchte ich mich bei den MitarbeiterInnen der Mag.-Abt. IV, Finanz-, Wirtschafts- und Beteiligungsverwaltung, speziell bei Finanzdirektor Dr. Pühringer, dafür bedanken, dass es uns immer möglich ist, zu ihm zu kommen. Dabei werden all unsere Fragen rasch und kompetent beantwortet. (Beifall von allen Seiten)

Ein weiterer Dank geht speziell an Elisabeth Schapfl, Mag.-Abt. I, Kanzlei für Gemeinderat und Stadtsenat. Sie betreut den Ausschuss für Finanzen, Subventionen und Beteiligungen und bereitet die Dinge immer wunderbar vor. Manches würde ohne sie nicht so funktionieren. (Beifall von allen Seiten)

Bedanken möchte ich mich auch bei den KollegInnen des Ausschusses für Finanzen, Subventionen und Beteiligungen. Wir haben dort eine sehr konstruktive Zusammenarbeit und die Beschlüsse werden meist einstimmig gefällt.

Wir befinden uns nach wie vor in einer politisch und wirtschaftlich sehr angespannten Situation. Laut Prognose der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) wird das Bruttoinlandsprodukt (BIP) zwar von heuer 0,8 % auf 1,3 % im Jahr 2016 steigen, wir wissen aber, dass viele Faktoren heute noch unbekannt sind, die diese Prognose beeinflussen werden. Auch in der Vergangenheit waren die Vorhersagen meist höher als die realen Ergebnisse.

Wir haben einen Jahresvoranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck vorliegen, der im außerordentlichen Haushalt Ausgaben in der Höhe von € 110 Mio. aufweist. Das ist immerhin eine Steigerung von knapp € 28 Mio. gegenüber dem Jahresvoranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck für das Rechnungsjahr 2015 und knapp € 39 Mio. gegenüber dem Rechnungsabschluss 2014. Ich gehe nun nicht näher auf die Zahlen ein, da diese von Finanzdirektor Dr. Pühringer später präsentiert werden.

In Anbetracht der doch noch gedämpften wirtschaftlichen Entwicklung ist es keine ganz leichte Aufgabe. Ich glaube auch, dass

diese Summe vielleicht manchem/er Bauchweh bereitet. Dennoch handelt es sich hier um Investitionen in die Zukunft. Investitionen, die die Stadt Innsbruck modern machen und die uns auch helfen werden zu sparen.

Dazu nur zwei Beispiele: Für das Regional- und Straßenbahnsystem werden wir im Jahr 2016 € 33 Mio. ausgeben. Bauten wir es aber nicht, würde uns das über Jahrzehnte gerechnet weitaus mehr kosten. Auch wenn das manche hier anders sehen, würden wir z. B. viel mehr Geld für Busse und Personal benötigen.

Für die Seilbahnen und Lifte sind für das Jahr 2016 € 1,5 Mio. vorgesehen. Das ist ein noch kleiner Teil von dem, was uns der Patscherkofel gesamt kosten wird. Wenn wir aber die Patscherkofelbahn nicht so wie geplant bauten, würden wir für die Renovierung der alten Bahnen, zusätzliche Personalkosten usw. über die Jahrzehnte weitaus mehr Geld benötigen. Eine Alternative wäre es, keine Bahn auf den Patscherkofel zu haben.

Ich bin davon überzeugt, dass es gerade jetzt richtig ist, dass Kommunen in Projekte investieren, von denen nachkommende Generationen profitieren, die den wirtschaftlichen Standort stärken und Arbeitsplätze sichern.

Ein weiteres Beispiel, wie sinnvoll Geld eingesetzt werden kann, sehen wir an den Zahlen des Innsbrucker Energieentwicklungsplanes (IEP). Es wurden bis Oktober 2015 Förderungen in der Höhe von etwas mehr als € 1 Mio. vergeben. Die daraus resultierenden Investitionen betragen allerdings knapp mehr als € 9,5 Mio. Es ist also nicht nur gut für die Umwelt, sondern auch gut für die Wirtschaft und die Geldbörse der BewohnerInnen der sanierten Häuser.

Auch im Jahr 2016 sind wieder € 1,5 Mio. für den IEP budgetiert. Dafür, dass das wieder möglich war, möchte ich mich auch als Vorsitzender der IEP-Steuerungsgruppe ganz herzlich bei der Ressortzuständigen Bgm.-Stellv.ⁱⁿ Mag.^a Pitscheider bedanken.

Mehr Sorge habe ich eher, was die Einnahmensituation anbelangt. Uns trifft die Steuerreform mit einer Mindereinnahme von etwa € 8 Mio. Das betrifft nicht nur das

kommende Jahr, sondern auch die folgenden.

Seit Jahren verändern sich die Einnahmen aus den Bedarfszuweisungen nicht. Dadurch sinkt der Anteil am Gesamtkuchen, in Prozenten gerechnet, von Jahr zu Jahr. Das ist ebenfalls eine Thematik, die es anzugehen gilt, auch weil die Stadt Innsbruck immer mehr Aufgaben von Land und Bund zu übernehmen hat.

Die Regierungskoalition hat so gut wie alle im Arbeitsübereinkommen vereinbarten Projekte abgearbeitet. An manchen wird noch gearbeitet und manche andere werden wir möglicherweise nicht ausführen. Ich denke da z. B. an den Ausbau der Grassmayr-Kreuzung.

Im Namen des Ausschusses für Finanzen, Subventionen und Beteiligungen stelle ich folgenden Antrag:

Der Gemeinderat möge

1. dem Jahresvoranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck für das Rechnungsjahr 2016 mit dem Dienstpostenplan 2016 für BeamtInnen und Vertragsbedienstete der Stadt Innsbruck mit allen Zuweisungen,
2. dem Jahresvoranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck für den außerordentlichen Haushalt 2016,
3. der Neufestsetzung der Gebühren und sonstigen Abgaben für das Haushaltsjahr 2016,
4. der Haushaltssatzung 2016 sowie den Ausführungsbestimmungen für den Voranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck für das Rechnungsjahr 2016 und
5. dem Untervoranschlag 2016 mit dem Dienstpostenplan 2016 für den Gestellungsbetrieb der Stadt Innsbruck

die Zustimmung erteilen.

Zum Jahresvoranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck für das Rechnungsjahr 2016 sind keine Einsprüche eingelangt. (Beifall von allen Seiten)

Bgm.ⁱⁿ Mag.^a Oppitz-Plörer: Ich darf Finanzdirektor Dr. Pühringer, der uns eine übersichtliche Präsentation vorbereitet hat, um seinen Bericht zum Jahresvoranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck für das Rechnungsjahr 2016 bitten.

4. Bericht des Finanzdirektors Dr. Pühringer zum Jahresvoranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck für das Rechnungsjahr 2016

Finanzdirektor Dr. Pühringer: Ich bedanke mich, hier nach einem Jahr Pause wieder referieren zu dürfen.

Sie kennen die Präsentation bereits, da die Klubs schon seit Jahren die Möglichkeit haben, eine Vertretung aus der Mag.-Abt. IV, Finanzverwaltung und Wirtschaft, anzufordern, die in Klubklausuren oder -sitzungen Vorabinformation gibt. Die Aufgabe und Gelegenheit, den Jahresvoranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck für das Rechnungsjahr vorab zu präsentieren, nehmen wir natürlich sehr gerne wahr. In diesem Jahr erfolgte die Präsentation durch Mag. Verdross und durch mich.

Heute werden wir uns kurz mit dem Kostenrahmen und den entsprechenden Fragen beschäftigen: Was bedeutet er herabgebrochen auf die Stadt Innsbruck? Wie sehen zusammengefasst die Eckdaten des Jahresvoranschlages der Landeshauptstadt Innsbruck für das Rechnungsjahr 2016 aus und wie die Projekte des Investitionshaushaltes? Ein weiterer politisch sehr wichtiger Bereich sind die Subventionen.

In einzelnen Kapiteln gebe ich einen Überblick über den Schuldenstand, die Rücklagen und den Ausblick auf die mittelfristige Finanzplanung.

Die folgende Darstellung ist jetzt etwas verzerrt, dient aber nur dazu, dass man sich die Größenordnungen vor das Auge ruft. Es zeigt den Haushalt der Europäischen Union (EU) mit € 142 Mrd. und mit € 75 Mrd. - immerhin mehr als der Hälfte davon - den Haushalt der Republik Österreich. Weiters sehen Sie eines der neun Bundesländer, das Land Tirol, mit € 3,5 Mrd. und ganz klein - für Tiroler Verhältnisse doch immerhin sehr groß - seine wirtschaftlich stärkste Gemeinde, die Landeshauptstadt Innsbruck,

mit einem Gesamtvolumen von € 472 Mio. für das nächste Jahr.

Es geht dabei um viel Geld und es geht um Steuergeld. Es geht aber auch um Geld, das wir erwirtschaften. Man sollte immer darauf hinweisen, dass die Gemeinden, im Unterschied zu den Ländern, selbst Sorge tragen müssen, dass das Geld eingeht. Dazu ein kurzer Vergleich: Die Landesfinanzabteilung zählt zwölf Köpfe inklusive der Vorstände und wir sind 80 Personen in der Mag.-Abt. IV, Finanz-, Wirtschafts- und Beteiligungsverwaltung, weil wir auch dafür sorgen müssen, dass das Geld eingeht. Wir können nicht beim Bundesministerium (BMF) für Finanzen eine Kontonummer hinterlegen und das Geld fließt automatisch.

Ich komme nun kurz zum zeitlichen Ablauf der Entstehung des Jahresvoranschlages der Landeshauptstadt Innsbruck für das Rechnungsjahr 2016. Im Frühling 2015 wurden die Dateien, aufgeteilt in Investitionshaushalt und ordentlicher Haushalt, an die Abteilungen versendet und von den MitarbeiterInnen der einzelnen Dienststellen befüllt. Damit kam es zu einer ersten Runde auf BeamtlInnenebene, dem 1. Ausdruck. Heuer hatten wir in diesem Bereich relativ wenig gestrichen.

In einem nächsten Schritt beschäftigte sich damit zum ersten Mal das politische Gremium, der Ausschuss für Finanzen, Subventionen und Beteiligungen, in der 1. Lesung des Jahresvoranschlages der Landeshauptstadt Innsbruck für das Rechnungsjahr 2016. Anschließend fanden politische Beratungen statt und der Jahresvoranschlag kehrte mit diesem Ergebnis zurück in den Ausschuss für Finanzen, Subventionen und Beteiligungen zur 2. Lesung.

In der Folge wurde der Jahresvoranschlag den Gemeinderatsmitgliedern zugestellt und öffentlich aufgelegt. GR Carli hat als Vorsitzender des Ausschusses erwähnt, dass keine Anmerkungen dazu eingingen. Es wurde auch an den Amtstafeln, im Internet und im Rathaus publiziert, wann und wo BürgerInnen Einsicht in den Jahresvoranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck für das Rechnungsjahr 2016 nehmen können. Zu unserer großen Überraschung sind, wie in den Vorjahren übrigens auch, keine Einsprüche erfolgt. Damit sind wir heute in der

Budgetsitzung des Gemeinderates angelangt.

Ab 01.01.2016 beginnt der Vollzug. Rechnungen werden bis Ende Jänner 2017 und interne Rechnungen der Mag.-Abt. IV, Fuhrpark und Werkstatt, der Mag.-Abt. I, Informationstechnologie und Kommunikationstechnik, etc. bis Ende Februar 2017 akzeptiert.

Dann gehen diese Unterlagen zu der wirklichen Seele der Mag.-Abt. IV, Finanz-, Wirtschafts- und Beteiligungsverwaltung, Brigitte Krampfl, der Amtsleiterin der Mag.-Abt. IV, Rechnungswesen. Sie erstellt mit ihren MitarbeiterInnen den Rechnungsabschluss, der dann diesem Gremium, dem Gemeinderat, zur Prüfung und Erledigung vorgelegt wird.

Sie weisen den Rechnungsabschluss der Kontrollabteilung zu. Diese fragt nach, lässt sich Unterlagen vorlegen, holt Stellungnahmen ein und spielt an den Kontrollausschuss weiter. Letztendlich wird im Gemeinderat die Entlastung der Bürgermeisterin für das Rechnungsjahr 2016 beschlossen. Das wird im November 2017 erfolgen.

Was will ich damit sagen? Es gibt zwei Mitarbeiterinnen, Mag.^a Dejakum und Isabel Stern, BA, die sich ausschließlich um das Budget kümmern, und es beschäftigt uns nicht nur einige Monate pro Jahr, sondern doch über einen längeren Zeitraum.

Nun komme ich zu den Prognosen und wie sie im größeren Kontext zu sehen sind. Die vorhin genannte OECD-Prognose wurde ja mit 1,3 % nach unten korrigiert. Die Österreichische Nationalbank (OeNB) ist mit 1,9 % etwas optimistischer, was den Aspekt des Wirtschaftswachstums für das kommende Jahr betrifft. Große Sprünge werden wir da aber alle nicht machen.

Woher kommt nun der Anstieg im privaten Konsum? Er kommt aus der Steuerreform. Vielleicht hier nochmals ein Sprung zurück zu den vorherigen Ausführungen. Es geht nicht darum, dass die Abgabenertragsanteile sinken, sondern dass der Zuwachs weniger stark ist, als es uns das Bundesministerium für Finanzen angekündigt hat. Das sind diese € 8 Mio. Das heißt, die österreichischen Gemeinden finanzieren diese Steuerreform aktiv mit. Leider oder Gott sei Dank werden Sie alle - auch ich - das in der

Geldbörse spüren, aber dieses Geld fehlt natürlich dann an anderer Stelle.

Die Inflation wird deutlich unter 2 % bleiben. Ich denke, es gibt Hinweise darauf, dass diese Prognose nach unten, auf 1,8 %, revidiert wird. Sie sehen, dass die Prognosen, ob das nun die der OeNB, der OECD, des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) oder des Instituts für Höhere Studien (IHS) sind, relativ knapp beisammen liegen.

Die Arbeitslosigkeit ist für österreichische Verhältnisse stabil hoch. Wenn Sie sich vergegenwärtigen, wie viele Menschen da dahinterstecken, dann wäre das etwa die Bevölkerung des gesamten Großraums der Landeshauptstadt Graz. Das ist doch eine stattliche Anzahl von Männern und Frauen, die ohne Beschäftigung sind.

Wie sehen für uns nun konkret die Rahmenbedingungen aus? Wie so oft im Leben: Fluch und Segen gleichzeitig! Niedere Energiepreise helfen uns z. B. bei der Innsbrucker Verkehrsbetriebe und Stubaitalbahn GmbH (IVB), denn Strom und Diesel sind deutlich billiger zu haben. Auf der anderen Seite schmelzen uns die Erlöse im Energiesektor bei der Innsbrucker Kommunalbetriebe AG (IKB AG) weg.

Dennoch muss man festhalten, dass die Energiepreissituation und auch die Schwäche des Euros und die Niederzinspolitik die Konjunktur stützen. Es ist ein bisschen ein Lesen im Kaffeesud, aber es geht in Summe jetzt schon viel länger als wir uns das alle im Jahr 2008 gedacht haben. Immerhin stehen wir kurz vor dem Jahr 2016.

Die Arbeitslosigkeit ist für unsere Verhältnisse nach wie vor hoch. Die Vermögensverschiebungen können wir auch nicht wegdiskutieren. Das gerät gerne in Vergessenheit, wie überhaupt in Hinblick auf die aktuelle Situation viele wichtige Zukunftsthemen nicht mehr so stark zur Sprache kommen werden. Was ist mit den Pensionen, dem Gesundheits- oder dem Bildungssystem?

Es ist eine große Tragödie, was rund um die Hypo Alpe Adria passiert ist, aber man sollte sich schon vor Augen halten, dass wir diese Summe jährlich in das Pensionssystem stecken. Ob wir uns das ewig so leisten werden können, als Gesamtgefüge, wage

ich zu bezweifeln. Das schleift außerdem irrsinnig lange nach. Solche Dinge werden momentan leider zu wenig diskutiert.

Frau Bürgermeisterin hat es schon angesprochen. Es sind unvorstellbare Tragödien, die sich in Europa und am Rande von Europa abspielen, in Asien und jenseits des Mittelmeeres in Afrika. Ich glaube, dass das uns alle, vielleicht GR Kritzingen ausgenommen, betreffen könnte. Wenn ich mir vorstelle, ich müsste meine Kinder zusammenpacken!

Was will ich damit sagen? Das hat auch konkret Auswirkung auf den Jahresvoranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck für das Rechnungsjahr 2016. Informell haben wir, Mag. Verdross und ich, das Gespräch mit dem Land Tirol, Gruppe Soziales und Gesundheit, gesucht. Sie geben dort noch keine offiziellen Zahlen heraus, haben aber bereits Schätzungen vorgenommen. Wir können davon ausgehen, dass das, was im Jahresvoranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck für das Rechnungsjahr 2016 vorgesehen ist, mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht ausreichen wird. Warum wird das bei uns schlagend? Menschen mit positivem Asyl-Bescheid haben Anspruch auf Mindestsicherung wie Miete, Erstausrüstung, Kleidung etc.

Ich habe es vorher schon erwähnt, die Inflationsmarke werden wir aller Voraussicht nach verfehlen. Bildung und Forschung als Schlüsselfaktoren der Zukunft sind platte Aussagen, aber stimmen einfach, deshalb kann man sich da relativ kurz halten.

Durch die Vorgaben laut Stabilitätspakt und Maastricht-Kriterien sind wir nicht mehr so frei und können künftig nur noch für bestimmte Unterabschnitte des Budgets Darlehen aufnehmen. Wenn Sie im Voranschlag relativ weit zurückblättern, beginnend bei den Unterabschnitten 85 bis 89 - Gärtnerei, Gestellungsbetrieb, Veranstaltungszentren, Seilbahnen und Lifte, öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) oder Heime Westendorf -, da können wir Darlehen aufnehmen, die nach Maastricht-Kriterien oder Stabilitätspakt nicht schädlich sind. Andere Dinge gehen dann nicht mehr so einfach. Beim Bau des Management Centers Innsbruck (MCI) z. B., fiel unser Beitrag zur Umsetzung nicht hinein.

Wie sinnvoll solche Regelungen sind, das ist eine andere Diskussion, aber ich glaube, die werden wir heute nicht führen. Der letzte Punkt kommt Ihnen bestimmt bekannt vor. Das Prinzip der Sparsamkeit steht nicht zum ersten Mal hier. Wahrscheinlich haben das schon meine Vorgänger Dr. Schmid und ganz sicher Dr. Hörnler gesagt, dass für das Haushaltsjahr dieses Prinzip gilt.

Weil man es in den letzten Jahren immer getreulich beachtet hat, sind wir überhaupt in der Lage, diese Investitionen, die wir für nächstes Jahr neu oder in Fortsetzung vorhaben, tragen und stemmen zu können.

Bei der Grafik zur freien Finanzspitze - nicht erschrecken - beachten Sie bitte die Achsenbeschriftung. Wir sprechen hier von den Rechnungsabschlüssen der Jahre 2009 bis 2014. Für die Jahre 2015 und 2016 haben wir nur die Jahresvoranschläge. Es wird für das Jahr 2015 doch um einiges besser aussehen, sowohl was die freie Finanzspitze anbelangt als auch die prognostizierten Darlehensaufnahmen.

In der Grafik sehen Sie die Vorgaben, die wir in Absprache mit Frau Bürgermeisterin und Finanzreferentin in der Verwaltung gemacht haben. Ohne Anstieg beim Personal kommt man nicht aus. Diese Steigerungen setzen sich aus mehreren Komponenten zusammen. Das sind zusätzliche Dienstposten, die Vorrückungen innerhalb des Systems Öffentlicher Dienst und die Valorisationen. Diese hat man gerade auf Bundesebene verhandelt und auf Ebene der Stadt Innsbruck die Umsetzung mit 1,3 % beschlossen. Es gibt ein weiteres Thema, den Vorrückungstichtag, das uns im Jahr 2016 treffen wird. Das haben Sie sicher auch schon mehrfach gehört.

Nach der 2. Lesung haben wir eine Unterdeckung. Das bedeutet mehr Ausgaben als Einnahmen im ordentlichen Haushalt von über € 10 Mio. und geplante Kreditfinanzierungen für Investitionen in die Innsbrucker Kommunalzukunft von fast € 55 Mio.

In der letzten Zeile sehen Sie, wieviel der außerordentliche Haushalt 2014 und 2015 betragen hat. Sie sehen, wir geben hier kräftig Gas. Ich denke, die Firmen und ihre MitarbeiterInnen spüren das auch.

Hier nun der Zahlenrahmen in der Gesamtübersicht. Die Einnahmen im ordentlichen

Haushalt betragen € 342 Mio., die Ausgaben € 352 Mio. Das ergibt in diesem Haushalt einen Zuschussbedarf von knapp über € 10 Mio.

Wie finanzieren wir den ordentlichen Haushalt? Ein großer Teil erfolgt durch die Ertragsanteile. Das sind die Anteile der Stadt Innsbruck an den großen Massensteuern, die wir vom Bund überwiesen bekommen. Weitere Einnahmen sind der Getränkesteuersatz, gemeindeeigene Steuern mit den wesentlichsten, Kommunal- und Grundsteuer. Bei den Benützungsgebühren macht den Löwenanteil der Abfall aus.

Wofür verwenden wir dieses Geld? Ein gutes Drittel fließt in den Gesamtbereich Personal, Pensionen und Gehälter, in die Zuführung zum außerordentlichen Haushalt, die Landesumlage - eine Besteuerung durch das Land Tirol, die es schon sehr lange gibt und historisch herleitbar ist -, die konsequent steigt, wie auch in den Krankenhausbeitrag. Wir haben glücklicherweise kein eigenes Krankenhaus, aber bezahlen jedes Jahr um 5 % mehr in den Tiroler Gesundheitsfonds ein.

Die gesamten Umlagen im Sozialbereich wurden schon mehrfach angesprochen. Durch Infrastrukturmaßnahmen schmilzt die freie Finanzspitze etwas zusammen. Sie sehen hier die Annahme, die wir für das Jahr 2015 budgetiert haben. Wir werden sehen, wie das dann tatsächlich aussieht.

Wie finanziert sich der außerordentliche Haushalt? Dies geschieht durch Sonderfinanzierungen. Das sind im Wesentlichen Beiträge Dritter, Eigenmittel, Bedarfszuweisungen des Landes Tirol, gedeckelt mit € 9 Mio., und Fremdmittel, also Darlehen.

Wofür geben wir das Geld aus? Die Zahlen wurden, nachdem wir bei Ihnen in den Klubs waren, nochmals überarbeitet. Ich kann sie Ihnen schicken, dann muss ich sie hier nicht vorlesen.

Dies ist nun eine Grafik, die ich sehr interessant finde und die man vielleicht auch einmal in Ruhe außerhalb der Budgetsitzung thematisieren sollte. Ich halte es für wichtig, dass Sie als Mitglieder des höchsten Gremiums der Stadt Innsbruck sich das immer wieder vor Augen halten: Wie schaut ein Teilaspekt der finanziellen Beziehungen

zwischen dem Land Tirol und seiner Landeshauptstadt aus?

Der Bund überweist nicht direkt an uns, sondern an das Land Tirol. Das sind Gemeindegelder, die das Land Tirol einnimmt und damit den Gemeindeausgleichsfonds (GAF) speist. Sie sehen hier die Tendenz, die leicht steigend ist. Man sieht aber beim Anteil der Stadt Innsbruck, der politisch verhandelt wurde, diesen Fixbetrag von € 9 Mio. Hier gibt es nur einmal einen Ausreißer, wegen eines kleinen Beitrags für die Anschaffung eines Feuerwehrautos.

Die fixe Größe oder der Anteil, den wir aus dem GAF bekommen, geht prozentuell immer weiter nach unten, der Anteil, den wir einzahlen, gewichtet nach der Finanzkraft II, der steigt ständig. Die Schere geht also auseinander.

Bitte halten Sie sich auch immer vor Augen, dass es drei große Blöcke gibt, die von allen 279 Gemeinden nur die Stadt Innsbruck treffen. Das ist der Aspekt Bezirksverwaltung: Wir sind die einzige Gemeinde Tirols, die die Kosten von fast € 10 Mio. für die Bezirksverwaltung selbst tragen muss.

Wir sind die einzige von 279 Gemeinden, die eine Berufsfeuerwehr unterhalten muss, die natürlich auch über die Stadtgrenzen hinaus agiert, wenn ein Einsatzfall dies notwendig macht. Wir sind auch die einzige der 279 Gemeinden, die einen Beitrag zum Landestheater bezahlt. Wobei wir von je her das Grundstück gratis zur Verfügung stellen usw.

Dazu kommt dann das Argument, dass wir dafür auch die Kommunalsteuer einnehmen. Das ist von der Größenordnung her aber nicht zu vergleichen. Vielleicht kann das bei anderer Gelegenheit diskutiert werden. Ich will Sie damit jetzt nicht allzu lange aufhalten.

Wenn Sie jetzt eine/n VertreterIn des Landes Tirol vor sich hätten, würde sie/er sagen, das ist ein Vergleich von Äpfeln mit Birnen. Man mixt hier die Landesumlage mit den GAF-Mitteln usw. Das ist aus unserer Sicht aber kein Vermischen, denn man muss es immer im Gesamten sehen. Es basiert auf geltendem Recht, aber könnte durchaus thematisiert werden.

Dass es der Stadt Innsbruck so gut geht, ist ein Märchen, das die VertreterInnen des

Landes Tirol auf politischer und beamteter Ebene immer verbreiten. Die Situation stellt sich aus meiner Sicht wesentlich anders dar. Das ist aber ein generelles Thema und geht über den Jahresvoranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck für das Rechnungsjahr 2016 hinaus.

Wir haben diese Zahlen, die ich Ihnen gerade erläutert habe, auch grafisch umgesetzt. Damit sind wir beim nächsten Abschnitt der Präsentation.

Wofür geben wir im Investitionsbereich diese Gelder aus? Sie kennen das von der politischen Diskussion her, von den verschiedenen vorberatenden Ausschüssen und zum Teil auch von den AufsichtsrätInnen. Es sind sehr tolle Projekte dabei, finde ich. Im Nachhinein bin ich immer wieder erstaunt, wenn ich mir die fertigen Dinge ansehe.

Politisch auch sehr wichtig sind die Subventionen. Viele Vereine leben davon, könnten ohne diese, die sie im Regelfall nicht nur von der Stadt Innsbruck erhalten, nicht überleben. Sie sehen es in der ersten Zeile: Die Zahlen gehen im Vergleich zum Jahr 2014 von über € 15 Mio. auf knapp € 14,6 Mio. leicht zurück und gliedern sich in vier große Bereiche: Die Jahressubventionen, die Sondersubventionen, den Sondersubventionstopf, der für nicht vorhersehbare Anträge da ist, und die kirchlichen Angelegenheiten. Da haben Sie ja gerade in der vorhergehenden Gemeinderatssitzung die Subvention für St. Pius X. beschlossen, weil man beim Dom zu St. Jakob noch nicht so weit ist, die Außensanierung durchzuführen.

Der nächste Bereich ist die Gegenüberstellung von Schuldenstand und Rücklagen. Lassen Sie sich auch hier bitte nicht verunsichern. Sie sehen wieder unten an der Achsenbeschriftung Rechnungsabschluss und Voranschlag. Wir werden voraussichtlich für das Jahr 2015 nicht die Dimension des Jahresvoranschlags benötigen. Damit wird die Kurve in Summe natürlich flacher.

Wie verhalten sich nun die Rücklagen? Wir haben einige verwendet. Die Universitätsrücklage ist die Refundierung der Grundsteuer, die die Universität Innsbruck (UNI) seit der Gründung der Bundesimmobilien-gesellschaft m.b.H. (BIG) bezahlt. Es ist ein freiwilliger Beschluss der Stadt Innsbruck

unter Führung von Frau Bgm.ⁱⁿ Mag.^a Opitz-Plörer, dass die UNI das Geld in einer Rücklage dotiert bekommt. Über die Verwendung kann man dann gemeinsam entscheiden.

Die Rücklagen für die Errichtung von Garagen und Stellplätzen sind Ersatzzahlungen im Bauverfahren. Die Rücklage für Bildungs- und Kulturbau ist für das Haus der Musik bestimmt. Da sind die € 9 Mio. eingepackt, die der Bund schon bezahlt hat. Es ist ja erfreulich, wenn jemand schon vor Baubeginn seinen/ihren Beitrag leistet, auch wenn er in Summe durchaus höher sein könnte als diese € 9 Mio.

Die Erneuerungsrücklage ist im Prinzip für Neuanschaffungen geplant. Unter Punkt 2. sehen Sie die Rücklage für die Bedeckung des geplanten außerordentlichen Haushalts.

Wichtig ist auch der mittelfristige Finanzplan. Das heißt, es werden die Aussichten für die Jahre 2017 und 2018 mitberücksichtigt. Sie sehen hier, dass die Tendenz in etwa gleich bleibt. Wir haben im Bereich der Straßenbahn noch viel vor uns, genauso wie den Löwenanteil im Bereich der Seilbahnen. Da sind für das nächste Jahr € 1,5 Mio. eingestellt. Der große Brocken für den Neubau wird im Jahr 2017 kommen. Es gibt also noch genug zu tun.

Wir werden uns einiges überlegen, wie wir das darstellen - natürlich sauber und richtig - und Ihnen zur Beschlussfassung empfehlen können.

Wie schon mehrfach angedeutet, hat Frau Bürgermeisterin Gespräche über Finanzierung mit dem früheren Vizekanzler und Bundesminister für Finanzen, Mag. Molterer, der damals noch bei der Europäischen Investitionsbank (EIB) tätig war, geführt. Das wurde dann vertieft. Jetzt war ein Projektprüfungsteam bei der Innsbrucker Verkehrsbetriebe und Stubaitalbahn GmbH (IVB) und es sieht relativ positiv aus. Sie haben uns jetzt nach den letzten zwei Urgegnen nochmals getröstet und gesagt, dass sie sich noch vor Weihnachten sicher melden werden.

Das sind schon sehr attraktive Finanzierungsangebote, die wir bekommen werden. Mehr möchte ich dazu noch nicht sagen, aber es ist eine Bank der Europäischen Union (EU), die nichts verdienen muss. Das

bringt natürlich einen gewissen Vorteil. Sie kann uns Konditionen bieten, die in jenem Bereich liegen, wie sich die Republik Österreich finanziert.

Damit bin ich schon am Ende und möchte die Gelegenheit nützen, mich bei einigen Personen zu bedanken. Es hat im Haus zwei Kollegen gegeben, Wolfgang Jara und Egon Wimmer, Mag.-Abt. IV, Budgetabwicklung und Finanzcontrolling, die ihre Aufgabe fast 40 Jahre gemacht haben. Sie sind beide in den wohlverdienten Ruhestand getreten. Nun gibt es zwei neue Kolleginnen, Mag.^a Dejakum und Isabel Stern, BA, bei denen ich mich, wie schon Frau Bürgermeisterin, bedanken möchte.

Der Übergang ist natürlich nicht ganz reibungslos erfolgt, aber wir hoffen, dass das in den nächsten Jahre nicht mehr sein wird. Bestimmte Dinge lagen unmittelbar in unserem Bereich, andere nicht. Dafür entschuldige ich mich. Es ist heuer sicher einiges anders abgelaufen als üblich, das muss ich auf meine Kappe nehmen. Es ist eben nicht ganz leicht, wenn man das Erbe von Menschen antritt, die fast 40 Jahre sehr gute Arbeit geleistet haben.

In unserer Abteilung sind, im Verhältnis zu ihrer Größe, sehr viele neue Köpfe mit im Spiel. Es gab fast 25 % an Neubesetzungen durch Pensionierungen etc. Da bitte ich Sie um Verständnis und bedanke mich ausdrücklich bei diesen vier Personen. Ich bedanke mich bei Mag. Verdross und den anderen Amtsvorständen der Mag.-Abt. IV, Finanz-, Wirtschafts- und Beteiligungsverwaltung, für die gute Zusammenarbeit. Mein Dank richtet sich auch an MD Dr. Holas und Elisabeth Schapfl, Mag.-Abt. I, Kanzlei für Gemeinderat und Stadtsenat, die für den Ausschuss für Finanzen, Subventionen und Beteiligungen eine Seele ist. Das ist wirklich toll, wenn man sich auf jemanden verlassen kann, in dieser Art und Güte. (Beifall von allen Seiten)

Ich bedanke mich auch bei den Mitgliedern und dem Vorsitzenden des Ausschusses für Finanzen, Subventionen und Beteiligungen, bei Frau Bürgermeisterin, die ja für die Finanzen, die Wirtschaft und die Beteiligungen zuständig ist, und bei Ihnen allen. (Beifall von allen Seiten)

Bgm.ⁱⁿ Mag.^a Oppitz-Plörer: Finanzdirektor Dr. Pühringer, vielen herzlichen Dank für

den Vortrag, mit dem Du wie immer in der gebotenen Kürze, aber auch Schärfe aufzeigst, in welchem Rahmen wir uns bewegen. Du schaffst das wirklich ganz hervorragend.

Schriftführerin Mag.^a Plankensteiner übernimmt die Schriftführung.

5. Voranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck für das Rechnungsjahr 2016

5.1 Allgemeine Wechselrede (Parteierklärungen)

GR Appler: Geschätzte Frau Bürgermeisterin, hoher Gemeinderat! Lieber Finanzdirektor, sehr geehrte ZuhörerInnen!

Ein Budget ist nichts anderes als der zahlenmäßige Ausdruck der in diesem Raum gefällten Beschlüsse. Es lässt sich darüber diskutieren, ob die enge zeitliche Umsetzung aller Projekte die richtige Entscheidung ist - aber eines ist klar: Diese Projekte wurden mit einer großen Mehrheit dieses Hauses beschlossen. Das ist ein entscheidendes Faktum, wenn man den Jahresvoranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck für das Rechnungsjahr 2016 betrachtet.

Es liegt uns ein Budget vor, das von der normativen Kraft des Faktischen bestimmt wird (diesen Ausdruck hat übrigens Franz Josef Strauß von der Christlich-Sozialen Union {CSU} gerne verwendet): von Situationen, die dieses Haus selbst geschaffen hat, genauso wie von Aufgabengebieten, die wir nicht verursacht oder bestimmt haben, aber für die wir letzten Endes als Kommune die Verantwortung des Handelns übernehmen müssen. An vorderster Stelle stehen wohl die Auswirkungen der größten humanitären Krise seit dem Zweiten Weltkrieg.

Flüchtlinge:

Als Stadt sind wir in der fatalen Situation, auf die internationalen Entwicklungen keinen direkten Einfluss nehmen zu können, aber die schwierigen Aufgaben vor Ort - für die Bevölkerung und die Schutzsuchenden - lösen zu müssen. Ich glaube, es war die richtige Entscheidung, hierfür ein eigenes

Ressort zu schaffen - geht es doch um die entscheidendste Frage der nächsten Jahrzehnte für die Gesellschaft, auch in unserer Stadt. Die Ballungsräume Tirols, und hier allen voran Innsbruck als Landeshauptstadt, werden die größten Herausforderungen zu meistern haben. Das betrifft die Frage der vorübergehenden wie dauerhaften Unterbringung, die Integration im Schulbereich und in der Gesellschaft, die Arbeitsplatzsituation und die Koordination der freiwilligen Hilfe.

Es sind keine leichten Aufgaben, die es da zu bewältigen gilt, aber es sind die wichtigsten für unser Zusammenleben in dieser Stadt. Deshalb haben wir, im vollen Wissen der damit verbundenen großen Herausforderungen, dafür die Verantwortung übernommen. Ich bin der Überzeugung, dass StR Gruber genau der Richtige ist, dieses Thema in die Hand zu nehmen. Schließlich hat er ja seine Kompetenz im Sozialbereich schon in der vorherigen Regierungsperiode bewiesen.

Denn in dieser Frage nützt keine linke rosa-rote Brille und schon gar keine Hetze von rechts.

(GR Federspiel: Meinst Du damit etwa uns?)

Es ist das Augenmaß der Mitte gefragt, um einen breiten Konsens für die zukünftigen Entwicklungen zu schaffen. Nicht nur in politischer Hinsicht für uns als EntscheidungsträgerInnen, sondern vor allem brauchen wir einen breiten Konsens in der Gesellschaft.

Wir benötigen klare Regeln für alle Seiten. Strukturen, die ein Zusammenleben ermöglichen und fördern, aber auch das klare Bekenntnis, dass unsere Werte nicht zur Verhandlung und Diskussion stehen. Nach der christlich-sozialen Grundeinstellung unserer Partei ist es selbstverständlich, dass jene, die wirklich Schutz brauchen, diesen auch bekommen und diese Menschen frei von Verfolgung und Hetze hier leben können. Aber eben auch, dass unsere Grundwerte und Einstellungen zu einer modernen, vielschichtigen Gesellschaft nicht zur Disposition stehen, ebenso wenig wie unsere Kreuze in den Schulen.

Um diese schwierige Aufgabe zu meistern, braucht es einen offenen Dialog, auch unter uns EntscheidungsträgerInnen, bei dem

nicht reflexartig irgendwer sofort in ein Eck gedrängt wird, sondern bei dem breit und klar über Ängste, Voraussetzungen und vor allem Lösungen diskutiert wird. Darum möchte ich wirklich alle KollegInnen dieses Hauses bitten, denn es geht nicht um ideologische Pikanterien, sondern um die Gestaltung der Zukunft unserer Gesellschaft, ohne die verschiedenen Seiten und Schichten gegeneinander auszuspielen.

Ob dafür die budgetierten Mittel im Bereich der Flüchtlingshilfe an sich sowie in der Mindestsicherung ausreichen werden, traue ich mich nicht einzuschätzen. Aber schon allein die Tatsache, dass der breite Konsens gefunden wurde, dafür eigene Posten sowie ein Ressort zu schaffen, zeigt, dass diese Stadt sich der Tragweite und Aufgaben bewusst ist. Es ist der Schritt in die richtige Richtung, der erste Schritt auf einem langen Weg.

Wohnen, Wohnbau:

Ein weiteres Thema, das uns vor große Herausforderungen stellt und das wir nicht zur Gänze direkt beeinflussen können, ist der immense Bedarf an Wohnraum, den die Landeshauptstadt Innsbruck in den nächsten zehn Jahren zu bewältigen hat. Schon die letzten zehn Jahre haben gezeigt, dass der erwartete Bedarf weit überschritten wurde. Ungebrochen wird es auch in den kommenden zehn Jahren so weitergehen. Die Stadt Innsbruck ist ein "Opfer" ihrer Attraktivität, das ist Segen und Fluch zugleich.

Über 11.000 Wohnungen wurden als notwendig prognostiziert, um den Bedarf aus Zuzug, aber auch der jetzt schon hier lebenden und wachsenden Bevölkerung zu decken. Das Entwicklungsgebiet Hötting-West ist ein erster Schritt dazu. Dass nun, nach nahezu zehn Jahren, auch das Campagnereiter-Areal endlich einer Verbauung zugeführt wird, ist ein weiterer.

Wir müssen jetzt solche Grundreserven nützen, um eine geordnete Entwicklung durchführen zu können. Auch Nachverdichtungen sind in vielen Bereichen sinnvoll. Der Wohnungsdruck darf jedoch nicht dazu führen, dass Verbauungen aus der Not heraus gemacht werden. Sie müssen wohlüberlegt, von einer breiten Mehrheit in diesem Haus und vor allem in der Bevölkerung getragen werden.

Analog zu Hofverbauungen, die niemand hier befürwortet, gilt auch für die Nachverdichtung, dass nur Ausgewogenheit auf Dauer Sinn macht. Dies trifft für sensible Bereiche des Olympischen Dorfes genauso zu wie für Igls und alle anderen Stadtteile von Innsbruck.

Innsbruck ist eine Stadt der StudentInnen und darauf sind wir auch stolz. Gerade im Bereich der Wohnsituation führt dies allerdings zu einer zusätzlichen Erschwernis. Es ist unsere Aufgabe, hier in Zukunft noch verstärkter Angebote zu schaffen. Das kann durch die Unterstützung von privaten Initiativen passieren, aber auch dadurch, dass wir klar als Stadt das Thema studentisches Wohnen vorantreiben.

Wir, die Fraktion der Innsbrucker Volkspartei (ÖVP), sind überzeugt, dass wir hier neben kleineren Bereichen auch einen großen studentischen Wohncampus brauchen. Nicht nur, um den Studierenden ein Angebot unterbreiten zu können, sondern vor allem, um den Wohnungsmarkt im Gesamten zu entlasten und damit auch klar einen Gegenpunkt zur derzeitigen Situation zu setzen. Es kann nicht sein, dass von Anfang an nur so gebaut wird, dass die Wohnungen wohngemeinschaftstauglich sind. Nach der Devise: "StudentInnen bekommen wir immer - noch dazu verbunden mit weit höheren Mieteinnahmen, als wir es von einer Familie je bekommen würden."

Man kann diesem Tun allerdings nur ein Ende setzen, wenn ein qualitativ wie quantitativ hohes Gegenangebot am Markt vorliegt.

Dieses attraktive Angebot betrifft aber nicht nur das studentische Wohnen. Es gilt für alle Bereiche. Wir brauchen einen Mix aus geförderten wie freien Wohnungen, im Mietbereich genauso wie im Eigentumsbereich. Wenn sich die öffentliche Bautätigkeit nur mehr auf den Mietbereich beschränkt, so wie das einige gerne hätten, werden viele LeistungsträgerInnen nicht mehr Innsbruck als ihren Lebensmittelpunkt wählen. Damit verliert die Stadt nicht nur einen Teil ihrer Vielfältigkeit, sondern vor allem einen großen Teil ihrer Leistungsfähigkeit.

Wir müssen als öffentliche Hand im Hinblick auf eine Durchmischung bei unseren Bautätigkeiten für eine ausgewogene Balance zwischen Miete und Eigentum sorgen. Inns-

bruck braucht diese Menschen, die sich etwas schaffen möchten, und die sich gleichzeitig auch verpflichten - unserer Gesellschaft und der Stadt Innsbruck gegenüber. Die öffentliche Hand kann sich mit einem Vorkaufsrecht absichern oder auch durch ein neues Modell des Baurechtes, um Spekulationen zu unterbinden.

Das Thema Wohnen in der Stadt Innsbruck steht im Kontext der immer weniger werdenden Freiflächen für Freizeitnutzung, Sport und Landwirtschaft, der oftmals schwer zu realisierenden Grundstücke und der Wahrung der verfassungsrechtlichen Gegebenheiten der Eigentumsstruktur. Es gilt hier auch neue Wege anzudenken und politische Entscheidungen zu treffen - im Wissen: Bauen kann die Stadt nur auf den Grundstücken, über die sie verfügen kann.

Es muss daher oberste Prämisse sein, Grundstücke in unserem Eigentum zu behalten bzw. zu vermehren, die eine Verbauung ermöglichen. Gerade in der momentanen Endfindung des Örtlichen Raumordnungskonzepts (ÖROKO) sollten wir auch an Gebiete denken, bei denen die Realisierung in diesem Zeitrahmen möglich ist. Die Entwicklungen am Harterhofplateau haben gezeigt, was gemeinsam mit den GrundeigentümerInnen möglich ist.

Doch nicht nur der Bau, auch die Wohnungsvergabe wird uns vor Herausforderungen stellen. Gerade hier sind die Durchmischung, soziale Ausgewogenheit und der Blick auf die Gesellschaft wichtig. Mit der Änderung der Wohnungsvergaberichtlinien wurde ein erster Schritt gesetzt, den wir auch als Opposition mitgetragen haben, weil er notwendig und richtig war. Es wird aber ein Prozess sein, der eine dauernde Beobachtung und Evaluierung erfordert, ob Gewünschtes erreicht wurde und welche Auswirkungen es auch abseits der NachfragerInnen gibt. Auch werden gewisse Förderungen und Beihilfen genauer betrachtet werden müssen, um festzustellen, was der Realität, auch im Kontext mit unseren Umlandgemeinden, noch entspricht, oder was der Stadt mehr Schaden zufügt als Nutzen. Die Innsbrucker Volkspartei (ÖVP) und allen voran unser hierfür zuständiger ressortverantwortlicher StR Andreas Wanker werden sich hier keinem Dialog verschließen, sondern ihn proaktiv zum Wohle aller InnsbruckerInnen führen und mitgestalten.

Die Flüchtlingskrise und der Wohnraumbedarf sind Faktoren, die wir als Stadt nur bedingt beeinflussen können. Doch die positive Gestaltung derselben entscheidet wie nichts anderes über unsere Zukunft.

Dieser Jahresvoranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck für das Rechnungsjahr 2016 spiegelt jedoch auch klare Entscheidungen des Gemeinderates wider.

Ich bin der Überzeugung, dass niemand über die zahlenmäßige Darstellung und Auswirkung glücklich ist, aber sie ist Realität. Realität aufgrund der Herausforderungen, die sich uns stellen, aber auch aufgrund von Beschlüssen einer klaren Mehrheit dieses Gemeinderates.

Wenn die Stadt Innsbruck in einem Jahresvoranschlag ein Minus von € 65 Mio. ausweisen muss, dann nimmt das mit Sicherheit niemand in diesem Saal auf die leichte Schulter.

Doch Zukunftsprojekte wie die Regional- und Straßenbahn und das Haus der Musik sind notwendige Investitionen der Stadt Innsbruck in die Infrastruktur - nicht nur in die verkehrstechnische, sondern vor allem in die soziale.

Analog zu Verbauungen, wo es bei Verdichtung immer auch eine qualitative Freiflächenplanung braucht, gilt es bei einer wachsenden Bevölkerung auch auf ein ausreichendes Freizeitangebot zu achten - sei es im kulturellen Bereich wie auch im sportlichen.

Der Neubau der Patscherkofelbahn ist ja nicht in erster Linie ein touristisches Projekt, sondern ein klares Zeichen für die InnsbruckerInnen. Mit einer Neuausrichtung im Sommerbereich, mit dem Bau einer attraktiven Rodelbahn und der neuen Liftsituation, wird der Patscherkofel nicht nur mehr der Hausberg sein, sondern das Sportgebiet der Zukunft für die Innsbrucker Bevölkerung. Und gerade für Igls bedeutet die langersehnte Realisierung der Sportspange Zimmerwiese eine immense Aufwertung für den Ort. Ich bin überzeugt davon, dass die PatscherkofelnutzerInnen Igls dann nicht mehr nur als reinen Ein- und Ausstiegsort für die Bahn wahrnehmen werden, sondern auch die weiteren Freizeit- und Aufenthaltsqualitäten schätzen lernen. Davon werden gerade die IglernInnen profitieren.

Aber Infrastruktur braucht es auch in anderen Bereichen. Das Sicherheitszentrum in der Kaiserjägerstraße sowie der gegenüberliegende Neubau des Management Centers Innsbruck (MCI) sind klare Botschaften und werden auch von uns weiterhin mitgetragen. Es sind Investitionen in Sicherheit, Arbeitsplätze und vor allem in die Bildung. Sie werden der Schlüsselfaktor sein für eine Stadt wie Innsbruck, die immer mehr im internationalen Wettbewerb ist.

Diese Großprojekte weisen eine wirkliche Qualität auf, das ist unbestritten, aber sie kosten auch viel Geld.

Geld, das uns von den SteuerzahlerInnen anvertraut wurde, und für das wir bestmöglich zu sorgen haben. Ein öffentlicher Haushalt wird gerne mit einem Haus verglichen. Sicheres Fundament, breite Aufstellung ...

Und wir sehen es, in unserer neuen Position, auch durchaus als unsere Aufgabe an, auf unser Haus zu achten.

Die Stadt hat das Privileg, so wie die meisten HauseigentümerInnen, günstige Kredite zu bekommen. Doch diese Kredite müssen auch abbezahlt werden. Sie können auch nicht nur für die Aufschmückung des Hauses verwendet werden, sondern es braucht immer eine gewisse Reserve, um für Notfälle und Substanzielles gerüstet zu sein. Die Stadt Innsbruck war in den letzten Jahrzehnten immer sehr vorsichtig bei ihren Ausgaben. Das hat uns ordentliche Rücklagen und ein solides Fundament für diese Generationenprojekte beschert, als die sie von Frau Bürgermeisterin gerne bezeichnet werden. Jetzt neigen sich diese Mittel zu Ende. Es ist unsere Aufgabe, aus den Generationenprojekten keine Generationenrechnung zu machen.

Wir werden daher sehr genau darauf achten, mit welchen Kosten - für die Anschaffung, aber auch für den Erhalt - zukünftige große Projekte verbunden sind. Wir sind der Überzeugung, dass wir jetzt bereits ein Paket zu tragen haben, welches uns vor große Herausforderungen stellt, und dessen Abarbeitung, inhaltlich wie budgetär, diese Legislaturperiode und darüber hinaus wie nichts anderes prägen wird.

Es ist unser aller Aufgabe, in Zukunft dafür Sorge zu tragen, dass der Weg zu einem ausgeglichenen Jahresvoranschlag der

Landeshauptstadt Innsbruck wieder gefunden wird. Nur dann bleibt Innsbruck eine handlungsfähige Stadt, die ihren BürgerInnen die Lebensqualität bieten kann, die sie auch verdient haben. Und es ist unsere Verantwortung, dies auch zu ermöglichen.

Wie gesagt, uns liegt kein Budget vor, das zu freudigem Jubel führt, aber es ist klaren Beschlüssen und den derzeitigen Herausforderungen geschuldet. Deswegen wird die Innsbrucker Volkspartei (ÖVP) es auch mittragen und mit beschließen.

Bgm.-Stellv. Kaufmann: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, geschätzte Mitglieder des Gemeinderates, sehr geehrte MitarbeiterInnen der Stadt Innsbruck, verehrte VertreterInnen der Medien, liebe ZuhörerInnen, geschätzte InnsbruckerInnen!

Seit mehr als zwei Jahrzehnten liegt die große Verantwortung der Stadtfinanzen nun schon in unserer Hand - und als Bürgermeisterin-Fraktion haben wir uns noch nie auf unseren Lorbeeren ausgeruht. Was uns auszeichnet ist, dass wir anpacken, dass wir in das Wohl unserer Gesellschaft und in die Generationen unserer Zukunft investieren. Wir sind keine ZögerInnen, sondern "MacherInnen".

In einer Welt, die aktuell von Krisen, Konflikten, Kriegen und Terror bedroht ist, haben wir das große Privileg, in einem sicheren Land, in einer lebenswerten, modernen und vielfältigen Stadt zu leben. Dessen sind wir uns bewusst und schauen daher mit großer Demut, aber vor allem auch mit Zuversicht einer auch weiterhin gesicherten Zukunft entgegen.

Wir von "Für Innsbruck" (FI) wollen und werden auch weiterhin die Landeshauptstadt als moderne, pulsierende Stadt nachhaltig positionieren und auf eine sichere finanzielle Basis stellen. Es war und ist die Innovationsoffenheit, die uns auszeichnet.

"Mutiges Investieren", meine Damen und Herren, ist es, was unsere Stadt jetzt braucht. "Mutiges Investieren" ist das Motto, unter dem dieser Jahresvoranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck für das Rechnungsjahr 2016 für mich steht. In wirtschaftlichen Krisenjahren haben wir - unter der bedachten Federführung unserer Bürgermeisterin - eine solide, transparente Budgetpolitik mit Konsequenz verfolgt. Es

ist uns gelungen, Versorgungssicherheit und Lebensqualität für die BürgerInnen unserer Stadt zu gewährleisten.

Trotz wirtschaftlich schwieriger Rahmenbedingungen haben wir doch noch immer große Investitionspläne vorliegen. Wir haben nachhaltige Planungen entwickelt. Nachhaltigkeit ist es auch, was diesen Jahresvoranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck für das Rechnungsjahr 2016 so sehr auszeichnet. Unsere Regierung agiert mit Bedacht und Weitblick - das ist der Erfolgsfaktor für eine positive Zukunftsentwicklung.

Frau Bürgermeisterin hat von den kommenden Jahren als "Umsetzungs-, Schaffungs- und Realisierungsjahren" gesprochen und ich gebe ihr voll und ganz Recht, wenn sie sagt, wir müssen jetzt investieren und die gegebenen Voraussetzungen nutzen. Es ist die Chance, Werte für nachfolgende Generationen zu schaffen.

Stagnation kam für unsere Fraktion noch nie in Frage - wir arbeiten für die Zukunft unserer vielfältigen und lebenswerten Landeshauptstadt. Wenn etwas erreicht ist, lohnt es sich auch wieder zu investieren. Denn nur auf diese Weise kann man sicherstellen, dass die Gestaltungsmöglichkeit für die Zukunft nicht eingeschränkt und die Lebensart unserer Bevölkerung nicht gehemmt wird.

Und so richte auch ich meinen Dank an dieser Stelle an die hervorragenden MitarbeiterInnen der Stadt Innsbruck - allen voran an unseren Finanzdirektor Dr. Thomas Pühringer und sein Team - für die Erstellung dieses, wie es unsere Bürgermeisterin genannt hat, "noch nie dagewesenen Gestaltungs- und Investitionsbudgets" für das Jahr 2016.

In diesem Papier steckt großes Potenzial - € 110 Mio. Investitionsvolumen - eine beeindruckende Zahl. Wir von "Für Innsbruck" (FI) stehen zu diesem Werk.

Ein Papier jedoch ist nicht greifbar - greifbar sind die Projekte dahinter:

Wenn ich hier unser Regierungsprogramm heranziehen kann, mit all unseren Vorhaben, dann darf ich unserer Frau Bürgermeisterin und unserer Regierungskoalition nur gratulieren. Von all diesen Punkten wurden viele bereits in die Tat umgesetzt - gestatten Sie mir nur eine kurze Auflistung aus den vergangenen Monaten:

- Das Wohn- und Pflegeheim Olympisches Dorf wurde eröffnet und ist binnen kürzester Zeit zu einem neuen Lebensmittelpunkt in diesem so vielfältigen Stadtteil geworden.
- Das Zukunftspaket für die Patscherkofelbahn haben wir gemeinsam beschlossen - der Innsbrucker Hausberg wird im Sommer wie im Winter attraktiver Sammelpunkt der InnsbruckerInnen sein.
- Der Kindergarten Kranebitten, als raffinierte neue Betreuungseinrichtung, ist bereits seit September 2015 in Vollbetrieb.
- Erst kürzlich haben wir beispielsweise ein neues Aushängeschild für unsere alpin-urbane Marke - die Umbrüggler-Alm - feierlich eröffnet.
- Auch der Spatenstich für ein neues Juwel unserer Sportstadt konnte gefeiert werden: das Kletterzentrum am WUB-Areal.
- Das Haus der Musik ist im Entstehen - auch hier hat der Spatenstich die nächste Bauphase eingeläutet - ein kulturelles Großprojekt mit einer Nutzfläche von ca. 6.400 Quadratmetern. Für 2016 sind rund € 22 Mio. dafür veranschlagt.

Schon bei der Betrachtung der Projekte aus den vergangenen Monaten ist erkennbar, was alles hier in unserer Stadt passiert. Geschätzte Damen und Herren, unsere Stadt ist im Wachsen - allein im Stadtteil Kranebitten steckt viel Potenzial auf hohem Niveau. Aber nicht nur dieser Entwicklung werden wir mit dem Voranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck für das Jahr 2016 gerecht.

Mit dem vorliegen Haushaltsplan für das kommende Jahr werden zahlreiche weitere kleine und große Projekte auch Realität:

- Die Stadt Innsbruck investiert direkt in unsere nachfolgenden Generationen: € 8,5 Mio. für die Schulsanierung und € 1,9 Mio. für die Errichtung und Sanierung von Spielplätzen.
- € 3,2 Mio. sichern die Lebensqualität in unseren Wohn- und Pflegeheimen. Die Spatenstiche für die SeniorInnenwohn-

anlage Liebeneggstraße und das Wohnheim Pradl sind ja bereits erfolgt.

- € 9,7 Mio. für die Sportinfrastruktur lassen die Kletterhalle am WUB-Areal, das längst geforderte Football-Zentrum und den Anbau an das Garderobengebäude Hötting West entstehen.
- € 38 Mio. kommen der Mobilität zugute - € 33 Mio. davon für das Großprojekt Straßenbahnkonzept.
- € 5,6 Mio. fließen in den Neubau des Management Centers Innsbruck (MCI) - damit sichern wir den Universitäts- und Fachhochschulstandort Innsbruck.
- € 5,5 Mio. garantieren Versorgungssicherheit in sozialen Einrichtungen - Sozialausgaben!!!
- Mit veranschlagten € 5,3 Mio. wird schließlich aber auch die Inbetriebnahme des Zentralbauhofes gewährleistet sein.

Sie sehen, meine Damen und Herren, Vorsorge und Vielfalt, aktives Leben und soziales Zuhause - aufgebaut auf solider Finanzpolitik: Das ist es, was uns von "Für Innsbruck" (FI) am Herzen liegt und wofür wir uns auch mit diesem Investitionsbudget einsetzen.

2.000 neue Wohnungen zu realisieren, haben wir zu Beginn unserer Regierungsperiode angekündigt - und wir können alle zusammen stolz auf den aktuellen Stand sein - mit bereits über 1.200 Wohnungen, beispielsweise Pradl-Ost und Sillblock. Jetzt zur Halbzeit können wir von der größten Wohnbauoffensive seit den Olympischen Spielen sprechen. Und es geht weiter! Wir halten unsere Versprechen gegenüber der Bevölkerung!

Bereits im Jänner 2016 werden wir in einer Sondersitzung des Gemeinderates die Freimachung des Campagnereiter-Areals beschließen. Ein Diskussionsprojekt, welches uns nun schon mehr als 20 Jahre lang begleitet, wird umgesetzt. Es werden an die 1.000 Wohnungen entstehen und die bestehende Sportinfrastruktur saniert.

Auch in der Bienerstraße soll ein bereits gekürtes Wohnbauprojekt mit 120 Wohnungen umgesetzt werden. Diese Flächen stehen durch die Realisierung des Zentralbauhofes

zur Verfügung. Darüber hinaus wird nun auch das freigewordene Areal in der Bachlechnerstraße - am ehemaligen Bauhof West - der Firma MED-EL Elektromedizinische Geräte GmbH für eine Erweiterung zur Verfügung gestellt.

Was mich gleich zu einem weiteren Punkt führt: Mit diesem Gestaltungsbudget bieten wir schließlich auch eine Standortsicherheit für Betriebe, schaffen Arbeitsplätze und sichern den Wirtschaftsstandort Innsbruck für die Zukunft. Mit bereits realisierten Investitionen in Höhe von € 76 Mio. ist die Stadt größte Impulsgeberin für die heimische Wirtschaft.

Von vielen Städten und Gemeinden werden wir darum beneidet - und auch das zeigt eines deutlich: Unsere Strategie stimmt. Wir sind nicht nur eine Stadt mit Perspektiven für Generationen, eine moderne dynamische Stadt der Vielfalt, sondern auch ein geschätzter Wirtschaftsstandort. Mit dem vorliegenden Budgetplan unterstreichen wir den Stellenwert Innsbrucks als Wirtschaftsfaktor und sichern auch weiterhin Arbeitsplätze.

Es liegt ein beachtliches Wirtschaftspotenzial vor, das aber auch in unseren städtischen Unternehmen und Beteiligungen steckt. Damit müssen wir mit Bedacht und Sorgfalt umgehen. Eine gut ausgebaute Infrastruktur - vom öffentlichen Nahverkehr bis hin zur Trinkwasserversorgung -, leistbare Wohnungen, ein breites Kultur- und Sportangebot sowie ein dichtes Netz an Pflege- und Betreuungseinrichtungen für SeniorInnen und Pflegebedürftige - das Leistungsportfolio unserer mehr als 30 Beteiligungen kann sich durchaus sehen lassen. Mit ihnen erhöhen wir auch den finanziellen Handlungsspielraum in unserer Stadt. Die Zahlen der letzten Jahre belegen, dass daraus eine starke Wirtschaftskraft hervorgeht. Diese ist wichtig, um Gestaltungsfreiraum für neue Projekte zu haben.

Nicht zuletzt auch durch die Jahresrechnung 2014 zeigt sich eindrucksvoll, dass sich die Stadtfinanzen in sicheren Händen befinden. Solides Wirtschaften ist jedoch nicht nur die Leidenschaft unserer Bürgermeisterin und unserer Fraktion - solides Wirtschaften ist auch die Gewährleistung für Weiterentwicklung, für Fortschritt. All das bunte Leben und die Vielfalt, die unsere

Stadt so sehr auszeichnen, wird mit dem Beschluss dieses Jahresvoranschlags der Landeshauptstadt Innsbruck für das Rechnungsjahr 2016 nachhaltig sichergestellt.

Wenn ich eines mit voller Überzeugung sagen kann, so ist das, dass ich diese Stadt liebe und gerne für sie arbeite. Mit all ihren Ecken und Kanten - mit Hauptbahnhof, Bogenmeile, Baustellen ..., mit großartigen Neubauprojekten, mit leerstehenden Gebäuden, mit Freizeitoasen mitten in der Stadt ..., mit Spielplätzen, Radwegen, Brücken ..., mit Universitäten und Klinik ..., mit Christkindlmärkten, Kleinst- und KleinunternehmerInnen, Großmärkten und Einkaufszentren ..., mit Ruhe und Hektik, mit Bergen und Flüssen, mit SeniorInnen, Studierenden, ArbeiterInnen, Angestellten, Arbeitslosen..., mit allen Sicherheiten und Unsicherheiten.

Und genau mit dieser Überzeugung für dieses Innsbruck, das wir lieben, stehen wir heute vor Ihnen und setzen uns für die Zukunft dieser - meiner und unserer - Stadt ein.

Der Beschluss dieses Papiers kommt den BürgerInnen unserer Stadt zugute. Sie alle, meine Damen und Herren GemeinderätInnen, sind heute aufgefordert, aktiv mitzugestalten.

Heute haben wir die Möglichkeit, nicht nur Grundbedürfnisse unserer Bevölkerung zu sichern, sondern den Menschen in unserer Stadt Möglichkeiten zu schenken, sich zu entfalten - in Beruf, Familie und Freizeit. Ich kann Ihnen versichern, dass so etwas in dieser Form, unter den heutigen wirtschaftlichen Umständen, nur noch wenige Städte von sich behaupten können.

Ja, geschätzte Damen und Herren, wir haben ein Rekordhoch bei den Investitionen, und ja, wir werden keine Pro-Kopf-Verschuldung wie in den letzten Jahren vorweisen können. Was wir aber mit Sicherheit bei Beschluss dieses Budgets vorweisen können, ist Zukunftsgestaltung. Durch diese Impulse können wir den sozialen Herausforderungen unserer Zeit gerecht werden und die erforderliche Stabilität sicherstellen.

Verlieren wir bitte nicht den Blick auf das Gesamte. Geschätzte KollegInnen, es wäre zu kurz gedacht, dieses Budget nicht als Impulsgeber für unser Innsbruck zu sehen.

Es ist die Verlässlichkeit, Gestaltungskraft, Geradlinigkeit und Sicherheit, die uns seit mehr als 20 Jahren in der Regierung auszeichnen. Unser Weg von "Für Innsbruck" (FI) ist eine fortwährende, harte und nachhaltige politische Arbeit, um fit in die Zukunft zu gehen. Wir investieren heute in Zukunfts- und Innovationsprojekte und gehen damit auf die Bedürfnisse unserer BürgerInnen ein.

Das ist ein Weg, geschätzte Damen und Herren, den wir für die Stadt Innsbruck weiter gehen werden. Mit diesem Haushaltsplan 2016 gehen wir einen Schritt in Richtung der Generationsvorsorge. Wir setzen mutig den Weg mit Weitblick, Ausdauer und Verantwortung, den unsere Frau Bürgermeisterin eingeschlagen hat, fort. Wir vermitteln weiterhin Sicherheit, Hoffnung und Stabilität für unsere Bevölkerung. Was mit diesen Investitionen entstehen wird, sind Werterhöhungen. Wir treffen Investitionsentscheidungen und setzen präzise Schwerpunkte FÜR unser Innsbruck. Behalten Sie unsere Stadt bei Ihren Entscheidungen im Blick und lassen Sie uns gemeinsam mutig investieren.

Es ist eine verantwortungsvolle und vorausschauende Politik, eine verlässliche und nachvollziehbare Finanz- und Wirtschaftsgestaltung, die uns auszeichnet. Dieses Gestaltungsbudget ist für mich und unsere Fraktion die Weiterführung eines transparenten, ehrlichen und auch konsequenten und sicheren Weges.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und möchte mit dem Zitat eines französischen Dichters (de Balzac) schließen:

"Der öffentliche Haushalt ist kein Geldschrank - er gleicht vielmehr einer Bewässerungsanlage. Je mehr Wasser diese gibt, desto BESSER gedeiht das bewässerte Land."

StR Mag. Fritz: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe KollegInnen!

Unsere Budgetdebatte findet heuer vor einem bedrohlichen Hintergrund statt: In Paris tagt die United Nations (UN)-Klimakonferenz (und die Daten über das heurige Jahr bzw. die Prognosen gerade für den Alpenraum verheißen nichts Gutes). Ich hoffe, dass GR Appler in den kommenden Jahr-

zehnten nicht von Porree- und Sprossenkohlanbau auf Datteln und Oliven umsatteln muss! (Gelächter im Saal)

Die Klimakonferenz tagt zudem in einer Stadt, in der wegen Terrorismusgefahr Ausnahmezustand herrscht.

Ich will mich jetzt nicht darüber verbreitern, was das eine mit dem anderen zu tun haben könnte. Das ist nicht Gegenstand unserer Debatte. Karim El-Gawhari hat vor Kurzem bei einer Veranstaltung in der Stadt Innsbruck von der Gnade des Geburtsortes gesprochen. Wir leben in einem Land, in dem es keinen Bürgerkrieg gibt, in dem es keine Verfolgung aus religiösen und politischen Gründen gibt und keine Hungersnöte. Das ist keine Leistung, das ist eine Gnade. Daran zu arbeiten, dass es so bleibt, das ist dann eine Leistung.

Diese Rahmenbedingungen, die momentanen Hintergründe sollten uns doch dazu ermahnen, unsere Probleme nicht überzubewerten - wenn wir an Problemen leiden, dann leiden wir auf hohem Niveau ... Das heißt nun nicht, dass wir unsere Erfolge, unsere Schwierigkeiten, unsere Meinungsverschiedenheiten nicht ernst nehmen sollten, ganz im Gegenteil. Aber ein bisschen relativieren - das schon. Gelassenheit wäre jetzt angesagt.

Vielmehr: Gerade Gelassenheit ist in diesen Tagen wichtig! Ja, wir werden und müssen so weitermachen, weiterleben, weiterarbeiten, weitergestalten, unser Leben und unsere Freizeit genießen, als ob "alles normal" wäre - weil wir nicht den TerroristInnen in die Falle gehen dürfen, die genau diese Lebensart zunichte machen wollen. Wir führen also eine Budget- und keine Notstandsdebatte. Am vergangenen Wochenende schrieb Hans Rauscher im "Standard" ("Savoir vivre", Seite 1), an den französischen Staatspräsidenten Hollande anknüpfend:

"Die jungen Lebenslustigen von Paris sind durch ein radikales Gegenmodell zu unserem Lebensstil umgebracht worden. Diese Lebensart wird siegen, wie sie schon über andere totalitäre, menschenfeindliche Ideologien gesiegt hat, den Nationalsozialismus und den Sowjetkommunismus. Aber es wird Opfer kosten."

Wir müssen weitermachen mit unserer Arbeit, unserer politischen Gestaltung, unse-

rem Leben, unserer Freizeit - "wie gewohnt" -, sonst haben die Feinde unserer offenen Gesellschaft schon gewonnen. Diese Feinde wedeln nicht nur mit der schwarzen Fahne des "Islamischen Staats" (IS), sie kommen auch als Ultra-PatriotInnen und rot-weiß-rote HeimatschützerInnen daher. Aber wir lassen uns diese offene Gesellschaft nicht nehmen, auch nicht unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Terrorismus. "Wer bereit ist, die Freiheit zugunsten der Sicherheit zu opfern, wird beide verlieren", wusste schon Benjamin Franklin - welcher beileibe kein "Linker", sondern ein Konservativer unter den Vätern und Müttern der Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika war.

Die "Opfer", von denen Rauscher spricht, dürfen nicht die Menschen sein, die vor Krieg und Verfolgung fliehen und Schutz suchen. Nicht die MuslimInnen, die hier arbeiten und leben (und deren Religion seit 1.000 Jahren ihre Spuren in unserem Land hinterlassen hat - wie man bei der Ausstellung "Ostarrichislam" vor einigen Jahren wunderbar sehen konnte) und für die Islam "Friede" (mit dem eigenen Gewissen und den Mitmenschen) bedeutet. Nicht die religiöse Toleranz, die seit jeher städtisches Leben auszeichnet. Nicht die Grundrechte und bürgerlichen Freiheiten.

Die grüne Wiener Bgm.-Stellv.ⁱⁿ Mag.^a Vassilakou sagte, auch am Wochenende, im Interview mit dem "Standard":

"Es geht um Vielfalt, um Respekt, um Freiheit. Ich erwarte mir von jedem und jeder, der/die in unserer Stadt lebt, dass er/sie sich zu genau diesen Grundwerten der Stadt bekennt."

Ich füge hinzu: Ich erwarte und fordere das von allen - seien sie hier geboren oder zugewandert. Die Grundwerte der demokratischen pluralistischen Gesellschaft, der vielfältigen Urbanität, sind nicht verhandelbar. Die Grundrechte und die Verfassungsordnung stehen nicht zur Disposition. Ich schließe mich da der Aussage von GR Appler an. Der demokratische Rechtsstaat ist die Grundlage für ein gelungenes städtisches Zusammenleben in Vielfalt, und wer diese Grundlage angreift, kann sich nicht auf Meinungsvielfalt und Toleranz berufen. Das sage ich gerade als der für die Integra-

tion, für das Zusammenleben und die Vielfalt zuständige amtsführende Stadtrat.

Die Diskussionen rund um die Klimakonferenz zeigen auch - und damit sind wir gleich viel näher bei unserem Jahresvoranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck für das Rechnungsjahr 2016 - die wesentliche Rolle kommunaler Politik bei allen großen Herausforderungen, vor denen wir stehen. VertreterInnen nationaler Regierungen streiten in ergebnislosen Konferenzen (über Klimaziele, Asylquoten etc.), verteidigen immer substanzlosere angebliche "nationale Interessen", während die Gemeinden, die Stadtgesellschaften schon längst handeln und sichtbare Erfolge erzielen.

Ich erinnere an den Politologen Benjamin Barber (den Gastredner auf dem vorjährigen Städtetag) und sein Buch: "If Mayors Ruled the World" (Konjunktiv, Frau Bürgermeisterin, genauer gesagt ein Irrealis! Ich weiß, dass Du Gefallen an diesem Satz findest!) Wichtiger ist der Untertitel: "Dysfunctional Nations, Rising Cities": 400 Seiten Erfolgsgeschichten, die Städte und Stadtregionen geschrieben haben - und viele Belege dafür, dass die Nationalstaaten versagen, weil die Nation per definitionem "exklusiv" ist, während die Stadt seit Tausenden von Jahren ein inklusives und daher funktionierendes Gesellschaftsmodell ist. Das ist auch der Grund, warum die Stadt die Wiege der Demokratie und die der Innovation ist. Die Einstellung "Antworten von gestern für die Fragen von morgen" (um Arnold Toynbee zu paraphrasieren, der ja auch ein gestandener Konservativer und nicht etwa ein "Revoluzzer" war) wird halt nicht weit führen.

Und auch angesichts der Erfolgsgeschichte(n) kommunaler Reformpolitik in den letzten Jahren weltweit - Kampf um soziale Sicherheit, gegen Kriminalität, gegen Klimawandel - brauchen wir uns in der Stadt Innsbruck nicht zu verstecken mit unseren Resultaten der letzten Jahre. Mit der gebotenen Unbescheidenheit füge ich hinzu, dass die Arbeit der Innsbrucker Grünen (GRÜNE) in dieser Koalition keinen geringen Beitrag dazu geleistet hat.

Ich danke unseren RegierungspartnerInnen für über drei Jahre faire, konstruktive und loyale Zusammenarbeit für die BürgerInnen - durchaus immer "auf Augenhöhe"! Ich

freue mich auch, dass die Innsbrucker Volkspartei (ÖVP) zu einer verantwortungsbewussten Haltung zurückgefunden hat, sich an dieser Arbeit für die BürgerInnen beteiligt und dort anknüpft, wo sie im Jahr 2012 aufgehört hat: beim Arbeitsübereinkommen dieser Regierung, an dessen Verhandlung sie noch beteiligt war, bevor sie die Gespräche beendet hat. Auf dieser Grundlage freue ich mich auf gute Zusammenarbeit.

Ja, wir haben viel weitergebracht. Ich nenne nur Beispiele: Innsbrucker Gestaltungsbeirat (IGB) - er war 10 Jahre in Diskussion und wurde 10 Monate nach der Regierungsbildung realisiert, Wohnbauoffensive, Energieentwicklungsplan (IEP) und Sinfonia, Kinderbetreuung ganztätig und ganztags, neue Parkraumbewirtschaftung, Tarifreform Innsbrucker Verkehrsbetriebe und Stubaitalbahn GesmbH (IVB), Bau der Regional-/Straßenbahn (um das Jahr 2000 beschlossen, in den letzten Jahren fast zur Gänze vorgeplant und bis 2018 im Herzstück Olympisches Dorf bis Technik-West fertig).

Das hat mit dem Kampf gegen den Klimawandel und seine Folgen zu tun: In der Stadt Innsbruck haben wir seit Jahren einen sinkenden Autobestand pro 1.000 EinwohnerInnen, derzeit liegt der Wert noch knapp über 400. 74 % aller städtischen Wege werden zu Fuß, mit dem Rad oder den öffentlichen Verkehrsmitteln zurückgelegt, nur 26 % mit dem Auto (als FahrerIn oder BeifahrerIn). Der prozentuelle Anteil der öffentlichen Verkehrsmittel liegt ebenfalls bei 26 %, also gleichauf mit dem Auto - das sind Benchmarks für Weltstädte wie Wien oder Berlin, das hat keine andere Mittelstadt in Europa! Heuer gibt es nochmals ein Plus von 6 % bei den Fahrgästen der IVB - nach vielen Jahren mit einer Steigerung von 5 %). Ein Drittel der InnsbruckerInnen hat ein Jahresticket.

Das ist ein realer, lebenswichtiger Beitrag zur Vermeidung von CO₂-Emissionen, ebenso wie die Investitionen (zweistellige Millionenbeträge), die die städtische Förderung für thermische Sanierung im Rahmen des Innsbrucker Energieentwicklungsplans (IEP) ausgelöst hat, und die Arbeitsplätze im lokalen und regionalen Gewerbe schaffen und sichern. Mit der gebotenen Unbescheidenheit sage ich dazu: Ja, das hat mit

der Arbeit der grünen Bürgermeister-Stellvertreterin und des grünen Stadtrats für Stadtentwicklung sowie mit der guten Zusammenarbeit innerhalb dieser Regierung zu tun.

Diese Koalition tut etwas für den Klimaschutz. Und übrigens auch für den Schutz des gesellschaftlichen Klimas. Da wird es nämlich tendenziell kälter, nicht wärmer. Ja, es gibt eine Tendenz zur gesellschaftlichen Polarisierung, zur Spaltung. Spaltung ist radikal verschieden von Differenzierung.

Ja, unsere Gesellschaft differenziert sich immer stärker in unterschiedliche soziale Gruppen, Milieus, Lebensziele und Lebensstile. Das ist nicht ganz neu, das hat Stadtgesellschaften schon immer ausgezeichnet. Aber durch das Schwächer-Werden von nicht in Frage gestellten Überzeugungen, durch das Ende der "großen Erzählungen" dominanter Ideologien (die immer weniger einheitsstiftende Funktion haben) ist es schon soweit, dass dieser urbanen Ausdifferenzierung eine neue Qualität gegeben wird. Die hegemonialen gesellschaftlichen Blöcke werden immer schwächer und haben weniger Bedeutung.

Das kann auch verunsichern. Aber Verunsicherung kann - anders als Selbstgefälligkeit - auch produktiv sein, kann ein Motor der Innovation sein, wenn, ja wenn! wir den Respekt vor der Würde jedes einzelnen Menschen, vor den Grundrechten, vor der demokratischen Verfassungsordnung als gemeinsamem Grundwert bewahren, verteidigen und stärken.

Dann ist Vielfalt ein Reichtum, und die Vielfalt überlasse ich gerne denen, die damit zufrieden sind, dass alles so bleiben soll, wie es angeblich immer schon war (aber eh nie wirklich gewesen ist). Für das Gesellschaftsklima des guten Zusammenlebens in Vielfalt (auch wenn die KollegInnen rechts hinten das nicht gern hören), des Respekts und der Solidarität in unserer gemeinsamen multinationalen, multireligiösen, bunten Stadtgesellschaft nenne ich als Beispiel die gemeinsam von VertreterInnen verschiedener Konfessionen gestalteten Segnungen und Gebete bei städtischen Eröffnungsfeiern. (Wenn der Pfarrer gemeinsam mit dem Imam und dem Dede betet und daran erinnert, dass alle Religionen den gleichen Kerngedanken haben, nämlich den

Respekt vor der Würde des Einzelnen, ist auch noch niemandem der Himmel auf den Kopf gefallen, also keine Angst um das Abendland, liebe KollegInnen rechts hinten.)

Für dieses europäische Gesellschaftsmodell "Stadt" (die halt mehr ist als ein zu groß geratenes Dorf) stehen die Innsbrucker Grünen (GRÜNE) in dieser Stadtregierung und mit dieser Stadtregierung. Und deswegen ist uns auch die BürgerInnenbeteiligung in den großen und kleinen Fragen der Stadtentwicklung so wichtig.

Ja, wir üben noch ..., auf allen Seiten. BürgerInnenbeteiligung ist nicht immer einfach, schafft keine Konflikte aus der Welt. Es gibt Konflikte, die auf unterschiedliche soziale Interessen und Sichtweise zurückgehen. Das werden wir nicht abschaffen. Es geht darum, wie wir damit umgehen und ob man Win-win-Lösungen sucht. Ob wir zivilisiert aufeinander zugehen oder mit dem Kopf durch die Wand wollen. Diese Regierung will das bekanntlich nicht, deshalb ist sie in diesem Bereich der BürgerInnenbeteiligung auf einem guten Weg. BürgerInnen müssen sich erst daran gewöhnen, Vorschläge nicht mit fertigen Planungen zu verwechseln, oder daran, dass sie nicht die UntertanInnen sind, zu denen sie die Politik seit Kaisers Zeiten gern gemacht hätte, sondern die, die teilhaben an der Stadtentwicklung.

Politik und Verwaltung müssen auch lernen, den richtigen Zeitpunkt zu finden, die richtigen Kommunikationskanäle, die richtigen Formate. Aber da bin ich ganz zuversichtlich. Das kriegen wir hin, weil es notwendig ist, weil es z. B. die nötige städtische Nachverdichtung (damit wir nicht in die Natur hinauswuchern) ohne gleichzeitigen Schutz und sorgfältige Planung der Frei- und Grünräume nicht geben kann, und auch nicht ohne die Mitwirkung der Menschen, die im Bestand leben. Da bin ich froh über jedes gelungene Beispiel der partizipativen und kooperativen Planung, gerade im Bereich des geförderten Wohnbaus (und da kann ich unsere "Neue Heimat Tirol" Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft GesmbH (NHT) nicht genug loben: Sie ist nicht nur beim Passivhausbau spitze...).

Klimaschutz, Energiewende, Bildung, soziales Netz - ja, das ist nicht gratis. Es ist uns bewusst, dass wir keine Geschenke vertei-

len, sondern Steuergeld ordentlich verwalten und uns dafür zu rechtfertigen haben.

Große Zukunftsinvestitionen können und sollen auch von mehreren Generationen finanziert werden. Ich halte nichts vom viel strapazierten "Hausverstand" des berühmten "schwäbischen Hausmanns", der nur ausgibt, was er angespart hat. Das kann nicht der Grundsatz einer verantwortungsvollen Haushalts- und Finanzpolitik sein.

Wir sparen im laufenden Haushalt und bemühen uns um eine freie Finanzspitze, die Spielraum für politische Gestaltung lässt. (Und da gab und gibt es durchaus auch Einschnitte, die wehtun.) Wir fordern auch von unseren MitarbeiterInnen Einsatz "am Limit", und die Sparvorgaben gegenüber den ersten Entwürfen zum Budget des kommenden Jahres waren nicht leicht umzusetzen. Auch die gewohnt strikte Disziplin im Haushaltsvollzug wird nicht ganz reibungslos einzuhalten sein. Aber das ist notwendig. Im "laufenden Betrieb" dürfen und wollen wir nicht mehr ausgeben, als wir einnehmen. Darlehen für Zukunftsinvestitionen dagegen können wir uns leisten - nicht zuletzt wegen der erfolgreichen Budgetpolitik der letzten Perioden, die den Schuldenstand fast auf null gebracht hat.

Wir haben nicht nur wachsende Herausforderungen, wir haben es auch mit einem Bund zu tun, der immer wieder Aufgaben an die Gemeinden abschiebt, ohne das für die Erledigung nötige Geld zur Verfügung zu stellen. Der Rahmenbedingungen schafft, die die eigenen Gemeindeabgaben schmälern (Grundsteuer!).

Wir haben eine Steuerreform hinter uns und Finanzausgleichs(FAG)-Verhandlungen vor uns, die nichts Gutes für die Gemeindekassen verheißen. Und wir sind auch mit einem Land konfrontiert, das - höflich gesagt - mit den Finanzen der Landeshauptstadt nicht wirklich freundlich umgeht.

Aber auch unter diesen schwierigen Bedingungen schaffen wir es in den kommenden Jahren, die Tilgungen für die aufzunehmenden Darlehen im ordentlichen Haushalt unterzubringen und diesen nicht aus dem Ruder laufen zu lassen. Und gleichzeitig investieren wir in Zukunftssicherung und Lebensqualität.

Wir werden den nötigen leistbaren Wohnraum für unsere stark wachsende Bevölkerung schaffen (165.000 EinwohnerInnen im Jahr 2025!), in dieser Periode - wie im Arbeitsübereinkommen versprochen - und in den folgenden. Wir werden gerade bei den großen Stadtentwicklungsprojekten die BürgerInnen in partizipative Planungsverfahren immer stärker einbeziehen. Wir wissen, das wird nicht immer einfach und lustig - aber Konflikte gehören zu einer Stadt. Politik kann es nicht allen recht machen und jede/n zufrieden stellen. Nicht jeder Interessenkonflikt kann gelöst werden. Wesentlich ist der Umgang damit: Das Streben nach Win-win-Varianten, und ja, auch das Einfordern von Mitverantwortung für das Gemeinwohl.

Wir werden bis zum Jahr 2018 die Straßenbahn vom Olympischen Dorf bis zur Technik fertiggestellt haben und dann wohl 40.000 oder mehr Menschen auf dieser wesentlichen Entwicklungsachse der Stadt Innsbruck umweltfreundlich und attraktiv bewegen. Wir werden 2018 mit dem Haus der Musik das Herz eines blühenden Kulturbezirks eröffnen. Wir werden einen großen Schritt in der Energiewende weitergekommen sein, weniger Öl und Gas verbrennen und mehr - und effizienter - erneuerbare Energie einsetzen.

Wir haben viel weitergebracht, die Arbeit wird uns nicht ausgehen, wir haben noch viel vor. Unsere wachsende Stadt wird die wirtschaftlichen, sozialen, technologischen, kulturellen Herausforderungen meistern, und da sind die Innsbrucker Grünen (GRÜNE) ganz vorn mit dabei. Ich freue mich, meinen kleinen Teil dazu beitragen zu können.

GR Grünbacher: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe KollegInnen!

Ja, meine Vorredner GR Appler, Bgm.-Stellv. Kaufmann und StR Mag. Fritz haben Recht. Danke, das war's.

Ja, so könnte man eine Rede zum Jahresvoranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck für das Rechnungsjahr 2016 auch halten, weil wirklich schon viel gesagt wurde. Ich werde daher versuchen, noch auf einige wenige Punkte einzugehen.

Alle Jahre wieder, könnte man sagen - und doch nicht. Denn der Jahresvoranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck für das Rech-

nungsjahr 2016 ist anders. Es geht sicher nicht darum, uns nur abzufeiern, sondern darum, Eckpflöcke einzuschlagen und zu schauen, wo wir stehen und wo es unterschiedliche Meinungen gibt. In meinem letzten Beitrag zum Jahresvoranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck habe ich von einer Zeitenwende gesprochen. An derselben Stelle vor zwei Jahren habe ich gesagt, dass wir Investitionen von € 80 Mio. beschlossen haben und das irgendwann bezahlen werden müssen. Nun ist es soweit.

Zwischen sozialer Verantwortung und finanziellen Möglichkeiten.

Wir haben in den letzten Jahren eine Vielzahl von Infrastrukturprojekten beschlossen - großteils mit einer überwältigenden Mehrheit in diesem Haus - und jetzt geht es darum, diese umzusetzen. Alles andere wäre unseriös. Das kostet etwas und wir werden die Mittel zur Verfügung stellen.

Der finanzielle Aufwand dafür ist sehr herausfordernd und lässt sich auch leider nur mit Hilfe von Fremdfinanzierung lösen. Das ist ein neuer Weg, so etwas haben wir in den letzten 15 Jahren nicht gebraucht. Aber wer Projekte beschließt, hat auch die Verpflichtung der Umsetzung, welche verantwortungsbewusst, nachhaltig und zügig geschehen sollte.

Wir haben in den letzten Jahren budgetär jenen Spielraum geschaffen, der es uns jetzt ermöglicht, diese Infrastrukturprojekte zu realisieren.

Politik soll gestalten, nicht verwalten, und dazu bekennen wir uns vollinhaltlich. Es gilt Impulse zu setzen. Für die Stadt und die Wirtschaft in unserem Land.

Ein Investitionshaushalt von mehr als € 110 Mio. spricht eine deutliche Sprache. Und dennoch ist vieles nur dann nachhaltig, wenn so viel Wertschöpfung wie irgend möglich in unserem Land bleibt. Welche andere Stadt kann sich eine Steigerung des Investitionshaushaltes um über 70 % zum Vorjahr leisten? Über € 82 Mio. in einem Jahr! Ausgedrückt in Relation zum ordentlichen Haushalt haben wir eine Investitionsquote im außerordentlichen Haushalt von 32,26 %. Im Vergleich zum letzten Jahr stieg sie von 24,22 % auf 32,26 %. Das ist eine Erhöhung um ein Drittel, genauer um 33,19 % - oder um fast € 30 Mio.

Hier gilt es, unserer wiederholten Forderung, das BestbieterInnenprinzip einzuführen, Nachdruck zu verleihen und dessen Umsetzung endlich zu realisieren. Dafür werben wir um Unterstützung aller Parteien in diesem Haus, um die Nachhaltigkeit dieser Investitionen im Land zu halten.

Wenn man sich den vorliegenden außerordentlichen Haushalt ansieht, ist das wohl das größte Investitionsprogramm der Stadt Innsbruck in den letzten Jahrzehnten. Hier sieht man deutlich den Beweis für meine vorherigen Bemerkungen.

Beachtlich und beeindruckend, wie ich finde, aber auch investitionsfördernd, zukunftsorientiert und nachhaltig. Es geht nicht um Abdeckung von irgendetwas, sondern um die Schaffung von Infrastruktur. Wie Bgm.-Stellv.ⁱⁿ Mag.^a Pitscheider heute schon gesagt hat, geht es um Sanierung, Instandhaltung, langfristige finanzielle Vorsorge für die nächste Generation. Das kostet Geld.

Lassen Sie mich jetzt auf ein paar für mich wesentliche Eckpunkte des Voranschlags 2016 eingehen.

Soziale Verantwortung ohne Wenn und Aber.

Die geopolitische Lage schafft für die Kommunen Herausforderungen, wie wir sie bisher nicht kannten. Menschen, die flüchten und sich unter Lebensgefahr aufmachen, um in einem anderen Land Sicherheit und Lebenschancen zu bekommen, werden zum Spielball von Ländern. Wobei die direkte Auswirkung nirgends so stark spürbar ist wie in den Gemeinden und Städten.

Angst und Unsicherheit ist der Boden, in dem Scheinlösungen geboren werden. Es ist zweifelsfrei ein Mittelweg zu finden. Studien sprechen davon, dass bis zu 100 Mio. Menschen alleine aus Afrika nach Europa wollen. Eine Zahl, die alle Vorstellungskraft sprengt und gut gemeinte Willkommenskultur ad absurdum führt. Wir werden nicht alle Menschen aufnehmen können, die zu uns wollen. Wir brauchen Kapazitäten für die, die Asyl beantragen und auch benötigen.

Wir stellen uns dieser Herausforderung - und ich glaube, wir tun das in einer vorbildlichen Art und Weise. Nur gemeinsam können wir das bewältigen. Es gibt nur Lösun-

gen für und nicht gegen Menschen. Den Herausforderungen stellen wir uns in unserer Stadt vorbildlich. Ich bin stolz, Innsbrucker zu sein. In dieser schwierigen Zeit hat die Stadt Innsbruck Pflöcke eingeschlagen. Beim Stadtsenat möchte ich mich bedanken, der sich in großer Einigkeit diesem Thema gewidmet hat. Doch geht es nicht nur um die Zurverfügungstellung von kurzfristigen Unterkünften, sondern wir brauchen nachhaltige Möglichkeiten, um den Menschen, die zu Recht bei uns Asyl bekommen, Lebenschancen zu eröffnen. Das fängt bei Bildung und Ausbildung an und hört bei der Unterkunft nicht auf.

Gerade hier werden wir im Wohnungsbereich Vorsorge treffen müssen, damit nicht der Mangel an leistbarem Wohnraum zu Konkurrenzsituationen zwischen AsylwerberInnen und anderen führt. Not gegen Elend auszuspielen, dass ist mit uns nicht zu machen. Wir brauchen mehr leistbaren Wohnraum. Das ist eine Tatsache, darüber gibt es keinen Zweifel. Jetzt gilt das noch mehr als vorher. Das Örtliche Raumordnungskonzept (ÖROKO) geht von 9.500 Wohnungen aus, die in den nächsten zehn Jahren benötigt werden. Wir brauchen neue Wohnungen und wir brauchen diese schnell. Am Neubau führt kein Weg vorbei. Leider funktioniert das nicht so schnell, wie wir alle es uns wünschen.

Es geht wie gesagt darum, Pflöcke einzuschlagen. Bei der folgenden Einstellung unterscheiden wir uns: Für uns hat der Mietwohnbau Vorrang vor dem Eigentumswohnbau - das alleine schon deshalb, weil wir beschränkte Ressourcen haben -, denn die verfügbaren Gründe in Innsbruck wachsen nicht auf den Bäumen.

Verdichtung ist nicht das alleinige Lösungskonzept. Wir brauchen neue Wohngebiete und wir brauchen diese auf städtischen Gründen.

Verdichtung ja. Aber nur auf gerechte Weise. Jede Hofverbauung, jeder Tiefgaragenbau ist eine wichtige Ergänzung, bietet aber auch ein enormes Konfliktpotential. Verdichtungen müssen wirklich sozial verträglich sein. Es kann nicht sein, dass einzelne Stadtteile massiv verdichtet und andere zu Tabuzonen erklärt werden. Nur weil sich die einen wehren und die anderen nicht. Eine korrekte Vorgangsweise ist nur dann gege-

ben, wenn Verdichtungen nicht nur in der Reichenau und dem Olympischen Dorf gemacht werden, sondern auch in Iglis.

Nichtsdestotrotz benötigen wir große städtische Grünflächen, um jenen leistbaren Wohnraum zu errichten, den wir brauchen. Ich halte nichts davon, private Gründe dafür herzunehmen, weil leistbares Wohnen bei diesen Quadratmeterpreisen nicht möglich ist. In dieser Hinsicht sind wir in der Regierungskoalition auf einem guten Weg. In einer Sonder-Gemeinderatssitzung im Jänner 2016 werden wir über die Grundstücksgeschäfte in Bezug auf das Campagnereiter-Areal abstimmen können. Allerdings wird es noch mehr brauchen.

Es ist ganz wichtig, dass wir für eine gerechte und sinnvolle Durchmischung sorgen - zwischen Jung und Alt, hier Geborenen und im Ausland Geborenen und allen sozialen Schichten. Nur so ist gedeihliches Zusammenleben möglich und nur so können jene Win-win-Situationen für alle geschaffen werden, die wir wollen und die wir uns auch wünschen. Eine permanente Evaluierung ist dabei sicherlich vonnöten.

Nach wie vor wünschen wir uns absolute Mietobergrenzen pro Quadratmeter - auch für den Privatbereich. Hier ist jedoch der Bund als gesetzgebende Gebietskörperschaft gefordert. Es ist ja geradezu wahnwitzig, wenn in der Stadt Innsbruck Mieten von € 20,- pro Quadratmeter verlangt werden. Ich verstehe schon, dass es ein Glücksfall ist, wenn man für eine StudentInnenwohngemeinschaft in einer Dreizimmerwohnung Mieteinnahmen von € 1.800,- lukrieren kann. Allerdings hat das natürlich Auswirkungen auf die Wohnungssituation von Familien mit ein oder zwei Kindern, die sich so eine Miete sicher nicht leisten können. Also gibt es nur eine Konsequenz: Runter mit den Mietpreisen!

Die Mietzinsbeihilfe, die in Wahrheit nur eine VermieterInnenförderung ist, gehört hinterfragt und der Zugang vereinheitlicht. Das Land Tirol ist gefordert, mittels Landesgesetz dafür Sorge zu tragen, dass in allen Gemeinden des Landes Mietzinsbeihilfe ab demselben Zeitpunkt gewährt wird.

Bisher wird die Sogwirkung in der Stadt Innsbruck auch dadurch verstärkt, dass in den Umlandgemeinden die Mietzinsbeihilfe erst nach ein bis drei Jahren beantragt wer-

den kann, während dies in der Landeshauptstadt ab dem ersten Tag möglich ist.

Nachhaltig Infrastruktur schaffen.

Wie bereits eingangs erwähnt, stehen wir finanzpolitisch vor großen Herausforderungen. Diese Infrastrukturprojekte sind jedoch nachhaltige Investitionen in die Zukunft.

Sie sind ein Wirtschaftskonzept und schaffen Arbeitsplätze. Aber wir erneuern auch nachhaltig den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und investieren in Bildung, Kunst und Freizeit. All dies kommt den InnsbruckerInnen langfristig zugute.

Ja, es sind viele Projekte gleichzeitig, und ja, es wird nicht leicht. Aber dennoch ist es richtig und wichtig, diese Investitionen jetzt zu tätigen. Wir haben diese Möglichkeit auch nur deshalb, weil sich die Stadt Innsbruck und ihre fleißigen BürgerInnen diese Chance über Jahre durch sparsames Wirtschaften erarbeitet haben. Die Stadt kann ja nur Gelder verwalten, die sie einnimmt.

Dazu stehen wir.

Und dennoch werden wir mit wachem Auge auf die Finanzen der Stadt Innsbruck schauen müssen. Der Spielraum wird kleiner und zukünftige Projekte müssen daher noch genauer auf Notwendigkeit und Priorität geprüft werden.

Auch dazu stehen wir. Wir werden nicht mehr alles, was nice to have ist, umsetzen können. Vielmehr werden wir uns auf die Must-haves konzentrieren müssen. Das heißt aber nicht, dass wir finanzpolitisch die Rollläden herunterlassen und nichts mehr umsetzen. Das wäre nämlich falsch.

Hoher Gemeinderat! Die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) wird diesem Jahresvoranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck für das Rechnungsjahr 2016 die Zustimmung geben. Er setzt ein großes Zeichen für die Wirtschaftsbelebung und für ein nachhaltiges politisches Gestalten.

Ich möchte mich bei allen bedanken, die an diesem Werk beteiligt waren. Ein großes Danke auch an unsere RegierungspartnerInnen, die alten und die neuen. Ich gehe mit großer Zuversicht in das nächste Jahr.

GR Federspiel: Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Heute habe ich zwei Budgetreden mitgebracht. Eine stammt von uns, von der Liste Rudi Federspiel (RUDI). Die andere ist von der Innsbrucker Volkspartei (ÖVP) - zumindest Fragmente daraus möchte ich vortragen. Frei nach dem Motto: "Was interessiert mich das Geschwätz von gestern, wenn ich heute am Futtertrog sitzen darf." Meine Vorredner haben viel Lob verbreitet. Da passt folgende Aussage aus den Reihen der ÖVP, die erst vor Kurzem in Hinblick auf die Stadtfinanzen getätigt worden ist, gut dazu: "Der Stadt Innsbruck droht mit einem kolportierten Minus von € 20 Mio. im nächsten Jahresbudget ein Absturz in die Schuldenfalle. Sparsames und nachhaltiges Wirtschaften war und ist sicher keine Kernkompetenz dieser Ampelkoalition, meint Klubobfrau GRⁱⁿ MMag.^a Traweger-Ravanelli." (Leider ist sie heute nicht da.)

Vor allem die zuständige Finanzreferentin, Bgm.ⁱⁿ Mag.^a Oppitz-Plörer, nimmt die Klubobfrau in die Verantwortung. "Diese Hiobsbotschaft kommt nicht überraschend. Die Bürgermeisterin hätte schon längst die Notbremse ziehen müssen. Wir haben bei den letzten Budgetdebatten vor einer massiven Neuverschuldung der Stadt gewarnt."

In diesem Ton geht es weiter: "Die Ära Bgm.ⁱⁿ Mag.^a Oppitz-Plörer mit ihrer gelbgrün-roten Koalition: Neuer Schuldenberg!"

Heute Nacht habe ich nicht gut schlafen können, weil ich so aufgeregt war. Ich habe mir gedacht, ich könnte mir einige Aussagen ansehen, die die ÖVP in letzter Zeit von sich gegeben hat. "Drei Jahre Innsbrucker Stadtregierung: Grün befiehlt, Gelb gehorcht und Rot verliert." Oder: "Diese Dreierkoalition hat ein Dreierproblem". Jetzt habt Ihr ein Viererproblem, meiner Meinung nach.

Ich könnte noch lange weiter zitieren. Diese Dinge fallen einem um vier Uhr Früh ein, wenn man im Internet sucht. Das ist halt die senile Bettflucht. Die ÖVP hat dafür die retrograde Amnesie. Das ist ein Unterschied!

Meine heutigen Ausführungen zu dem von der Koalition vorgelegten Haushaltsentwurf stehen unter dem Motto "Ein Fass ohne Boden". Ich darf Ihnen versichern, dass damit weder Übertreibung noch Polemik meiner-

seits bzw. seitens meiner Fraktion verknüpft ist. Vielmehr handelt es sich um eine sehr auf den Punkt gebrachte Zusammenfassung dessen, was uns vorgelegt wurde bzw. der Lage, in die uns diese Regierung gebracht hat. Dabei ist es keinesfalls so, dass das alles nicht absehbar gewesen wäre. Wenn nun so manche tun, als wäre es eine große Überraschung, dass wir auf eine massive Neuverschuldung zusteuern und sich bestimmte Aufgaben und Projekte in Bälde nicht mehr finanzieren lassen, dann muss man diejenigen schon fragen, in welcher Traumwelt sie in den letzten Jahren gelebt haben.

Die Liste Rudi Federspiel (RUDI) hat schon vor Jahren davor gewarnt, dass die Politik des beidhändigen Geldausgebens und der vollkommen überzogenen Projekte, die von der derzeitigen Bürgermeisterin praktiziert wird, unzweifelhaft in den Abgrund führt. Unsere Bedenken und Warnungen wurden allerdings beharrlich ignoriert bzw. teilweise sogar ins Lächerliche gezogen.

Nun ist die Zeit gekommen, in der das ganze Malheur, das uns die Regierung eingebrockt hat, offensichtlich wird. Es bestätigt sich all das, was wir seit Jahren befürchten. Mir ist dabei durchaus bewusst, dass seitens der vereinten Linken - nun inklusive ÖVP - an der Methode "Augen zu und durch" festgehalten wird. Die Realitäten der Zahlen werden ignoriert. Nur ist es so, dass sich dieses Desaster in der Öffentlichkeit nun endgültig nicht mehr leugnen lässt. Ich bin ja froh, dass zumindest noch ein Vertreter der Presse anwesend ist. Auch er wird die Sache wahrscheinlich kritisch betrachten.

Einmal mehr ist das Haushaltsvolumen gewachsen, insbesondere das des außerordentlichen Haushalts. Er sprengt jeden Rahmen. Hier steigen die Ausgaben von € 340 Mio. auf € 351 Mio. Ihnen gegenüber stehen Einnahmen von € 341 Mio. Das ergibt ein sattes Minus von € 10 Mio. Diesmal wird es schwierig werden, durch einen glücklichen Zufall von Mehreinnahmen das Ganze zu kaschieren.

Mir ist schon bewusst, dass die Stadt Innsbruck einige große Posten aufgrund ungünstiger gesetzlicher Rahmenbedingungen zu finanzieren hat - wie z. B. die Landesumlage. Auch ist mir klar, dass die regelmäßi-

gen Kostensteigerungen gerade bei der Sozialhilfe oder beim Landeskrankenanstaltensfonds eine erhebliche Belastung darstellen. Das kann aber keine Ausrede dafür sein, dass man nicht zumindest einen ausgeglichenen Haushalt vorlegt. Zudem steht es einem jederzeit frei - zumal man beste Beziehungen zum Städte- und Gemeindebund unterhält -, sich für eine Reduktion der kommunalen Belastungen auf diesen Gebieten einzusetzen. Hier sind die Aktivitäten jedoch enden wollend. Ganz im Gegenteil!

So haben sich gerade die Innsbrucker Grünen (GRÜNE) immer aus ideologischen Gründen gegen jede Einschränkung - etwa was die Mindestsicherung für Drittstaatsangehörige anlangt - ausgesprochen. Dass die Umlagezahlen, die im vorliegenden Jahresvoranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck für das Rechnungsjahr 2016 ausgewiesen sind, ohnehin nicht halten werden, ist wohl jeder/m klar. Das brauche ich gar nicht zu erwähnen.

In den begleitenden Ausführungen zum Haushaltsentwurf findet sich die Formulierung: "Für den Haushalt 2016 gilt das Prinzip der Sparsamkeit." Wäre es nicht so traurig, müsste man eigentlich darüber lachen. Richtig ist, dass Kürzungen vorgenommen wurden. Allerdings handelt es sich dabei um vernachlässigbare Beträge oder es wurde an der falschen Stelle gespart - wie z. B. im Kulturbereich. Natürlich kann man auch dort über Kürzungen sprechen, gerade was die Subventionen anlangt. Das muss aber genauestens erörtert werden, damit dann für die Zukunft entsprechende Maßnahmen gesetzt werden können.

Man sollte sich einmal überlegen, welche hohen Beträge in die Tiroler Landestheater & Orchester GmbH (TLT) gesteckt werden bzw. welche Beträge junge KünstlerInnen bekommen. Es wäre schon interessant, hier ein Zukunftskonzept zu erstellen. Vielleicht ist das ja jetzt in dieser Viererkoalition möglich, nachdem ihr nun so viele KulturexpertInnen angehören. Es dürfte nun kein Problem sein, künftig objektiver vorzugehen und dafür zu sorgen, dass die jungen KünstlerInnen mehr bekommen und die subventionierten und quasi pragmatisierten StaatskünstlerInnen entsprechend weniger.

(GRⁱⁿ Mag.^a Schwarzl: Aha! Deshalb stimmt Ihr also immer gegen die Subvention für die Plattform mobile Kulturinitiativen {pmk}!)

Das Prinzip der Sparsamkeit im Sportbereich ist auch interessant. Dort ist davon überhaupt wenig zu merken. Heute hatten wir ja schon eine Präsentation zu den "International Children's Games (ICG) 2016". Ich bin nicht so überzeugt, dass diese Veranstaltung der Stadt Innsbruck einen großen Nutzen bringen wird. Eher glaube ich, dass das Geld für heimische Sportvereine etwas besser investiert wäre. Aber da bin ich vielleicht einfach zu konservativ.

Jedenfalls muss man sich nach Abschluss dieses Events über die Weitervermarktung und -entwicklung sicherlich Gedanken machen. Ich erinnere nur daran, was im Endeffekt von den Olympischen Spielen geblieben ist - sehr wenig. Es kann aber durchaus sein, dass unser neuer Tourismusstadtrat Gruber sofort die Initiative ergreifen wird und sich umgehend in den Vorstand des Tourismusverbands Innsbruck und seine Feriendörfer (TVB) setzt. Da gehörst Du nämlich hin, lieber Franz, um diese Querverbindung zur Stadt Innsbruck herzustellen! Dort ist nämlich Geld zu haben. Durch die vielen Pflichtmitgliedschaften kann man aus dem Vollen schöpfen.

Einige Prestigemaßnahmen unserer Frau Bürgermeisterin möchte ich noch erwähnen - wie z. B. die Projektkoordination im Bereich Öffentlichkeitsarbeit, die mit € 90.000,- zu Buche schlägt. Weiters das Kommunikationskonzept Nordkette, das interessanterweise in der Haushaltsstelle Natur- und Landschaftsschutz untergebracht ist. Ich bin schon sehr gespannt, was da herauskommen wird. Ein paar interessante Ausgaben gibt es auch noch im ordentlichen Haushalt: Das Budget für die Datenbanken in der Mag.-Abt. III, Tiefbau, wird verzehnfacht. Bei diversen Ämtern werden die Beträge für die anfallenden EDV-Kosten verdoppelt. Der Betriebsabgang der Innsbrucker Soziale Dienste gemeinnützige GesmbH (ISD) ist auch nicht übel. Gut, man hat das neue Wohn- und Pflegeheim im Olympischen Dorf errichtet. Dafür waren entsprechende Investitionen vonnöten. Aber die Summe kann man durchaus kritisch betrachten.

Nun komme ich zu der Innsbrucker Verkehrsbetriebe und Stubaitalbahn GesmbH (IVB) - das ist schon fast ein Hobby von mir. Sie bleibt nicht nur ein Defizitbetrieb, sondern die rote Zahl wird tendenziell auch immer größer. Ich spreche hier allerdings nicht von irgendwelchen Infrastrukturprojekten, sondern vom laufenden Betrieb. Der Abgang liegt hier bei € 9,5 Mio. Dazu muss man noch den Gesellschafterzuschuss von knapp € 5 Mio. rechnen. Das steht schlichtweg nicht dafür!

In Bezug auf die Innsbrucker Kommunalbetriebe AG (IKB) wäre es wesentlich sinnvoller, den Abgang bei der Bäderwirtschaft durch eine Restrukturierung dieses Bereichs auf unter € 200.000,- zu drücken. Man muss schon Überlegungen anstellen, ob zukünftig seitens der Stadtregierung entsprechende Maßnahmen gesetzt werden.

Interessant ist der außerordentliche Haushalt. Im Rechnungsabschluss 2014 wurde eine Summe von € 71,3 Mio. ausgewiesen. Im Jahresvoranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck für das Rechnungsjahr 2015 standen € 82,3 Mio. Eigentlich könnte man annehmen, dass angesichts dieser gewaltigen Beträge der Plafond erreicht ist. Aber weit gefehlt! Wir werden im kommenden Jahr ungefähr bei € 110,2 Mio. landen. Das heißt, wir müssen Kredite aufnehmen.

Was wir immer schon befürchtet haben, ist jetzt eingetreten. Dieses unsinnige Straßenbahnprojekt - das für mich der Sargnagel der städtischen Finanzen ist - hätte man niemals in Angriff nehmen dürfen. In diversen Gesprächen, bei einem Glas Wein oder einer Tasse Kaffee, kann man von den Stadträten, die jetzt die Verantwortung übernehmen bzw. übernommen haben, hören, dass sie diesem Vorhaben sehr kritisch gegenüberstehen.

Von Anbeginn war die Liste Rudi Federspiel (RUDI) - damals war GR Mag. Kogler noch dabei - gegen dieses Projekt. Dafür sind wir geprügelt worden - sogar vom Landeshauptmann. Uns wurde unterstellt, wir seien rückschrittlich. Wir haben uns aber einfach die Kalkulationen ganz genau durchgesehen und gemerkt, was hier abgeht. Man muss sich vor Augen halten, was hier passiert - zunächst die Höhe der jetzt auflaufenden Investitionsbeträge und dann die Folgekosten! Habt Ihr Euch das einmal an-

gesehen, was hier auf uns zukommen wird? Das ist nämlich das große Problem. Der Betrieb wird nicht kostendeckend zu bewältigen sein. Hinzu kommen die Erneuerungen in die Infrastruktur.

Zunächst hat man von einer Regionalbahn gesprochen. Inzwischen ist daraus eine verlängerte Straßenbahn geworden. Ich frage mich, wer diese dann schlussendlich benutzen wird. Man muss sich nur anschauen, was sich derzeit in Pradl abspielt - wo die Gleise irgendwo enden. Bevor man weiterarbeiten kann, müssen Leute enteignet werden. Ein Wahnsinn, was hier abgeht!

Ich kann mich auch noch gut erinnern, als gesagt wurde, der Bund bezahle insgesamt € 33 Mio. für dieses Projekt. Was ist nun? Gar nichts zahlt er! Der Bund ist ausgestiegen. Ein bisschen etwas wird vom Land Tirol beigetragen. Allerdings beteiligt es sich nicht an den laufenden Kosten. Diese werden wiederum von der Stadt Innsbruck getragen werden müssen.

Was das Haus der Musik anlangt, gehe ich d'accord mit einigen PolitikerInnen auf Landesebene, die meinen, dass man das nicht unbedingt gebraucht hätte. Unsere Fraktion hat sich nicht für diesen Bau ausgesprochen. Man hätte auch den alten Stadtsaal sanieren können. Ich möchte an dieser Stelle das "Haus der Sinne" in der Wilhelm-Greil-Straße und die Umsiedlung der Tanzschule Polai in Erinnerung rufen. Diese Projekte muss man immer wieder erwähnen, denn das kostet bzw. hat uns Millionen Euro gekostet.

Nun zur Stadtbücherei im Projekt II der PEMA Entwicklungs- und Beteiligungs-GesmbH (PEMA II). Ich schaue mir die Diskussionen an, wenn das im Stadtsenat bzw. im Gemeinderat behandelt wird. Da ich in der Opposition und nicht in der Regierung bin, kenne ich nicht alle Unterlagen. Aber soviel ich Einblick in die derzeitigen Zahlen habe, kann ich mir nicht vorstellen, dass das wirklich vorgelegt wird. Denn wenn alles so bleibt, wie es am Anfang angeboten wurde, dann kann ich nur sagen, gute Nacht, liebes Innsbruck. Das zu finanzieren wäre Wahnsinn und das würde auch kein Mensch hier verstehen. Es wird wohl ein Projekt vorgelegt werden müssen, das auch finanzierbar ist.

Ein besonderer Leckerbissen ist auch die Umbrüggler Alm - die teuerste Alm Europas! Auch gegen diesen Bau haben wir gestimmt, diese Ausgaben sind einfach nicht zu rechtfertigen.

Im Übrigen bin ich gespannt, was uns im laufenden Jahr 2016 im Bereich des außerordentlichen Haushalts an Überraschungen erwartet - ob wir in der Lage sind, bestehende Missstände zu beseitigen. So wurden auch im Jahr 2014 wieder Kreditreste aus dem außerordentlichen Haushalt fortgeschrieben und zwar erneut in höherem Ausmaß als in den Jahren zuvor, nämlich in Höhe von € 4,05 Mio. Dabei wurden zudem wieder die zur Erstellung des Investitionsplanes festgelegten Richtlinien nicht eingehalten, nach denen die AnmelderInnen verpflichtet sind, für neue bzw. alle noch nicht begonnenen Vorhaben ab einem Gesamtinvestitionsvolumen von € 750.000,-- unbedingt die zu erwartenden Folgeausgaben bzw. -einnahmen aufgeteilt auf die angegebenen Jahre zu ermitteln und bekanntzugeben. Das ist ein riesiges Problem, diese Folgekosten!

Die Kontrollabteilung hat bereits in früheren Berichten diese Problematik erörtert und darauf hingewiesen, dass die Bekanntgabe der Folgeeinnahmen bzw. -ausgaben für die politische Entscheidung, ob ein künftiges Projekt tatsächlich verwirklicht werden soll, eine wesentliche Grundlage darstellt. Eine ähnliche Feststellung hat auch der Bundesrechnungshof (RH) in der Vergangenheit in der Weise getroffen, dass er seinerzeit darauf verwiesen hat, es fehle ohne Bekanntgabe dieser Beträge eine wichtige Entscheidungsgrundlage. Auch wurden vereinzelt Kreditreste entgegen den Ausführungsbestimmungen für die jährlichen Jahresvoranschläge der Landeshauptstadt Innsbruck um mehrere Jahre vorgetragen.

Ich spreche noch kurz die Patscherkofelbahn an. Das Neubauprojekt ist für mich ein Wahnsinn! Es wird im Jahresvoranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck für das Rechnungsjahr 2016 nun auch an der Gebührenschaube gedreht, wie deutlich sichtbar ist. Im Bereich der Parkraumbewirtschaftung passiert Abzocke, Bgm.-Stellv.ⁱⁿ Mag.^a Pitscheider.

(Bgm.-Stellv.ⁱⁿ Mag.^a Pitscheider: Du hast das System eingeführt!)

Ja, ich war auch einmal Verkehrsstadtrat, habe das aber gescheit gemacht. Was sich derzeit allerdings abspielt, ist einfach verheerend. Eine Wahnsinnsmaßnahme jagt die andere. Frau Bürgermeisterin ist aber so clever, dass sie diese Dinge gut aufgeteilt hat und dann, sobald es wirklich kritisch wird, gewisse Sachen wieder zurücknehmen kann. Dann kann sie der Bevölkerung erklären, sie hätte das in die Hand genommen und zur Chefsache erklärt. Genau so wird es sicher passieren!

Die nächste Planlosigkeit orte ich im Bereich der Abfallentsorgung. Es schaut bei uns ja teilweise schon aus wie in Neapel.

(GRⁱⁿ Mag.^a Schwarzl: Du bist ja eh so ein Italien-Fan.)

Ich weiß nicht, was dahingehend in nächster Zeit passieren wird, ob Änderungen erfolgen werden. Aber was sich derzeit abspielt, ist teilweise untragbar!

Was die Sicherheit anlangt - da werden die MitarbeiterInnen der Mobilen Überwachungsgruppe (MÜG) ausgeschiedt, um Parkstrafen zu verhängen, statt unerwünschte Auswüchse auf dem Gebiet von Vandalismus, organisierter Bettelei oder Ruhestörung im öffentlichen Raum zu unterbinden.

Wir haben uns den Jahresvoranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck für das Rechnungsjahr 2016 in all seinen Facetten angesehen und sind zu dem Schluss gekommen, dass die wichtigen Impulse fehlen. Die Reihe der Fehl Ausgaben wird nahtlos fortgesetzt, es kommt eine riesige Verschuldung auf uns zu. Daher werden wir diesem Jahresvoranschlag sicher nicht zustimmen.

(GR Carli: Das ist jetzt aber eine Überraschung!)

GR Vescoli: Frau Bürgermeisterin, hoher Gemeinderat!

Ich möchte vorausschicken, dass ich ein Ur-Innsbrucker bin. Aufgewachsen bin ich in der Altstadt, dann habe ich mich über die Reichenau und andere Stadtteile sozusagen auf die Hungerburg hinaufgearbeitet. Ich liebe diese Stadt, es gibt keine lebenswertere als Innsbruck. Man muss nur einmal durchspazieren und das Flair fühlen. Innsbruck ist keine Weltstadt, das wollen wir ja auch gar nicht sein. Es war damals ein gu-

ter Gag, mit diesem Slogan zu werben. Aber wir sollten immer mehr zu einer urbanen Stadt werden. In dieser Hinsicht möge unser Blick sich Richtung Italien wenden. GR Rudi Federspiel wird sicher gerne einmal eine Exkursion mit uns machen.

(GR Mag. Krackl: Nach Neapel!)

Nein, nicht nach Neapel. In die Toskana oder ins Piemont! Zudem haben wir ja auch noch GR Carli. Er fährt sicher mit uns nach Sardinien. Auch da gibt es urbane Städte.

(GR Carli: Bitte keine Schleichwerbung machen!)

Was mir in Innsbruck fehlt, ist ein Stadtteilentwicklungskonzept. Ich sehe das vom Blickwinkel der Wirtschaft aus. In Pradl hat man damit begonnen. Das ging aber von der Wirtschaftskammer Tirol (WKO) aus und nicht von der Stadtverwaltung. In Wilten ist man momentan auch dabei. Man sollte das aber in allen Stadtteilen verwirklichen. Im Olympischen Dorf wird über die Medien verbreitet, dass es dort zu einer Verdichtung kommt und neue Hochhäuser gebaut werden sollen. Dass die Bäume fallen, daran sind wir in der Stadt Innsbruck ja schon gewöhnt.

Ein Stadtteilentwicklungskonzept für das Olympische Dorf, wo auch wieder verstärkt einheimische Betriebe angesiedelt werden - ob das Metzger oder Kaffeehäuser sind -, das wäre erstrebenswert. Das urbane Leben fehlt mir diesbezüglich. In St. Nikolaus ist man auf einem guten Weg. Das hat aber auch nichts mit der Stadt zu tun, es war Alfred Püls, der das initiiert hat.

(StR Mag. Fritz: So ein Käse!)

Käse ist etwas zum Essen, Datteln und Bananen ebenso.

Was den Jahresvoranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck für das Rechnungsjahr 2016 anlangt, so habe ich schon erwähnt, dass man beim Schulstandort Innsbruck anpacken sollte. Die DirektorInnen der Haupt- und Neuen Mittelschulen sagen, sie hätten zu wenig Infrastruktur. Man sollte das in Angriff nehmen, dass die Kinder alles vorfinden, was sie brauchen. Denn zufriedene, gut ausgebildete SchülerInnen bieten auch für die Stadt große Chancen.

Ganz kurz noch zum Patscherkofel. Ich bin oft oben, habe dort aber außer GR

Mag. Kogler oder StR Gruber noch nicht sehr viele MandatarInnen gesehen. Aber die Bespielung des Berges ohne Einbindung der Umlandgemeinden bis hinüber nach Rinn wird von vornherein nicht klappen. Jetzt macht man diesen Entwicklungsprozess. Das hätte man schon lange tun können, denn aufgesetzt wurde er nach den Unterlagen des Jahres 1989. Seit damals hat sich gar nichts getan. Warum? Die Leute dort wollen es nicht. Die Rodelbahn hätte man ja schon lange verwirklichen können. Das heißt, man muss den Patscherkofel anders nützen. Denn das Geschäft wird im Sommer und nicht im Winter gemacht.

Wenn der Jahresvoranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck für das Rechnungsjahr 2016 schon relativ eng ist, dann frage ich mich, warum man auch noch insgesamt über € 50 Mio. in den Patscherkofel investieren muss? Dann hätte man ja auch die alte Bahn renovieren und den Olympia Express und den Panoramalift für die nächsten fünf oder sechs Jahre bestehen lassen können. Wenn sich die Finanzlage dann erholt hat - was wir alle hoffen, denn nun ist ja auch die Innsbrucker Volkspartei (ÖVP) in der Regierung, das heißt, es geht bergauf -, hätte man eine neue Trassenführung angehen können. Ich erinnere an die Aussagen der Innsbrucker Grünen (GRÜNE): "Patscherkofel? Wir stimmen dagegen!" Jetzt werden 7,5 ha Wald gerodet und das ist ihnen völlig egal.

Ebenso der Bau der Parkplätze. Abzocken tut Ihr! Die SkifahrerInnen müssen ein Tagesticket kaufen und auch für den Parkplatz zahlen. Den Vorschlag, dass man die BesitzerInnen eines Freizeittickets gratis parken lässt (so wie es auch auf der Hungerburg beim Nordpark der Fall ist), habe ich von Euch noch nie gehört.

Ich kann mich noch gut daran erinnern, als Regina Stanger und ich einen Termin bei Bgm.-Stellv.ⁱⁿ Mag.^a Pitscheider hatten. Wir haben über die Service-Parkkarten gesprochen, dass es für KleinunternehmerInnen möglich sein sollte, zwei oder drei Kennzeichen darauf anzugeben. Bgm.-Stellv.ⁱⁿ Mag.^a Pitscheider hat das für einen guten Vorschlag gehalten und gemeint, man solle im Gespräch bleiben. Regina Stanger ist daraufhin noch einmal alleine ...

(Bgm.-Stellv.ⁱⁿ Mag.^a Pitscheider: Nein, so war das sicher nicht!)

Bitte, dann hole ich Regina Stanger her und Du kannst auch Deinen Adlatus befragen. Ich weiß, dass es so war und dass nichts herausgekommen ist! Unser entsprechender Antrag ist dem Ausschuss für Arbeit, Wirtschaft und Tourismus zugewiesen worden. Ich werde dieses Anliegen wieder hineinbringen! Mir kann nämlich niemand erklären, warum eine Firma auf einer Service-Parkkarte nicht drei Kennzeichen angeben darf. Das ist sonst absolut wirtschaftsfeindlich.

Wenn wir schon beim Thema sind, so muss ich sagen, dass das Parkraumkonzept absolut wirtschaftsfeindlich ist!

(GRⁱⁿ Mag.^a Schwarzl: Ja, genau. Am besten schaffen wir die Kurzparkzonen ab! Dann stehen die Autos den ganzen Tag lang dort und niemand anderer findet einen Parkplatz!)

Man kann ja wohl eine andere Meinung haben! Das Parkraumkonzept ist wirtschaftsfeindlich.

Nun zum Sportstandort Innsbruck.

(Bgm.-Stellv. Kaufmann: Oje, da ist sicher auch alles schlecht.)

Nein, da möchte ich Dir, Bgm.-Stellv. Kaufmann, sogar ein riesiges Kompliment machen. Den Neubau der Kletterhalle finde ich super. Über die International Children's Games (ICG) kann man geteilter Meinung sein. Persönlich finde ich die Veranstaltung gut.

Aber die Sportvereine müssen auch Förderungen bekommen, und zwar höhere. Beispielsweise die SchwimmerInnen, HandballerInnen, FußballerInnen und Wasserballer - ja genau, die Wasserballer. Die Innsbrucker sind in dieser Sportart zehn Jahre in Folge Österreichischer Meister geworden. Sie brauchen Förderungen, und zwar mehr als der Profi-Fußballclub (FC) Wacker Innsbruck.

(GRⁱⁿ Mag.^a Schwarzl: Genau, das sage ich auch.)

Bei jedem privaten Haushaltsbudget hat man normalerweise eine Reserve. Das wird GRⁱⁿ Mag.^a Schwarzl wohl auch so handhaben.

(GRⁱⁿ Mag.^a Schwarzl: Nein.)

Aber GR Mag. Stoll hat sicher eine Reserve, oder?

(GR Mag. Stoll: Ja, eine große.)

Gut. Könntest Du vielleicht der Stadtregierung sagen, dass man beim Jahresvoranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck für das Rechnungsjahr 2016 auch eine große Reserve benötigen würde? Du bist der Wirtschaftssprecher Deiner Partei, Du machst das schon.

Mir fehlt also die Reserve beim Jahresvoranschlag. Allerdings möchte ich den BeamtInnen ein riesiges Kompliment machen. Sie machen einen tollen Job. Schließlich müssen sie das umsetzen, was hier beschlossen wird. Nun ist ja die ÖVP in der Regierungskoalition dabei, vielleicht sorgt sie ja dafür, dass weniger von dem beschlossen wird, was so viel Geld kostet.

Ich hatte einen Hund. Leider ist er heuer gestorben. Eigentlich sollten wir eine Trauerminute abhalten. Denn wenn hier über Käse, Datteln und Bananen gesprochen werden kann, dann darf ich auch über meinen toten Hund reden.

Wenn ich nun lese, dass die Hundesteuer um 16 % erhöht wird - von € 86,-- auf € 99,96 pro Jahr, dann ärgert mich das. Denn Hunde sind für ältere Leute oft unentbehrlich. Damit meine ich jetzt aber nicht mich. Wenn die/der Lebenspartner/in gestorben ist, sind Hunde oft die einzigen Ansprechpartner für einsame Menschen. Gut, Vögel und Katzen könnten diesen Zweck auch erfüllen. Aber für diese Tiere muss man keine Steuern zahlen. Ich finde es jedenfalls nicht richtig, den älteren Menschen so in die Tasche zu greifen und die Hundesteuer um 16 % zu erhöhen!

Nächster Punkt: Gesundheitsstandort Innsbruck.

Ich wäre davon überzeugt, dass Sie, Frau Bürgermeisterin, dieses Thema besser im Griff hätten als LR DI Dr. Tilg. Das muss ich jetzt wirklich sagen. Dass in der Universitätsklinik Innsbruck teilweise keine Operationen mehr durchgeführt werden, ist wirklich tragisch. Wir haben hier auch schon eine Zweiklassen-Medizin. So, wie wir mit privaten Gymnasien auch eine Zweiklassen-Gesellschaft bekommen würden.

(GRⁱⁿ Mag.^a Schwarzl: Das ändert sich jetzt mit der ÖVP in der Regierung alles.)

Nein, denn in Wien geben die schwarzen, roten und grünen PolitikerInnen alle ihre Kinder in private Schulen. Dafür kann ich Beweise liefern.

Ich bin überzeugt, dass die Stadt Innsbruck auf einem guten Weg wäre, gebe es eine gewisse Großmanns- oder Großfraussucht nicht. Ob man jetzt die Regionalbahn oder andere Großprojekte hernimmt, die man sich nicht leisten kann ...

(GR Dr. Stemeseder: PEMA war's!)

Nein, über die Projekte der PEMA Entwicklungs- und Beteiligungs-GesmbH will ich nicht reden. Das ist nicht meine Baustelle. Ich spreche auch nicht schlecht über SüdtirolerInnen, ich denke mir nur meinen Teil. Allerdings wünsche ich mir, dass wir beim nächsten Jahresvoranschlag ein bisschen positiver in die Zukunft blicken können - obwohl wir da die Kosten für den Patscherkofel dabei haben werden. Ich glaube, die Innsbrucker Grünen (GRÜNE) hoffen darauf, dass für den Bau der neuen Bahn doch eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) notwendig sein wird. Dann können sie sagen, sie wären vor sechs Jahren eh dagegen gewesen.

GR Dr. Stemeseder: Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir haben heute schon viel über volks- und betriebswirtschaftliche bzw. juristische Zusammenhänge gehört. Nachdem ich kaum etwas gelernt habe, außer Finanzwirtschaft, Jus und ein bisschen Kunst, werde ich versuchen, mich auf Konditionen, Provisionen und andere Nebengeräusche im Jahresvoranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck für das Rechnungsjahr 2016 zu beschränken.

Auf Seite 3 unserer Einladung ist von einem Fonds die Rede. Das kommt selten, aber doch vor. Er ist inzwischen schon aufgelöst. Es handelt sich um den Raiffeisen Capital Management KEG. R 107. Das R steht hier für Rente. Das hat nichts mit RentnerInnen zu tun. Vielmehr handelt es sich um eine Anleihe, also eine hochsichere Veranlagung mit derzeit null Rendite.

Neulich habe ich Mag. Johann Paul Cammerlander auf der Straße getroffen. Er hat

mir erzählt, die Stadt Innsbruck habe vor Jahren einen höchst rentablen Fonds aufgelöst - mit dem Argument des Spekulationsverbots. Ich stelle das hier fragend in den Raum. Das Ganze bedarf einer Transparenzauffrischung. Wir PIRATEN sind nicht nur für Transparente, sondern auch für Transparenz. Das Ding soll ja nicht nur einen Namen haben, vielmehr sollte man es auch verstehen können. Und zwar auf eine Art und Weise, dass ich es auch meinem Sohn oder meiner Oma erklären kann.

Wenn wir veranlagen, tun wir das mittels Renten. Für eine Steigerung gehen wir in den Bereich der Immobilien, da erzielten wir früher sagenhafte 7 % Rendite. StR Mag. Fritz hat schon einmal fast die Polizei alarmiert, als ich gemeint habe, Renditen von 10 % seien ganz normal.

Harald Knoll, ein Immobilienmakler, hat mir erzählt, ...

(Bgm.ⁱⁿ Mag.^a Oppitz-Plörer: Mit ihm habe ich auf dem Podium auch schon gestritten!)

Ja, das hat er mir auch erzählt. Insgesamt fünfmal. Er erklärt das leistbare Wohnen und ist ein super Mann. Ich habe ihm vor einigen Tagen 25 Minuten zugehört - toll.

(GR Vescoli: Hast Du dann die Villa von Peter Alexander gekauft?)

Das bringt uns jetzt aber nicht weiter. Ich war gerade bei den Assets.

Also weiter in der Hierarchie. Die nächste Stufe sind die Aktien. Wenn das stimmt, was Harald Knoll sagt, dann haben sich die Immobilien in der Stadt Innsbruck in den letzten zehn Jahren im Preis verdoppelt.

(Bgm.ⁱⁿ Mag.^a Oppitz-Plörer: Harald Knoll ist ein guter Tennislehrer.)

Das ist mir jetzt aber auch egal.

Eine Verdoppelung dividiert durch zehn bedeutet eine Rendite von 10 %. Ist das eine Schweinerei? Dieses System ist ganz einfach, wir leben darin.

Ich darf an die vielen ungesicherten Fremdwährungsfinanzierungen im Wohnungsbereich erinnern. Sie haben eine Veranlagungsseite, die übrigens alle einen Schiefstand haben, und eine Kreditseite. Nun komme ich zur Seite 13 unserer Unterlage. Schuldenstand € 13 Mio. Für Zinsen und Nebenkosten wurde ein Gesamtbetrag

in Höhe von € 216.190,-- aufgewendet. Das ist lege artis - so drückt man das aus - Kraut und Rüben.

Wenn ich jemanden berate, schaue ich mir den Kreditvertrag an. Idealerweise steht dort, welcher Aufschlag verrechnet wird. Wir wissen, er liegt normalerweise zwischen 0,5 % und 2,5 %. Die Nebenkosten sind für mich, den ehemaligen Vertriebler, wahnsinnig spannend und interessant. Dazu zählen Bearbeitungsgebühren etc. Das ist eine schöne Gebühr, weil die gehört mir, dem dicken Heinrich. Steht dort Verwaltungsgebühr, dann interessiert mich das auch. Dieses Geld bekommt man jährlich, um diesen Vertrag zu bewachen und zu beschützen, damit die KundIn ihn nicht storniert. Das ist ja ein umkämpfter Bereich! Geradezu militant!

Dann gibt es noch das Phänomen der Provision. Wir haben damals, als aus den gemeinderätlichen Ausschüssen noch mehr zu uns gedrungen ist, so schöne Begriffe wie Zinsfloor und Zinscap gehört. Kein Mensch hat gewusst, was das ist. Die Congress und Messe Innsbruck (CMI) hat mit so einem System viele Hunderttausend Euro finanziert bekommen.

Das war voll für den Hugo bzw. umsonst. Aber nicht gratis. Denn das hat viel gekostet. Aber egal, das ist ja nur Geld - wichtig ist ja eh die Gesundheit, damit das besitzbürgerliche Grün auch seinen Frieden hat.

Das Thema leistbares Wohnen werde ich bei meiner Wortmeldung zur besonderen Wechselrede anschneiden. Ich habe dazu sehr viel zu sagen. In meinen Beiträgen für die "Bezirksblätter" habe ich das für die Öffentlichkeit schon zusammengefasst. Es gibt eine Artikelserie "Leistbareres Wohnen 1 bis 7". Nur soviel: Über die Laufzeiten und die gegenwärtigen Bankkonditionen können es Profis schaffen, das Wohnen leistbarer zu machen.

Ich habe im Jahr 2001 eine Garçonnière gekauft. (Übrigens suche ich jetzt auch eine Wohnung, aber es ist einfach ein Wahnsinn, was das kostet!) Man muss sich die monatliche Belastung ansehen und nicht irgendeinen Wohnbauförderungs-Hokuspokus, bei dem man vorgerechnet bekommt, dass man sich € 1.300,-- erspart oder was auch immer. Aber zurück zu meiner Garçonnière in

der Philippine-Welser-Straße. Damals hatte ich noch die Bonität eines Prinzen.

Die Tiroler Sparkasse hat die Finanzierung übernommen mit einem Aufschlag von einem Prozent. Um ATS 650.000,-- habe ich diese Wohnung mit 35 m² - auch ein wunderschöner Garten ist dabei - erworben. Weil ich damals noch Prinz Heinrich war, habe ich zur Tilgung des Kredits (Währung war der japanische Yen) eine englische Lebensversicherung abgeschlossen. Insgesamt hatte ich einen Zinsendienst von ca. einem Prozent. Ich bin ein dynamischer, risikofreudiger Typ, vielleicht auch voll gestrudelt, jedenfalls habe ich super gut verdient!

Über die Laufzeit habe ich einen effektiven Zinssatz zwischen einem und eineinhalb Prozent gezahlt. Das bedeutet, dass Prinz Heinrich für seine Garçonnière pro Monat nicht einmal € 100,-- Belastung gehabt hat. Wer bin ich heute? Moral von der Geschichte: Wir können (wie wir beim entsprechenden Punkt noch ausführlicher besprechen werden) die Dinge angehen!

Ich zitiere an dieser Stelle gerne die Aussagen von KollegInnen aus der Immobilien- bzw. Finanzbranche: Wir müssen endlich anfangen! Nicht dauernd in Ausschüssen oder ExpertInnengremien etc. alles zerreden. Sonst kommt es auf politischer Ebene nicht zum Prager Fenstersturz, sondern zu einem Sturz direkt aus dem Rathaus! Das will ich aber nicht, denn ich bin ein friedliebender Mensch und gönne jeder/m die Zeit, die Gott für sie/ihn vorgesehen hat.

GR Kritzinger: Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe KollegInnen.

GR Vescoli hat vorhin über die Wirtschaft gesprochen. Sie ist ein wichtiger Faktor, kann uns aber auch gewaltig schaden. StR Mag. Fritz hat das Thema Ideologien erwähnt. Wenn wir falschen Ansichten aufsitzen, dann kann uns das ebenfalls großen Schaden zufügen. Das nur zu den Ausführungen meiner Vorredner.

Als Vertreter der SeniorInnen möchte ich zum Jahresvoranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck für das Rechnungsjahr 2016 anmerken, dass wir heuer einen Verlust von € 30 Mio. eingefahren haben. Das ist noch nicht so erschreckend. Im kommenden Jahr

werden wir allerdings schon einen Abgang von € 70 Mio. haben.

Erfreulich aus Sicht des Tiroler Seniorenbunds (TSB) ist, dass wir im Olympischen Dorf ein neues Wohn- und Pflegeheim bekommen haben. Das hat wirklich Qualität, dafür bedanke ich mich herzlich. Es ist architektonisch fantastisch gelöst. Nehmen Sie sich einmal die Zeit, um sich das Gebäude anzusehen! Ich glaube, es hat damals einen gewissen Mut gebraucht, den Bau so weit an das Innufer zu rücken. Ich selbst habe mir damals gedacht, dass das außergewöhnlich ist.

Wir vermissen allerdings den Bau eines weiteren SeniorInnenheimes im Zentrum der Stadt Innsbruck. Es war ursprünglich vorgesehen, dass das Heim am Hofgarten wieder neu errichtet wird. Pläne und Finanzierung sind schon vorgelegen. Es hätten wieder ältere, pflegebedürftige Leute dort untergebracht werden sollen. Leider ist das dann nicht erfolgt. Vor etlichen Jahren wurde die Regresspflicht abgeschafft. Auch ich habe mich für diesen Schritt eingesetzt. Die Kinder der pflegebedürftigen Personen waren zuvor verpflichtet, ihren Beitrag für die Heimbetreuung zu leisten. Mir erschien es nicht ganz gerecht, dass für Personen, die keine Kinder haben, die öffentliche Hand einspringt. Damals wusste ich allerdings nicht, welche Folgen die Abschaffung der Regresspflicht haben wird. Innerhalb kürzester Zeit waren alle Betten besetzt. Ich war ganz erstaunt, wie rasch das passierte - nicht nur in der Stadt Innsbruck, sondern in allen Regionen Tirols. Als das Land Steiermark die Verpflichtung für die Kinder beibehalten hat, musste ich mir eingestehen, dass man nicht ganz unrecht hat. Aber über Vergangenes wollen wir hier nicht diskutieren.

Die Zahl der pflegebedürftigen, älteren Personen wächst in Relation zur Gesamtbevölkerung viel stärker. Wenn schon dieses Areal beim ehemaligen Heim am Hofgarten nicht mehr für ein Altersheim verwendet werden kann, so sollte die Stadt Innsbruck doch ein nahegelegenes Grundstück dafür hernehmen. Ich denke da an die Pflanzgärten. Sie wären wirklich sehr geeignet. Beim Ankauf hätte Frau Bürgermeisterin seitens des Bundes wohl keine großen Schwierigkeiten zu erwarten.

Bgm.ⁱⁿ Mag.^a Oppitz-Plörer: Lieber GR Kritzinger, wir haben in Deinem Auftrag ja schon an das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) geschrieben! Leider tut sich bei Deinem Parteikollegen nichts. Du solltest wirklich einmal in Wien auf den Tisch hauen. Am besten fährst Du mit den SeniorInnen und den Schützen hinunter zu BM DI Andrä Rupprechter.

GR Kritzinger: Liebe Frau Bürgermeisterin, könntest Du mir bitte diesen Brief geben? Das wäre hilfreich.

Wie dem auch sei, möchte ich in diesem Zusammenhang an die Arbeit des ehemaligen Bgm. DDr. van Staa erinnern. Er hat damals das Rathaus umgebaut, den Hauptbahnhof, die Sprungschanze am Bergisel, die Nordkettenbahnen ...

Bgm.ⁱⁿ Mag.^a Oppitz-Plörer: Zur tatsächlichen Berichtigung! Die Nordkettenbahnen konnte DDr. van Staa nicht verhindern. Er hat sich mit Alt-Bgm.ⁱⁿ Zach wortreiche Gefechte geliefert. Ich glaube, es war der 17.12.2005, als sie hier vor der Tür debattierten.

GR Kritzinger: Das ist ja sehr nett, dass Du Dich zu Wort meldest. Aber dieses Thema spielt jetzt ja gar keine Rolle. Ich wollte sowieso nur daran erinnern, dass der frühere Bgm. DDr. van Staa vier Altersheime errichtet hat. Weiters hat er die Eishalle bei der OlympiaWorld gebaut. Dazu noch Tausende von Wohnungen. Und das alles ohne Verschuldung. Er kam mit dem regulären Budget aus. Diese Leistung ist schon beachtlich und es wäre zu empfehlen, sie nachzuahmen!

Im Jahresvoranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck für das Rechnungsjahr 2016 stehen viele Zahlen und Berechnungen. Es ist ein Buch mit sieben Siegeln. Es gibt Einnahmen und Ausgaben - da muss man sich schon hineinknien, damit man etwas herauslesen kann. Wir sind uns wohl alle einig: Gespart werden muss bei den Ausgaben. Bei den Pensionen und den Personalkosten kommt das nicht in Frage. Wir wünschen uns ja motivierte und interessierte MitarbeiterInnen.

Einige erinnern sich wohl noch an den Verkauf der Wassernutzung des Achensees. Die Summe betrug ATS 1 Mrd. Das wurde

in zehn Jahresraten abbezahlt. Umgerechnet wären das € 70 Mio. Genau diesen Betrag sollen wir heute genehmigen. Das nur zum Vergleich. Natürlich macht uns allen die Inflation zu schaffen.

Im außerordentlichen Haushalt steht ein Defizit von € 60,8 Mio. Darin sind der Verkauf von kleineren Grundstücken eingerechnet sowie die € 6,6 Mio., die die IKB an Dividende zahlt.

Im ordentlichen Haushalt kommen noch € 10 Mio. dazu, die ebenfalls investiert werden müssen und nicht durch Einnahmen gedeckt sind. Insgesamt beträgt das Defizit also € 70 Mio. bzw. ATS 1 Mrd.

Die billigen Kredite sind derzeit der Lichtblick. Ich möchte das nicht unerwähnt lassen. Wir stimmen dem Jahresvoranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck für das Rechnungsjahr 2016 zu. Denn Frau Bürgermeisterin verhält sich mutig - nur so erreicht man etwas. Ich hoffe, dass wir durch die günstigen Kreditzinsen die Möglichkeit haben, gut aus der Sache auszusteigen. Der Europäischen Union (EU) wird ja daran gelegen sein, das Zinsniveau möglichst niedrig zu halten.

Danke für die Aufmerksamkeit!

5.2 Besondere Wechselrede (Spezialdebatte)

Gruppe 0 Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung

GR Carli: Die Gruppe 0 weist im ordentlichen Haushalt 2016 Einnahmen in der Höhe von € 5.418.700,-- und Ausgaben in der Höhe von € 62.668.400,-- aus.

Die Gruppe 0 weist im außerordentlichen Haushalt 2015 Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von € 301.000,-- auf.

Zur Gruppe 0 gehören auch die Dienstpostenpläne für 2016 für BeamtInnen und Vertragsbedienstete der Stadt Innsbruck mit allen Zuweisungen, einschließlich der Innsbrucker Immobilien GesmbH & Co KG (IIG), der Innsbrucker Soziale Dienste GmbH (ISD) sowie der Tiroler Landestheater und

Orchester GesmbH (TLT), jedoch ohne Zuweisungen an die Innsbrucker Kommunalbetriebe AG (IKB).

StR Mag. Fritz: Als Erstes möchte ich einen großen Dank an die MitarbeiterInnen der Mag.-Abt. III, Stadtplanung, Stadtentwicklung und Integration, richten. Mit diesem Team, das um vieles kleiner ist als in vergleichbaren Städten wie etwa Salzburg (ganz zu schweigen von Städten gleicher Größenordnung in Deutschland, die ca. die doppelte Belegschaft von uns in der Stadtplanung haben), schaffen wir wirklich einiges und bringen sehr viel weiter. Oft ist zwar die Rede davon, dass die Bearbeitung von Anliegen bei uns angeblich so lange dauern würde. Ich spreche jetzt auch für die Mag.-Abt. III, Baurecht. Hier ist ein Vergleich nämlich noch einfacher, da es gewisse Benchmarks für die Bezirke gibt. Allerdings machen es sich einige verdammt leicht - sie beginnen mit der Zählung der Bearbeitungszeit an dem Tag, an dem die BauwerberInnen die Unterlagen vollständig abgegeben hat. Nicht mit dem Tag der ersten Kontaktaufnahme.

Einigen Beschwerden bin ich persönlich nachgegangen. Es hat sich dann z. B. herausgestellt, dass die BauwerberInnen dreimal um Fristverlängerung angesucht hat, weil sie ihre Unterlagen noch nicht beisammen gehabt hat. Nach weiteren Aufforderungen, dieses oder jenes noch nachzureichen, muss man sich dann sagen lassen, die Abwicklung bei der Behörde dauere so lange.

Das Gleiche passiert bei der Mag.-Abt. III, Stadtplanung, Stadtentwicklung und Integration. Es kommt vor, dass Umwidmungsansuchen eingebracht werden mit folgender Formulierung - und ich sage dazu, dass ich jetzt keine Lügengeschichten erzähle! Ich habe solche Anträge vor mir liegen: "Ich bitte um Umwidmung des Grundstücks Nummer sowieso in der Katastralgemeinde X von Freiland in Bauland. Mit freundlichen Grüßen." Da fehlt die Angabe des Projekts, es gibt keinerlei Bedarfsdarlegung. Dass man mit solchen Ansuchen nicht auf die Schnelle zu einer Widmungsentscheidung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wohnbau und Projekte bzw. des Gemeinderates kommt, ist wohl logisch. Im Vergleich zu anderen Behörden in den Tiroler Bezirken wird bei uns ziemlich schnell gearbeitet. Wir sind nicht luxuriös

überbesetzt, arbeiten nach bestem Wissen und Gewissen und liefern eine gute Leistung ab.

Inhaltlich möchte ich einen Punkt betonen, der im Zusammenhang mit dem Örtlichen Raumordnungskonzept (ÖROKO) steht, das wir hoffentlich in den nächsten Monaten zu einem vorläufigen Abschluss - nämlich einem Auflagebeschluss - bringen werden. Es gibt offenbar gewisse Nuancen (hier spreche ich GR Grünbacher an) in der Meinungsbildung, worin wir uns unterscheiden - glücklicherweise. Für mich steht eines im Vordergrund: Nicht das möglichst schnelle Bebauen eines gerade noch geeigneten Grundstücks in städtischer Hand, sondern die Verfolgung einer Gesamtzielsetzung. Das ist mir wichtig.

Innsbruck ist eine Stadt, die sehr rasant wächst, weil sie so eine hohe Lebensqualität hat. Das liegt zu einem nicht unerheblichen Teil daran, dass man kurze Wege hat - in einer kompakten Stadt inmitten einer herrlichen Kulisse aus Kultur- und Naturlandschaft. Ersteres überwiegt und ist das Ergebnis der Arbeit von LandwirtInnen und FörsterInnen. Gleichzeitig dient dieser Bereich als riesiges Naherholungs- und Sportgebiet. Es ist heute schon zu Recht gesagt worden, dass der Patscherkofel oder die Nordkette in Wahrheit die größten Freizeit-Arenen der InnsbruckerInnen darstellen. In diese Kultur- und Naturlandschaft wollen wir nicht hinauswuchern. Allerdings wird es das eine oder andere kontrollierte und gesamthaft geplante, schnell und kostengünstig zu entwickelnde Stadterweiterungsgebiet geben müssen.

Für mich ist aber schon wichtig, dass zunächst das Potential von untergenutzten Arealen ausgeschöpft wird und wir Nachverdichtung betreiben. Dies ist gegenüber einem Wachstum nach außen in den Vordergrund zu stellen, weil es darum geht, die einzigartige Qualität unserer Stadt zu erhalten. Wir sollten nicht leichtfertig in die grüne Umgebung hinaus expandieren. Nachverdichtung heißt auch nicht, dass jeder Innenhof und jedes Grundstück verbaut werden muss. Vielmehr sieht man an den Arealen der "Neue Heimat Tirol" Gemeinnützige WohnungsGesmbH (NHT), wie es funktionieren kann. Hier haben wir das "Glück", dass die BaumeisterInnen der NationalsozialistInnen (Nazis) aus ideologischen Grün-

den so rustikal gebaut haben. Am Stadtrand sind damals sehr niedrige und dörfliche Strukturen gepflegt worden.

Heute liegen diese Gebiete mitten in der Stadt, sind mit jeder Menge Infrastruktur gesegnet und haben eine wunderbare Verkehrsanbindung. Dort kann man, ohne einen Quadratmeter grüne Wiese zuzubetonieren, eine Nachverdichtung erreichen, indem man eine Aufstockung macht. Die Lebensqualität, die die Südtiroler Siedlungen durch die starke Begrünung und die wunderbaren Innenhöfe, teilweise sogar mit Nutzgärten für die BewohnerInnen, haben, kann erhalten bleiben, obwohl die Wohnnutzfläche verdoppelt wird. Das haben schon zwei Architektur-Wettbewerbe gezeigt. Das sind Chancen, die man nicht auslassen sollte, bevor man über die bestehenden Stadtgrenzen hinauswächst.

Die Nachverdichtung unterliegt zwei wesentlichen Randbedingungen, ohne die sie nicht funktioniert. Die erste ist die verantwortungsvolle Freiraumplanung. Daher steht entweder als Empfehlung oder Forderung (bei einem zweistufigen Verfahren ist das in der zweiten Stufe meistens Bedingung) in jeder Wettbewerbsausschreibung, dass die ArchitektInnen die Zusammenarbeit mit FreiraumplanerInnen und LandschaftsarchitektInnen suchen müssen. Es geht eben nicht nur um die Hochbauprojekte, sondern die Grün- und Freiflächen müssen genauso mitgeplant werden. Spätestens in der zweiten Stufe wollen wir auch wissen, wo die Feuerwehrezufahrten und -aufstellflächen sind. Das passiert uns nämlich nicht mehr, dass etwas auf dem Plan des SiegerInnenprojektes nach Grünfläche aussieht, man aber später beim Einreichplan draufkommt, dass es sich dabei um die Feuerwehraufstellfläche handelt. Diese muss Brückentragwerksqualität haben für drei Tonnen schwere Fahrzeuge. Da ist dann nichts mit grüner Wiese, Sträuchern und Büschen.

Diese Aufmerksamkeit gegenüber den Grün- und Freiflächen ist die eine unmittelbare und dringendste Voraussetzung für die Nachverdichtung. Die zweite ist das, was GR Grünbacher richtigerweise schon angesprochen hat, nämlich die Einbeziehung der BestandsmieterInnen. Ohne sie, die schon dort wohnen und deren Lebensumfeld nicht verschlechtert und beeinträchtigt werden

soll, aber jedenfalls verändert wird, bringen wir keine gescheite Nachverdichtung zustande. Dafür gibt es etliche gelungene Beispiele von Wettbewerben - von der BWS Gemeinnützige allgemeine Bau-, Wohn- und Siedlungsgenossenschaft regGenmbH (BWSG) in der Anzengruber- und der Huhndstraße bis zu Projekten der "Neue Heimat Tirol" Gemeinnützige WohnungsGesmbH (NHT) und auch der Innsbrucker Immobilien GmbH & Co KG (IIG).

Wir müssen immer drei Dinge im Auge behalten: Das Wachstum der Stadt konzentrieren auf das schon bestehende städtische Bauland, damit wir nicht ins Grüne hinaus wuchern. Sodann hohes Augenmerk auf die Freiraumqualität bei der Nachverdichtung legen und nicht zuletzt die BestandsmieterInnen in das Vorhaben einbeziehen. Wenn wir diese drei Aspekte beachten, dann entstehen so tolle Projekte wie im Pradler Sagen das Objekt der NHT, geplant von Architektin DIⁱⁿ Silvia Boday, oder das Projekt Pradl Ost in der Gumpstraße von Architekt DI Johann Obermoser. Auch der Neu- und Zubau rund um das Integrationshaus der Caritas der Diözese Innsbruck ist ein tolles Beispiel.

Das steht für mich im Zentrum der Arbeit der Mag.-Abt. III, Stadtplanung, Stadtentwicklung und Integration. Erhalten wir das, was diese Stadt so einzigartig macht, und schaffen wir trotzdem den Wohnraum für unsere Bevölkerung.

Bgm.ⁱⁿ Mag.^a Oppitz-Plörer übergibt den Vorsitz an Bgm.-Stellv.ⁱⁿ Mag.^a Pitscheider.

Bgm.ⁱⁿ Mag.^a Oppitz-Plörer: Ich melde mich als Ressortführende zu Wort. Ein paar Punkte zu Budgetpositionen, die in der Gruppe 0 angeführt sind, möchte ich herausgreifen. Klassischerweise haben wir immer den Personalbereich unter diesem Kapitel behandelt. Vor nicht allzu langer Zeit ist dann auch das Thema Stadtplanung dazugekommen. Natürlich gehören zu dieser Gruppe auch die Bereiche Kommunikation und Medien, BürgerInnenbeteiligung, Web-Site usw. Im nächsten Jahr wird es ein paar personelle Änderungen bei den Amtsleitungen geben, darauf möchte ich auch zu sprechen kommen.

Zu Beginn aber ist es mir ein Anliegen, den MitarbeiterInnen zu danken. Zwar ist auch hier manches ritualisiert. Ich denke allerdings, dass wir als oberste VerwaltungschefInnen mit fast 1.500 MitarbeiterInnen eine sehr große Breite abdecken. Das ist etwas, was eine Gemeinde, eine Stadt und ein Rathaus so besonders macht. Wir haben technische und kaufmännische Berufe, JuristInnen, Lehrlinge - dieses Zusammenwirken ist großartig. Letzte Woche gab es die Willkommensveranstaltung für die neuen MitarbeiterInnen - aus dem Bereich Kinderbetreuung, Straßenbetrieb, Feuerwehr etc. Es ist schön zu sehen, wie breit gefächert die Tätigkeitsfelder sind.

Wir stellen pro Jahr im Schnitt 130 neue MitarbeiterInnen ein. Es heißt ja oft, dass im öffentlichen Dienst keine Stellen nachbesetzt werden - aus Gründen der Einsparungen und Reformen. Wir haben eine stetige Fluktuation, weil natürlich auch immer wieder Pensionierungen anstehen. Das Personalamt mit Mag. Neu an der Spitze hat im Jahr wie gesagt ca. 130 Bewerbungsvorgänge durchzuführen, Akten anzulegen und abzurechnen - eben alle Dinge, die zu dieser Verwaltungsarbeit dazugehören. Ich denke, das ist eine ganz beachtliche Zahl.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass wir die Vorgaben bezüglich der Mitarbeit von Menschen mit Behinderung momentan zu 160 % erfüllen. Wir liegen also weit über dem, was wir leisten sollen. Das heißt, die Auszeichnung "Wir sind inklusiv", die ich dem Gemeinderat vorstellen durfte, haben wir nicht umsonst bekommen. Wir werden heuer als erste Tiroler Gemeinde vom Land Tirol das Prädikat "Ausgezeichneter Lehrbetrieb" erhalten. Das ist schon etwas Vorbildliches. Mit Mag. Neu haben wir einen guten Personalchef, der sehr klare Linien vorgibt und viel verändern will. Wir haben mit Dr. Holas einen Magistratsdirektor, der mit seinen AbteilungsleiterInnen den Rathausbetrieb so führt bzw. Ideen vorgibt, dass man den Vergleich mit draußen nicht zu scheuen braucht.

Nächstes Jahr haben wir einige Neubesetzungen vorzunehmen, ein paar sind schon erfolgt. Ich möchte von manchen Hearings berichten. Es war vor einigen Jahren noch nicht so üblich, dass sich sowohl langjährige MitarbeiterInnen als auch Externe beworben haben. Im Verfahren werden sehr ergebnis-

offen die besten KandidatInnen ausgewählt. Ich erinnere mich vor einigen Jahren an eine Besetzung auf Abteilungsebene. Da waren Stimmen zu hören, dass man sich gar nicht zu bewerben brauche, weil man im Grunde eh schon wisse, wer die Stelle bekommt. Diese Einstellung aus den Köpfen herauszubekommen, ist gar nicht leicht. Es macht immer Sinn, sich zu bewerben und ein Hearing durchzustehen. Wird man ausgewählt, dann hat man eine spannende neue Aufgabe vor sich. Wenn nicht, dann kann man auf einen tollen Lernprozess zurückblicken. Sich bei einem Hearing zu beweisen und sich einer Kommission zu stellen, ist sicher eine interessante Erfahrung.

Dieses Denkmuster, dass man sich nicht aktiv bewerben möchte, sondern einfach abwartet, ob man gefragt wird - das war mir ganz fremd. Ich musste auch erst erkennen, dass die MitarbeiterInnen in dieser Hinsicht einen Motivationsschub brauchen. Bei einer Bewerbung kann natürlich immer nur eine Person ausgewählt werden. Aber es ist kein Hals- und Beinbruch, wenn man nicht Erstgereichte/r ist. Jeder/m ist es hoch anzurechnen, die/der so einen Prozess durchläuft.

Nächstes Jahr werden wir eine/n neuen Stadtplaner/in bekommen. Vor Kurzem haben wir einen neuen Baudirektor und einen neuen Stellvertreter bestellt. Sie haben eine der schwierigsten Aufgaben in der Stadt Innsbruck zu bewältigen. Wir wissen durch die MitarbeiterInnenbefragung, dass das Thema der Gehälter ein großes ist. Ich war heuer wieder bei der Führungskräfteklausur dabei. Sie findet einmal im Jahr im Beisein des Magistratsdirektors und der AbteilungsleiterInnen statt. Unser Gehaltsschema bringt es mit sich, dass wir bei den technischen Berufen leider weit weg von einer finanziellen Attraktivität sind. Dafür können wir im allgemeinen Verwaltungsbereich, sprich bei den Bürojobs, durchaus mit den Angeboten am freien Markt mithalten. Bei den technischen Stellenangeboten haben wir aber Schwierigkeiten.

Ich habe folgenden Zugang zu leistungsgerechten Entlohnungssystemen: Wenn man jetzt eine Neueinführung macht, dann kann man nicht überall das Gehaltsschema nach oben korrigieren. Das heißt, in gewissen Bereichen wird es auch Einbußen geben.

Es ist natürlich schwierig, das zu diskutieren und umzusetzen.

Der Essenszuschuss, den der Magistrat seinen MitarbeiterInnen gewährt, ist im Jahresvoranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck für das Rechnungsjahr 2016 mit € 437.000,-- bewertet. Das ist eine sehr soziale Maßnahme der Dienstgeberin. In Zusammenarbeit mit Sodexo wird die Verpflegung sozusagen unter einen Gesundheitsaspekt gestellt. Mir ist wichtig, dass unsere MitarbeiterInnen sich nicht von Wurstsemmeln und Nusschnecken ernähren, sondern eine ausgewogene Mahlzeit zu sich nehmen. Über die Jahre wird sich das dann schon durchsetzen. Ich halte es für eine wichtige Säule in der Vorsorge, wenn man sich für das Mittagessen Zeit nimmt. Viele MitarbeiterInnen gehen ja in Gruppen in die Mittagspause, da wird dann ohnehin wieder hauptsächlich über das Rathaus und die Arbeit gesprochen.

Es ist mir ein Anliegen, dass alle die Möglichkeit haben, ein warmes, kostengünstiges und qualitätsvolles Essen einzunehmen. Ich war auch immer schon eine Verfechterin einer Kantine. Ich sehe in diesem Zusammenhang nämlich den positiven Aspekt, den ein Meinungsaustausch unter KollegInnen beim Mittagessen mit sich bringt. Eine Kantine hätte schon ihre Vorteile gehabt. Mit dem Essenszuschuss haben wir aber nun auch eine gute Lösung gefunden. Ich denke, € 437.000,-- sind hier sehr gut angelegt.

Nun noch zum Thema BürgerInnenbeteiligung, das der Stabstelle "Kommunikation und Medien" zugeordnet ist. Hier tut sich unheimlich viel. Herzlichen Dank an dieser Stelle an die Leiterin Mag.^a Miriam Sulaiman, MA. Innerhalb kurzer Zeit hat sie mit ihrem Team, das sie auf dynamische Weise mitzieht, sehr gut führt und zu Höchstleistungen anspornt, die BürgerInnenbeteiligung auf neue Beine gestellt. Mit externen Unternehmen und BeraterInnen konnte dieser Bereich für die Bevölkerung gut spürbar aufgebaut und eingesetzt werden, wie zuletzt z. B. in Mühlau.

Wir können zielgerichtet mit externen Unternehmen diese Beteiligungsprozesse abwickeln. Die Innsbrucker Stadtteile sind ja sehr unterschiedlich - etwa bieten Mühlau und Vill ganz andere Voraussetzungen. Wir haben neue Formen und neue Formate im

Bereich der BürgerInnenbeteiligung in Angriff genommen. In der Zwischenzeit macht uns dieses Thema wirklich Freude. Auch glaube ich, dass es eine gute Entscheidung war, uns durch Externe eine gewisse Expertise hereinzuholen.

Zum Bereich Personal gebe es noch viel zu sagen - wie z. B. über das betriebliche Eingliederungsmanagement, die betriebsärztliche Sprechstunde etc. Ich möchte es aber damit jetzt belassen. Es ist schön, dass wir so motivierte MitarbeiterInnen haben. Auch als ChefInnen können wir immer besser werden, das ist keine Frage. Das gegenseitige Geben und Nehmen ist aber hier im Haus doch sehr ausgewogen. Ein herzliches Dankeschön an alle!

Bgm.ⁱⁿ Mag.^a Oppitz-Plörer übernimmt den Vorsitz von Bgm.-Stellv.ⁱⁿ Mag.^a Pitscheider.

GR Mag. Krackl: Kurz möchte ich zum Bereich Stadtplanung sprechen. Im Jahresvoranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck für das Rechnungsjahr 2016 sind für dieses Ressort € 1,8 Mio. vorgesehen, also ca. ein Drittel der Gesamtausgaben in der Gruppe 0. In der Stadt Innsbruck haben wir eine gewisse Dynamik. Das Bevölkerungswachstum ist fast nicht aufzuhalten, wie wir heute schon in mehreren Beiträgen gehört haben. Das stellt uns vor große Herausforderungen.

Als Vorsitzender des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wohnbau und Projekte bin ich hier auch betroffen. Wir müssen verschiedene Aspekte unter einen Hut bringen. Einerseits brauchen wir genügend Wohnraum, andererseits müssen wir darauf achten, dass sich auch die Wirtschaft gut weiterentwickeln kann. Wir sollten ja nicht vergessen, dass es in der Stadt Innsbruck auch Arbeitsplätze braucht. Sonst wird das Wohnen nicht mehr so interessant sein und die Refinanzierung wird dann auch nicht mehr klappen. Beim Wohnen sprechen wir immer von einem Mix: Es braucht zum einen eine starke Verdichtung bei bestehenden Bauten, zum anderen werden wir auch neue Wohnungen zur Verfügung stellen müssen. GR Appler hat zu diesem Thema ja schon seine Ausführungen gemacht.

Wir haben eine Arbeitsgruppe Wohnen installiert, die zusammen mit der Innsbrucker Immobilien GmbH & Co KG (IIG) alle städtischen Gebäude und Liegenschaften einer Evaluierung unterzogen hat. Man hat einen Plan erstellt, wo die entsprechenden Verdichtungen vorgenommen werden können. Es wurde festgestellt, dass das bei sehr vielen Bestandswohnungen möglich ist. Entsprechende Maßnahmen wurden schon eingeleitet bzw. werden noch folgen.

Bei den Neubauten haben wir ein topografisches Problem. Wir verfügen nur über ein begrenztes Flächenangebot. In der Bundeshauptstadt Wien kann man einen neuen Stadtteil einfach auf die grüne Wiese hinsetzen. Das geht bei uns nicht, deshalb müssen wir sehr klug und wachsam vorgehen. Ein Instrument hat sich dabei sehr bewährt - und zwar die Durchführung von ArchitekturInnenwettbewerben. So kommen wir immer wieder zu guten Lösungen im Wohnbau. Bringt eine BauwerberIn ein Projekt ein, dann ist es vielleicht schon ein gutes Projekt. Aber erst durch den Wettbewerb zeigt sich dann, ob es noch eine bessere Lösung gibt. Das hat die Vergangenheit schon oft bewiesen.

Weiters hat man auch immer wieder gesehen, dass die ursprünglich angedachte Baudichte schlussendlich höher ausgefallen ist. Ich denke, an der Wettbewerbspolitik müssen wir in der Stadt Innsbruck festhalten. Dadurch eröffnet sich auch eine Chance für die ArchitekturInnen. Oftmals kommen welche zum Zug, die man vorher gar nicht so gekannt hat. Im Schutze der Anonymität können sie ihre Projekte einreichen und durch ihr Können überzeugen. Bei größeren Vorhaben haben sich auch Beteiligungsprojekte bewährt - wie z. B. die von StR Mag. Fritz vorhin erwähnten Objekte zusammen mit der BWSG. Es ist sehr wichtig, hier die BürgerInnen einzubinden.

In der letzten Sitzung des Gemeinderates haben wir schon über das Thema BürgerInnenbeteiligung gesprochen. Es heißt nicht, dass in diesem Rahmen jedenfalls Entscheidungen getroffen werden müssen. Vielmehr geht es um die Einbindung und Information der Bevölkerung sowie eine Mitwirkung im einem abgesteckten Rahmen. Schlussendlich werden wir als PolitikerInnen die Entscheidungen treffen müssen. Schließlich sind wir dafür gewählt worden

und das ist auch der Sinn einer repräsentativen Demokratie.

Uns beschäftigt momentan intensiv das Thema Raumordnung. Wir haben einen sehr engagierten, fundiert ausgearbeiteten Entwurf für das Örtliche Raumordnungskonzept (ÖROKO) bekommen. Es gibt allerdings durchaus politische Meinungen, dass es noch Verbesserungen und Erweiterungsmöglichkeiten gebe. Der springende Punkt ist der, wie viele Wohnungen wir glauben, in den nächsten Jahren sichern zu müssen. Darüber herrscht eigentlich Konsens bzw. können wir auf Entwicklungsprognosen und Statistiken zurückgreifen.

Allerdings ist immer die Frage, welche Flächen verfügbar sind. Darüber gibt es unterschiedliche Auffassungen. Ich freue mich aber, dass wir im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnbau und Projekte immer in einer sehr konstruktiven Atmosphäre arbeiten. Wir haben ein Prozedere gefunden, wie wir die nächsten Arbeitsschritte erledigen werden. Es wurden von den einzelnen Fraktionen verschiedene Vorschläge eingebracht. Die Mag.-Abt. III, Stadtplanung, Stadtentwicklung und Integration, hat ihrerseits jeweils Stellungnahmen dazu erarbeitet. Auf politischer Ebene werden nun Gespräche geführt. Schließlich wird es zur Entscheidung kommen. Dieser Erstentwurf des ÖROKO wird dann zur Auflage kommen. Danach sind jene am Wort, die ihre Vorschläge oder Einsprüche im Rahmen des ersten Stellungnahmeverfahrens einbringen möchten.

Ich persönlich sehe das größte Potential im Westen der Stadt Innsbruck - außerhalb der Peerhofsiedlung, Richtung Kranebitten. Das habe ich schon mehrfach betont. Allerdings gibt es auch im Osten, im Bereich Arzl, noch die Möglichkeit, Projekte zu realisieren. Es geht nicht immer nur um große, verdichtete Neubauten. Mir ist es ein besonderes Anliegen, dass wir auch kleinere Einheiten haben - für Familien und Einzelpersonen, die gerade ein bisschen zu viel verdienen, um eine Förderung zu bekommen, aber sich auch keine frei finanzierte Wohnung leisten können.

Es wird eine wichtige Aufgabe sein, dieser Schicht (ich möchte jetzt nicht vom Mittelstand sprechen) - die momentan recht gut verdient, aber dann, wenn Nachwuchs

kommt, entsprechende Abschlüsse in Kauf nehmen muss - die Möglichkeit zu geben, zu Wohnraum zu kommen. Sonst wandern diese Personen in die Umlandgemeinden ab.

Das sind nur ein paar Beispiele, an denen man sehen kann, dass es noch viel zu tun gibt.

Nun zur Wirtschaft. Es liegt an uns, weiterhin Grundflächen zu sichern und die bestehenden Gewerbegebiete zu schützen. Es gibt immer wieder den Wunsch, dort Wohnbauten zu errichten. Ich stehe diesem Ansinnen sehr skeptisch gegenüber. Mittelfristig macht man damit die schon angesiedelten Wirtschaftsbetriebe kaputt. Sie haben dann plötzlich mit Lärmemissionsauflagen und anderem zu kämpfen.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, meinen Dank auszusprechen - in erster Linie an die MitarbeiterInnen der Mag.-Abt. III, Stadtplanung, Stadtentwicklung und Integration. Diese Abteilung ist für einen nicht unerheblichen Bereich in der Gruppe 0 verantwortlich. Rein von der Personenanzahl gesehen, gibt es hier eine recht große Gruppe an Beschäftigten. Es ist ja auch sehr viel zu tun. Allerdings könnte es gerne noch ein paar Stellen mehr geben - in Hinblick auf das Arbeitsaufkommen wäre das durchaus wünschenswert. Es wird in dieser Abteilung mit großer Sorgfalt und Engagement gearbeitet.

Ebenso gilt mein Dank dem Ressortführenden, StR Mag. Fritz. Wir haben eine sehr gute Zusammenarbeit. Auch wenn wir nicht immer einer Meinung sind, haben wir einen sehr konstruktiven Umgang, der von Respekt und Wertschätzung getragen wird. Herzlichen Dank auch an die Mitglieder im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnbau und Projekte. Egal, welcher Fraktion sie angehören, wir haben in den vergangenen Jahren immer ein gutes Einvernehmen gehabt - teilweise mit wechselnden Mehrheiten. Es geht ja vorwiegend um Sachentscheidungen und nicht um politische Fragen. Wenn beispielsweise GR Abenthum fordert, dass ein Objekt noch ein oder zwei Stockwerke dazu bekommen solle, und die Mag.-Abt. III, Stadtplanung, Stadtentwicklung und Integration, kontert, dass das zu Lasten der Ästhetik gehe, dann finden wir in der Nachbearbeitung schlussendlich immer

zu einem Kompromiss. Am Ende des Tages gibt es dann eine Verbesserung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnbau und Projekte ist einerseits wohl der interessanteste, weil die Entscheidungen, die man getroffen hat, ein paar Jahre später Realität werden. Er ist auch einer der prägendsten und arbeitsintensivsten. Im Jahr 2015 haben wir noch eine Sitzung vor uns, insgesamt werden wir heuer 16 Sitzungen abgehalten haben. Ich gratuliere allen, dass sie dieses Pensum so gut abarbeiten.

Der Großteil unserer Beschlüsse im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnbau und Projekte erfolgt einstimmig. Ich muss sagen, dass ich über die Abstimmung zu einem Bauprojekt in der vorhergehenden Gemeinderatssitzung sehr verwundert war. Ein Projekt mit 250 Wohnungen im Pradler Saggen wurde von zwei gewissen Parteien abgelehnt. Ich empfinde das schon als Ignoranz gegenüber der Arbeit des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wohnbau und Projekte bzw. gegenüber unserem großen Ziel, mehr Wohnraum in der Stadt Innsbruck zu schaffen. Offensichtlich will man hier gegen die Menschen arbeiten. Es zeigt auch, dass die Frustrationspartei Österreichs, auch FPÖ genannt, richtigerweise nicht in der Regierung ist. Ich glaube, das sollte auch so bleiben.

(GR Federspiel: Das wirst nicht Du bestimmen, sondern der/die Wähler/in!)

Lieber blöd als blau!

Bgm.ⁱⁿ Mag.^a Oppitz-Plörer: Entschuldigung! Nein, da muss ich jetzt einen Ordnungsruf machen!

GR Mag. Krackl: In Ordnung. Es tut mir leid, dass ich hier so ausgeritten bin, und ich möchte mich in aller Form bei GR Federspiel entschuldigen.

Wir werden auf jeden Fall den eingeschlagenen Weg, die Stadt Innsbruck architektonisch und dynamisch weiterzuentwickeln, beibehalten. Bei allen, die ihn mitgehen, möchte ich mich bedanken.

GR Onay: Zum Bereich BürgerInnenbeteiligung und Zivilgesellschaft möchte ich Folgendes sagen: Wir freuen uns über jede Person, die sich im Stadtgeschehen konstruktiv einbringt bzw. im Partizipationsbe-

reich tätig ist - ob im Gemeinderat oder in der Zivilgesellschaft. Auch bin ich erfreut, dass die Innsbrucker Volkspartei (ÖVP) nun auf unserer Regierungslinie angekommen ist und hoffe auf eine gute Zusammenarbeit. Ein herzliches Willkommen!

Für den Bereich Zivilgesellschaft möchte ich gerne eine Rückschau und einen Ausblick in das kommende Jahr machen. Ich bin ein ziemlicher Lokalpatriot. Ich hänge sehr an der Stadt Innsbruck und bin stolz auf sie. Aber noch mehr Stolz empfinde ich in Bezug auf die InnsbruckerInnen. Ich kann mich nicht erinnern, dass sie mich jemals so fasziniert haben wie in diesem Jahr. Gerade im Bereich der Flüchtlingshilfe, wo so viel getan wird, um die Integration der Asylsuchenden zu erleichtern - wie etwa mit Kultur- und Begegnungsveranstaltungen. Diejenigen, die am meisten geleistet haben und die den größten Dank verdienen, sind die Menschen der Zivilgesellschaft.

An dieser Stelle möchte ich auch hervorheben, welches Potential hier gegeben ist, weil die InnsbruckerInnen sehr wohl bereit sind, mitzuarbeiten, damit ein friedliches Zusammenleben in der Stadt Innsbruck möglich ist. Das Tätigsein ist meiner Meinung nach der Schlüssel für ein gutes Miteinander. In diesem Jahr hat die Bevölkerung das Ihre dazu beigetragen. Nun ist es an uns, die Lehre daraus zu ziehen und den Weg für das nächste Jahr vorzubereiten. Wir müssen uns überlegen, wie wir gemeinsam mit den BürgerInnen arbeiten, um uns gegenseitig Unterstützung geben zu können.

GR Vescoli hat vorhin das Thema Stadtteilentwicklungskonzept angesprochen. Wir haben in diesem Jahr ganz tolle Projekte abgewickelt - Frau Bürgermeisterin hat sie schon erwähnt. Wir haben einige grandiose Erfahrungen machen können und Strukturen und Beziehungen daraus erstellt, sowohl zwischen Stadt und Stadtteilen wie auch innerhalb der einzelnen Stadtteile. Als Beispiel möchte ich das Konzept Anpruggen nennen, da hier viele Wirtschaftstreibende und Vereine zusammengearbeitet haben. Wir werden allerdings nicht an dem gemessen, wie viele Stadtteilentwicklungsprojekte wir starten, sondern wie viel wir umsetzen.

Das nächste Jahr wird in erster Linie das Jahr des Umsetzens werden - ob in Vill,

Mühlau oder auch Anpruggen. Wir müssen schauen, dass die Dynamik, die dort entstanden ist, sowohl an Beziehungen als auch an Projekten, gut genützt wird. Viele Ideen können umgesetzt werden, einige auch nicht. Auch die Kommunikation benötigt Aufmerksamkeit. So, wie Mag.^a Sulaiman, MA und ihre MitarbeiterInnen heuer gearbeitet haben, war das wirklich sehr erfreulich. Ich habe auch mit den externen ProzessbegleiterInnen gesprochen - alle sind von der Zusammenarbeit mit der Stadt Innsbruck begeistert. Auf dieser Welle sollten wir weiterschwimmen.

Bei den Petitionen wird sich einiges ändern. Aktuell benötigt es eine einzige Unterschrift. Für Jänner 2016 haben wir einen Sitzungstermin des Ausschusses für BürgerInnenbeteiligung, Petitionen und Zivilgesellschaft festgelegt. Da werden wir beschließen, dass AntragsstellerInnen, die an die Stadt Innsbruck mittels einer Petition herantreten, die Möglichkeit bekommen sollen, im Ausschuss ihre Intentionen zu begründen und gleichzeitig die Fragen der Ausschussmitglieder zu beantworten. Dadurch soll unsere Wertschätzung gezeigt werden. Momentan haben wir gerade eine Petition vorliegen und werden mit ihr dementsprechend umgehen.

Über die qualifizierte Petition - die ich in der letzten Gemeinderatssitzung als BürgerInnenantrag betitelt habe - wird gerade in der Stadtrechtsreformkommission diskutiert. Ich hoffe, dass es darüber einen positiven Beschluss geben wird, damit wir das einführen können.

Für nächstes Jahr haben wir uns vorgenommen, das, was bisher erarbeitet worden ist, umzusetzen, und auch die Verbindung zur Zivilgesellschaft zu stärken. In der erwähnten ersten Sitzung des Ausschusses für BürgerInnenbeteiligung, Petitionen und Zivilgesellschaft im Jahr 2016 werden die KollegInnen von Transition Tirol dabei sein. Sie werden eingeladen, um über ihre nachhaltigen Gemeinwesen-Projekte zu berichten. Wir werden es weiterhin so halten, dass sich sowohl die traditionellen Einrichtungen als auch neue Netzwerke beim Gemeinwesen einbringen können. Wir werden uns im Ausschuss für BürgerInnenbeteiligung, Petitionen und Zivilgesellschaft die Frage stellen, wie wir sie dabei unterstützen können.

Jedenfalls haben wir uns einiges vorgenommen. Im März 2016 wird dann die nächste Sitzung des Ausschusses für BürgerInnenbeteiligung, Petitionen und Zivilgesellschaft sein. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit in neuer Konstellation - obwohl sich konkret nicht viel ändern wird. Die KollegInnen der ÖVP haben immer konstruktiv mitgearbeitet, das soll mit neuem Schwung so weitergehen.

GR Buchacher: Ich möchte gleich damit beginnen, mich bei meinen KollegInnen im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnbau und Projekte für die gute Zusammenarbeit zu bedanken. Auch den BeamtInnen möchte ich meinen Dank ausdrücken. Wie GR Mag. Krackl gesagt hat, ist der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnbau und Projekte einer der meistbeschäftigten, auf den eine Fülle von Begehrlichkeiten zukommt. Teilweise muss man schon sehr gut aufpassen, damit in dieser schönen Stadt Innsbruck keinerlei Schaden angerichtet wird. Das wird in verantwortungsvoller Art und Weise in diesem Ausschuss gemacht. Ich möchte daran erinnern, dass mehr als 90 % der Beschlüsse einstimmig sind. Es geht immer um sachliche Entscheidungen. Zu einigen wenigen Projekten gibt es unterschiedliche Meinungen. Das habe ich auch immer wieder zum Ausdruck gebracht, dass dahinter kein Misstrauen steckt, sondern eine Sorge.

Auch in diesem Gremium möchte ich von meiner Sorge sprechen. Ich begrüße die Wohnbauoffensive. Es wird sehr viel Geschick brauchen, um das Ganze auch umsetzen zu können. Ebenso begrüße ich die Wohnbauverdichtung. Gleichzeitig schränke ich das insofern ein, als man auch mit sozialer Umsicht dabei vorgehen muss. Es kann nicht sein, dass die Bedenken von AnwohnerInnen gegen ein Projekt - wie momentan im Olympischen Dorf, wo 1.200 Unterschriften gesammelt wurden - als "Florianiprinzip" abgetan werden. Ich kann nur für mich sprechen, aber mir ist es ein Anliegen, mich mit diesen Menschen zusammenzusetzen. Nicht, um ihnen nach dem Mund zu reden, sondern um mir ihre Sorgen und Ängste anzuhören.

Heute war schon von MieterInnenbeteiligung die Rede. Ich weiß nicht, in wie vielen Städten in Österreich es so etwas gibt. Nach wie vor herrscht ja oft die Meinung

vor, MieterInnen haben ihre Miete zu zahlen und sonst nichts zu sagen. Bei uns in der Stadt Innsbruck ist das glücklicherweise nicht so. Die MieterInnenbeteiligung ist eine neue Form des Miteinanders, die Disziplin von allen Seiten erfordert. Nicht nur von der Stadt Innsbruck oder privaten Gesellschaften, die das anbieten, sondern auch von jenen, die die Möglichkeit des Mitredens bekommen. Immer wieder habe ich Aussagen gehört wie: "Die tun eh, was sie wollen, also gehen wir zu so einer Versammlung gar nicht hin!" Nein, das ist nicht richtig! Wenn ich etwas zu sagen habe, dann muss ich auch hingehen!

Ich bitte daher, die Geduld aufzubringen, um diese neuen Möglichkeiten der MieterInnenbeteiligung kennenzulernen und auszuloten. Die Menschen brauchen den Zuspruch. Es genügt nicht, einfach Einladungen zu verschicken und dann, wenn nur 20 Personen teilnehmen, zu sagen, jetzt haben wir unsere Pflicht erfüllt. Auf diese Weise bestimmt nämlich eine Minderheit das, was die Mehrheit gar nicht mittragen möchte.

Ganz kritisch möchte ich noch auf folgenden Punkt hinweisen. Es handelt sich um eine Gefahr, vor der ich warne. Wir haben jetzt Zeiten hinter uns, in denen FinanzspekulantInnen auf Kosten der SteuerzahlerInnen und SparerInnen viel, viel Geld "verbraten" haben. Diese Herrschaften sehen nun, dass am Aktienmarkt nicht mehr so viel zu holen ist. Gerade heute habe ich gelesen, dass private Pensionskassen momentan ein Minus von 4 % bei der Veranlagung machen. Das ist besorgniserregend.

Ich bin zwar kein Finanzexperte, aber so viel sehe ich auch - ein bisschen etwas verdienen kann man momentan gerade noch am Immobiliensektor. Was nicht geht - und in dieser Hinsicht hat die Politik eine große Verantwortung - ist, dass die Stadt, die BeamtInnen, die Mitglieder der gemeinderätlichen Ausschüsse zu Erfüllungsgehilfen von SpekulantInnen werden. Ich begrüße jede/n, die/der in der Stadt Innsbruck Geld investiert. Aber das darf nicht zu Spekulationszwecken passieren und so verlaufen, dass wir noch vor den Karren gespannt werden.

Wenn Grundstücke um jeden Preis gekauft werden und man dann an die Stadtführung

herantritt unter dem Motto, dass man jetzt schon die maximale Dichte oder Höhe genehmigen müsse, weil man habe ja schließlich viel Geld ausgegeben - nein, das kann es nicht sein! Wir wissen nämlich, was das in der Stadt Innsbruck für Auswirkungen hat. Das heizt den Mietpreis unheimlich an. Dem müssen wir ganz kritisch begegnen. Aufgabe wird im kommenden Jahr sein, Möglichkeiten von Land Tirol und Stadt Innsbruck zu überprüfen, um diesen Spekulationen entgegenzutreten zu können.

Ich verweise in diesem Zusammenhang auf Südtirol, wo das funktioniert hat. Dort kann mit Immobilien nicht so herumjongliert werden. Teilweise kommen die SpekulantInnen dann zu uns, kaufen nicht nur eine Wohnung, wo sie ihr Geld investieren, sondern ganze Häuserblöcke! Was machen sie dann damit? Eine Dreizimmerwohnung kann locker an drei Studierende vermietet werden. Jede/r von ihnen zahlt € 500,-- monatlich. Wenn das keine Rendite ist! Wir sind aber nicht dafür da, dass diesen Spekulationsgeschäften Tür und Tor geöffnet wird. Das möchte ich ganz kritisch bemerken.

Noch ein Letztes - zum Thema Innsbrucker Gestaltungsbeirat (IGB). Wenn ich Zeit habe (das ist leider nicht allzu oft der Fall), dann höre ich gerne den ExpertenInnen, die wir eingeladen haben, uns fachlich zu beraten, mit großer Aufmerksamkeit zu. Mir gefällt das. Ich bin nur Zuhörer und mische mich nicht in Diskussionen ein. In den meisten Fällen bin ich mit dem Gesagten einverstanden. Ich muss aber auch eines kritisch erwähnen: Beim ersten Projekt für die Egger-Lienz-Straße, das der IGB zu beurteilen gehabt hätte, ist man im Stehen umgefallen, weil der Investor einfach ein Maximum an umbautem Raum haben will.

Ich fordere Euch auf, mit mir zusammen aufzupassen, was in dieser Stadt passiert - durch Leute, die nur eines im Sinn haben: Ein Maximum an Gewinn durch Immobilien zu lukrieren.

GR Dr. Stemeseder: Ich möchte hier anschließen und Euch eine Geschichte erzählen. Vor ein paar Tagen bin ich beim Einkaufszentrum West entlanggegangen, als mir jemand zugerufen hat. Ein Arbeiter, den ich kenne, hat gerade bei diesem Bauobjekt, das sich so verwegen an das Gleis anschmiegt, zu tun gehabt. Ich beobachte die-

se Baustelle schon länger und denke mir immer, warum dieses Projekt nicht meines ist. Herrlich! GR Mag. Krackl hat gerade von den Architektur-Wettbewerben erzählt, bei denen die Fachleute unter dem Schutz der Anonymität ihre Projekte einreichen dürfen. Sensationell!

StR Mag. Fritz hat mich aufgeklärt, dass das Projekt beim Einkaufszentrum West, bei der Unterführung, auch Ergebnis eines Wettbewerbs war. Anknüpfend an die Wortmeldung von GR Buchacher erzähle ich, was da passiert ist. Es handelt sich um eine große Geschichte - Gesamtkosten € 5 Mio. Der Investor pfeift auf die Wohnbauförderung, er ist lieber der Souverän. Er jammert allerdings, dass er bei der Refinanzierung nicht in den Schweizer Franken (CHF) gehen kann, denn das wäre eine tolle Sache. Auf alle Fälle sind dort Zweizimmerwohnungen für StudentInnen entstanden. Eine Einheit kostet im Monat € 1.200,-- an Miete. Man sieht die Gefräßigkeit aller AkteurInnen. Der Investor ist ja eigentlich ein super Typ. Er hat das deshalb gemacht, weil die Bank ihm vermittelt hat, wie toll die ganze Geschichte ist. Also orientiert er sich halt auch an der maximalen Gefräßigkeit. Es funktioniert, die Wohnungen sind immer ausgelastet.

Diesen Kreislauf müssen wir durchbrechen! Schuld sind die Banken und das SpekulantInnengesindel. Da muss die Politik tatsächlich mit Vollgas dazwischenfahren.

Bgm.ⁱⁿ Mag.^a Oppitz-Plörer: Ich habe gerade nicht gut aufgepasst. Haben Sie jetzt AsylantInnengesindel gesagt?

GR Dr. Stemeseder: Um Himmels Willen, nein! Ich bin ja selber Asylant - aus dem Innviertel. SpekulantInnengesindel habe ich gesagt.

Bgm.ⁱⁿ Mag.^a Oppitz-Plörer: Auch das ist kein geeigneter Ausdruck für Menschen. Ich bitte Sie, das zurückzunehmen. Das können Sie am Stammtisch sagen, aber nicht hier. Der Ausdruck Gesindel darf hier im Plenarsaal für keine Berufsgruppe verwendet werden. Ich weiß, dass Sie diese Branche nicht schätzen, das tun andere auch nicht. Trotzdem darf man deren VertreterInnen nicht Gesindel nennen.

GR Dr. Stemeseder: Ja gut, ich nehme den Ausdruck zurück und sage "SpekulantInnengemeinde".

StR Gruber: Frau Bürgermeisterin, Du hast die Möglichkeiten angesprochen, MitarbeiterInnen, die schon länger bei uns tätig sind, neu zu motivieren. Auch die finanzielle Unattraktivität bei den technischen Berufen wurde erwähnt. Ich glaube, wir haben auch bei der Karriereplanung Probleme. In den letzten Jahren haben wir gerade bei Führungsfunktionen erlebt, dass bewährte Personen sich irgendwann einmal am freien Markt besser orientieren konnten. Ich möchte jetzt allerdings keine Namen nennen. Man muss im Sinne des Gesamtsystems aber dieser Gefahr einen Riegel verschieben.

Wir brauchen leistungsfähige und kreative Führungskräfte, die die vielfältigen Aufgaben der Stadt Innsbruck bewältigen können. Wie breit diese aufgestellt sind, werden wir im Laufe dieser Sitzung noch diskutieren. Es braucht entsprechende Perspektiven für die MitarbeiterInnen - nicht nur beim Verteilen von Aufgaben, sondern auch in finanzieller Hinsicht. Man muss flexibler werden. Es gibt Bereiche, in denen wir eine sehr attraktive Arbeitgeberin sind, allerdings auch andere Aufgabenfelder - die in einer dynamischen Stadt natürlich auch abgedeckt werden müssen -, bei denen wir nicht mehr marktkonform agieren. Ich warne schon seit Jahren vor den Entwicklungen - gerade was die jungen Führungskräfte in der zweiten Ebene anlangt. Man muss sehen, wie sich die Dinge entwickeln und was an Human Resources notwendig wird. Wir sollten uns im Konsens mit der Personalvertretung (PV) schon überlegen, hier flexiblere und offensive Systeme anzudenken.

In den letzten Monaten gab es einige Auseinandersetzungen mit der PV. Ich glaube, das ist für das Klima im Haus nicht gerade förderlich. Beide Seiten sind gefragt - die Politik bzw. Verwaltung und die Personalvertretung, um hier gute Lösungen zu finden. Wir müssen die Rahmenbedingungen schaffen, damit weiterhin eine entsprechende Arbeitsfreude, die ich bei fast allen MitarbeiterInnen im Haus feststellen kann, gewährleistet ist. Die Menschen sind stolz darauf, in der Stadt Innsbruck arbeiten zu dürfen, und erbringen ihre Leistung weit über das hinaus, was man so landläufig als

Amtsschimmel abtut. Daher sollten Konflikte bearbeitet und ausgeräumt werden.

Wir kennen die Problemfelder. Für die ge-
deihliche Entwicklung der Stadt ist es not-
wendig und richtig, hier Ebenen des Mitei-
nanders einzuziehen. Prinzipiell möchte ich
ein großes Dankeschön von Seiten meiner
Fraktion an alle MitarbeiterInnen überbrin-
gen. Auch in der Oppositionsrolle haben wir
erleben dürfen, wie fair und hilfsbereit die
KollegInnen agieren und welche Kompeten-
zen in vielen verschiedenen Aufgabenfel-
dern vorhanden sind. Es wird weit über das
Plansoll hinaus gearbeitet. Man darf auch
nicht vergessen, dass viele MitarbeiterInnen
hier im Haus in weit höherem Maß als sonst
üblich sozial, sportlich und gesellschaftlich
engagiert sind. Eben weil sie die Stadt
Innsbruck gut kennen und sie diese aus ih-
rer Profession und ihrem Grundverständnis
heraus weiterentwickeln möchten.

Nun zur BürgerInnenbeteiligung. Hier hat
sich meine Ansicht - ob in der Rolle der Op-
position oder jetzt als Regierungsfraktion -
nicht geändert: Vill und Mühlau sind positive
Beispiele. Das ist keine Frage. Auch An-
pruggen natürlich. In den letzten Tagen ha-
ben wir in der Fraktion unserer neue Aufga-
be diskutiert. Gerade die jungen Gemeindeg-
rätInnen haben sich ja bei Dir, GR Onay,
stark eingebracht. Sie freuen sich jetzt auch
schon sehr auf ihre aktive Rolle.

Ich glaube, wir haben schon noch Hand-
lungsbedarf. Man sollte wirklich einmal Me-
thoden festlegen, wie wir BürgerInnenbetei-
ligung in den einzelnen Bereichen leben
wollen. Ich stelle eine gewisse Irritation zwi-
schen dem Begriff an sich und der tatsächli-
chen Herangehensweise fest. Das führt
manchmal zu Frustrationen. Man muss den
Leuten schon klar sagen, wie so ein Pro-
zess abläuft und wo man am Ende steht, ob
man mitentscheiden darf oder ob das dann
doch der Politik obliegt. Ich glaube, man
kann so etwas relativ leicht und simpel auf-
setzen. Die Kommunikation ist nicht einfach.
Es muss daher einen nachvollziehbaren
Weg geben.

Nun noch zum Thema Stadtplanung. Der
größte Punkt, der auf uns zukommt, ist das
neue Örtliche Raumordnungskonzept
(ÖROKO). Die einzelnen Zugänge dazu lie-
gen nicht so weit auseinander, sie haben
sich auch nicht verändert. Einige Themen-

felder werden trotzdem spannend. Es wird
eine sehr intensive Arbeit werden, vielleicht
ab und zu auch mit Konflikten oder zumin-
dest unterschiedlichen Meinungen. Aber ich
gehe davon aus, dass das in den nächsten
Monaten abgearbeitet sein wird und wir zu
einem Entwurf kommen, der dann be-
schlussreif ist.

GR Buchacher, ich glaube, wir tun uns mit
den Begrifflichkeiten schwer. Niemand von
uns hat eine Freude mit dem Spekulantent-
um. Ich frage mich nur immer, wo da die
Grenze liegt? In Wahrheit ist es ja so, dass
alle auf Basis der Rechtslage agieren. Also
liegt es wohl an uns - und Du bist ja jemand,
der sich im Ausschuss für Stadtentwicklung,
Wohnbau und Projekte, einem unheimlich
spannenden und fordernden Ausschuss,
sehr aktiv einbringt - Entscheidungen zu
treffen und Dinge zuzulassen. Bei der Beur-
teilung, ob jemand eine SpekulantIn ist o-
der nicht, tu ich mich schwer. Man kann das
Ganze ja auch positiv formulieren: Wenn
jemand finanzstark ist und sich im Bereich
des Wohnbaus engagieren möchte, ist ja
nichts dagegen zu sagen.

Hier sind wir wohl ein wenig janusköpflich.
Auf der einen Seite wollen wir viele Woh-
nungen bereitstellen können, wollen auch
Investitionen von Personen, die sich ein-
bringen, weil wir nicht alles alleine stemmen
können. Das geht hin bis zu Privatpersonen.
So gesehen könnte ja jede HäuslbauerIn als
SpekulantIn bezeichnet werden, in den Fäl-
len, wo jedes Argument vorgebracht und al-
le Schlupflöcher ausgenützt werden. Wir
kennen das ja von unserer Arbeit aus dem
Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnbau
und Projekte. Diese Verhaltensweise gibt es
nämlich nicht immer nur bei den großen
Projekten.

Daher glaube ich, es liegt an uns, das zu
evaluieren und zu überlegen, was wir zulas-
sen wollen und was nicht. Wo beginnt etwas
in eine Richtung zu laufen, bei der wir uns
nicht mehr wohlfühlen? Wann nimmt die
Entwicklung der Stadt einen Kurs, den wir
nicht haben wollen? In der Analyse gebe ich
Dir Recht, GR Buchacher. Das Problem ist
nicht auf die Stadt Innsbruck beschränkt.
Glücklicherweise ist es bei uns aber noch
nicht so wie vielerorts, dass die Handlungs-
fähigkeit im urbanen Bereich immer mehr
den Privaten überlassen ist. In anderen

Städten ist die Situation schon viel dramatischer.

Bgm.ⁱⁿ Mag.^a Oppitz-Plörer: Wie z. B. in Kitzbühel.

StR Gruber: Na ja, ich wollte jetzt eigentlich Städte in unserer Größenordnung nennen, wo ganze Straßenzüge eigentlich nur noch in diesem Sinn entwickelt und betrieben werden. Das wollen wir bei uns sicher nicht haben. Der Hintergrund ist einfach der, dass die Kommunen kein Geld mehr haben und nicht mehr handlungsfähig sind. Natürlich wird es auch bei uns in den nächsten Jahren eine gewisse Belastung geben. Wir müssen alles daransetzen, das Heft des Handelns nicht aus der Hand zu geben.

Wie gesagt, bei der Beurteilung, ob jemand eine SpekulantIn ist oder nicht, ...

(GR Dr. Stemeseder: Eine SpekulantIn setzt auf das Risiko, wie eine SpielerIn, und geht über Leichen.)

Ja schon, aber kannst Du, GR Dr. Stemeseder, genau bezeichnen, wer sich so verhält und wer nicht? Ich will in der Begrifflichkeit einfach sauber sein. Niemand von uns wird die Spekulationen unterstützen. Vorher ist ein Beispiel von einem Neubau in der Egger-Lienz-Straße erwähnt worden. Ob das jetzt unbedingt in diesen Bereich hineinfällt, würde ich mich nicht trauen zu behaupten. Da geht es um ein Unternehmen, das in der Stadt Innsbruck ansässig ist und versucht - natürlich -, das Maximum für sich herauszuholen. Und das an einem Standort, der nicht wirklich einfach zu bewirtschaften ist.

Ich darf ganz offen sagen, dass der bisherige Bau in dieser Straßenlage eher einen Schandfleck dargestellt hat. Nun ergibt sich die Möglichkeit, hier neuen Wohnraum zu schaffen. Daher muss man wohl genau abwägen. Das machen wir im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnbau und Projekte. Ich möchte nicht per se jede/n, die/der Geld in die Hand nimmt, um in Wohnbau zu investieren, gleich als SpekulantIn bezeichnen.

Wir schlagen uns schon mit dem Problem herum, dass diese Diskussionen nicht unbedingt dienlich sind, entsprechende Mittel in der Stadt Innsbruck einsetzen zu können. Ich hoffe aber, dass wir genügend Augen-

maß haben, die Dinge zu unterscheiden und in der politischen Debatte zu bewerten.

GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Pokorny-Reitter: Der Streit über die Definition des Begriffs SpekulantIn erheitert mich ein bisschen. Natürlich kann man das aus verschiedenen Blickwinkeln betrachten - von Seiten der Wirtschaft, Finanzpolitik, Wohnungspolitik etc. Durch die Erfahrungen der letzten Jahre, bei denen man gesehen hat, dass viele Private sehr gut bauen und sehr hohe Kosten haben, wissen wir, dass sie auch ein großes Wagnis eingehen. So gesehen ist es aber dann keine Spekulation, in der Stadt Innsbruck privaten Wohnbau zu betreiben. Denn das ist nie ein Wagnis, sondern immer ein Geschäft.

(GR Dr. Stemeseder: Hahaha! Selig sind die Ahnungslosen, denn Ihnen ist das Himmelreich!)

GR Dr. Stemeseder, Du hast doch selbst gesagt, dass das immer ein Geschäft ist!

Bgm.ⁱⁿ Mag.^a Oppitz-Plörer: GR Dr. Stemeseder, ich bitte Sie, sich an die Gepflogenheiten hier im Gemeinderat zu halten! Sie sind nicht in einer Privatversammlung und auch nicht am Stammtisch. Mäßigen Sie sich bitte! GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Pokorny-Reitter ist am Wort. Wenn Sie nicht aufhören, dazwischenzurufen, dann werde ich das von Ihrer Redezeit abziehen!

GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Pokorny-Reitter: Danke, Frau Bürgermeisterin. Zum Thema BürgerInnenbeteiligung: Wir haben es hier mit unterschiedlichen Formen zu tun. Zum einen gibt es den Bereich der Stadtentwicklung, ohne konkrete, anstehende Projekte. Gegebenenfalls kann es sich auch um eine Stadtteilentwicklung handeln, wie in Anpruggen, in Vill und in Mühlau. Dort gibt es grundsätzlich ein viel besseres und höheres Engagement der BürgerInnen. Es geht da nämlich nicht um strittige Projekte oder mögliche Beeinträchtigungen durch Neubauten. Das erinnert mich ein bisschen an die Idee der BürgerrätInnen in Vorarlberg. Dort geht man das ähnlich an und schafft durch diese Einrichtung Potential für die Stadtentwicklung. Allerdings ist immer die Frage, wie verbindlich die Gemeinde dann sagen kann, dass die Vorschläge und Ideen abgearbeitet werden. Die BürgerInnen erwarten sich aber natürlich eine konkrete Antwort.

Davon zu unterscheiden sind die Fälle, bei denen konkrete Projekte anstehen, wie momentan z. B. in der Nagillergasse, welches sehr strittig ist. Hier können sich die direkt Betroffenen unmittelbar einbringen. Anhand einer konkreten Planung wird abgewogen, überlegt und eingebunden.

Auch wir können irren und wissen nicht immer alles besser. Wir suchen Wege, im einen Fall gelingt uns das sehr gut, im anderen Fall vielleicht nicht so. Seit vielen Jahren sagen wir allerdings, dass es absolut notwendig ist, für die BürgerInnenbeteiligung klare Regelungen zu schaffen, um festzuhalten, was überhaupt möglich ist: Wo dürfen die BürgerInnen mitreden, worüber dürfen sie entscheiden, welches Forum gibt es etc.? Erst wenn das festgelegt ist, wird man eine gewisse Sicherheit haben und dann kann die einzelne BürgerIn entscheiden, ob sie mitmachen will oder nicht. Zumindest weiß man dann, ob man eine Stimme hat und ob sie Gewicht hat. Das müssen wir in den nächsten Jahren angehen, um Klarheit zu schaffen.

Zur Stadtentwicklung möchte ich noch anmerken, dass es ein ständiges Ringen gibt zwischen Verdichtung - für notwendige Projekte, die mehr oder weniger große Einschnitte oder Probleme für die ansässige Bevölkerung mit sich bringen - und dem Heranziehen von Grünland für eine Neubebauung. Wir brauchen beides, um den Wohnbedarf abzudecken. Dass wir riesige Notwendigkeiten haben, das bestreitet hier drin wohl niemand - obwohl es auch bei uns die Tendenz gibt zu fordern: "Nein, bei uns nicht, aber dort unten, bei denen, könnte man noch verdichten!" Ja, leider, das kommt auch hier vor.

Ich glaube, es ist gut, in diesem Spannungsfeld zwischen Verdichtung und Neubebauung zu verbleiben. Unsere Position ist klar - denn auch mit den möglichen Verdichtungsmaßnahmen werden wir den Bedarf nicht abdecken können. Es wird notwendig sein, neue Gebiete zu erschließen. Ich darf an die große Skepsis damals beim Bau der Peerhöfe erinnern. Es hat viele Initiativen dagegen gegeben. Inzwischen sind sie ein beliebter und anerkannter Stadtteil von Innsbruck und viele Menschen wohnen dort sehr gerne.

In den nächsten Jahren werden wir im Rahmen des Örtlichen Raumordnungskonzepts (ÖROKO) '25 vielleicht ein oder zwei solche neue Gebiete entwickeln, um der Armut in der Stadt Innsbruck Einhalt gebieten zu können.

6. Hofer Bernhard, MSc, "Für Innsbruck" (FI), Angelobung

Die Anwesenden erheben sich von ihren Sitzen.

Nach Verlesung der Gelöbnisformel gemäß § 12 des Stadtrechtes der Landeshauptstadt Innsbruck (IStR) leistet Bernhard Hofer, MSc (FI) mit den Worten "Ich gelobe" das Gelöbnis in die Hand von Frau Bürgermeisterin.

Zu Punkt 5.2

Besondere Wechselrede (Spezialdebatte) - Fortsetzung Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung

Bgm.ⁱⁿ Mag.^a Oppitz-Plörer: Ich bringe nun die Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, zur Abstimmung:

Mehrheitsbeschluss (gegen RUDI, FPÖ und PIRAT, 7 Stimmen):

Die Gruppe 0, ordentlicher Haushalt, für das Rechnungsjahr 2016, wird angenommen.

Mehrheitsbeschluss (gegen RUDI, FPÖ und PIRAT, 7 Stimmen):

Die Gruppe 0, außerordentlicher Haushalt, für das Rechnungsjahr 2016, wird angenommen.

I 9879/2015/PA

Dienstpostenplan 2016 für BeamtInnen und Vertragsbedienstete der Stadt Innsbruck mit allen Zuweisungen (einschließlich Innsbrucker Immobilien GmbH & Co KG {IIG}, Innsbrucker Soziale Dienste GmbH {ISD} sowie Tiroler Landestheater und Innsbrucker Symphonieorchester GesmbH; jedoch ohne Zuweisungen an Innsbrucker Kommunalbetriebe AG {IKB})

Mehrheitsbeschluss (gegen RUDI, FPÖ und PIRAT, 7 Stimmen):

Beiliegender Dienstpostenplan 2016 für BeamtInnen und Vertragsbedienstete der Stadt Innsbruck mit allen Zuweisungen (einschließlich Innsbrucker Immobilien GmbH & Co KG {IIG}, Innsbrucker Soziale Dienste GmbH {ISD} sowie Tiroler Landestheater und Innsbrucker Symphonieorchester GesmbH; jedoch ohne Zuweisungen an Innsbrucker Kommunalbetriebe AG {IKB}) mit einer Gesamtsumme von 1.453 Dienstposten, aufgeteilt auf die einzelnen Verwendungsgruppen und Schemata, wird angenommen.

Bgm.ⁱⁿ Mag.^a Oppitz-Plörer unterbricht um 19:00 Uhr die Sitzung und setzt die Beratungen nach Feststellung der Beschlussfähigkeit um 19:25 Uhr wieder fort.

Schriftführerin Spielmann übernimmt die Schriftführung.

Gruppe 1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit

GR Carli: Die Gruppe 1 weist im ordentlichen Haushalt 2016 Einnahmen in der Höhe von € 1.672.300,-- und Ausgaben in der Höhe von € 14.314.300,-- aus.

Die Gruppe 1 weist im außerordentlichen Haushalt 2016 Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von € 100.000,-- aus.

GR Wallasch: Angesichts der tragischen Ereignisse in Paris und in ganz Europa in

den letzten Monaten und Wochen fällt es mir ein wenig schwer, einen normalen Beitrag abzugeben.

Anlässlich der letztjährigen Budget-Debatte habe ich auf die Entwicklung des Terrors durch Dschihadistinnen bzw. Dschihadisten, die zu erwartenden Flüchtlingsströme sowie die Zunahme der Ströme hingewiesen. Über den Brenner werden in diesem Jahr vermehrt Flüchtlinge zu erwarten sein. Natürlich können wir sagen, dass dies alles unendlich weit weg ist und uns nie erreichen wird.

Leider hat mir die Entwicklung in den letzten Monaten dramatisch Recht gegeben, nicht nur das, meine schlimmsten Erwartungen wurden übertroffen. Im Jahr 2015 waren die Exekutive, aber auch die Stadt Innsbruck mit ihren Dienststellen, ganz besonders die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, in einem enormen Ausmaß gefordert. Die Flüchtlingssituation hat die Stadt Innsbruck neben vielen anderen sicherheitspolizeilichen Aspekten vor besondere humanitäre Herausforderungen gestellt.

Trotz dieser nicht von uns beeinflussbaren Entwicklung hat sich die Stadt Innsbruck auch im Jahr 2015 als sichere Stadt für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Touristinnen bzw. Touristen gezeigt. Dies bestätigt auch eine SORA-Umfrage vom Juni 2015, bei der 88 % der Befragten die Lebensqualität als sehr bzw. ziemlich hoch beurteilen.

Als lebenswert stufen 93 % der Befragten die Landeshauptstadt ein und das ist in Österreich ein Spitzenwert. Auch die neuesten Nächtigungszahlen zeigen, dass die Stadt Innsbruck eine der beliebtesten Destinationen weltweit ist. Eine Steigerung auf über 1,5 Mio. Nächtigungen gegenüber dem Vorjahr dokumentiert eindrucksvoll die Beliebtheit unserer Stadt bei den Gästen. Die Stadt Innsbruck hat eine ausgezeichnete Lebensqualität. Dies betrifft neben anderen Kriterien auch das subjektiv wahrgenommene Sicherheitsgefühl.

Natürlich gibt es auch in unserer Stadt Kriminalität und andere so genannte Hotspots, die bei den Bürgerinnen und Bürgern nicht nur Unbehagen oder Unsicherheit, sondern manchmal auch Angst erzeugen. Jede Bürgerin bzw. jeder Bürger empfindet Sicher-

heit subjektiv und das ist auch bei mir der Fall.

Selbstverständlich müssen wir gemeinsam dazu beitragen, dass die Sicherheit der Stadt Innsbruck weiterentwickelt und das ganz persönliche Sicherheitsempfinden jedes Innsbruckers bzw. jeder Innsbruckerin verbessert wird.

Das funktioniert neben exekutiven Maßnahmen und der hervorragenden Arbeit der Polizei sowie der Mobilen Überwachungsgruppe (MÜG) auch mit Präventionsmaßnahmen. Hier sind wir alle gefordert auch im Sicherheitsbereich kreativ zu sein. Es gibt in manchen Bereichen wirklich einen Bedarf an Prävention. Die Köpfe rauchen zu lassen und kreativ zu sein, wäre gefragt.

Ich war schon betroffen, als ich den Medien entnehmen konnte, dass das Konsumieren von verbotenen Substanzen in der Stadt Innsbruck im Verhältnis zur Einwohnerinnen- bzw. Einwohnerzahl österreichweit am höchsten ist. Ob die Statistik jetzt ihren Ursprung in der hervorragenden Arbeit der Polizei hat, also mehr Fallzahlen und mehr angezeigte Personen, wie auch Konsumentinnen bzw. Konsumenten, oder ob das eine gesellschaftliche Entwicklung ist, vermag ich auch nicht zu beurteilen.

Eines steht fest, die Nachfrage regelt den Markt und bewirkt neben einem sicherheitspolizeilichen einen auch nicht zu unterschätzenden sozialen Hotspot, der wiederum zwangsweise von Kriminalität begleitet wird. Dass es diese Nachfrage nach verbotenen Substanzen überhaupt gibt, macht mir persönlich auch für unsere Jugend Sorgen.

Außerdem ist es nicht nur eine Sache der Sicherheit, sondern auch des Geldes. Laut einer aktuellen Studie des Institutes für höhere Studien (IHS) aus dem Jahr 2015 beliefen sich in Österreich die sozialen Folgekosten für Drogen zwischen 2002 und 2011 auf sage und schreibe € 15 Mrd. Dagegen lagen die sozialen Folgekosten für Alkohol bei etwa € 837 Mio., jene bei Tabak bei € 2,2 Mrd. und jene des Glückspiels bei € 235 Mio.

Ich möchte nun nochmals auf die Flüchtlingssituation eingehen. Die Entwicklung der Flüchtlingsströme war für uns nicht vorhersehbar, jedenfalls nicht in diesem Ausmaß.

Im Laufe des Jahres war rasch klar, dass auch die Stadt Innsbruck geographisch und geopolitisch bedingt in großem Ausmaß von dieser Situation betroffen sein wird. Die Stadt Innsbruck, insbesondere die Stadtregierung und unsere Bürgermeisterin, hat immer rechtzeitig vor allem menschlich und vorausschauend agiert und nicht nur reagiert. Sie hat damit einen wesentlichen Beitrag zum sozialen Ausgleich in der Stadt Innsbruck geschaffen.

Die Flüchtlingssituation wurde im Jahr 2015 noch verschärft, da die Deutschen auf Grund des G7-Gipfels sowie des Bilderberg-Treffens die Grenzen dicht gemacht haben. Gerade in dieser Zeit konnte die Stadt Innsbruck auf eine stadteigene Institution, nämlich die Mag.-Abt. II, Allgemeine Sicherheit und Veranstaltungen, auf die Mobile Überwachungsgruppe (MÜG) zurückgreifen, die mit hoher fachlicher, sozialer und vor allem menschlicher Kompetenz wirklich Hervorragendes geleistet hat.

Die Mobile Überwachungsgruppe (MÜG) hat sich einmal mehr als unverzichtbare Einrichtung erwiesen. Jeder einzelnen Mitarbeiterin und jedem einzelnen Mitarbeiter gebührt dafür mein ganz persönlicher Dank. Ich möchte die hervorragende Arbeit der Mobilen Überwachungsgruppe (MÜG) mit einigen Zahlen darstellen. Während der Zeit der Grenzsperrung waren insgesamt 72 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zu betreuen. Zum Vergleich: Im gesamten Jahr 2014 waren 90 junge Menschen auf der Flucht.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren im wahrsten Sinne des Wortes - das ist mehrfach betont worden - Ersatzeltern für diese jungen Menschen auf der Flucht. Insgesamt wurden im Jahr 2015 bereits 278 - Stand Mitte November 2015 - unbegleitete minderjährige Flüchtlinge betreut. Dies umfasst auch die Unterbringung dieser jungen Menschen bei einem Asylantrag, nämlich die Fahrt nach Thalham oder Traiskirchen.

Dabei haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Mobilen Überwachungsgruppe (MÜG) über 45.000 Kilometer zurückgelegt. Das ist etwas mehr als einmal um die ganze Welt. Diese Transporte bedeuten auch eine hohe Verantwortung und ein enormes soziales Engagement. Sie sind psychisch und physisch für die Mitarbeiterinnen und Mitar-

beiter der Mobilen Überwachungsgruppe (MÜG) belastend.

Die Mobile Überwachungsgruppe (MÜG) besteht aus insgesamt 33 engagierten Frauen und Männern. Die Flüchtlingslage bindet derzeit 25 % der Ressourcen. Diese Situation wird sich in den kommenden Jahren nicht ändern oder gar verbessern. Ich persönlich rechne sogar damit, dass die Mobile Überwachungsgruppe (MÜG) in Zukunft noch mehr Personal für die Bewältigung ihrer Tätigkeit im Zusammenhang mit der Flüchtlingslage aufwenden muss. Das bedeutet eine noch höhere Ressourcenbindung.

Ich sehe das auch im Zusammenhang mit meiner ganz persönlichen Einschätzung, dass die deutschen Behörden mittel- oder kurzfristig die Grenzen nicht dichtmachen, aber zumindest extrem verdichten werden. Das heißt, dass nur geringe Kontingente an Flüchtlingen einreisen dürfen. Das wird sich auch am Flüchtlingsstrom durch Tirol allgemein zeigen, aber ganz besonders bei den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen.

Die Wichtigkeit der Mobilen Überwachungsgruppe (MÜG) zeigt sich aber nicht nur im humanitären Bereich. Bis Mitte November 2015 hatte die Mobile Überwachungsgruppe (MÜG) über 6.035 Einsätze. Das waren damals schon um 15 % mehr als im Jahr 2014. Zudem ist dies fast eine Verdoppelung der Einsatzzahl des Jahres 2010. Auch die präventiven Kontrollen im Bereich der Parkanlagen, des Alkoholverbotes und der Prostitution gegenüber den Jahren 2011 und 2012 sind richtiggehend explodiert.

Das dokumentiert die enorme Einsatzbereitschaft der Mobilen Überwachungsgruppe (MÜG) im Sinne und Interesse der Bürgerinnen und Bürger.

Abschließend möchte ich mich bei allen Einsatzkräften der Mobilen Überwachungsgruppe (MÜG), der Polizei, der Rettung, der Feuerwehr, der Tirol Kliniken GmbH sowie des ärztlichen Personals und allen Abteilungen des Stadtmagistrates Innsbruck, den Sozialvereinen und allen Menschen, die sich vorbehaltlos und aufopfernd um andere, sehr oft fremde Menschen kümmern, aufrichtig und herzlich bedanken.

Ich persönlich hoffe, dass wir auch im Jahr 2016 eine konstruktive Zusammenar-

beit haben und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

GR Hitzl: GR Vescoli hat heute gesagt, dass Innsbruck eine lebenswerte Stadt ist. Das möchte ich noch ergänzen, dass Innsbruck eine lebenswerte und sichere Stadt ist.

Ich habe mich gerade diese Woche mit dem Stadtpolizeikommandanten getroffen, um ihn zu fragen, wie es in der Stadt Innsbruck so aussieht. Ich habe nur positive Aussagen erhalten. Die Zahl der Straftaten ist erfreulicherweise sehr zurückgegangen. Bei der Zahl der Aufklärung liegt Innsbruck österreichweit an der zweiten Stelle. Die Aufklärungen liegen bei 50 %. Selbstverständlich ist die Nordafrikaner-Szene nach wie vor präsent. Durch die laufenden Kontrollen verschieben sich die Aufenthaltsorte immer wieder.

Die Polizei setzt nicht nur Funkstreifen ein, sondern ist in dieser Szene auch vor Ort unterwegs. In den Jahren 2013 und 2014 gab es im Bereich der Nordafrikanerszene eine Verdreifachung der Straftaten. Jetzt ist die Anzahl zurückgegangen. Die Gruppe, die diese Straftaten verübt, werden wir immer in der Stadt Innsbruck haben und sicher nicht wegbringen. Es gelingt der Polizei immer wieder, dass ein Teil aufgegriffen und eingesperrt wird, aber es kommen immer wieder Straftäter nach. Zur Unterstützung dieser Aufgaben werden von den gesamten Bezirken elf Beamtinnen bzw. Beamten für die Schwerpunktkontrollen der Stadtpolizei zur Verfügung gestellt.

Wir haben trotz der Wintersaison, denn die Beamtinnen bzw. Beamten sind jetzt in den Fremdenverkehrsorten im Einsatz, 12 Beamtinnen bzw. Beamte für die Stadt Innsbruck bekommen.

Die Situation rund um die Tiefgaragen hat sich in den Jahren 2013/2014 extrem entwickelt. Das hat jede/r von Euch auch durch ein entsprechendes Mail mitgeteilt bekommen. Ich habe das Mail um 18:10 Uhr bekommen und habe um 18:15 Uhr zurückgerufen. An diesem Dienstag habe ich bereits mit dem Stadtpolizeikommandanten über das Thema gesprochen.

Dieser hat zu dem Zeitpunkt bereits gehandelt. Ich darf daher der Polizei gratulieren, die eine ausgezeichnete Arbeit macht.

Wenn ich immer höre, dass das Einsatzkommando Cobra solche Einsätze absolvieren sollte, dann muss ich sagen, dass das eine Spezialgruppe ist, die ganz andere Aufgaben hat. Flugbegleitungen, Personenschutz und die Festnahmen im schweren Suchtgiftbereich sowie von gefährlichen Personen. Bei Veranstaltungen sowie bei Bedrohungen ist das Einsatzkommando Cobra laufend im Dienst. Das hat mir der Stadtpolizeikommandant erklärt.

Ich danke unserer Mobilen Überwachungsgruppe (MÜG) für ihre Leistungen und ihre Arbeit. GR Wallasch hat richtig gesagt, dass es nicht so einfach ist, jeden Tag mit dem Auto nach Traiskirchen und retour zu fahren. Alle kennen die Strecke und wissen, was das bedeutet. Daher muss man für diese Arbeit Danke sagen. Wenn wir beim Heim am Hofgarten oder auf der Hungerburg jemand benötigt haben, dann war die Mobile Überwachungsgruppe (MÜG) immer zur Stelle.

Genauso eine tolle Leistung vollbringen unsere bestens ausgebildeten Polizistinnen und Polizisten. Dafür darf ich herzlich Danke sagen und unsere Unterstützung ist ihnen sicher.

Ich bin ein bisschen darüber enttäuscht, dass bei dem Wachzimmer am Hauptbahnhof nichts weitergeht. Wir haben unser Budget beigetragen. Wann wir dieses Wachzimmer endlich eröffnet? Der Stadtpolizeikommandant hat mir erklärt, dass dieses noch nicht ganz ausfinanziert ist.

Ich muss mich jetzt schon Folgendes fragen: Wenn wir das Budget bereitgestellt haben und die Bundesministerin für Inneres (BMI) nun erklärt, dass das Wachzimmer noch nicht finanziert ist, dann verstehe ich das nicht so.

Es wird auch an uns liegen, dass wir mit dem Landeshauptmann diesbezüglich sprechen, denn wir benötigen dieses Wachzimmer. Der Hauptbahnhof ist das Eingangs- und Willkommenstor der Stadt Innsbruck, daher ist dort ein Wachzimmer notwendig.

GR Dr. Stemeseder: Ich bedanke mich für die Ausführungen des Sicherheitsprofis GR Wallasch. Er hat hervorgehoben, dass Sicherheit Geld kostet. Er hat diesen ideellen Link zu den betäubenden Substanzen geschlagen, die auch Geld kosten. Aber auch

andererseits mittlerweile Kommunen in Deutschland Geld bringen.

Ich habe mir ein Buch gekauft mit dem Titel "Das Gesamtgeschäft - Handel treiben mit Betäubungsmitteln". Analyse, Bewertung und Weiterentwicklung der deliktspezifischen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes (Deutschland) zur Täterinnen- bzw. Täterschaft.

In Deutschland ist eine eigene Gesellschaft in Gründung, die sich mit dem deutschlandweiten Anbau von Cannabis beschäftigt. In Italien wird dies schon durch das Heer abgedeckt.

GRⁱⁿ Moser hat gesagt, dass das nie passiert. Es war aber schon vor ein paar Wochen der Fall. Einen interessanten Nebenaspekt, wie sehr das Thema Betäubungsmittel und Geld umkämpft ist, kann ich bringen, da mein Anwalt Dr. Bernhard Haid, ein honorierter Gentleman der alten Schule, ein Disziplinarverfahren der Anwaltskammer bekommen hat. Er hat in der Berufung ausgeführt, dass GRⁱⁿ Moser "protokolliert" wird, dass sie die Bürgermeisterin der Stadt Innsbruck wäre, weil sie sagt, was sie für richtig hält und zwar ausschließlich das.

Das war auf alle Fälle Grund genug, warum wir jetzt tatsächlich auch in Wien höchststrichterliche Gesprächsthemen sind. Teilweise lachen sich diese einfach kaputt über uns, nicht nur über mich.

GR Mag. Dr. Überbacher: Das Loblied auf die Sicherheit in der Stadt Innsbruck kann ich nicht nachvollziehen. Die täglichen Medienmeldungen zeigen ein anderes Bild. Man muss auch einmal hinterfragen, welche Meldungen seitens der Polizei in die Medien kommen.

Ich kann Ihnen zwei Anlassbeispiele nennen. Vor wenigen Wochen wurde in Gries am Brenner in einem Asylwerberinnen- bzw. Asylwerberheim ein Einsatz durchgeführt. Ein Bewohner wurde dabei verhaftet, da er unter dem Verdacht steht, in Syrien für die IS gekämpft zu haben. Diese Geschichte wäre nie in der Zeitung veröffentlicht worden, wenn uns nicht "brave" Anrainerinnen bzw. Anrainer sowie Bürgerinnen bzw. Bürger aus Gries am Brenner informiert hätten. Ich stellte daraufhin eine offizielle Anfrage an die Polizei. Drei Tage nach dem Ereignis bekam ich eine Antwort, dass eine Medien-

mitteilung folgen wird. Das war das erste Beispiel.

Beispiel 2, eine Gewalttat in Schwaz: Dort hat sogar der Bürgermeister unseren dortigen Gemeinderat dazu benutzt, dass dieser offiziell bei der Polizei anfragt. Der Bürgermeister von Schwaz ist ein Mitglied der Österreichischen Volkspartei (ÖVP). Auf Grund dessen, dass wir bei der Polizei nachgefragt haben, ist diese Meldung überhaupt erst erschienen. Das ist die Realität.

Die Statistiken entsprechen nicht der Realität, sondern man muss sich nur anhören, was unsere Exekutivbeamtinnen bzw. -beamten tagtäglich erleben. Solange die Exekutivbeamtinnen bzw. -beamten von Tirol keine Rückendeckung durch die Polizeiführung haben, besteht darin das Hauptproblem.

Landespolizeidirektor Mag. Tomac und Stadtpolizeikommandant Kirchler sind bei diesen Fällen Problemfelder. Diese stehen nicht hinter ihren Beamtinnen bzw. Beamten. Das ist die Realität. Ich kann eine Truppe nur führen, wenn sich die Truppe auf den Kommandanten bzw. die Kommandantin und umgekehrt zu 100 % verlassen kann. Das ist das Einmaleins der strategischen Führung und auch der Führung der Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter. Das lernt man in jedem Seminar für einen Einzelhandelskaufmann bzw. eine -kauf-frau, wie man besser verkaufen kann. Das sind betriebswirtschaftlich grundlegende Dinge, die hier fehlen.

Zum Wachzimmer am Hauptbahnhof kann ich Folgendes sagen: Vor sechs Wochen habe ich eine Anfragebeantwortung aus dem Nationalrat bekommen. Es stimmt, wie GR Hitzl ausgeführt hat, dass das Bundesministerium für Finanzen (BMF) die Gelder noch nicht freigegeben hat. Das ist eine Frechheit. Wer ist in Österreich Bundesminister für Finanzen (BMF)? Ein Mitglied der Grünen oder der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ)? Nein, ein Mitglied der Österreichischen Volkspartei (ÖVP). Das Bundesministerium für Finanzen (BMF) sowie für Inneres (BMI) werden von der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) geführt. Das ist die Hauptkrux.

StR Gruber kann 100 Mal zu Landeshauptmann Günther Platter pilgern, denn das Grundproblem ist, dass der Landeshaupt-

mann in Wien in der eigenen Partei keinerlei Rückhalt mehr hat. Das ist die Realität, weshalb in dieser Sache nichts weiter geht.

Die Sicherheitssituation am Hauptbahnhof Innsbruck und den umliegenden Straßenzügen ist nicht zu verharmlosen, denn diese ist prekär.

An dieser Stelle möchte ich mich wie meine Vorrednerinnen bzw. Vorredner bei den Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeitern der Mobilen Überwachungsgruppe (MÜG) bedanken. Diese leisten gute Arbeit. Aber, was ist das Problem? Die Mobile Überwachungsgruppe (MÜG) hat zu wenige Kompetenzen. Es ist ein Nachdenken notwendig, wie es weitergeht.

Warum hat die Stadt Schwaz eine Stadtpolizei? Ich kenne die verfassungsrechtlichen Bedenken. Solche Dinge müssen im Jahr 2015 auch überdacht werden.

(GR Mag. Krackl: Macht doch einmal etwas, denn Ihr seid in jedem Gremium.)

Wir sind aber nicht in der Bundesregierung vertreten. Das sind die Probleme, die wir in der Stadt Innsbruck und auch in anderen Teilen Tirols haben. Deshalb ist in der Stadt Innsbruck sowie im Land Tirol eine Sicherheitsoffensive in allen Bereichen notwendig.

Das Asylthema wurde bereits angesprochen. Wir stehen diesbezüglich erst am Anfang. Für mich sind Asylwerberinnen bzw. Asylwerber nicht gleich Kriminelle. Es gibt aber natürlich auch Problemfelder, die sich durch das Asylthema auftun. Die rosarote Brille nützt nichts, denn der klare Blick ist notwendig, um die Probleme zu erkennen und anzugehen. Das ist die Aufgabe der Politik und daher müssen wir zu 100 % hinter unserer Exekutive stehen.

Auch hinter der Mobilen Überwachungsgruppe (MÜG) müssen wir zu 100 % stehen. Es gab einmal eine Bewegung in dieser Stadt, die jetzt in der Regierung vertreten ist, die damals, als die Mobile Überwachungsgruppe (MÜG) eingeführt wurde, die Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter verfolgt und fotografiert hat. Parksünden usw. wurden angezeigt. Die Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter wurden dadurch de facto öffentlich diffamiert.

(GR Mag. Krackl: So wie Ihr mit den "Staudenbuz"!)

(GR Federspiel: Das waren die Sozis!)

Der Ausdruck "Staudenbuz" ist meines Wissens von der Freiheitlichen Partei Innsbruck nicht gebraucht worden. Dieser kam von der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ). Ich danke für die Aufmerksamkeit.

GR Federspiel: Ich möchte die Ausführungen von GR Mag. Dr. Überbacher ergänzen und mich bei den 35 Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeitern bedanken. Leider haben diese viel zu wenige Kompetenzen, weil Landeshauptmann Platter nicht fähig ist, die Kompetenzen auszuweiten. So eine Ausweitung wurde von uns schon sehr lange gefordert und liegt schon Jahre zurück. Leider liegt diese immer noch in der Schublade. Die Kompetenzen müssten dementsprechend erweitert werden.

Die Mobile Überwachungsgruppe (MÜG) ist für Parkordnung, Alkoholverbotsverordnung, Veranstaltungskontrollen, Wohnsitzerhebungen usw. zuständig. Nicht einmal in diesen Bereichen wird die Mobile Überwachungsgruppe (MÜG) von der Politik unterstützt, außer von der Frau Bürgermeisterin sowie Teilen der Innsbrucker Volkspartei (ÖVP). Wir unterstützen die Mobile Überwachungsgruppe (MÜG) auf jeden Fall.

Der Ausdruck "Staudenbuz" liegt schon einige Jahre zurück und wurde von GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Pokorny-Reitter verwendet.

(GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Pokorny-Reitter: Das war noch unter Alt-Bgm.ⁱⁿ Zach.)

In der diskriminierenden Art und Weise diesen verdienten Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeitern entgegenzutreten ist jetzt in der Zwischenzeit gefallen. Dieser Ausdruck wurde damals in der Diskussion verwendet, da verlangt wurde die Mobile Überwachungsgruppe (MÜG) mit Waffen auszustatten.

Man sieht, was sich derzeit in der Stadt abspielt. Es wurde heute schon das Einsatzkommando Cobra erwähnt. Die Cobra kann selbstverständlich eingesetzt werden. Jede/r Bundesministerin bzw. -minister kann verlangen, dass die Cobra eingesetzt wird. Das Einsatzkommando Cobra wartet nicht nur auf Banküberfälle oder veranstaltet Flugbegleitungen, sondern kann auch selbstverständlich in unserer Stadt für die Sicherheit eingesetzt werden. Das hat mir

die Bundesministerin für Inneres Mag.^a Mikl-Leitner erst vor kurzem wieder erklärt.

Die Bettelverbotsverordnung ist derzeit in der Maria-Theresien-Straße sowie der Herzog-Friedrich-Straße in Kraft. Während der Abhaltung eines Gelegenheitsmarktes ist dort das Betteln usw. verboten. Ich habe gerade gestern wieder ein Gespräch mit der Polizei geführt, dass dieses Verbot zum Teil ignoriert wird. Es gibt in dieser Zeit zwar weniger Bettlerinnen bzw. Bettler, die sonst in der Innenstadt zu finden sind.

In der Maria-Theresien-Straße wird das derzeitige Bettelverbot nicht kontrolliert. Es gibt jetzt im Nationalrat eine Anfrage an das Bundesministerium für Inneres (BMI), nämlich an die Polizeiinspektion von Pradl, da mich Bürgerinnen bzw. Bürger gebeten haben, dass wir gemeinsam mit Vertreterinnen bzw. Vertretern der Polizeiinspektion Pradl eine Informationsveranstaltung machen möchten. Wir haben die Polizei angeschrieben.

Die Antwort lautete, weil die Freiheitliche Partei Innsbruck (FPÖ) und ich keinesfalls zu einer ehrlichen und sachlichen Auseinandersetzung mit dem Thema Sicherheit in Innsbruck beigetragen haben, wird die beabsichtigte ... (Beifall)

Habt Ihr überhaupt verstanden, was ich gesagt habe?

... Veranstaltung nicht als Rahmen für eine solche Auseinandersetzung mit diesem Thema gesehen. Daher wird um Verständnis ersucht, dass seitens der Polizei keine Teilnahme erfolgen kann.

Wenn das eine Veranstaltung der Innsbrucker Volkspartei (ÖVP) ist, nimmt die Polizei selbstverständlich teil. Diese Antwort wird im Bundesministerium behandelt, denn wir bringen das in den Nationalrat.

Die Bürgerinnen bzw. Bürger wollen einen Dialog mit der Polizei und dieser wird verweigert. Das ist die tolle Zusammenarbeit mit der Polizei in der Stadt Innsbruck.

Die anderen Sicherheitsaspekte, die GR Wallasch nur anführen darf, sind uns bekannt. Maulkorberlass! Fragen Sie einmal die Beamtinnen bzw. Beamten in den Stadtteilen Pradl oder Reichenau, welche Meldungen diese von ihren Vorgesetzten erhalten. Jene Meldungen, die wir öffentlich ma-

chen, sind nicht einmal die Spitze des Eisberges, was sich in unserer Stadt abspielt.

Von einer sicheren Stadt zu sprechen ist ein Hohn. Wenn man abends durch die Stadt geht, sieht man die Situation. Die Polizei mit jeder einzelnen Beamtin bzw. jedem einzelnen Beamten bestätigt das. Hier im Gemeinderat wird immer so getan, als ob alles in Ordnung wäre. Die Innsbrucker Grünen (GRÜNE) oder jene der linken Reichshälfte glauben immer, dass alles bestens wäre.

(GR Onay: Wir wohnen in der gleichen Stadt wie Du.)

Es ist lächerlich, man muss sich nur die Situation am Hauptbahnhof Innsbruck ansehen. Am Hauptbahnhof sollten 16 Beamtinnen bzw. Beamte stationiert werden. Dort waren nie so viele. Ein Bild mit einigen Beamtinnen bzw. Beamten wurde immer wieder veröffentlicht, aber so viele waren nie dort.

(GR Onay: Aber Ihr stimmt gegen das Z6-Streetwork.)

Bitte hör mir doch mit den Streetworkerinnen bzw. Streetworkern auf. Wenn man am Hauptbahnhof Innsbruck am Abend als Gast oder als Bewohnerin bzw. Bewohner der Stadt ankommt, muss man Angst haben und daher steigen viele sofort in ein Taxi oder flüchten.

(StR Mag. Fritz: Ich bin gestern um 22:30 Uhr am Hauptbahnhof angekommen und habe mich unheimlich gefürchtet.)

Das ist nicht auf jedem Hauptbahnhof so. In den Städten Linz und Salzburg finden Polizeikontrollen statt. Am Hauptbahnhof Innsbruck sind ab und zu zwei Polizeibedienstete zu sehen und das war es dann auch schon.

Die Angestellten der Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB), die sich als Security-Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter ausgeben, sind "Handschuhe"! Sie führen nicht einmal einen Pfefferspray mit. Der Bedienstete hat mir das selber gesagt, denn sie dürfen keine Waffen tragen. Sie sind wirklich wehrlos dieser Bedrohung am Innsbrucker Hauptbahnhof ausgesetzt.

In den Viaduktbögen hat sich die Situation verbessert, weil die Besitzerinnen bzw. Besitzer der dortigen Etablissements selber

darauf achten und Securitys einsetzen. Zudem wurden auch Kameras installiert.

Wenn man sich im Endeffekt ansieht, was sich in der Stadt Innsbruck abspielt und die heutigen Wortmeldungen hört, dann ist das eine Realitätsverweigerung. Man setzt sich die rot-grüne Brille auf und sieht bei einem Spaziergang durch die Stadt einfach nichts.

Die Leserbriefe in der Tiroler Tageszeitung (TT) und der Krone sind zu erwähnen. Dort werden namentlich Erlebnisse geschildert. Daher kann man nicht nach dem Motto "alles in Ordnung" darüber hinwegsehen. Man muss den Dialog mit den Leuten suchen, denn diese sind verunsichert. Besonders die Frauen sind betroffen und das kann doch kein Mensch ableugnen. Seid doch ein wenig realitätsbezogen.

Am meisten ärgert mich die Verweigerung der Polizei mit Bürgerinnen bzw. Bürgern zu diskutieren. Die Exekutivbeamtinnen bzw. -beamten müssen nicht mit mir diskutieren. Meine Informationen beziehe ich direkt von den Bediensteten der Polizei, sogar aus Offizierskreisen. Mindestens 70 % der Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter der Polizei wählen die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ). Das möchte ich hier nur so nebenbei sagen.

In der Bundeshauptstadt Wien sprechen schon 90 % der Bediensteten der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) zu.

Diese Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter haben die "Nase gestrichen voll", da sie von den Offizierinnen bzw. Offizieren im Stich gelassen werden. Ich werde das nicht mehr sagen, denn dadurch habe ich schon einmal ein Problem bekommen. Das mache ich auch nicht mehr.

Die Offiziere bzw. Offizierinnen haben hinter der Mann- bzw. Frauschaft zu stehen. Sprechen Sie mit den Leuten, denn zur Weihnachtszeit suchen viele die Polizeiposten auf und wünschen schöne Feiertage. Offiziell dürfen wir diese nicht mehr beschenken, aber man kann zumindest Glückwünsche anbringen. Erkundigen Sie sich einmal, was wirklich los ist.

GR Wallasch könnte viel mehr erzählen, aber er wird auch nicht die Möglichkeit haben, dies dementsprechend kundzutun. Das war mein Beitrag zum Thema Sicherheit in kurzen Worten.

StR Gruber: Ich möchte einige Reaktionen auf die vorher genannten Aussagen bringen. Ich fange etwas humorvoll an, obwohl das Thema sehr ernsthaft ist. Wenn die Mitglieder der Innsbrucker Grünen (GRÜNE) vor den Schützen marschieren, erkennt man einen gewissen Lerneffekt bei dieser Partei. Ich habe überhaupt nichts dagegen.

Vor einigen Jahren hat man noch ganz anders über das Wesen der Schützen gesprochen. Daran soll es nicht scheitern, lieber Rudi.

Jetzt zu den ernsthaften Dingen: Man könnte es auch umgekehrt sehen, weil vielleicht besuchen die Mitglieder der Freiheitlichen Partei Innsbrucks (FPÖ) auch einmal ein Asylantinnen- bzw. Asylantenheim. Das wäre vielleicht eine Alternative dazu, dann könnte man sich ein bisschen austauschen.

Ich komme zu den wichtigen Themen, wie die Mobile Überwachungsgruppe (MÜG) und deren Rechte. Ich darf daran erinnern - jetzt greife ich ganz weit zurück -, dass die Innsbrucker Volkspartei (ÖVP) schon vor Jahren den Antrag gestellt hat, die entsprechende Rechtslage im Tiroler Landtag herbeizuführen.

Rudi, Du bist Klubobmann einer Fraktion dort.

(GR Federspiel: Das liegt beim Landeshauptmann.)

Ja, aber Du bist Klubobmann der Freiheitlichen Partei Tirols (FPÖ) und hast auch beste Kontakte zum Landtagspräsidenten und zu anderen Personen dort, und kannst die Sache vorantreiben. Das ist auch Eure Aufgabe und ich habe überhaupt nichts dagegen.

Dort, wo sich für mich die Schere öffnet, sehen wir es beispielsweise beim Wachzimmer Hauptbahnhof. Wir wissen dies seit Dienstag dieser Woche, da GR Hitzl dies erfahren hat. Auf der einen Seite wollen wir mehr Sicherheit in der Stadt - das ist keine Frage, dazu komme ich noch - und auf der anderen Seite ist der Bund dafür zuständig. Wenn wir polizeiliche Rechte für diese Stadt bekommen würden, bedeutet das, wenn wir gerade heute über den Jahresvoranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck diskutieren, dass entsprechende Mittel in die Hand zu nehmen sind.

Das ist auch bei der Stadtpolizei in Kufstein sowie in anderen Städten der Fall. Diese Diskussion sollten wir mit kühlem Kopf führen bzw. fragen, wo der Nutzen für die Sicherheit liegt. Wie kann man in der Abwägung mehr an Sicherheit erreichen?

Rudi, ich streite Dir nicht ab, dass wir beim Thema Sicherheit auch auf Verbrechen in dieser Stadt blicken müssen. Wir haben Probleme, das ist keine Frage. Ich kenne aber keine einzige Stadt auf der Welt, die das nicht hat. Ich glaube nur, dass die Darstellung in dieser übertriebenen Art und Weise, immer mit Beispielen zu kommen, wobei GR Mag. Dr. Überbacher heute sogar Namen und Orte genannt hat, nicht gerechtfertigt ist. Wir sind nicht realitätsfremd, denn wir leben auch in dieser Stadt.

Wir wissen, dass nicht alles in Ordnung ist und es täglich Dinge gibt, die uns überhaupt nicht freuen bzw. bei denen wir wissen, dass entsprechende Maßnahmen gesetzt werden müssen. Unser Unterschied liegt nur darin, dass wir der Polizei und der Mobilen Überwachungsgruppe (MÜG) in ihrem eingeschränkten Bereich vertrauen.

Rudi, Du sagst, dass die Offiziere und der Streifendienst etwas anderes wie die hohen Offiziere sagen. Ich kenne auch viele Polizistinnen bzw. Polizisten, manche sogar persönlich. Diese erzählen von ihrer schwierigen Situation mit neuen Herausforderungen. Die Frage ist nur, ob man diese Ausführungen sachlich und in dem entsprechenden Rahmen darstellt oder in die eine oder andere Richtung übertrieben wird.

Ich glaube, dass es für die Polizei neue mannigfaltige Herausforderungen gibt. GR Wallasch hat uns schon über den Bereich der Cyber-Kriminalität aufgeklärt. Diese zieht sich bis in den Bereich des Drogenhandels etc. Das streiten wir nicht ab, Rudi. Das Problem ist nur, dass wir es mit Deiner Polarisierung nie schaffen, darüber zu diskutieren. Daher sollte man dies einfach sachlich betrachten.

Es ist auch das Bundesministerium für Inneres (BMI) gefragt. Ich habe schon vor Monaten zum Thema Synagoge bekräftigt durch den Gemeinderats- und Landtagsbeschluss Stellung genommen. Ich kann Euch den Schriftverkehr diesbezüglich zur Verfügung stellen. Der Kabinettschef der Bundesministerin Mag.^a Mikl-Leitner ist Mag. Michael

Kloibmüller, den ich gut kenne. Diese Verhandlungen sind mühsam, das sage ich Euch. Wir haben im Moment andere und größere Probleme und Problemlagen zu beherrschen bzw. abzuarbeiten. Das ist wieder kein Wunschkonzert. Das hat weder mit dem Landeshauptmann Platter noch mit anderen Themen zu tun.

Es geht um den Rechtsstandpunkt Sicherheitsmaßnahmen Synagogen. Ich verteidige hier keine Bundesministerin bzw. keinen Bundesminister. Das ist einfach eine Tatsache. Die Frau Bürgermeisterin hat heute zu Beginn der Sitzung aus diesem Brief des Bundesministeriums zitiert. Wir müssen daher entsprechend Druck machen. Darum bitte ich Euch auch, nicht nur immer in Form von Presseaussendungen und Beschimpfungen, sondern in einer konstruktiven Art und Weise.

Die Themen liegen am Tisch und die Problemlagen sind durchaus vorhanden. Das bestreite ich nicht. Aber so zu tun, als ob wir eine unsichere Stadt wären, dazu kann ich nur sagen, dass man sich nicht immer am Schlechten messen soll. Diese Panikmache bringt uns überhaupt nicht weiter. Diese nützt weder den Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeitern in der Mobilen Überwachungsgruppe (MÜG) noch bei jenen der Polizei.

Jene Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter, die ich bei der Polizei kenne, sprechen das auch an, das ist keine Frage. Allerdings nicht in dieser Dosis und Dramatik, aber dass ein Handlungsbedarf von Seiten des Bundesministeriums gegeben ist und dass wir uns als Stadt Innsbruck darüber Gedanken machen müssen, ist unbestritten.

Rudi, Du kommst immer mit Vorschlägen, die einfach nicht stimmen. Natürlich kann das Einsatzkommando Cobra zu jedem Einsatz gesandt werden. Rede einmal mit Leuten, die sich in diesem Bereich wirklich Kompetenz angeeignet haben. Du schießt hier mit Kanonen auf Spatzen. Das Einsatzkommando Cobra ist für ganz andere Bereiche trainiert und vorbereitet. Diese könnten den von GR Federspiel angesprochenen Bereich schon mitbetreuen, nur haben sie eine entsprechende Auslastung und sitzen nicht in ihren Büros und drehen Däumchen. Diese Truppe hat Aufgaben, die sie täglich erfüllen muss.

Um mehr Sicherheit zu erreichen, muss das Personal aufgestockt werden. Ich würde mir von der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) wünschen, dass sie im Nationalrat bei diesen Budgets Druck macht und mitstimmt. Dadurch hätte die Bundesministerin bzw. der Bundesminister entsprechende Möglichkeiten.

Ich würde die Panikmache einfach unterlassen.

(GR Dr. Stemeseder: Europa ist im Ausnahmezustand! Guten Morgen!)

Das mag schon sein. Ich spreche nicht über Europa ...

Bgm.ⁱⁿ Mag.^a Oppitz-Plörer: GR Dr. Stemeseder, mäßigen Sie sich, StR Gruber ist am Wort.

StR Gruber: GR Dr. Stemeseder, ich weiß schon, was in Europa los ist. Wir sind für die Stadt Innsbruck verantwortlich und daher möchte ich nicht zu Vorkommnissen in anderen Städten sprechen. Ich möchte andere Situationen in anderen Regionen jetzt nicht kommentieren. Dafür sind wir auch nicht verantwortlich und gewählt.

Wir haben uns um die Sicherheit in der Stadt Innsbruck Sorgen zu machen. Dass es in Europa in manchen Regionen derzeit dramatisch zugeht, von Paris bis zu den Grenzen am Balkan, ist mir bekannt. Ich gehe jetzt einmal auf Deine globalisierte Sichtweise, von der Spekulation auf den konkreten Punkt in der Stadt Innsbruck, ein. Es gibt hier genug zu tun.

Ich komme jetzt zum subjektiven und objektiven Sicherheitsgefühl. Die Statistik zeigt, dass die Übergriffe, die wirklich gegen Leib und Leben gehen, in den letzten Jahren keine gravierenden Steigerungen erfahren haben. Man kann nicht immer irgendetwas in den Raum stellen, denn die Steigerungen waren wirklich nicht gravierend.

Eine Statistik kann das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen nicht herbeiführen. Diesen Zugang habe ich in den letzten Jahren in diesem Haus immer wieder gleich formuliert. Wir stehen zur Polizei, wissen, dass es Probleme gibt und wollen sachlich darüber diskutieren. Der globale Vorwurf, dass alles schlecht und dramatisch sei, den lasse ich nicht gelten.

Subjektiv haben die Menschen im Moment auf Grund dessen, was derzeit alles auf sie über die Medien "hereinprasselt" und tatsächlich in anderen Ländern passiert, eine unheimliche Sorge und ein Unsicherheitsgefühl. GR Vescoli, in diesem Punkt gebe ich Dir recht. In der Stadt Innsbruck gibt es Probleme, die ich sachlich benennen will. Das ist ein zu sensibles Thema, um etwas zu negieren - hier stimme ich GR Federspiel zu -, aber auf der anderen Seite auch nicht einen Ballon aufzublasen, der so nicht vorhanden ist. So etwas bereitet den Menschen noch mehr Unsicherheit und Sorge.

Wir haben eine aktive Polizei, die die Sicherheit in der Stadt im Großen und Ganzen sehr gut gewährleistet. Es bestehen neue Herausforderungen, das ist gar keine Frage. Den Ruf nach mehr Personal für die Polizei unterstütze ich gerne.

In einer Zivilgesellschaft gehört schon auch eine gewisse Zivilcourage dazu. Ich weiß, dass in diesem Hause alle darüber verfügen. Das Wegschauen in der Gesellschaft ist aber leider immer mehr im Wachsen. Es gibt in diesem Bereich viel zu tun, aber ich will dies sachlich und objektiv diskutieren und nicht unbedingt immer so, GR Federspiel, dass man durch die Lautstärke bzw. durch die Argumente auffällt. Vielleicht wäre das auch einmal innerhalb der Gremien der Freiheitlichen Partei Innsbrucks (FPÖ) möglich.

Ja, es gibt Herausforderungen und Probleme, aber dafür sind Lösungen notwendig. Daher bitte ich die Freiheitliche Partei Innsbruck (FPÖ) mitzumachen. Das Bundesministerium für Inneres (BMI) bekommt von uns auch nicht die Schulnote eins. Ich warte jetzt schon ewig auf eine Antwort bei der Synagoge. GR Hitzl hat sich dankenswerterweise im Bereich des Wachzimmers Hauptbahnhof engagiert. Dort besteht erheblicher Handlungsbedarf, das ist keine Frage.

Wir sind in Vorlage getreten und es ist enttäuschend, dass das Gegenüber, wie von uns bereits eingefordert, seinen Teil noch nicht geleistet hat.

GR Hitzl: Lieber Rudi, ich habe zwei Fragen an Dich. Wie oft hast Du Dich mit dem Stadtpolizeikommandanten getroffen? Wie oft hast Du mit ihm schon Gespräche geführt und Dich damit auseinander gesetzt?

Wie oft warst Du schon dort? Ich habe am Dienstag dieser Woche um 11:00 Uhr den Stadtpolizeikommandanten gefragt, wie oft GR Federspiel bei ihm vorgesprochen hat. Die Antwort lautete: Noch nie.

GR Federspiel, Du sagst immer, dass Dir die Leute E-Mails und Briefe schreiben, dass Du etwas machen solltest. In der Kronenzeitung habe ich gelesen, dass in der Südbahnstraße 1 und 1a Frauen der Bevölkerungsgruppe der Roma vor den Haustüren genächtigt haben. Dies wurde auch an GR Federspiel herangetragen.

Ich bin drei oder vier Mal abends in diese Gegend gefahren. Habe anschließend eine Sitzung mit dem Hauseigentümer bzw. mit der Hausverwaltung und der Caritas Innsbruck einberufen. Dabei wurde das Problem gelöst. Ich habe dies aber nicht in der Zeitung veröffentlicht, denn ich möchte den Leuten helfen.

GR Haager: Zum Schutze der Polizei möchte ich sagen, dass die Bediensteten eine Weisung haben, dass sie nichts sagen dürfen, um die Bevölkerung nicht zu beunruhigen.

Ich nehme auch die Presse in Schutz, weil diese auch nichts erfährt. Es steht auf den Akten der Aufdruck, dass die Schriftstücke nicht zur Weitergabe an die Presse geeignet sind. Die Leute sollen nicht wissen, was sich wirklich abspielt. Das ist ein Fakt.

Die Polizei kann nichts dafür, denn sie muss den Befehl ausführen. Ein Handyfoto während eines Einsatzes ist verboten. Alles wird vom Bundesheer überwacht, damit keine Beunruhigung des Volkes auf Grund des tatsächlichen Zustandes eintritt. Ich weiß, wovon ich spreche.

Zur Mobilen Überwachungsgruppe (MÜG) möchte ich sagen, dass wir über deren Bestand froh sein können. Die Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter sind begeistert und einsatzfähig. GR Hitzl hat erwähnt, dass die Bediensteten der Mobilen Überwachungsgruppe (MÜG) nach Traiskirchen fahren. Ich habe meine Zweifel, ob sie dies überhaupt müssen, denn das macht die zuständige Bundespolizei. Die Prostitution fällt ebenfalls nicht in unsere Kompetenz.

Durch die Fahrt nach Traiskirchen sind die Bediensteten 13 Stunden im Einsatz. Die Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter der Polizei

fahren nach Traiskirchen, liefern die Flüchtlinge ab, beziehen ein Hotel und fahren am nächsten Tag wieder zurück. Das wird alles bezahlt. Vielleicht kann man sich für die Bediensteten der Mobilen Überwachungsgruppe (MÜG) auch so etwas einfallen lassen. Ich würde es wirklich für anständig halten, dass diese Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter nicht ausgenutzt werden. Wir wissen, dass alle Gesetze, auch für die Busfahrerinnen bzw. Busfahrer, außer Kraft gesetzt sind. Die Busfahrerinnen bzw. Busfahrer des Bundesheeres fahren Tag und Nacht. Die Verordnung der Ruhezeit wurde außer Kraft gesetzt.

Wenn wir einen Bus länger als für acht Stunden mieten, müssen wir zwei Busfahrerinnen bzw. Busfahrer bezahlen. Hier gilt kein Gesetz mehr und so kann es auch nicht weiter gehen. Das muss man klipp und klar sagen. Das ist nicht die Schuld der Polizei, sondern der politischen Führung. Das trifft die Bundesregierung. Ich frage mich, wie man solche Maßnahmen überhaupt durchsetzen kann. Aus meinem Beamtenverständnis her, darf ich keinen Befehl verfolgen, der gegen das Gesetz verstößt, es sei denn, es gibt eine schriftliche Anweisung, dass man aus dem "Schneider ist".

Es gibt Erfahrungen aus über 70 Jahren, die heute noch nachwirken. Es mag auch eine Rolle spielen - hier nehme ich niemanden aus -, dass die totale "Verpolitisierung" Österreichs bis hin zur Reinigungsfrau bzw. zum Reinigungsmann im öffentlichen Dienst eine Rolle spielt. Die Polizei hat sich zur Wehr gesetzt. Sie erhält jetzt Panzerfahrzeuge und dergleichen und ich weiß nicht, wofür diese notwendig sind. Dem Bundesheer wurden diese Fahrzeuge genommen und daher ist in diesem Staat etwas faul. Es mag durchaus sein, dass alle überrollt worden sind, was ich aber auch nicht glaube. Unser Nachrichtendienst ist nicht schlecht und dieser meldet schon seit langem voraus, was passieren wird.

Die Politik könnte sich auch einmal darum bemühen, dass das Schengen-Abkommen eingehalten wird. Es funktioniert nichts. Die Gemeinde ist dann dadurch belastet, weil alles an ihr hängen bleibt. Das ist nicht in Ordnung, daher wäre einmal eine entsprechende Rückmeldung an die Bundesregierung erforderlich, die im Glauben ist, sich alles erlauben zu können.

Der Transport von Flüchtlingen ist nicht ungefährlich und daher ersuche ich, dass man sich diesbezüglich etwas einfallen lässt. Wir haben es hier mit anderen Mentalitäten zu tun, die wir nicht kennen. Das sind keine schlechten Menschen. Ich möchte nicht, dass dies jemand aus meiner Wortmeldung ableitet. Es ist eine andere Kultur mit anderen Mentalitäten, die anders reagieren. Das ist so. Es ist daher nicht ausgeschlossen, dass einmal etwas passiert. Die Bediensteten der Mobilen Überwachungsgruppe (MÜG) verfügen nur über einen Pfefferspray. Ich hoffe, sie haben diesen noch, weil es einmal eine große Debatte darüber gab, dass sie keinen Pfefferspray tragen dürfen.

Bgm.-Stellv. Kaufmann: Im Kapitel 1, öffentliche Ordnung und Sicherheit, ist auch das Feuerwehrewesen der Stadt Innsbruck untergebracht. Nachdem ich stimmlich etwas angeschlagen bin, darf ich auf den Tätigkeitsbericht verweisen, der ab morgen online gestellt wird.

Ich möchte doch kurz ausführen, dass das Jahr 2015 wieder ein besonders einsatzreiches Jahr war. Es wurden fast 5.000 Einsätze abgewickelt. Davon fanden fast 1.700 Einsätze im technischen Bereich statt. Über 1.200 Einsätze führten wir im Branddienst aus, wobei fast 1.000 Einsätze durch die automatisierten Brandmelder ausgelöst wurden. Dennoch sind über 78 Brandeinsätze in Gebäuden übrig geblieben. 66 Einsätze im Freien und über 32 Fahrzeugbrände mussten gelöscht werden.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich ganz herzlich zu bedanken, einerseits auch bei der politischen Führung im Land Tirol, insbesondere bei Landeshauptmann-Stellvertreter Geisler, mit dem wir eine ausgesprochen gute Zusammenarbeit haben. Insbesondere bedanke ich mich auch beim Landesfeuerwehrrinspektor und bei der gesamten Mannschaft der Berufsfeuerwehr, beim neuen und dem ehemaligen Branddirektor. Allen Offizierinnen bzw. Offizieren und der gesamten Mannschaft im Branddienst möchte ich meinen Dank aussprechen. Dazu kommen fast 1.000 Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter der Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Innsbruck, die ich erwähnen möchte.

Es ist schön, wenn man als Referent für die Feuerwehr weiß, dass man in schwierigen Zeiten - ob bei Großbränden oder Naturereignissen - neben einer starken Berufsfeuerwehr doch 1.000 Männer bzw. Frauen zur Verfügung hat, die längere Einsätze abarbeiten können.

Wir haben immer noch die Bilder des Hochhausbrandes vor eineinhalb Jahren im Olympischen Dorf im Kopf. Dieser Brand zog sich über mehrere Stunden. Sämtliche Feuerwehren des Umlandes waren damals auch im Einsatz. Ich darf aber auch daran erinnern, dass wir seitens der Stadt Innsbruck immer sehr bemüht sind, gemäß dem Landesfeuerwehrgesetz, Assistenzeinsätze durchzuführen.

Ich war im letzten Jahr auf Grund der schweren Unwetter im Sellraintal, wo wir sowohl mit der Berufsfeuerwehr, aber auch mit freiwilligen Einheiten und vor allem auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Mag.-Abt. III, Straßenbetrieb, versucht haben, die Not der Menschen zu lindern.

Ich möchte noch Folgendes bekannt geben: Eine Fraktion hat das Angebot schon angenommen. Ich möchte, dass wir uns nächstes Jahr als Gemeinderat den Brenner Basistunnel (BBT) ansehen. Dieser ist sicher für uns alle eine ganz große Herausforderung. Wir sind jetzt schon dabei, den Mitarbeitern in der Berufsfeuerwehr, wie auch in den Freiwilligen Einheiten, entsprechende Schulungen anzubieten. Wir stehen auch ganz eng mit der Schweiz in Verbindung.

Ich spreche den Gotthard-Tunnel an. Dort werden hervorragende Ausbildungen angeboten. Wir haben in einem Ausbildungsvertrag mit der Brenner Basistunnel BBT SE auch regeln können, dass die Kosten seitens dieser Gesellschaft übernommen werden.

Der Brenner Basistunnel (BBT) macht mir viel mehr Sorgen, wenn er in den Jahren 2025/2026 in den ordentlichen Betrieb geht. Es gibt dort auch technische Einrichtungen, wie den Rettungs- und den Hilfsstollen. Wir sind jetzt in der Situation, dass an mehreren Stellen rund um Innsbruck - ganz egal, ob Erkundungsstellen oder Haupttröhren - bereits mehrere Hundert Menschen im Berg im Einsatz sind.

Wenn etwas passiert, sind unsere Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter auch einer gewissen Gefahr ausgesetzt. Daher ist es nur gut und recht, wenn wir auch finanziell einen Schwerpunkt setzen. Daher haben wir auch im Jahresvoranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck mehrere Posten angesetzt, um unseren Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeitern diese Ausbildung zu ermöglichen. Das betrifft sowohl die technische Ausbildung wie auch die Ausrüstung. Wir wollten dabei die bestmöglichen Voraussetzungen schaffen.

In diesem Sinne ein herzliches Dankeschön an alle Einsatzkräfte in der Stadt Innsbruck. Ich kann die Wortmeldung von GR Federspiel nicht ganz teilen. Aus meinen Erfahrungen, ganz egal welche Blaulichtorganisationen - Polizei, Bundesheer oder Rotes Kreuz, aber auch die Bergrettung - betroffen sind, ist eine professionelle Zusammenarbeit auf allen Ebenen gegeben. Gerade bei Großeinsätzen ist dies der Fall. Man kann sich in dieser Stadt wirklich wohl fühlen. Ich habe ein sicheres Gefühl und teile auch nicht die Meinung, dass man am Abend Angst haben muss.

Es wird wie in jeder Stadt soziale Brennpunkte geben, aber hier den Teufel an die Wand zu malen, um Ängste zu schüren, halte ich für den falschen Weg. Vielen Dank!

GR Federspiel: StR Gruber ist jetzt leider nicht im Raum. Er hat das Landespolizeigesetz angesprochen, dass wir als Freiheitliche Partei Innsbrucks (FPÖ) zu wenig im Nationalrat oder auch im Tiroler Landtag machen. Wir schicken ihm sämtliche Anträge, die wir im Nationalrat eingebracht haben. Auch haben wir zahlreiche Anfragen im Nationalrat gestellt. Auch im Tiroler Landtag haben wir in Verbindung mit einer Verbesserung des Tiroler Landespolizeigesetzes Anträge gestellt.

Warum wird das Landespolizeigesetz nicht verbessert? Weil die Tiroler Grünen in der Regierung sitzen. Das ist das Hauptübel. Mit diesen Tiroler Grünen geht nichts weiter. Ich habe mit Landesrätin Zoller-Frischauf darüber schon länger gesprochen. Auch führe ich Gespräche mit dem Stadtpolizeikommandanten, aber ich rufe ihn nicht wegen jeder Kleinigkeit an.

Durch die Blockadepolitik der Tiroler Grünen im Land Tirol geht nichts weiter. Es wird über die Prostitution diskutiert, aber es geschieht nichts. Wir haben weiterhin am Mitterweg und bei der Firma Hausberger am Südring die jungen Mädchen aus Bulgarien und diversen anderen Oststaaten stehen. Von Seiten der Polizei finden zwar Kontrollen statt, aber nicht solche, dass man dementsprechend auch gegen die Freier vorgeht. Wir fordern ja, dass man gegen die Freier vorgeht, weil die Mädchen nichts dafür können, dass sie dort stehen. Dagegen wird nichts gemacht. Die Tiroler Grünen argumentieren, dass man dies europäisch lösen muss, wenn sie zu feige sind, etwas zu tun. Die Möglichkeit einer lokalen Lösung besteht. Man kann das Landespolizeigesetz dementsprechend verändern, wenn die Damen plus Freier aufgegriffen werden, dass eine dementsprechende Verurteilung stattfindet. Diese gehen aber am nächsten Tag wieder ihrer Tätigkeit nach. Das ist meiner Meinung nach die brutalste Ausnutzung und Versklavung, die man sich vorstellen kann.

Es gibt noch eine Fraktion im Tiroler Landtag, die das unterstützen, nämlich die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ). Von den anderen Fraktionen gibt es keine Unterstützung, obwohl wir schon Anträge eingebracht haben.

GR Dr. Stemeseder: Ich wollte zu den Äußerungen von StR Gruber, den ich sehr schätze, auch etwas sagen. Der Vorwurf grobfahrlässig ist sehr wohl reflektiert und überlegt und nicht ein weltbürgerliches philosophisches Problem. Das ist schon gar kein literarisches Problem.

Wir haben momentan europaweit eine nicht von ungefähr kommende Tendenz gegenüber den Gesetzgeberinnen bzw. Gesetzgebern. Wir sind hier eine gesetzgebende Körperschaft.

(Bgm.ⁱⁿ Mag.^a Oppitz-Plörer: Nein, sind wir nicht.)

Ich sage es noch einmal, dass wir Leute, die meinen, dass sie irgendwie belanglos "daherschwafeln" können, in die Pflicht nehmen müssen, denn wir sind in eine andere Zeit und Phase unserer Geschichte eingetreten.

Bgm.ⁱⁿ Mag.^a Oppitz-Plörer: GR Dr. Stemeseder, ich unterbreche jetzt die Sitzung und bitte die Klubobente zu mir.

Bgm.ⁱⁿ Mag.^a Oppitz-Plörer unterbricht um 20:23 Uhr die Sitzung und setzt die Beratungen nach Feststellung der Beschlussfähigkeit um 20:25 Uhr wieder fort.

Bgm.ⁱⁿ Mag.^a Oppitz-Plörer: GR Dr. Stemeseder, ich bitte Sie sich zu mäßigen, weil ich Ihnen sonst sehr kurzfristig pausenlos das Wort entziehen werde.

GR Dr. Stemeseder: GR Buchacher hat mich darauf aufmerksam gemacht, dass das als Drohung empfunden werden könnte.

Ich versuche jetzt, ganz sachlich zu bleiben. Das war ein Aufmerksammachen auf potenzielle Rechtsfolgen.

GR Kritzingner: Wir dürfen diese heutige interessante Debatte nicht auf die leichte Schulter nehmen. Das Thema sollte nicht unter den Tisch gekehrt werden. Gerade ältere Leute haben Angst und Sorgen, vor allem auch wegen der gewaltigen Zuwanderung, an der wir kaum etwas ändern können.

Bei der Sicherheit könnten wir schon eingreifen und Gespräche mit der Polizei führen. Ich werde die Gelegenheit auch nutzen und dies tun. Aus eigener Erfahrung konnte ich schon einiges feststellen und vielleicht läuten bei manchen dann auch die Alarmglocken. Unser Büro in der Adamgasse befindet sich in der Nähe des Hauptbahnhofes. Dort wurde schon fünf Mal eingebrochen. Wir haben immer Anzeige erstattet.

Beim ersten Einbruch hat ein Mädchen dort über € 2.000,-- liegen gelassen, die natürlich weg waren. Ansonsten war nie etwas in diesem Büro. Der Schaden war aber enorm, denn alle Kästen wurden aufgerissen und durchwühlt. Das war eine ekelhafte Geschichte.

Die Sicherheit ist für viele Leute schon ein ganz kapitaales Anliegen. Auf die leichte Schulter dürfen wir das nicht nehmen. Frau Bürgermeisterin und StR Gruber, wir werden wirklich die Gelegenheit benützen, dass

wir mit Leuten sprechen, die etwas zu sagen haben.

Die Sache am Hauptbahnhof ist wirklich arg. Wenn ich höre, dass von Seiten des Bundesministeriums für Finanzen (BMF) noch nichts geregelt sei, dann sollten wir uns diesbezüglich schon wehren und auf den Tisch klopfen, denn Polizistinnen bzw. Polizisten sieht man am Bahnhof wirklich nicht viele. Ich möchte nicht sagen, dass diese Wunder wirken können, aber für manche sind Polizeikräfte dort schon ein gewisses Abschreckungsmittel. Das ist auch notwendig, weil nicht nur brave Menschen auf der Welt sind.

GR Buchacher: Die Diskussion ist sehr interessant, teilweise sehr polemisch, aber auch sachlich geführt. Nur Emotionen zu schüren, was derzeit in der Bevölkerung gemacht wird, ist überhaupt nicht gut und bringt nichts.

Ich habe mir heute den Imagefilm der Stadt Innsbruck und dem Tourismusverbandes Innsbruck und seine Feriendörfer (TVB) angesehen. Dieser gefällt mir wahnsinnig gut. Darin wird alles ausgedrückt, was ich an dieser Stadt liebe und für sie empfinde.

Das ist aber keine Stadt ohne Probleme, darauf muss ich hinweisen. Das ist aber bei jeder anderen Stadt auch der Fall. Wenn ich mir andere Städte auf dieser Welt ansehe, leben wir trotz allem noch immer auf der Insel der Seligen. Es gibt anderswo Verbrechen wie Mord und Totschlag, daher sollten wir die Kirche im Dorf lassen.

Trotz aller Missstände, die wir haben, können wir nicht abstreiten, dass es am Hauptbahnhof massive Probleme gibt. Ich habe selber einschreiten müssen, denn es kann nicht sein, dass unsere Fahrgäste und Fahrerinnen bzw. Fahrer mit allen möglichen Gegenständen bedroht werden, wo Leib und Leben in Gefahr ist. Hier muss ein kritisches Wort fallen.

Es ist dies eine Minderheit im Promillebereich, die nicht aufgewertet werden muss. Wir haben in dieser Stadt keinen Kriegszustand. Die Hotspots Hauptbahnhof und der Stadtpark Rapoldi sind anzugehen. Am Vormittag ist noch nichts los, aber ab Nachmittag geht es wirklich zur Sache, obwohl dort Familien unterwegs sind.

Zur Mobilen Überwachungsgruppe (MÜG) habe ich viele kritische Dinge erwähnt. Diese Mobile Überwachungsgruppe (MÜG) wird mit Aufgaben bedacht, die sie teilweise vom Personal her nicht mehr erfüllen kann. Darüber wird man sich Gedanken machen müssen. Welches Aufgabengebiet hat die Mobile Überwachungsgruppe (MÜG) zu erledigen? Was können die Bediensteten alles tun?

Ich bleibe bei meiner Forderung, dass für diese Stadt 50 zusätzliche Polizistinnen bzw. Polizisten eingestellt werden, die nicht mit dem Auto, sondern mittels Fußstreifen das ganze Jahr, jeden Tag, in den Stadtteilen unterwegs sind. Das ist keine rechte Forderung, sondern eine aus dem Hausverstand heraus. Das stärkt das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen. Ich nehme die Ängste und Sorgen dieser sehr ernst.

Wenn diese Menschen jenen ausgeliefert werden, die das in Hass verwandeln, dann habe ich schwere Bedenken. Wenn man in den sozialen Medien die Kommentare mitverfolgt, ist das nur noch erschreckend.

Beim Polizeiwachzimmer Hauptbahnhof wurde in der heutigen Debatte der Nationalratsabgeordnete Wurm angesprochen. Es mag schon sein, dass er sich darum gekümmert hat. Fakt ist, dass vor vielen Jahren Mag.^a Gisela Wurm im Nationalrat den Antrag dazu gestellt hat, dass das Polizeiwachzimmer realisiert wird. Ich finde die Show, die hier abgezogen wird, einfach traurig, wer auch immer dafür verantwortlich ist. Das ist gegenüber den Menschen, die sich am Hauptbahnhof sicher fühlen wollen, einfach nicht in Ordnung, dass so taktiert wird.

Die Stadt Innsbruck ist sogar bereit, ihren Beitrag zu leisten. Daher muss man auch verlangen können, dass die anderen Beteiligten endlich Schritte setzen.

Ich bedanke mich ausdrücklich bei der Polizei und bei der Mobilen Überwachungsgruppe (MÜG). Ich wünsche den Bediensteten der Mobilen Überwachungsgruppe (MÜG), dass ihr Aufgabengebiet so erstellt wird, dass die Pflichten erfüllt werden können. Zudem danke ich allen Exekutivorganen recht herzlich.

Bgm.-Stellv. Kaufmann hat bereits erwähnt, dass alle Blaulichtorganisationen wichtig

sind. Ganz besonders auch die Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter bei den Feuerwehren, denn diese gewährleisten Sicherheit für unsere Stadt.

GR Vescoli: Ich möchte die Emotionen aus der Debatte bringen. GR Onay und ich sind beide Versicherungsmakler. Er wird mir genauso bestätigen, dass wir in den letzten zwei, drei Jahren verstärkte Schadensmeldungen von Einbrüchen in der Stadt Innsbruck sowie der Umgebung haben. Das betrifft sowohl die Personenhaushalte wie auch die Firmen.

In den Tageszeitungen wird öfters von den Firmeneinbrüchen berichtet. Daher ist es schon spürbar, dass hier eine Zunahme von potentieller Gefahr besteht. Ich spreche jetzt nur von Einbrüchen und Sachschäden, gar nicht von Personenschäden wie bei Überfällen.

Ich lade alle ein, dass wir heute gemeinsam nach der Sitzung des Gemeinderates vom Rathaus, über den Bozner Platz zum Hauptbahnhof, zu mir ins Büro in der Museumstraße und anschließend ins Europahaus gehen. Es kann passieren, dass in der Tiefgarage, wo mein Auto steht, gerade die Marokkaner, aber auch Einheimische dealen. Da das Bezirksgericht nicht mehr besiedelt ist, kommt es öfters vor, dass in jedem Stock Leute schlafen.

Das heißt, dass man das subjektive Sicherheitsgefühl ernst nehmen soll. Danke.

GR Onay: Ich kann die Anzahl der Schadensfälle bestätigen. Mir ist einiges aus den heute schon getätigten Wortmeldungen wichtig. Dass ein Wachzimmer am Hauptbahnhof notwendig ist, dieser Meinung schließe ich mich an. Wir haben dieses bereits beschlossen und daher wäre die Umsetzung von anderer Stelle super. Wir haben unseren Teil dazu beigetragen, jetzt sind die anderen an der Reihe.

Ich halte mich auch abends am Hauptbahnhof auf und habe mir die Szene angesehen. Die Polizei allein - das hat mit Parteipolitik und Weltanschauung gar nichts zu tun - wird das Problem nicht in den Griff bekommen. Es sind Leute notwendig, die sich wirklich mit den Menschen befassen und diese nicht nur vertreiben.

Wenn heute schon die Marokkaner erwähnt wurden, dann sind auch noch andere Leute

dort, die ab einer gewissen Zeit nicht mehr ansprechbar sind, da sie unter Drogen stehen. Um diese Menschen muss man sich kümmern. Wenn sie durch die Polizei vertrieben werden, halten sie sich woanders auf.

Das Sicherheitsgefühl wird auch durch Sozialarbeiterinnen bzw. Sozialarbeiter gestärkt. Wir haben heute schon einen entsprechenden Beschluss gefasst, allerdings hat sich die Freiheitliche Partei Innsbrucks (FPÖ) dagegen ausgesprochen. Vielleicht könntet Ihr Euch auch für Sozialarbeiterinnen bzw. Sozialarbeiter in diesem Bereich stark machen.

Ein Streetwork ist wichtig, damit Leute von der Straße weggeholt werden. Bei mir hat auch drei Tage ein Marokkaner in der Garage übernachtet. Ich wollte ihn nicht "hinausschmeißen" und habe ihm etwas zum Essen gebracht. Was will man als Mensch und nicht als Politiker in so einer Situation machen? Es ist kalt, die Notschlafstelle ist voll und irgendwo müssen die Leute schlafen.

Im Bereich der Sicherheit bin ich auch in der Friedensbewegung aktiv. Wenn man sich die Terroranschläge auf der ganzen Welt ansieht, muss man an der gesellschaftlichen Solidarität festhalten und daran arbeiten, dass die Leute zusammenhalten. Wir müssen auch am Frieden festhalten. Es gibt nichts Schlimmeres als eine aufgeschreckte ängstliche Gesellschaft. Das ist die eigentliche Bedrohung für die Gesellschaft. Daher ist es wichtig, dass wir als Multiplikatoren bzw. Multiplikatorinnen unserer Verantwortung getreu handeln und an der Solidarität aktiv mitarbeiten.

Wenn man nicht aktiv ist werden sich die Hetzerinnen bzw. Hetzer und die Brandstifterinnen bzw. Brandstifter durchsetzen. In so einer Gesellschaft, egal ob in der Stadt Innsbruck oder woanders, will ich nicht leben.

Bgm.ⁱⁿ Mag.^a Oppitz-Plörer: Ich bringe die Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, zur Abstimmung:

Mehrheitsbeschluss (gegen RUDI, FPÖ und PIRAT, 7 Stimmen):

Die Gruppe 1, ordentlicher Haushalt, für das Rechnungsjahr, wird angenommen.

Mehrheitsbeschluss (gegen RUDI, FPÖ und PIRAT, 7 Stimmen):

Die Gruppe 1, außerordentlicher Haushalt, für das Rechnungsjahr 2016, wird angenommen.

Gruppe 2 Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft

GR Carli: Die Gruppe 2 weist im ordentlichen Haushalt 2016 Einnahmen in der Höhe von € 6.413.500,-- und Ausgaben in der Höhe von € 41.804.400,-- aus.

Die Gruppe 2 weist im außerordentlichen Haushalt 2016 Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von € 24.717.00,-- aus.

GR Grünbacher: Ich werde nicht lange aufhalten, aber es ist natürlich klar, dass ich zum Thema Sport einiges sagen möchte.

Ich möchte mich nicht auf die sportlichen Leistungen beziehen, sondern mich zuerst bedanken. Es gibt eine tolle Zusammenarbeit im Sportausschuss. Ich danke dem Amtsführenden und der Mag.-Abt. V, Sport, für ein tolles Jahr mit super Events und auch solchen Vorbereitungen. Es ist toll mit so einem Team zu arbeiten, daher möchte ich mich gleich eingangs bedanken.

Wenn man so viel über gesellschaftliche Solidarität spricht, ist der Sport doch jenes Instrument, bei dem das am besten funktioniert. Das betrifft sowohl die Mannschafts- wie auch die Einzelsportarten. Sport ist Gesundheits- und Integrationspolitik und macht auch einfach Spaß.

Ich habe mit Bgm.-Stellv. Kaufmann doch einige Veranstaltungen besucht. Wenn man sieht, wie sich Mannschaften aus unterschiedlichsten Nationalitäten, die sich nicht kennen, und von Kindheit an in einem Team

bewegen, finden, habe ich um diese Gesellschaft keine Angst. Diese Befürchtung hat GR Onay beim vorherigen Kapitel angesprochen.

Wenn ich sehe, wie die Kinder in den Vereinen miteinander umgehen, dann habe ich um diese Gesellschaft überhaupt keine Angst. Das möchte ich unterstützen und diesen auch die entsprechenden Möglichkeiten geben, gemeinsam an einem sportlichen Vereinsziel festzuhalten und sich darauf zu konzentrieren.

Der Breitensport ist für mich sehr wichtig. Ich bin sehr froh, dass wir sehr viel anbieten können. Allerdings gibt es keine Breite ohne Spitze. Wir sind eine tolle Sportstadt. Bgm.-Stellv. Kaufmann und ich hätten uns heute das UEFA Champions League-Spiel ansehen sollen. Wir haben am Fußball wieder viel mehr Freude als letztes Jahr.

Ich glaube, dass wir eine ganz tolle Entwicklung nehmen. In meiner Wortmeldung möchte ich aber noch die Infrastruktur ansprechen. Wir müssen dem Sport auch die notwendigen Möglichkeiten geben, die Infrastruktur dauerhaft zu sichern. Alle wissen, wovon ich spreche. Wir werden unsere Plätze nicht vervielfachen können. Wir werden die Verfügbarkeit der Plätze, sprich die Bespielbarkeit, ganzjährig zur Verfügung stellen müssen.

Ich bekenne mich dazu, Flutlichtanlagen zu errichten, wo immer wir neue Sportplätze bauen, da dies notwendig ist. Das Florianiprinzip aller Couleurs immer wieder zu hören, dass Flutlichtanlagen gutgeheißen werden, aber nicht, wo die einzelnen wohnen. Das ist eine Sache, die ich immer wieder höre. Leider Gottes wird dies immer kundgetan und kaum gibt es einen Einzelfall, kommen sofort die Interventionen: Aber dort nicht. Wer A sagt, muss auch B sagen. Wenn wir diese Sportanlagen errichten, müssen sie ganzjährig nutz- und bespielbar sein. Diese müssen nutzerinnen- und nutzer bzw. userinnen und user-tauglich sein. Das bedeutet allerdings nicht bis 24:00 Uhr.

Ich freue mich, dass wir bei der Sitzung des Sonder-Gemeinderates im Jänner 2016 das Areal der Campagnereiter Gesellschaft Tirol und damit auch die Sportanlagen zu einem Abschluss bringen werden. Ich bedanke mich hier ausdrücklich bei allen, die daran beteiligt waren, ohne dass wir noch das

konkrete Ergebnis wissen. Da schon ein Termin für die Sitzung des Sonder-Gemeinderates fixiert ist, werden wir auch dementsprechend Lösungen haben. Es sei allen gedankt, auch der Finanzreferentin, da sie die notwendigen Mittel zur Verfügung stellt. Die Verlegung der Tennisplätze kostet ziemlich viel.

Wenn man die Sportinfrastruktur verlegt, kann man dort Wohnraum zu günstigen Konditionen errichten und daher die Synergien nutzen.

GRⁱⁿ Springer: Ich habe mir wieder ein paar Zahlen herausgesucht. Die Stadt Innsbruck hat laut Statistik von November 2015 130.956 Bewohnerinnen bzw. Bewohner mit Hauptwohnsitz. Die Seniorinnen und Senioren im Alter von 60 plus sind mit 30.091 Personen. Das sind zirka 23 %.

Der Tiroler Vorsorgeplan aus dem Jahren 2012 bis 2022 hat errechnet, dass bis zum Jahr 2022 der Anteil der 75-Jährigen um 33 % steigen wird. Es kommen große Herausforderungen auf die Stadt zu. Der Bedarf der mobilen Pflegedienste wird in dieser Zeit um 33 % steigen und die Anzahl der Heimplätze um 19 %. Das derzeitige Durchschnittsalter bei Heimeintritten liegt bei 84,1 Jahren.

Der höchste Prozentsatz der Seniorinnen bzw. Senioren liegt im Olympischen Dorf mit 35,8 %. Das ergibt sich daraus, dass das Olympische Dorf im Jahre 1964 nach den ersten Olympischen Winterspielen (OWS) mit jungen Leuten besiedelt wurde. Das war vor 51 Jahren und diese Leute sind jetzt inzwischen über 70 Jahre alt. Daher wohnen im Olympischen Dorf relativ viele alte Leute.

Es war deshalb auch ein ganz wichtiges Anliegen, dass dort das neue Seniorinnen- bzw. Seniorenwohn- und -pflegeheim eingeweiht und besiedelt wurde. Dort kamen 118 neue Pflegeplätze hinzu. Dieses Heim ist eines der schönsten, die wir haben. Es liegt wunderbar direkt am Inn und erfährt auch von Seiten der Bevölkerung einen großen Zuspruch. Dieses Heim hat von der Zentralvereinigung der Österreichischen Architektinnen und Architekten den Bauherrenpreis 2015 verliehen bekommen. Dies war sowohl für das Heim, die Stadt Innsbruck und auch die bauausführende Gesellschaft eine tolle Auszeichnung.

Die Stadt Innsbruck ist bemüht, weitere Pflegeplätze zu schaffen. Es erfolgte bereits der Spatenstich für das Haus A des Wohn- und Pflegeheimes Pradl. Wir werden dort noch zusätzlich 120 Pflegeplätze erhalten. Das wird so viel ich im Kopf habe im Jahr 2017 vollendet sein.

Wenn wir diese Heimplätze dazuzählen, haben wir 1.160 städtische Pflegeplätze. Dazu kommen noch 341 Pflegeplätze in den Heimen der Stiftung Nothburga, Pflegeheim St. Raphael sowie St. Josef am Inn. Insgesamt verfügen wir über 1.500 Plätze. Innsbruck ist somit praktisch im Soll des Tiroler Vorsorgeplanes.

Die städtischen Wohn- und Pflegeheime werden von der Innsbrucker Soziale Dienste GesmbH (ISD) betrieben. Dies ist ein Betrieb mit zirka 1.100 Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeitern. Es ist erfreulich, dass die Innsbrucker Soziale Dienste gemeinnützige GesmbH (ISD) über 480 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter verfügt. Das ist eine tolle Anzahl. Diese leisten eine Arbeit, die heutzutage gar nicht mehr wegzudenken wäre.

Die Innsbrucker Soziale Dienste GesmbH (ISD) verfügt nicht nur über Seniorinnen- bzw. Senioreneinrichtungen, sondern es gehören auch zwei Kinder- und sechs Jugendzentren, elf Sozialzentren, das Innsbrucker Menüservice, die Hauskrankenpflege und die Herberge für die Obdachlosen dazu. Dort sind auch erst kürzlich 20 Betten für eine Pflegestation errichtet worden. Das ist sehr erfreulich, weil man bei der dortigen Klientel nie wusste, wo man diese unterbringen kann. Diese konnten nicht in den Seniorinnen- bzw. Seniorenheimen untergebracht werden. Im Obdachlosenheim war auch nicht die entsprechende Struktur vorhanden.

Zudem gibt es die Wohnungslosenhilfe mit dem "Alexihaus", wie auch 206 Senioreninnen- bzw. Seniorenwohnungen. Es kommen noch weitere 17 am Wiltener Platzl hinzu, da der Spatenstich bereits erfolgt ist. Weiters ist die ambulante Suchtprävention und der städtische Schuldienst zu erwähnen. Diese ganzen Bereiche werden von der Innsbrucker Soziale Dienste GesmbH (ISD) betreut.

Bei der Innsbrucker Soziale Dienste GesmbH (ISD) entstehen natürlich für diese

sozialen Einrichtungen jährlich Fehlbeträge. Dieses jährliche große Minus ist, wenn man sich die Bilanz ansieht, schon alleine auf die Personalkosten zurückzuführen, die 71 % ausmachen. Die Personalkosten ergeben sich hauptsächlich auf Grund der Pflegeheime. Durch den hohen Pflegeaufwand ist sehr viel Personal notwendig.

Die Personalkosten von 71 % sind im Vergleich zum letzten Jahr gleich geblieben. Der Warenverbrauch schlägt sich mit 11 %, die sonstigen betrieblichen Aufwendungen mit 14 % und die Abschreibung für Anlagen (AfA) mit 4 % zu Buche. Es ist ganz interessant, dass man diese Zahlen auch einmal hört.

Laut Jahresvoranschlag ist ein Minus aus dem laufenden Geschäftsbetrieb von € 867.000,-- zu erwarten. Das Sonder-Budget schlägt sich mit einem Minus von € 1.260.000,-- zu Buche. Das ergibt insgesamt einen Abgang von € 2.131.000,--. Diese Summe ist sehr hoch, aber natürlich notwendig und man muss diese einfach zuschießen.

Die Stadt kommt ihrer sozialen Verantwortung jedes Jahr nach. Es ist auch vertraglich mit der Innsbrucker Soziale Dienste GesmbH (ISD) geregelt, dass die Abgänge von der Stadt Innsbruck getragen werden. Ich möchte mich dafür auch bei der Frau Bürgermeisterin und beim Gemeinderat bedanken, dass dafür gesorgt wird, dass die Innsbrucker Soziale Dienste GesmbH (ISD) diesen Ausgleich erhält.

Weiters möchte ich noch ein paar Worte zum Bereich Sport verlieren. Das Sport- und Freizeitangebot in der Stadt Innsbruck ist einzigartig. Wir haben sowohl Winter- wie auch Sommersport. Der Seniorinnen- bzw. Seniorensport wird von der Stadt Innsbruck gefördert.

Seit dem Jahr 2004 organisiert die Mag.-Abt. V, Sport, jährlich einen Winter- sowie einen Sommersporttag. Diese Veranstaltungen dienen eigentlich hauptsächlich dazu, dass man verschiedene Sportarten kennenlernen kann. Die Seniorinnen bzw. Senioren sind auch immer ganz herzlich dazu eingeladen.

Der Sommersporttag 2015 fand am 06.06.2015 am Baggersee im Zeichen des Seniorinnen- bzw. Seniorensports statt. Ei-

nige Stationen widmeten sich speziell dieser Gruppe. Hauptsächlich war dies der Bereich ab 50 plus. Vom Kleinkind bis zu den Seniorinnen bzw. Senioren waren zirka 5.000 Personen, die sich an diesem Angebot beteiligt haben.

Zudem gibt es auch schon einige Jahre die Veranstaltung "Unsere Berge für Innsbruck's Seniorinnen bzw. Senioren". Zwei Tage lang können diese gratis fahren. Dies betrifft den öffentlichen Verkehr auf allen Linien in der Kernzone Innsbruck sowie die Stubaital- und die Nordkettenbahn von Innsbruck bis zum Hafelekar. Der Patscherkofel, die Schlick und die Gratisbusse nach Wildmoos sind davon umfasst.

Auch am Innsbrucker Stadtlauf können die Seniorinnen- bzw. Senioren immer teilnehmen. Innsbruck verfügt über eine ganz große Nordic-Walking- sowie Laufstrecke. Zirka 158 km kann man laufen und walken. Es gibt von der Stadt Innsbruck den Seniorinnen- bzw. Seniorenausweis, der ab dem 60. Lebensjahr ausgestellt wird. Dies wurde jetzt für Männer und Frauen vereinheitlicht. Mit diesem können Seniorinnen und Senioren sämtliche Sporteinrichtungen zu ermäßigten Preisen benützen. Auch die Bergbahnen sowie die städtischen Schwimmbäder sind davon umfasst.

Das erleichtert natürlich den Seniorinnen bzw. Senioren auch, dass sie Sport betreiben können. Es gibt viele, die nur eine geringe Pension bzw. Rente haben.

28 Turnhallen in diversen Schulen für Seniorinnen bzw. Senioren stehen zur Verfügung. Dort trifft man überall Gruppen an, die ihre Gymnastik- oder Turnstunden abhalten.

Ich möchte mich auch noch bei der Mag.-Abt. V, Sport, für die stets gute Organisation der Veranstaltungen bedanken. Die Seniorinnen bzw. Senioren haben dadurch die Möglichkeit, an diesen Veranstaltungen teilzunehmen. Danke!

StR Pechlaner: Das Bildungsbudget bietet die finanzielle Kulisse, die hohe Qualität an bildungspolitischen Standards, Projekten und Maßnahmen nicht nur zu sichern und zu festigen, sondern sie auch in den nächsten Jahren weiterzuentwickeln.

Ich hoffe, ich spreche Ihnen aus dem Herzen, wenn ich auf die bildungspolitischen Grundsatzserklärungen verzichte. Wir haben

heute bereits unter dem Tagesordnungspunkt "Aktuelle Stunde" und beim Bericht der Kontrollabteilung Grundsätze der Bildungspolitik diskutiert.

Einige wichtige Bereiche möchte ich kurz streifen. Die Kinderbildung und die Kinderbetreuung sind zu erwähnen. Wovon andere nur sprechen, das haben wir in der Stadt Innsbruck umgesetzt. Das betrifft den Gratis-Kindergarten für Kinder ab dem 30 Lebensmonat bis 14:00 Uhr. Das erspart doch € 34,-- Monat für Monat für jene Eltern, die die Kinder dort in die Betreuung geben.

Ich würde eigentlich gerne die Forderung an das Land Tirol richten, weil so wie in Ober-, in Niederösterreich und auch Wien, könnte dieses daran denken, die Kinderbetreuungseinrichtungen gratis anzubieten. Nachdem landauf und landab immer plakatiert wird, dass wir das familien- und kinderfreundlichste Bundesland Österreichs sind, wäre dies schon eine Möglichkeit.

Wir haben im Stadtsenat, aber auch hier im Gemeinderat darüber diskutiert, dass wir städtische Kinderkrippen anbieten wollen. Dabei sind wir auf einem guten Weg. Allerdings gestalten sich die Verhandlungen nicht ganz so einfach, wie ursprünglich gedacht. Ich glaube, dass wir diese zu einem guten Ende bringen werden.

Wir haben vor wenigen Wochen einen neuen Kindergarten in Kranebitten eröffnet. Das ist sowohl architektonisch wie auch von der Lage ein Vorzeigeprojekt. Es sind zwei Gruppen in dieser herrlichen Anlage untergebracht. Wir haben die Eröffnung gefeiert. Für dieses Projekt, das ungefähr € 2,5 Mio. gekostet hat, wurde ein Architekt aus der Stadt Innsbruck ausgewählt. Es waren bei der Errichtung fast nur heimische Firmen beschäftigt. Das ist ein gutes Beispiel, dass wir mit diesen Investitionen die Wirtschaft ankurbeln.

In keiner einzigen Zeitung bzw. Medium wurde auch nur eine Zeile über den neuen Kindergarten in Kranebitten berichtet, was mich doch sehr verwundert hat. Das ist doch bemerkenswert, weil das doch ein guter Beitrag für die Bildungspolitik in dieser Stadt wäre.

Es gab laufende Sanierungen und Verbesserungen bei den Kindergärten. Ich darf wie

Bgm.-Stellv. Kaufmann auf den Bericht der Mag.-Abt. V, Kinder- und Jugendbetreuung, verweisen. Dort ist genau ausgeführt, wo und wie viel Geld wir in die Verbesserung unserer Betreuungseinrichtungen investiert haben.

Die Ferienbetreuung wurde weiter ausgebaut. Dies betrifft nicht nur den Sommer, sondern auch die anderen Ferienzeiten. Wir dürfen mit Fug und Recht von einer Vollversorgung in unserer Stadt sprechen.

Für die privaten Anbieterinnen bzw. Anbieter der Kinderbetreuungseinrichtungen haben wir schon vor zwei Jahren ein völlig neues Fördersystem, das sich an den Öffnungszeiten orientiert, eingeführt. Wir haben die Förderung für die Kinderkrippen in den letzten drei Jahren vervierfacht, nämlich von € 395,-- auf € 1.750,--. Das ist schon eine finanzielle Kraftanstrengung seitens der Stadt Innsbruck. Es gibt die Implementierung der Qualitätsstandards ab heuer nicht nur in den Kindergärten, sondern auch in den Schülerhorten. Wir haben gemeinsam mit den Pädagoginnen bzw. Pädagogen dieses Qualitätshandbuch erarbeitet.

Die Plätze für Kinder unter drei Jahren im Bereich der Alterserweiterung wurden ebenfalls deutlich ausgebaut. Wir bieten gegenwärtig die alterserweiterten Kindergruppen in 14 Kindergärten an. Leider läuft das immer noch unter einem Versuch, da wir immer noch, bereits seit drei Jahren, auf die Novelle des Kinderbetreuungsgesetzes warten.

Die sprachliche Frühförderung möchte ich noch erwähnen, da dies ein ganz wesentliches Projekt für uns ist. Wir haben 514 Kinder in 119 Gruppen und wenden dafür € 179.000,-- auf. Das sind Kleingruppen mit maximal 5 Kindern, die in der sprachlichen Frühförderung unterrichtet und begleitet werden. Insgesamt wenden wir für die Kinderbetreuung über € 11 Mio. als Stadt Innsbruck auf.

Ich komme zu einem weiteren Punkt, nämlich Schule und Bildung: Auf den Ausbau der Schulsozialarbeit dürfen wir stolz sein. Wir haben mittlerweile bereits an sieben Schulen die Schulsozialarbeit verankert. Sie hat deutlich zur Verbesserung des Schulklimas, auch in den einzelnen Schulklassen, beigetragen. Es ist ein Ziel von uns, dass

dies flächendeckend in allen Neuen Mittelschulen (NMS) eingeführt wird.

Der Ausbau der Nachmittagsbetreuung, die Tagesheime, ist von einer ständigen Weiterentwicklung geprägt. Ich habe heute schon darauf hingewiesen, dass in 20 von 21 Volksschulen schon eine Tagesbetreuung angeboten wird. In 8 von 10 Neuen Mittelschulen (NMS) ist das ebenfalls der Fall. Wenn ich die privaten Schulen mitrechne, wird in 10 Schulen die Ganztagesbetreuung angeboten.

Ein Bereich, der mir wichtig erscheint, ist der Breakfast-Club. Wir bieten jetzt an neun Schulen das Frühstück für Kinder ab sieben Uhr um € 0,50 an. Es gibt ganz viele Eltern, deren Arbeitsbeginn vor dem Schulbeginn liegt. Das ist in den Gesundheits- oder Sozialberufen, in Verkehrsberufen oder im Sicherheitsdienst der Fall. Daher ist das ein gutes Angebot an unseren Schulen.

Die Sonderbetreuung in den Tagesheimschulen Reichenau und Innere Stadt ist nach anfänglichen Vorlaufschwierigkeiten voll ausgelastet. Das ist ein gutes Modell, sodass wir sagen können, in den Sommer- und Ferienmonaten werden alle Kinder betreut, die einen Platz benötigen.

Die Schule am Inn wurde heuer bezogen. Wir werden das nächste Jahr den Weg in die Inklusion gehen. Mit einem neuen Schulsprengel wird gestartet, um diese Schule entsprechend aufzuwerten.

Die Sanierung der Schulstandorte ist ein wichtiger Punkt. Die Siegmairschule - Pradl-Ost wurde zur Gänze saniert. Die Innsbrucker Immobilien GesmbH & Co KG (IIG) hat eine Investition in der Höhe von € 8,5 Mio. zur Sanierung und Verbesserung unserer Bildungseinrichtungen in der Stadt getätigt. Die Übersiedlung der Polytechnischen Schule habe ich bereits erwähnt, wie auch die Erstellung des Masterplanes der Innsbrucker Immobilien GesmbH & Co KG (IIG) für all unsere Bildungseinrichtungen.

Abschließend möchte ich noch einen Punkt erwähnen. Letztes Jahr hat das Land Tirol, wie auch andere Bundesländer, das Schulorganisationsgesetz geändert. Das heißt, den Gemeinden und Kommunen wurde das Engagement in pädagogischen Belangen entzogen und auch dahingehend Projekte zu finanzieren. Wir haben uns in der Stadt

Innsbruck trotzdem dazu entschieden. Die Frau Bürgermeisterin hat es bereits in ihrem Beitrag zum Tagesordnungspunkt "Aktuelle Stunde" sehr schön formuliert, dass wir einen Schritt vorangehen wollen.

Wir wollen eine beispielgebende Gemeinde sein, um weiterhin in pädagogische Projekte zu investieren.

Abschließend ein recht herzliches Dankeschön an unsere Kindergartenpädagoginnen bzw. -pädagogen sowie Assistentinnen und Assistenten. Wir haben 300 an der Zahl. Zudem haben wir 800 Lehrer-innen bzw. Lehrer an unseren Grundschulen. Auch diesen gebührt ein herzliches Dankeschön.

Es gab und gibt in unseren Bildungseinrichtungen eine wirklich beispielgebende Willkommenskultur für unsere Flüchtlingskinder. Das ist eine ganz wichtige Erfahrung, die auch unsere Kinder machen. Hier gibt es einen wunderbaren Dialog, der allen Seiten sehr viel bringt. Ein herzliches Dankeschön an die Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter in unseren Abteilungen, der Mag.-Abt. V, Kinder- und Jugendbetreuung sowie Familie, Bildung und Gesellschaft.

Ich darf Sie einladen dem Jahresvorschlag der Landeshauptstadt Innsbruck die Zustimmung zu geben.

StR Wanker: Ich möchte wieder auf den Sport zu sprechen kommen. Zuerst einmal möchte ich mich für die hervorragende Zusammenarbeit im Ausschuss für Sport und Gesundheit bedanken. Zudem ist die Zusammenarbeit mit dem Sportreferenten außerordentlich gut. Soweit ich mich erinnern kann, hat es im Jahr 2015 keine einzige Ausschusssitzung gegeben, in der nicht jeder Tagesordnungspunkt einstimmig beschlossen worden ist. Das zeugt davon, dass es immer eine hervorragende Vorbereitung gegeben hat.

Ich möchte mich auch bei der Mag.-Abt. V, Sport, und den dort Verantwortlichen bedanken. Eigentlich ist der Wortmeldung von GR Grünbacher nicht mehr viel hinzuzufügen.

Wir haben ganz tolle Sportveranstaltungen vor uns. Die International Children's Games (ICG) 2016 wurden uns heute bereits am Vormittag präsentiert. Die letzte und die kleinste Einheit der Olympischen Familie im

Bereich der Olympischen Winterspiele (OWS) ist hier bei uns angesiedelt. Wir könnten dies noch toppen, in dem wir die Olympischen Sommerspiele bei uns abhalten.

Nicht nur, dass unser Wille diesbezüglich nicht sehr groß ist, sondern wir hätten auch bei der Bewerbung keine Chance. Interessant wird der Air & Style Contest sein, der in der Olympia World Innsbruck Station macht. Es ist eine interessante Sache, wenn man sieht wie diese Veranstaltung dort abgewickelt wird.

Wir haben weiters die Bob- und Skeleton-Weltmeisterschaft vor uns. Der Bolder-Weltcup ist auch nicht zu vergessen. Ich kann nur jeden sagen, wer noch nie dort war, soll sich das am Marktplatz ansehen.

GR Grünbacher hat schon angesprochen, dass kein neuer Sportplatz ohne Flutlicht auskommen kann. Dieser Meinung können wir uns anschließen. Zudem möchte ich sagen, dass wir die Regelung der Beleuchtung von der Zeit her hier im Gemeinderat beschlossen haben. Diese ist sehr gut und damit sind auch die Anwohnerinnen bzw. Anwohner mehr als geschützt.

Zur Infrastruktur am Areal der Campagnereiter Gesellschaft Tirol darf ich sagen, dass es wichtig war, so eine Lösung zu finden. Ende Jänner findet die Sitzung des Sonder-Gemeinderates statt, um darüber zu befinden. Es werden damit endlich die Flächen für die Wohnbebauung frei. Das ist eine ganz wichtige Sache.

In Zukunft müssen wir uns immer wieder Gedanken zwischen organisiertem und nicht organisiertem Sport machen. Es gibt immer mehr Menschen, die sich nicht mehr in Sportvereinen organisieren, sondern im nicht organisierten ...

(GRⁱⁿ Mag.^a Schwarzl: Frauen!)

... Sport unterwegs sind. Ich spreche gleich weiter liebe Uschi, dass dies insbesondere Frauen trifft. Darüber müssen wir uns in Zukunft wirklich Gedanken machen.

GRⁱⁿ Springer hat die Seniorinnen bzw. Senioren angesprochen, die Sport betreiben. Ab 50 Jahren gehört man im Bereich Sport schon zu dieser Gruppe. Es wäre für die Stadt Innsbruck eine tolle Sache, wenn wir irgendeine Master-Großveranstaltung hier-

her bekommen würden. Wir würden damit eine Alterskategorie treffen, die kapitalkräftig ist und daher wiederum einen Wirtschaftsfaktor für die Stadt Innsbruck darstellen könnte.

Bgm.-Stellv. Kaufmann: Ich darf nahtlos an die Wortmeldung von StR Wanker anschließen. Lieber Andreas, wir sind bereits in Verhandlungen, um einen weiteren Mosaikstein der Olympischen Idee zu bekommen. Das sind die World Masters Games, die wir in die Stadt Innsbruck holen wollen. Diesbezüglich sollte bis Jänner 2016 eine Entscheidung getroffen werden und Du kannst auf meine volle Unterstützung bauen.

Ich habe mir ein paar Punkte aufgeschrieben, die mir noch wichtig zu erwähnen sind. Ich darf wiederum auf den Amtsbericht der Mag.-Abt. V, Sport verweisen, der wirklich sehr umfassend ausgeführt ist.

Im Regierungsübereinkommen 2012 bis 2018 haben wir nahezu alle Sportinfrastrukturprojekte abgearbeitet. Ich darf in Erinnerung rufen, dass das Turnleistungszentrum bereits fertig gebaut und übergeben wurde. Bei der Kletterhalle hatten wir gerade erst den Spatenstich. Im Frühjahr wird er für das Wintertrainingszentrum am Areal der ehemaligen Wagner'schen Universitätsdruckerei Buchroithner & Co NachfolgegesmbH & Co KG (WUB) des Tiroler Leichtathletikverbandes erfolgen.

Das Einzige, was mir noch ein wenig Sorgen macht, betrifft das Football-Stadion der Swarco Raiders Tirol. Das ist nicht deshalb der Fall, weil wir unsere Aufgaben nicht erledigt haben. Wir haben das Grundstück gesichert und auch, wie das Land Tirol, finanzielle Mittel vorgesehen. Auch beim Bund wurden bereits Mittel beantragt, allerdings scheitern wir derzeit an der Wohlmeinung des österreichischen Fachverbandes, insbesondere an Präsident Michael Eschlböck, der sich verbandsintern nicht dafür entscheiden kann, ob hier ein Zentrum in den Städten Graz, Wien oder in Innsbruck entstehen soll.

Ich kann Ihnen aber versprechen, dass wir alles versuchen werden, um die zuständigen Stellen davon zu überzeugen, dass Innsbruck wirklich der beste Standort wäre.

Wir haben bei der letzten Sitzung des Ausschusses für Sport und Gesundheit, ich war leider nicht dabei, da ich erkrankt war, den Masterplan unserer Sportinfrastruktur dargestellt. Vor einigen Wochen kam vom damaligen GR Mag. Abwerzger der Vorwurf, dass wir hinsichtlich der Fußballplätze kopflos agieren. Ich glaube, dass man ganz klar darlegen könnte, welche Schritte bei jedem Sportplatz hinterlegt sind.

Ich hoffe, dass für den Sportplatz Reichenau nächste Woche eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes vorliegt, damit wir eine gewisse Sicherheit für die weitere Vorgangsweise haben.

Der Sportplatz am Fennerareal ist im Moment nicht ganz unsere Baustelle. Durch das Großprojekt des Management Centers Innsbruck (MCI) geht leider im Moment nicht viel weiter.

Ich habe mir gestern hinsichtlich des Areals der Campagnereiter Gesellschaft Tirol den Spaß gemacht, die Sitzungen zu zählen. Es waren bisher 97 Sitzungen, die wir dort mit den verschiedenen Vereinen, Organisationen und Institutionen abgehalten haben. Ich gehe davon aus, dass wir hier am 27.01.2016 ein gutes Projekt und Konzept vorlegen können.

Besonders freut mich - man sieht, dass die Sportfamilie sehr eng verbunden ist -, dass es uns gelungen ist, ein Kompetenzzentrum des Sports informell zu gründen. Dies gemeinsam mit der Universität Innsbruck, der Olympia Sport- und Veranstaltungszentrum Innsbruck GesmbH (OSVI), dem Olympia-Zentrum, der Fußballakademie sowie mit verschiedenen Fachverbänden, die ihren Sitz in der Stadt Innsbruck haben.

Ich bin als Sportreferent wirklich stolz darauf, dass wir in der Außenwirkung immer professioneller werden. Selbst habe ich massiv dazu beigetragen, dass im österreichischen Städtebund der Fachausschuss Sport eingeführt wird. Ich bin dort der Stellvertreter des Vorsitzenden.

Ganz egal, wo man in Österreich unterwegs ist, die Stadt Innsbruck hat einfach einen Namen im Sport. Darauf können wir wirklich stolz sein.

Wir haben derzeit zirka 350 Vereine und 40.000 Mitglieder in unseren Sportvereinen. Ich möchte mich in diesem Zusammenhang

ganz herzlich bei allen Funktionärinnen bzw. Funktionären bedanken, die dies möglich machen. Ich teile aber auch hier die Meinung von StR Wanker, dass wir hinsichtlich des so genannten inoffiziellen Sports in den nächsten Jahren sicher eine ganz große Herausforderung haben.

Ich darf jetzt schon StR Gruber bitten, mich zu unterstützen, wenn es darum geht, Downhill- und Mountainbike-Strecken im Gebirge oder im Wald zu realisieren. Wir waren bereits in guten Gesprächen mit den Grund- bzw. Waldbesitzerinnen bzw. -besitzern, wobei uns dieser Wildwuchs über viele Jahre hinweg auf den Kopf fällt. Daher sind vertrauensbildende Maßnahmen notwendig. Wir sind hier auf einem guten Weg. Lieber Franz, ich glaube, dass wir gemeinsam innerhalb des nächsten Jahres zu guten Lösungen kommen können.

Ich möchte mich abschließend ganz herzlich bei den Mitgliedern des Ausschusses für Sport und Gesundheit bedanken, auch bei all jenen, die immer die Vertretungen übernehmen. Es ist gerade am Wochenende nicht möglich, alle Termine persönlich wahrzunehmen. Ich darf mich daher bei allen bedanken, die immer wieder bei Siegerennen- bzw. Siegerehrungen, Eröffnungen und sonstigen Veranstaltungen dabei sind.

Ganz besonders möchte ich mich bei der Frau Bürgermeisterin und beim Magistratsdirektor bedanken. Vor zirka einem Jahr haben wir in der Mag.-Abt. V, Sport, ein zweites Referat, mit dem Leiter Thomas Waimann, gründen können. Er kümmert sich federführend vor allem um die Sportinfrastruktur. Wir merken es einerseits auch finanziell, dass doch wesentliche Sachen eingespart werden konnten, und andererseits sind wir jetzt sehr professionell aufgestellt.

Ein Projekt, das mir ganz besonders am Herzen liegt und das nächstes Jahr in die Umsetzung kommen sollte, lautet "Bewegung im Park". Ich war selber vor zwei Jahren in Stuttgart und habe mir die dortige Umsetzung angesehen. In Zukunft werden alle drei Fachverbände Arbeitsgemeinschaft für Sport und Körperkultur in Österreich (ASKÖ), Allgemeiner Sportverband Österreichs (ASVÖ) und die Sportunion mit uns gemeinsam und Übungsleiterinnen bzw. -

leiten bei einer niedrigen Einstiegsschwelle sportliche Aktivitäten anbieten.

Wir würden kostenlos - StR Mag. Fritz hat uns dabei sehr unterstützt - sämtliche Grünflächen, Parks, andere Grundstücke und Sporthallen zur Verfügung stellen. Die drei Dachverbände würden dort Sportmaßnahmen umsetzen. Man ist nicht gezwungen, dass man an den Einheiten teilnimmt, sondern diese kann jede/r nützen. Das Projekt hat sich in der Stadt Stuttgart ausgesprochen bewährt. Dort gibt es inzwischen über 25.000 Teilnehmerinnen bzw. Teilnehmer, die jahresdurchgängig dieses Sportangebot nutzen.

Gerade in einer Zeit, wo viele Menschen nicht die Möglichkeit haben regelmäßig in Sportvereinen ihre Übungseinheiten zu machen, sollten wir auf verschiedenen Plätzen - das ist gerade auch für Seniorinnen bzw. Senioren reizvoll - den Sport zu den Menschen tragen.

In diesem Sinne ein herzliches Dankeschön an alle, die hier wirklich für den Sport tätig sind. Danken möchte ich auch jenen Fraktionen, die uns in der Causa Sportplatz Reichenau unterstützt haben.

Abschließend möchte ich noch den Bogen zum Bereich Familie, Kinder und Jugend spannen. Es ist etwas ganz Besonderes, wenn man für den Sport, den Kinder- und Jugendbereich sowie für die Seniorinnen bzw. Senioren zuständig ist. Es gibt hier sehr viele Anknüpfungspunkte. Durch die Neufestsetzung der Zuständigkeiten im Stadtsenat bin ich froh, dass ich wieder mehr Zeit mit diesem Bereich verbringen kann. Gerade der Kinder- und Jugendbereich hat in den letzten Jahren einen enormen Aufschwung erlebt.

Wir haben die vierte Movie-Night, sozusagen unsere neue Jungbürgerinnen- bzw. -bürgerfeier, mit über 1.350 jungen Menschen im Alter zwischen 16 und 18 Jahren organisiert. Man sieht, dass die jungen Menschen das Angebot annehmen. Ich darf mich hier ganz herzlich bei der Frau Bürgermeisterin bedanken, die uns von Anfang an mit dieser Einrichtung unterstützt hat.

Wir können uns alle noch an unsere letzte offizielle Jungbürgerinnen- bzw. -bürgerfeier vor fünf Jahren erinnern, wo im Stadtsaal gerade einmal 25 Personen anwesend wa-

ren. Jetzt sind wir daher wirklich sehr erfolgreich. Junge Menschen wollen und schätzen dieses Angebot.

All jene, die dabei waren, haben gesehen, dass unser Jugendbeteiligungsprojekt, geführt von Susi Meier, ganz tolle Ergebnisse bringt. Das hat eine gewisse Zeit gebraucht, aber Susi Meier Bac. hat sich wirklich optimal in den unterschiedlichen Kreisen der städtischen Jugendkultur vernetzt. Wir haben bei der Movie-Night ihren ersten Imagefilm bestaunt, wo die jungen Menschen die Stadt Innsbruck sehen. Das war ein ganz besonderes Erlebnis.

StR Pechlaner und ich haben es beim Kinderrechtetag in den Rathausgalerien gesehen, wie wichtig es ist, dass man jungen Menschen und Kindern ab und zu auch die Stimme gibt, dass sie sich im öffentlichen Raum behaupten können. Ich darf mich daher bei Dir, lieber Ernst, für die gute Zusammenarbeit bedanken. Wir haben doch viele Anknüpfungspunkte, gerade im Bereich der Kinder und Jugend, dass unsere Zusammenarbeit so gut funktioniert.

Abschließend noch ein paar Worte zu den Familien. Die familienfreundliche Stadt wird auch weiterhin für uns ein primäres Ziel bleiben. Wir wollen heute bei der Initiative "Peterle hilft" die Marke von 300 Unternehmen knacken können. Insgesamt sollten 300 Unternehmen in der Stadt Innsbruck mitmachen.

Wir feiern nächstes Jahr im Stadtturm 10 Jahre "Peterle hilft". Ich darf jetzt schon alle ganz herzlich zu diesem Jubiläumsfest einladen.

Etwas, das mir vor wenigen Minuten im Lift hier im Rathaus passiert ist, möchte ich noch erwähnen. Eine ältere Dame hat mich angesprochen, dass sie schon zwei Mal den Kurs "Silver Surfer bzw. Surferinnen" besucht hat, ein hervorragendes Projekt mit jungen Menschen den Computer zu erlernen. Allerdings hat sie nun ein anderes Problem, denn sie besitzt jetzt ein Smartphone, mit dem sie sich nicht auskennt. Daher ist jetzt die Idee entstanden, dass wir diesbezüglich auch einen Kurs anbieten könnten, da auch ältere Menschen moderne Medien verwenden möchten. Daher muss man einfach auf den Zug der Zeit aufspringen.

In diesem Sinne darf ich mich bei allen ganz herzlich bedanken, bei den Mitgliedern des Ausschusses für Sport und Gesundheit, aber auch bei jenen des Ausschusses für Bildung und Gesellschaft für die gute Zusammenarbeit. Ich würde mir wünschen, dass diese auch im nächsten Jahr so gut funktioniert.

GR Mag. Kogler: Die Infrastruktur des Sports ist heute schon mehrmals erwähnt worden. Der Sport wird individueller, aber auch reicher an verschiedenen Sparten. Gerade die Kletterhalle wird auch oft von jenen, die nicht viel damit zu tun haben, als super bezeichnet. Die Sportplätze sind aber auch toll und werden vielfältig genutzt. Daher ist das für alle eine sehr gute Infrastruktur, die geschaffen worden ist.

Eine wichtige Infrastruktur im Bereich des Sports fehlt mir und zwar der Patscherkofel, nicht nur wegen dem Wintersport. Danke für die Trendwende, dass dort in Zukunft Sport ausgeübt werden kann, wo der Schisport nicht nur zum Tourengehen, sondern in jeder Form möglich ist. Das ist super.

Wir bekennen uns zu jedem Sportplatz mit einer Flutlichtanlage, allerdings sollte dies auch für den Schisport gelten. Ich sehe den Patscherkofel auch als Freizeitberg und insbesondere natürlich für alle Generationen, die dort wandern gehen. GRⁱⁿ Springer hat schon ausgeführt, dass viele fit bleiben sollten, um weniger Leute in die Betreuung der Innsbrucker Soziale Dienste GesmbH (ISD) geben zu müssen.

Die Entwicklung der Dachverbände freut mich besonders, dass sie mehr und mehr Projekte in Zusammenarbeit mit den Schulen und den Kindergärten machen. Ich darf den Leichtathletik-Grandprix hervorheben, der in Zusammenarbeit mit den Schulen abgehalten wird. Das ist sicher eine sehr gute Prävention dahingehend, wenn die Kinder und Jugendlichen Sport betreiben. Das ist der erste Schritt dazu, dass keine Streetworkerinnen bzw. Streetworker benötigt werden. Hier muss man hinsichtlich des Sicherheitsproblems bereits ansetzen, GR Onay. Das ist der erste Schritt in diese Richtung.

Dem gesamten Sportbereich, der Mag.-Abt. V, Sport, dem Ausschuss für Sport und Gesundheit, aber auch allen Funktionärinnen bzw. Funktionären ist zu danken. Das

wird jedes Jahr erwähnt, aber ich möchte noch einmal im Namen von uns allen hier im Gemeinderat danken. Zudem ist den Eltern ganz herzlich zu danken.

Ein wichtiger Punkt, der auch im Zusammenhang mit der Universität Innsbruck und der Wissenschaft zu erwähnen ist. Wir haben das Universitätssportinstitut (USI), wo eine enorme Vielfalt, sowohl bei der Ausbildung als auch bei den Kursen angeboten wird. Dort findet vielseitige sportliche Betätigung statt. Dieses Angebot steht allen offen. Das ist ein sehr großer Schatz, den wir in der Stadt Innsbruck haben. Wir können uns damit sehr toll in die Richtung positionieren, dass die Zusammenarbeit mit der Universität Innsbruck, den Schulen und dem Individualsport gut funktioniert. Wir haben eine bunte Mischung bis hin zum Spitzensport.

Die sportlichen Veranstaltungen wurden heute bereits angesprochen. Die World Masters Games in die Stadt Innsbruck zu holen, dem kann ich nur zustimmen. Ob wir die Rad-Weltmeisterschaft unbedingt benötigen, ist eine andere Sache. Im alpin-urbanen Bereich würde mir etwas anderes besser gefallen, obwohl ich mich nicht dagegen verwehren würde.

In diesem Sinne hoffe ich, dass wir alle selber viel Sport machen und ein verletzungsfreies Sportjahr 2016 haben.

Bgm.ⁱⁿ Mag.^a Oppitz-Plörer übergibt den Vorsitz an Bgm.-Stellv. Kaufmann.

GRⁱⁿ Mag.^a Heis: Ich darf stellvertretend für die Vorsitzende des Ausschusses für Bildung und Gesellschaft GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Krammer-Stark die Dankensworte aussprechen. In erster Linie für die Mitglieder, aber auch für die beteiligten Ämter und Ressortführenden möchte ich dies tun. Das ist wirklich einer der produktivsten Ausschüsse, da wir sehr viel besichtigen und inhaltlich arbeiten. So macht Ausschussarbeit wirklich Spaß. Ich hoffe, dass wir auf diesem Weg bleiben.

Zum Sport: StR Wanker hat den Frauensport angesprochen. Diesbezüglich gibt es schon erfreuliche Nachrichten. Bgm.-Stellv.ⁱⁿ Mag.^a Pitscheider hat gemeinsam mit der Mag.-Abt. V, Sport, und der Universität Innsbruck ein Projekt im Laufen, bei

dem sich ein Sportseminar mit der Frage beschäftigt, was zum Sporteinstieg notwendig ist. Das ist ein Sportkonzept für Mädchen und junge Frauen in der Stadt Innsbruck. Das ist nicht nur für den Einstieg, sondern auch für die Frage wichtig, warum so viele junge Mädchen ab einem gewissen Alter sich vom Sport abwenden. Das ist ein sehr wichtiger Punkt, weil der Sport über viele Bereiche hinaus einen wichtigen Beitrag leistet. Auch die gesellschaftliche Arbeit ist zu berücksichtigen.

Die Mädchen sind in diesem Bereich eigentlich sehr unterrepräsentiert. Das ist eine Frage, die wir uns stellen sollten. Was ist notwendig, dass man dieser Entwicklung entgegenwirken kann?

Bgm.-Stellv. Kaufmann hat den Jugendrat schon angesprochen. Es ist toll anzusehen, wie sehr sich die Jugendlichen für gesellschaftliche Themen interessieren und sich damit tatsächlich auseinandersetzen. Das ist in einer Art und Weise der Fall, bei der sich viele ein Scheibchen abschneiden könnten. Es kommen sehr viele konstruktive Ideen, wohin die Reise gehen kann.

Daher glaube ich, dass auf diesem Weg noch einiges offen ist, was aber erreichbar wäre. In diese Richtung soll es gehen. Es wäre daher sehr schön, wie heute schon erwähnt, wenn wir uns mit den Kindern beschäftigen, denn darin liegt viel Potenzial. Kinder haben einen sehr schönen Blick auf die Welt, woran man sich oft bereichern kann. Es täte uns gut, diese Sichtweise manchmal hier im Gemeinderat zu haben.

GRⁱⁿ Mag.^a Schwarzl: Bei diesem Kapitel geht es immer ein wenig kreuz und quer. Ich möchte beim Beitrag von StR Pechlaner anknüpfen, der am Schluss seiner Bildungsworte auch die Integration von Flüchtlingskindern in den Schulen angesprochen hat.

Eine Facette wurde heute überhaupt noch nicht angesprochen. Wir betreuen in der Stadt Innsbruck in den verschiedensten Einrichtungen, ob in Landes- oder Bundeszuständigkeit, Menschen, die auf der Flucht sind. Es gibt ein Heer von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, die in ihrer Freizeit Deutschkurse anbieten.

Ich kann jetzt nur meinen Bereich, wo ich mich engagiere, für das Verteilquartier in

Hötting-West erwähnen, wo wirklich jeden Tag ein bis zwei Mal Deutschkurse für Erwachsene angeboten werden. Auch eine Eltern-Kind-Gruppe ist dort im Einsatz. Wir haben es jetzt auch geschafft, dass der ehemalige Direktor des Gymnasiums Sillgasse, Dr. Georg Fritz, die Koordination für die Beschulung der Kinder übernommen hat. Bei einem Verteilquartier können die Kinder keine normale Schule besuchen, da sie sich nur zehn bis vierzehn Tage dort aufhalten. In den Klassen würde alle vierzehn Tage andere Kinder untergebracht werden, was natürlich nicht möglich ist.

Es ist auch mit der Unterstützung der Frau Bürgermeisterin gelungen, dass die schulähnliche Situation für die Kinder des Verteilquartiers teilweise im Jugendzentrum und in der Neuen Mittelschule (NMS) angeboten werden kann. Dort unterrichten sowohl pensionierte, aber auch aktive Pädagoginnen und Pädagogen, um den Kindern dort eine gewisse Tagesstruktur zu geben. Diese sind seit Wochen und Monaten auf der Flucht bzw. in Flüchtlingslagern im Libanon gewesen, wo es keine Beschulung gab. Nun sollen sie wieder in das System Schule zurückgeführt werden.

Das gibt es auch in Amras und in der Paschberghalle. Das Engagement der Bevölkerung in diesem Bereich der Bildung ist enorm. Bildung ist eine ganz wesentliche Form von Integration, egal ob die Personen bei uns bleiben oder nicht. Diese Personen werden damit auch an unsere Rhythmen gewöhnt.

Daher sollten wir auch einmal als Gemeinderat Danke zu den vielen Menschen sagen, die sich im Bildungsbereich engagieren. Der Bildungsbereich wird nämlich immer wichtiger.

GR Dr. Stemeseder: Ich möchte ein paar Dinge zum Thema Wissenschaft vorbringen. Nachdem sich StR Gruber, er ist jetzt leider nicht anwesend, zu einem Verfassungstheoretiker, um nicht zu sagen Dogmatiker emporgeschwungen hat, möchte ich uns auf wissenschaftlicher Basis einladen, kurz darüber nachzudenken, was wir im Gemeinderat tun.

Ein Kollege eines Verlages hat ein Buch vom Scheiden geschrieben. Er fragt sich, was man vom Recht halten soll? Ob das Recht überhaupt haltbar ist, steht in Frage.

Die These lautet, dass das Recht mit Hilfe von Techniken haltbar wird und dass es dabei einen Grundzug, das Unterscheiden, das Scheiden, gibt. Das Entscheiden und das Verabschieden.

In Bezug auf die Wissenschaft können wir unterscheiden, wer Geld bekommt und wer nicht bzw. wer ist förderungswürdig? Ich habe es vor einer Woche in der Tiroler Tageszeitung (TT) bemerkenswert gefunden, zu lesen, dass eine junge Dame von der Europäischen Union (EU) eine Förderung zur Forschung von traditionellen Werten bei uns bekommen hat. Das war der Tiroler Tageszeitung (TT) eine halbe Seite Berichterstattung wert. Ich bin darüber dankbar. Aus Brüssel erhält diese Dame tatsächlich € 1,5 Mio., denn damit kann man richtig etwas erforschen und vielleicht auch ein "Büchlein" drucken.

Ich bewerbe mich auch gerne und vielleicht weiß irgendwer, wie ich zu dem Betrag in der Höhe von € 1,5 Mio. komme? Danke!

Bgm.ⁱⁿ Mag.^a Oppitz-Plörer übernimmt den Vorsitz von Bgm.-Stellv. Kaufmann.

GR Vescoli: Im Bereich Sport, lieber Bgm.-Stellv. Kaufmann, hast Du von uns hinsichtlich der Kinder und Jugendlichen die volle Unterstützung. Sport ist für die Jugend das Wichtigste, damit sie nicht in falsche Kanäle kommen. Die Musik zählt auch noch dazu. Diese beiden Bereiche sind das Wichtigste, was wir den Kindern bieten können.

Man kann darüber debattieren, ob der Single-Trail von der Seegrube herunter unbedingt notwendig ist oder nicht. Sport ist aber sehr wichtig und darum möchte ich noch einmal zur Kletterhalle gratulieren, denn diese ist wirklich toll.

Bgm.ⁱⁿ Mag.^a Oppitz-Plörer: Ich bringe die Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft, zur Abstimmung:

Mehrheitsbeschluss (gegen RUDI und FPÖ, 6 Stimmen):

Die Gruppe 2, ordentlicher Haushalt, für das Rechnungsjahr 2016, wird angenommen.

Mehrheitsbeschluss (gegen RUDI und FPÖ, 6 Stimmen):

Die Gruppe 2, außerordentlicher Haushalt, für das Rechnungsjahr 2016, wird angenommen.

Gruppe 3 Kunst, Kultur und Kultus

GR Carli: Die Gruppe 3 weist im ordentlichen Haushalt 2016 Einnahmen in der Höhe von € 3.017.100,-- und Ausgaben in der Höhe von € 22.376.900,-- aus.

Die Gruppe 3 weist im außerordentlichen Haushalt 2016 Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von € 400.000,-- aus.

Bgm.ⁱⁿ Mag.^a Oppitz-Plörer übergibt den Vorsitz an Bgm.-Stellv. Kaufmann.

Bgm.ⁱⁿ Mag.^a Oppitz-Plörer: Ich möchte ein paar Aspekte zum Bereich Kunst und Kultur bringen. Das ist ein immer wieder breit und intensiv diskutiertes Ressort.

Ich möchte bei den Neuerungen auf einen Punkt eingehen. Bgm.-Stellv. Kaufmann hat den Kurs "Silver Surferinnen bzw. Surfer" für Smartphones angesprochen. Wir haben dieses Jahr eine Neuerung im Jahresvoranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck, die auf die Anregung eines jungen Vaters zustande gekommen ist.

Die erfolgreiche Schiene "Innsbruck liest", die es schon über zehn Jahren gibt, ist sehr gefragt und mit einer Vielzahl von Veranstaltungen sehr präsent. Für "Innsbruck liest junior" wurde schon ein Buch ausgesucht. Im nächsten Jahr wird es zum ersten Mal in Zusammenarbeit mit den Schulen eine Einladung an alle Pflichtschulen, berufsbildenden Schulen und Gymnasien geben, um die Auflage dieses Buches an die Schulen zu verteilen. Ein entsprechendes Begleitprogramm ist ebenfalls vorgesehen.

Auf Grund des großen Erfolges von "Innsbruck liest" ist dies zustande gekommen. Christoph W. Bauer wird uns zur Verfügung stehen, sodass er die einzelnen Schulen aufsuchen kann. Nachdem die Nachfrage jetzt schon so groß ist, kann er nicht an al-

len Schulen vorsprechen. Daher fassen wir Schulen zusammen, damit er überall sein kann.

Die Kinder, Schülerinnen bzw. Schüler und Jugendlichen zwischen 3 und 16 Jahren sind eingebunden. Das hängt noch von der Schule ab. So kommen wirklich erfolgreiche Initiativen und kreative Anregungen noch einmal zu einer größeren Umsetzung.

Die Mag.-Abt. V, Städtische Musikschule, möchte ich gar nichts sagen, denn das ist seit Jahrzehnten eine Erfolgsgeschichte. Direktor Mag. Rosenberger hat es sicher nicht immer ganz einfach, allerdings möchte er durch sein Bestreben das Beste aus jeder Schülerin bzw. jedem Schüler herausholen. Zudem möchte er die Lehrerinnen bzw. Lehrer zu Höchstleistungen anspornen. Er schafft dies auch und die Qualität ist unbestritten.

In der allgemeinen Debatte wurde von GR Federspiel das Audioversum - Interaktives Museum rund ums Hören angesprochen. Wir haben diesbezüglich eine große Position im Jahresvoranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck enthalten, allerdings dürfen wir nicht vergessen, dass dies ein Viertel des Beitrags ist, den ein privates Unternehmen für diese Einrichtung leistet. Wir würden uns auch wünschen, dass diese Einrichtung noch mehr wächst und noch präsenter ist.

Der Beitrag als Prozentsatz zu Leistungen eines großen privaten Unternehmens, der MED-EL, Elektronische Geräte GmbH ist durchaus gerechtfertigt.

Was wollen wir besonders stärken? Was liegt mir besonders am Herzen? Das betrifft die zeitgenössische Kunst und Kultur. Man wird in vielen Jahren oder Jahrzehnten wissen, welche Dinge traditionell oder liebgewonnen sind, wenn sie einige Jahre hintereinander stattfinden. Das war damals bei den Innsbrucker Festwochen der Alten Musik bzw. ursprünglich der Innsbrucker Woche für Alte Musik, auch so, als sie neu eingeführt worden sind.

Wir wollen noch zwei zeitgenössische Schienen zusammen mit dem Tourismusverband Innsbruck und seine Feriendörfer (TVB) legen. Das ist der Vorteil, dass wir sehr miteinander abgestimmt sind. Für die Stadt Innsbruck wie auch für den Touris-

musverband Innsbruck und seine Feriendörfer (TVB) ist ein Mehrwert zu erzielen.

Wir sprechen von der Kunstbiennale Innsbruck international, die am 09.03.2016 startet. Gerade in der Zeitschiene im späten Winter bzw. frühen Frühjahr sollte dies der Fall sein, weil in diesem Zeitraum keine andere Veranstaltung vorgesehen ist.

Heart of Noise, das muss ein Festival sein, bei dem ich die Hände über dem Kopf zusammenschlage, wenn ich es höre oder sehe. Wenn es mir gefallen würde, wäre die Veranstaltung schon wieder alt. Es gibt aber die verschiedensten Stilrichtungen. Heart of Noise sollte dies werden, was im Winter Air & Style darstellt und sollte daher im Frühsommer zu einem wirklich fulminanten Auftakt des Innsbrucker Sommers werden.

Hier kann man ansetzen, ob dies die richtige Schiene ist, wird sich erst in ein paar Jahren zeigen. Es wird nicht nach Geschmack ausgewählt, sondern es gibt durchaus die entsprechenden Expertinnen bzw. Experten, die uns hier beraten.

Einzelne Vereine bzw. Bereiche werden nächstes Jahr eine höhere Förderung erhalten. Das ist im Sinne der Schwerpunktsetzung wichtig. Die Vereine erhalten nicht alle im Sinne des Gießkannenprinzips mehr, sondern in Zusammenarbeit mit der Mag.-Abt. V, Kultur, wurden einzelne ausgewählt. Ich möchte der Mag.-Abt. V, Kultur, in diesem Zusammenhang besonders danken. Die Referentin war in der Auswahl ein wirklicher Hit und ein 100 %-Treffer. Wir schätzen sie nicht nur sehr, sondern sind ihr sehr dankbar, dass sie für diesen Bereich in die Stadt Innsbruck gewechselt ist.

Das Thema Stadtbibliothek wird uns in den nächsten Wochen noch beschäftigen. Ich danke allen, die damals mitgefahren sind, um sich verschiedene Büchereien in diversen Städten anzusehen. Daher möchte ich zwei Bereiche auseinanderhalten. Der Bedarf und die Notwendigkeit in diesem und nicht nur im Verkehrs-, Mobilitäts- und Sportbereich sind wichtig, um hier viel zu investieren bzw. das nachzuholen, wo wir wirklich an allerletzter Stelle österreichweit liegen. Wir liegen nicht nur hinter allen Landeshauptstädten, sondern auch hinter anderen kleineren Städten und Kommunen.

Die Samstagsöffnung der Stadtbibliothek ist ein voller Erfolg. Die Entlehnungen am Samstag brechen immer wieder alle Rekorde. Im Juni hat es einen Erfolgsstand mit 1.122 Entlehnungen gegeben. Der Samstag wird vor allem von Vätern mit Kindern genutzt. Es fällt auf, dass diese sehr oft dort sind. Daher ist Stadtbücherei notwendig.

Wir prüfen zwischen Miete, Kauf und Tausch alle möglichen Varianten. Hier sind derzeit alle Fraktionen befasst. Ich denke, dass die Festlegung schwierig sein wird. Es ist abzuwägen, was mittelfristig für die Stadt Innsbruck die beste Lösung ist.

Zum "Haus der Musik" und zum Tiroler Landestheater gäbe es viel zu sagen. Das sind unsere Nahversorgerinnen bzw. Nahversorger. Auch die anderen Kultureinrichtungen, wie die Plattform mobile Kulturinitiativen (p.m.k.) oder die Bäckerei - Kulturbackstube sind zu erwähnen. Die Kapellen und Traditionsvereine möchte ich nennen.

Ich freue mich jetzt auf die Diskussion zu diesem Kapitel. Ich darf noch eine Ankündigung für eine Veranstaltung machen, für die es keine Karten mehr gibt. Ich bin selber schon sehr gespannt darauf. In der Nachlese zum Österreichischen Städtetag in Graz wurde ein Graz-Lied von einer Jugendgruppe aufgeführt. Wir haben eineinhalb Jahre "herumgedoktert" und uns von dort die entsprechende Expertise geholt. Es gibt jetzt ein Innsbruck-Lied, das in einer Schöpfung von jungen Menschen mit Fachleuten, die bei uns an der Mag.-Abt. V, Städtische Musikschule, tätig sind, in der Stadt Innsbruck entstanden ist.

Nachdem es ursprünglich geplant war, eine Aufführung bei den International Children's Games (ICG) 2016 zu veranstalten, aber das offizielle Programm für die Eröffnung so eng eingetaktet ist, wird am 31.12.2015 um 10:00 Uhr im Rahmen der Generalprobe des Neujahrskonzertes dieses Lied aufgeführt. Dies mit einer großen Gruppe von Sängern sowie einer Sängerin und mit dem Tiroler Symphonieorchester Innsbruck. Dieses hat sich dieser Gruppe nicht nur gerne angenommen, sondern ist mit großer Begeisterung dabei. Es wird einen Tonmitschnitt geben.

Ich kenne die Aufführung selber noch nicht und werde einmal an den Proben teilnehmen und mich überraschen lassen. Ich bin

sehr gespannt. Das ist ähnlich wie der Film, den wir auf junges, urbanes und unkonventionelles Leben in der Stadt Innsbruck zugeschnitten haben.

Ich bedanke mich bei allen Kulturschaffenden in der Stadt Innsbruck. Hier ist tagtäglich Leben und zwar in einer Dichte, wo man eigentlich nicht nur eine, sondern mindestens drei Veranstaltungen besuchen kann. Wir haben es als Kulturverantwortliche eigentlich schön, da wir nicht etwas initiieren müssen, sondern aus dem überreichen Angebot profitieren können. Dieses wird von den Menschen in der Stadt geplant und an uns herangetragen.

Wir müssen eher oft bremsen, dass wir nicht zu viele Veranstaltungen parallel stattfinden lassen. Es kann uns eigentlich nichts Besseres passieren. Wenn man diesen Acker so aufbereitet, kann man daraus wirklich eine Fülle von Kunst und Kultur für alle Generationen und Menschen dieser Stadt zur Verfügung stellen. Vielen herzlichen Dank!

Bgm.ⁱⁿ Mag.^a Oppitz-Plörer übernimmt den Vorsitz von Bgm.-Stellv. Kaufmann.

GRⁱⁿ Mag.^a Schwarzl: Ich darf stellvertretend die Rolle von GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Moser übernehmen und mich nicht nur stellvertretend für sie, sondern für den Kulturausschuss ganz herzlich bei allen Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeitern bedanken, die in der Stadt Innsbruck mit Kultur zu tun haben. Viele erwähnen immer nur die Mag.-Abt. V, Kultur.

Ich möchte bestätigen, dass die neue Amtsvorständin Maria-Luise Mayr ein Lottosechser war.

Die Mag.-Abt. V, Stadtarchiv/Stadtmuseum, Stadtbücherei sowie die Städtische Musikschule und das Tiroler Symphonieorchester Innsbruck umfasst viel mehr Menschen, die in diesem Bereich tätig sind, und diesen möchte ich danken.

Ein herzliches Dankeschön auch für die sehr gute Zusammenarbeit im Kulturausschuss.

Nachdem alle schon ein wenig müde sind, würde ich gerne mit Ihnen ein kleines Quiz veranstalten. GRⁱⁿ Mag.^a Heis schreibt mit,

wer die richtige Antwort gibt. GRⁱⁿ Reisecker hat mir dankenswerterweise vor einiger Zeit den Quartalsbericht der Stadt Innsbruck zugeschickt, der sich im Jahr 2014 mit dem Schwerpunkt Kultur befasste.

Ich stelle meine Fragen an die Runde.
GRⁱⁿ Reisecker darf nicht mitmachen.

Wie viele Besucherinnen und Besucher hatten die 20 Innsbrucker Museen im Jahr 2014?

StR Mag. Fritz: 350.000.

GRⁱⁿ Mag.^a Schwarzl: Falsch. Mehr!

Bgm.ⁱⁿ Mag.^a Oppitz-Plörer: 580.000.

GRⁱⁿ Mag.^a Schwarzl: Nein.

GRⁱⁿ Mag.^a Heis: 670.000.

GR Onay: 1.200.000.

GRⁱⁿ Mag.^a Schwarzl: Nein. Eine Million Besucherinnen bzw. Besucher. Das ist ein Plus von sieben Prozent gegenüber dem Vorjahr. GR Onay war am nächsten.

Wissen Sie, wie viele Vorstellungen das Tiroler Landestheater, großes Haus und Kammerspiele, in der Spielsaison 2013/2014 hatte?

GR Carli: 200.

GRⁱⁿ Mag.^a Schwarzl: Nein.

GRⁱⁿ Mag.^a Heis: 300.

GRⁱⁿ Mag.^a Schwarzl: Nein, aber schon heiß. 360 Vorstellungen waren es.

Wie viele Besucherinnen bzw. Besucher waren bei diesen Veranstaltungen dort?

Bgm.ⁱⁿ Mag.^a Oppitz-Plörer: 100.000.

GRⁱⁿ Mag.^a Schwarzl: 150.600 Besucherinnen bzw. Besucher. Christine, der Punkt geht an Dich.

175 Vorstellungen wurden im Großen Haus mit 111.900 Besucherinnen bzw. Besuchern abgehalten. 185 Vorstellungen in den Kammerspielen mit 38.600 Besucherinnen bzw. Besuchern. Die Auslastung in den Kammerspielen betrug 91 %, Großes Haus 85 %.

An den 16 weiteren Bühnen, wobei die Statistik nicht zwischen Bühnen und Theatern, die sich ungewöhnliche Räume suchen, unterscheidet, fanden 931 Vorstellungen mit

116.000 Besucherinnen bzw. Besuchern statt.

Jetzt noch die letzte Frage, weil die Frau Bürgermeisterin in ihrer Wortmeldung bereits die Mag.-Abt. V, Stadtbücherei, angesprochen hat. Wir haben in der Stadt Innsbruck 17 Büchereien, inklusive der schulischen Büchereien und jene der Kammer für Arbeiterinnen bzw. Arbeiter und Angestellte für Tirol (AK Tirol). Was glauben Sie, wie viele Medien in diesen Büchereien vorhanden sind? Das sind Bücher, Hörbücher, CD's und Videos.

Das sind 4 Mio. Medien. Wir hatten im Jahr 2014 insgesamt 1,5 Mio. Entlehnungen durch 55.000 Leserinnen bzw. Leser. Im Jahr 2004 wurden 41.000 Leserinnen bzw. Leser verzeichnet. Das hat sich sehr gesteigert. Es hat immer geheißen, dass das Lesen abnimmt. Die Art der Aufnahme verändert sich. Aber, das Lesen, sei es durch das haptische Buch, das E-Book oder das Hörbuch, ist ständig im Wachsen begriffen.

Jetzt lasse ich Euch mit meinem Quiz auch schon wieder in Ruhe.

Ich möchte aus dem Kulturausschuss noch berichten, dass wir im Jahr 2015 sieben Sitzungen abgehalten haben. Diese wurden im Tiroler Volkskunstmuseum, im Stadtarchiv, im Theater praesent, in der Galerie Zentrum 107, in der Kunstkammer Mariahilf, die viele gar nicht kennen, aber sehr empfehlenswert ist, im griechischen Kulturinstitut, im Verschönerungsverein und im Atelier 4 in der Angerzellgasse abgehalten.

Wir haben insgesamt im Jahr 2015 im Kulturausschuss mit Drei-Jahres-Verträgen und freie Vergaben rund 430 Subventionswerberinnen bzw. -werber bedient. Daran sieht man, wie groß die Fülle an Menschen ist, die aktiv und förderungswürdig sind. Das sind jetzt Initiativen oder Einzelpersonen. Es gibt auch solche, die gar nicht förderungswürdig sind, daher sieht man, wie groß das Angebot ist.

Es liegt mir noch Folgendes am Herzen: Bei den stadt_potenziale 2015, die mit € 100.000,-- dotiert waren, sind von der überregionalen öffentlich tagenden Jury 13 Projekte ausgewählt und honoriert worden. Es ist sehr interessant, dass sich diese alle sehr intensiv mit Stadtentwicklungsfragen beschäftigen. Dies sehr oft auch im Zu-

sammenhang mit Stadtteilen und auch mit der Geschichte Innsbrucks. Allerdings wurde dies anders aufbereitet und vermittelt. Auch mit Flüchtlinge, Betteln und Migrantinnen bzw. Migranten wurden zum Thema gemacht.

Sie werden gesehen haben, dass die stadt_potenziale heuer im Jahresvoranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck von € 100.000,-- auf € 70.000,-- reduziert werden. Das hat den Hintergrund, dass wir die stadt_potenziale als solche nicht in Frage stellen, aber dass wir in diesem Jahr nach vielen Jahren einen Evaluierungsprozess starten möchten. Wir möchten die Ergebnisse betrachten. Wer wurde gefördert? Wo lagen die Schwerpunkte? Muss man nachjustieren? Erreicht man noch die ganz junge am Sprung stehende Szene oder bedient man solche, die ohnehin schon den Sprung geschafft haben?

Wenn ich Euch die 13 Projekte vorlese, die im Rahmen der stadt_potenziale juriert worden sind und schon stattgefunden haben, würde ich behaupten, dass kaum jemand eines dieser Projekte kennt. Ich möchte jetzt nicht die Mitglieder des Gemeinderates schlecht machen.

Wir überlegen uns jetzt auch eine gemeinsame Vermarktungsschiene und eventuell eine zeitlich zusammengefasste Präsentation der Ergebnisse, um sie wahrnehmbarer und sichtbarer für die Bevölkerung zu machen. Es wird diesbezüglich einen Diskussionsprozess mit der battlegroup for art geben. Diese ist sozusagen ein Zusammenschluss, nicht mehr ganz repräsentativ, daher durchaus zu erweitern, weil sie die stadt_potenziale vor etlichen Jahren unter der Alt-Bgm.ⁱⁿ Zach kreiert hat. Das wird ein spannender Prozess, der uns wieder einen nächsten Schub nach vorne in der Kooperation mit den vielen freien Initiativen geben wird. Danke!

GR Onay: Ich möchte hier nicht lehrmeisternd klingen, aber für mich gibt es in der Kulturarbeit vier Säulen. Kultur schafft Identifikation. Kultur schafft Jobs. Kultur vermittelt Begegnung und fördert Wirtschaft und Tourismus.

Ich würde jetzt gerne auf den Bereich der Flüchtlinge zu sprechen kommen. Aus der Perspektive der Flüchtlinge ist zu sagen, dass wir im Jahr 2015 refugees welcome

hatten. Die einen bleiben hier und die anderen ziehen weiter. Es wird in der Kulturarbeit im Jahr 2016 Thema sein, Kultur mit Geflüchteten zu schaffen. Ich bin froh, dass sich im freien Bereich einiges umgestellt hat. Diese nehmen die Geflüchteten in die Kulturproduktion mit auf.

Wir haben am 18.12. und 19.12.2015 eine Veranstaltung im Treibhaus Innsbruck, wo versucht wird, mit Flüchtlingen gemeinsam Kulturarbeit zu machen und Begegnungen zu schaffen. Dadurch wird ein gegenseitiges Verständnis hergestellt, um auch die Kompetenzen zu verstehen. Ob das Instrumente, der Gesang oder das Theater sind, im nächsten Jahr werden diese Themen angegangen.

Mir fehlen aber noch die Traditionsvereine. Ich würde mir wünschen, dass sich die Traditionsvereine - Kultur schafft Identifikation - auch in diese Richtung öffnen und sich anbieten, etwas zu organisieren. Einige machen dies bereits, aber es sollte unbedingt noch eine größere Öffnung geben. Das ist ganz wichtig.

Alle vier Bereiche, die ich genannt habe, sind professionalisierbar und aktiv einsetzbar. Wenn wir eine Identifikation schaffen wollen, müssen wir uns in der Kultur aktiv etwas überlegen. Wir sind alle Menschen, die im Kulturbereich arbeiten und Impulse setzen wollen. Damit meine ich nicht nur förderpolitisch, sondern in erster Linie sollte man als Kulturschaffende/r aktiv etwas mitgestalten.

Die Öffnung der Kultureinrichtungen sowohl im freien als auch im traditionellen Bereich ist für den Dialog ganz wichtig. Mehr Kultur-, Sozial- und Begegnungsräume sollten geschaffen werden, um auch die gemeinsame Identifikation zu stärken. Auf der anderen Seite gibt es Menschen, die sich mit dem Erlernen der Sprache sehr schwer tun. Diese sollten sich nicht in ein Schneckenhaus zurückziehen. Daher sollten wir versuchen, kontrolliert und koordiniert Kultur in der Muttersprache anzubieten.

Es soll möglich sein, dass Menschen Kulturangebote in ihrer Muttersprache genießen. Wir haben gerade im literarischen Bereich einige Projekte mit arabisch-deutsch im Laufen. Der Klang der Literatur, der Gedichte und der Inhalte, sowie die Farben sollten mehr gespürt werden.

Budgetär wird dies im Jahr 2016 noch kein Thema sein, aber in den Jahren 2017 oder 2018 werden wir uns überlegen müssen, wie wir einen Fokus in die kulturpolitische Identifikation bringen. Wir müssen daher auf Begegnungsräume setzen. Dies auch im Zusammenhang mit zugezogenen und auch geflüchteten Menschen.

Es war mir wichtig, das in Richtung StR Gruber vorzubringen, damit mehr Begegnung stattfinden kann.

GRⁱⁿ Reisecker: Ich habe die letzten Jahre einiges über Kultur und Kulturpolitik in der Stadt Innsbruck in meinen Reden erwähnt. Letztes Jahr habe ich sogar ein wenig in die Vergangenheit geblickt, was Kultur vor längerer Zeit in Innsbruck bedeutet hat.

Daher würde ich dieses Jahr gerne eine andere Ebene ansprechen und mir ansehen, was Kulturpolitik überhaupt macht. Das habe ich auch studiert. Es gibt nach Pierre Bourdieu eine ganz klare Definition, dass es neben einem ökonomischen Kapitel unter anderen auch ein kulturelles Kapitel gibt. Das kulturelle Wissen und die Erfahrungen spielen eine sehr große Rolle, wo wir im Leben und der Gesellschaft stehen und wie wir uns ausdrücken können.

Weiß ich zum Beispiel, wenn ich an einem noblen Bankett teilnehme, wo ich beginne mit dem vielen Besteck zu essen. Das ist ein Teil des kulturellen Kapitals. Das spielt eine Rolle. Das muss auch für uns in der Stadt Innsbruck eine Rolle spielen, wenn wir Geld für Kultur ausgeben, was wir damit eigentlich bewirken.

Es ist aus der soziologischen Perspektive leider etwas schade, dass es in diesem Bereich sehr wenige Forschungen und Datenmaterial gibt. Die Statistik Austria hat einige Forschungen vorgelegt, wie Freizeit verwendet wird und die Kultur dabei eine Rolle spielt. Wie nehmen Österreicherinnen bzw. Österreicher Kultur an? Die Statistiken sind alle ein wenig veraltet, aber trotzdem relativ aussagekräftig.

Ich habe eine Statistik aus dem Jahr 2009/2010 gefunden, in dem die kulturbezogenen monatlichen Ausgaben in einem privaten Haushalt aufgelistet sind. Damals gab in Österreich der durchschnittliche private Haushalt € 137,70 pro Monat für Kultur aus. In Tirol lag die Summe ein wenig

darunter, nämlich bei € 113,10. Das ist nicht überraschend, denn die Lebenserhaltungskosten sind in Tirol bekanntlich höher und daher bleibt auch weniger Geld für kulturelle Ausgaben.

Was wird darunter verstanden? Wofür geben Österreicherinnen bzw. Österreicher am meisten Geld im kulturellen Bereich aus? An erster Stelle liegen immerhin die Zeitungen und Magazine mit rund € 20,-- pro Monat. Dicht gefolgt liegen die Radio- und Fernsehgebühren in der Höhe von € 19,06. Diese Gebühren würde hier im Gemeinderat sicher niemand unter kulturellen Ausgaben verstehen. Das ist ein wichtiger Zugang, weil der Fernseher ein sehr essentielles Kulturmedium ist. Das wird oft unterschätzt.

Wenn man über Kultur spricht, dann stellt man sich die Theaterbühne, eine Ausstellung und vielleicht ein Konzert vor. Dass ganz viel Vermittlung von Kultur tatsächlich über das Fernsehen läuft, und man nicht ein Theater aufsuchen muss, um sich eine Oper anzusehen, sondern das auch zuhause tun kann, ist ein Faktum.

Kulturelle Aktivitäten im weiteren Sinne sind dann natürlich auch Besuche von Museen, historischen und kulturellen Denkmälern sowie Ausstellungen. Bei all diesen Dingen zeigt sich sehr deutlich, dass es sehr wenig Menschen in Österreich gibt, die das regelmäßig machen. Nur 4 % der Österreicherinnen bzw. Österreicher gehen öfters als zwölf Mal in einem Jahr in ein Museum. Die Museen in der eigenen Umgebung werden irgendwann einmal langweilig, daher ist das auch verständlich. Ausstellungen wechseln immer wieder. Nur ein Teil der Bevölkerung, gut ein Drittel, besucht ein bis drei Mal im Jahr solche Ausstellungen, allerdings bewegen diese nicht die breite Masse.

Exakt das gleiche gilt auch für das Theater, Konzerte, Opern und Ballett. Nur ein Drittel der Bevölkerung sucht ein bis drei Mal im Jahr solche Veranstaltungen auf.

Das Kino gehört immer noch zu jenen Kulturbereichen, das diverse Altersklassen anzieht. Aber, das steht auch im Kulturbericht der Stadt Innsbruck, die Kinobesuche werden auch immer weniger. Das Fernsehen spielt eine größere Rolle, denn es gehen weniger Menschen ins Kino als noch vor 40 Jahren. Die Filme kann man sich auch

zu Hause ansehen, damit wird öfters argumentiert.

Ich komme nun zu einem spannenden Punkt: Ganz ein großes Thema beim Konsum von Kultur bzw. kultureller Aktivität spielt letztlich auch der Sport. Diese angedachte Trennung von Sport und Kultur funktioniert einfach nicht. Sportaktivitäten und -veranstaltungen sind ganz ein wichtiger Bestandteil von kulturellen Aktivitäten, denen auch sehr viele Leute nachgehen.

Faktum ist leider auch, dass ein Großteil der Bevölkerung in diesem Bereich kulturell nicht aktiv ist. Zwischen 39 % und 50 % der Bevölkerung sind in diesen Einzelkulturbereichen, die ich vorher erwähnt habe, überhaupt nicht aktiv, das heißt, sie besuchen solche Veranstaltungen überhaupt nicht. Es gibt insgesamt sehr große Unterschiede zwischen - ich komme jetzt zum gesellschaftspolitischen Punkt - dem Geschlecht, Alter und der Lebensweise in der Stadt oder am Land.

Zwei Drittel jener Menschen, die nur einen Pflichtschulabschluss haben, gehen nie zu einer kulturellen Veranstaltung im Sinne von einer Theateraufführung, einem Konzert oder einer Ausstellung. Das sind nicht wenige. Es ist ziemlich eindeutig, dass Menschen, die in Beschäftigung sind und ein Einkommen haben, kulturell aktiver sind. Diese besuchen eher Konzerte und das Theater als Menschen, die arbeitslos sind. Man kann sich denken, dass arbeitslose Menschen viel mehr Zeit haben. Warum nützen sie diese dann nicht im Bereich der kulturellen Tätigkeiten? Zum einen spielt natürlich der finanzielle Aspekt eine Rolle.

Im Bereich der Arbeitslosigkeit ist es aber auch schwieriger unter Menschen zu gehen. Die soziale Exklusion ist weitreichend, wobei Geld sicher eine Rolle spielt. Zudem ist aber auch die Scham zu berücksichtigen, denn richtiges Kulturangebot kann auch sehr verbindend wirken. Alte Menschen, die weniger außer Haus gehen, und auch Arbeitslose, werden davon angesprochen. Das ist ein Bereich, in dem man mit kulturellen Aktivitäten als Stadt Innsbruck wirklich Akzente schaffen kann. Dadurch wird Bewegung in die Stadt gebracht um Menschen zu motivieren, sich einzubringen, um aktiver zu werden.

Funny side letter, wenn man sich so ansieht, welche Gruppe von Menschen in Österreich am meisten zu kulturellen Veranstaltungen im Jahr gehen, öfter als zwölf Mal im Jahr, die sich so richtig einbringen und gern zu Konzerten und regelmäßig ins Theater gehen, sind das vor allem jene Menschen, die keine österreichische Staatsbürgerschaft haben. Das mag vielleicht manche in diesem Raum überraschen, das kann man aber auf Statistik Austria nachlesen.

Menschen mit nicht österreichischer Staatsbürgerschaft sind im Verhältnis kulturell aktiver als Österreicherinnen bzw. Österreicher.

Heute wurde schon die Stadtbücherei angesprochen. Österreichweit liest durchschnittlich über ein Drittel der Männer pro Jahr kein einziges Buch, nur 18 % der Frauen lesen Bücher. Man möge daraus schließen, was man will, aber die Leselust ist bei Männern offensichtlich geringer. Vielleicht lesen Männer lieber Zeitungen als Frauen. Das geht aus diesen Statistiken leider nicht klar hervor.

Es kommt auch wieder deutlich zum Ausdruck, dass nur 50 % der Menschen, die nur einen Pflichtschulabschluss haben, überhaupt ein Buch im Laufe eines Jahres lesen. Auch hier haben wir wieder gestalterische Möglichkeiten, wo wir an dieser Stelle klar sagen müssen, dass die Stadtbücherei eine unglaublich wichtige Einrichtung ist.

Daher ist es sehr gut, wenn wir als Stadt Innsbruck gemeinsam ein Zeichen setzen und sagen, dass es wichtig ist, in diese Bücherei zu investieren. Wir müssen mehr und vielfältigere Medien haben. Die Räumlichkeiten sollten ausgeweitet werden. Hinsichtlich der Standortfrage werden wir noch genügend diskutieren können.

Die grundsätzliche Haltung hier einen Schwerpunkt zu setzen und zu versuchen, Schülerinnen und Schüler zu motivieren in die Stadtbücherei zu kommen, ist einer der Punkte, der kulturpolitisch sehr wichtig, einfach und im Endeffekt sogar relativ billig ist.

Natürlich spielt auch das Geschlecht eine große Rolle. Wir können als Stadt Innsbruck durchaus darauf achten, wem wir Preise verleihen. Der Staat Österreich oder der Bund mit seinen € 7,5 Mio. schafften es to-

tal ausgeglichen zu bilanzieren. Stipendien und Preise werden an Männer und Frauen in gleichem Maße vergeben.

Bei den Einrichtungen sieht es mit den Geschäftsführerinnen bzw. Geschäftsführern und in den Aufsichtsräten nicht so gut aus. Das ist ein bekanntes Thema. Bekanntlich prägen durchaus die Menschen, die in verantwortungsvollen Positionen sitzen, die Entscheidung, wer im Bereich der Kultur Geld bekommt. Daher wird dadurch auch die kulturelle Landschaft mitgestaltet. Wenn sich zum Teil doppelt so viele Männer in Führungspositionen befinden wie Frauen, dann wird die Kulturpolitik danach ausgerichtet.

Zusammengefasst möchte ich sagen, dass es eine Rolle spielt, welche Art von Kulturpolitik wir in der Stadt Innsbruck zulassen. Die Frau Bürgermeisterin hat schon erwähnt, dass wir in der glücklichen Situation sind, sehr viel aussuchen zu können. Es gibt in der Stadt Innsbruck ein sehr vielfältiges Angebot, welches auch sehr breit ist. Viele Menschen und Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlichen Interessen sollten hier Zugang zu Kultur finden. Das kann man immer wieder hinterfragen.

Wo können wir noch mehr Akzente und Anreize schaffen? Wir sind eine schöne Kulturstadt. Es passiert viel bei uns. Ich kann mich dem Dank meiner Vorrednerinnen bzw. Vorredner nur anschließen. Die Zusammenarbeit hat bisher sehr gut funktioniert. Ich bin auch sehr optimistisch, dass dies weiterhin der Fall ist.

Einen großen Dank möchte ich an die Mag.-Abt. V, Kultur, aussprechen, an all jene, die dort sehr fleißig und eifrig arbeiten und an alle Kulturschaffenden, die so viel dazu beitragen, dass wir diese Vielfältigkeit in der Stadt Innsbruck haben. Ich hoffe, dass das in den nächsten paar Jahren genauso sein wird. Danke!

GRⁱⁿ Dengg: Zuerst möchte ich zum Thema Kultur eine Frage stellen. Es ist mir nicht ganz klar, warum man die Fläche beim "Haus der Musik" vergessen hat in den Finanzierungsvertrag mit dem Land Tirol aufzunehmen. Das heißt für mich, dass das Land Tirol die Fläche quasi um € 0,- bekommen hat. Das Land Tirol hat diese geschenkt bekommen. Aber vielleicht kann mir das irgendwer erklären.

Wir haben heute von GRⁱⁿ Mag.^a Schwarzl sehr viel über das Tiroler Landestheater gehört, zum Beispiel wie viele Besucherinnen bzw. Besucher dort zu finden waren. Zudem müssen wir aber schon jedes Jahr die Crux schlucken und die enormen Betriebsabgänge bezahlen. Daher ist es uns sehr wichtig, dass man vor allem bei jenen Kulturvereinen, die sich maßgeblich um unsere Kinder kümmern, nie einen Sparstift ansetzt. Das wollen wir nicht haben.

Diese Kulturvereine leisten sehr große Sozialarbeit. Wir wissen alle, dass viele Familien nicht wollen, dass ihre Kinder an irgendwelchen Kulturvereinen teilnehmen. Auch wenn dies gewünscht wäre, ist es finanziell nicht immer möglich. Daher sind die Kulturvereine wichtig. Die Kinder sollen nicht merken, ob sich das die Eltern leisten können oder nicht.

GRⁱⁿ Reisecker hat ausgeführt, dass man es sich kaum vorstellen kann, dass viele Leute nie ins Theater gehen. Ich möchte daher zum Abschluss noch einen Punkt bringen, der mir sehr leid tut. Die Kulturspaziergänge des Kulturausschusses wurden zwei Mal abgehalten. Ich muss allerdings erwähnen, dass sich das Interesse auch seitens der im Kulturausschuss vertretenen Mitglieder sehr in Grenzen hielt. Ursprünglich wollte man zehn bis zwölf Mal im Jahr solche Kulturspaziergänge veranstalten, allerdings wurden nur zwei durchgeführt und anschließend ist diese Veranstaltung eingeschlafen.

Daher müssen wir uns selber einmal an der Nase nehmen, bevor wir den anderen sagen, dass sie doch auch die Kultur genießen sollen.

GR Dr. Stemeseder: In einem kurzen Gespräch mit GR Haager haben wir verwundert festgestellt, dass es keine rechten - im Sinne von volkstreu - Kabarettistinnen bzw. Kabarettisten gibt. Das ist anscheinend ganz europaweit der Fall, weil wir für alles zu deppert sind, das weiß ich schon.

Das ist ungefähr so, wie Jan Böhmermann das Experiment in einer Live-Sendung gemacht hat, was man tut, wenn ein Nazi in der Nacht die Straße überquert. Anruferinnen und Anrufer haben daraufhin erklärt, dass sie Vollgas geben würden. Jan Böhmermann hat darauf erklärt, dass er abblenden würde. Warum? Weil er das in der Fahrschule so gelernt hat. Jede/r weiß von

der Fahrschule, wenn ein erwachsener Nazi in der Nacht auf der Straße steht, dann hoppeln vielleicht ein paar kleine Nazis nach. Das ist lustig.

Bgm.ⁱⁿ Mag.^a Oppitz-Plörer: GR

Dr. Stemeseder, was hat das mit der Sache zu tun?

GR Dr. Stemeseder: Das betrifft das Thema rechtes Kulturgut und die Volks-treue. Wir werden ständig zensiert und beinhart durchleuchtet. In der Musik ist das sowieso der Fall, denn die halbe Szene ist mit einem Bein kriminell. Das wollte ich hier erwähnen. Natürlich werden diese politischen Überzeugungen nicht mit Geld gefördert.

Vielleicht kann man das irgendwann in den nächsten Jahren ändern.

GR Hitzl: Vieles wurde über den Kulturausschuss sowie die Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter der Mag.-Abt. V, Kultur, heute schon gesagt. Ich darf mich bedanken und bin stolz, dass ich Mitglied dieses Kulturausschusses sein darf.

Die Reisen der Mitglieder des Kulturausschusses nach Salzburg und Linz haben bewiesen, dass man bereit ist, weiter weg zu fahren, um notwendige Einrichtungen und Stellen zu besichtigen. GR Onay hat heute ausgeführt, dass wir uns engagieren müssen. Ich habe Wolfgang Ullmann, der Ehrenobmann des Trachtenvereins Amras ist, eingeladen im Ausschuss mitzuarbeiten. Wir machen das schon laufend.

Die Frau Bürgermeisterin hat beim Spatenstich des "Hauses der Musik" gesagt, dass wir die größte Kulturbaustelle Österreichs in der Stadt Innsbruck haben. Innsbruck ist eine ganz große Kulturhauptstadt und darauf darf man einfach stolz sein.

GRⁱⁿ Mag.^a Schwarzl, Du hättest bei Deinem Quiz auch fragen können, wie viele Konzerte die Blasmusikkapellen und die Wiltener Sängerknaben aufführen. Die Proben jede Woche sind enorm aufwendig und fast jedes Wochenende am Samstag oder Sonntag findet entweder in der Kirche oder bei einer weltlichen Veranstaltung ein Auftritt statt.

Liebe GRⁱⁿ Reisecker, wir haben in diesem Bereich selbstverständlich sehr viele ehrenamtlich engagierte Frauen, die in den Volkskulturvereinen tätig sind. Obleute,

Marketenderinnen oder Kapellmeisterinnen bzw. Kapellmeister sind bei uns bereits alle beheimatet.

Ich bedanke mich auch bei der Mag.-Abt. V, Kultur, bei der Abteilungsleiterin Mag.^a Neu und vor allem bei Maria-Luise Mayr sowie den dortigen Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeitern. Man findet dort immer ein offenes Ohr, wenn man hinkommt. Alle Unterlagen sind immer bestens vorbereitet. Noch einmal möchte ich mich bei den Mitgliedern des Kulturausschusses bedanken.

Bgm.ⁱⁿ Mag.^a Oppitz-Plörer: Zur Frage von GRⁱⁿ Dengg muss ich selber nachfragen, welcher Platz gemeint ist, der vergessen wurde. Ich bin mir diesbezüglich nicht sicher.

(GRⁱⁿ Dengg: Grundfläche?)

Ach so, dass wir keinen Baurechtszins von den anderen Partnerinnen bzw. Partnern bekommen? Wir müssen vom Bund auch noch einen Baurechtszins erhalten. Das ist wie beim Tiroler Landestheater. Dies wurde sicherlich nicht vergessen, aber ich würde vorschlagen, wenn wir hier einen Landtagsabgeordneten haben, dass dieser eine Initiative startet, dass wir einen Baurechtszins erhalten. Wir wären diesbezüglich sehr offen. Das wurde nicht vergessen, sondern einfach vom Bund und Land Tirol nicht zugesagt. Das ist ganz banal. Das ist bei den anderen Grundstücken bzw. Einrichtungen auch der Fall, die in der Stadt Innsbruck als allgemeine Infrastruktur gelten.

Aber wenn GR Federspiel einmal eine Initiative startet, könnte ich ihm ein paar Einrichtungen in der Stadt Innsbruck nennen, für die wir gerne einen Baurechtszins bekommen würden.

(GR Onay: Tirol Kliniken!)

Zum Beispiel, allerdings waren dies nicht alles städtische Grundstücke.

Somit habe ich dies aufklärt, dass es sich nicht um ein Vergessen handelt, sondern einfach keine Bereitschaft besteht.

Ich bringe die Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus, zur Abstimmung:

Mehrheitsbeschluss (gegen RUDI, FPÖ und PIRAT, 7 Stimmen):

Die Gruppe 3, ordentlicher Haushalt, für das Rechnungsjahr 2016, wird angenommen.

Mehrheitsbeschluss (gegen RUDI, FPÖ und PIRAT, 7 Stimmen):

Die Gruppe 3, außerordentlicher Haushalt, für das Rechnungsjahr 2016, wird angenommen.

Gruppe 4 Soziale Wohlfahrt und Wohnbau- förderung

GR Carli: Die Gruppe 4 weist im ordentlichen Haushalt 2016 Einnahmen in der Höhe von € 2.918.000,-- und Ausgaben in der Höhe von € 61.902.900,-- aus.

Die Gruppe 4 weist im außerordentlichen Haushalt 2016 Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von € 3.225.000,-- aus.

Bgm.ⁱⁿ Mag.^a Oppitz-Plörer: Ich bringe die Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbau-förderung, zur Abstimmung:

Mehrheitsbeschluss (gegen RUDI, FPÖ und PIRAT, 7 Stimmen):

Die Gruppe 4, ordentlicher Haushalt, für das Rechnungsjahr 2016, wird angenommen.

Mehrheitsbeschluss (gegen RUDI, FPÖ und PIRAT, 7 Stimmen):

Die Gruppe 4, außerordentlicher Haushalt, für das Rechnungsjahr 2016, wird angenommen.

Gruppe 5 Gesundheit

GR Carli: Die Gruppe 5 weist im ordentlichen Haushalt 2016 Einnahmen in der Höhe von € 43.400,-- und Ausgaben in der Höhe von € 31.541.700,-- aus.

Die Gruppe 5 weist im außerordentlichen Haushalt 2016 Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von € 80.000,-- aus.

Die Wasenmeistereigebühren sind auch zum abzustimmen.

Bgm.-Stellv. Kaufmann: Ich möchte mich jetzt nicht unbeliebt machen, daher halte ich meine Wortmeldung doch relativ kurz. Ich verweise daher auf den Bericht und bedan-

ke mich bei der Mag.-Abt. V, Gesundheit, Markt- und Veterinärwesen, die in den letzten Wochen und Monaten auf Grund der Flüchtlingsthematik vor großen Herausforderungen gestanden ist.

Dies auf Grund der doch etwas schwierigen Personalsituation - die Frau Bürgermeisterin hat dies bereits ausgeführt -, da es für uns im Moment ganz schwierig ist, Amtsärztinnen bzw. Amtsärzte zu finden. Ing.

Dr. Rammer und sein Team haben in den letzten Monaten sicher mit einer erhöhten Belastung einiges gut über die Bühne gebracht und darauf kann man stolz sein.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch die Mag.-Abt. V, Veterinärwesen, erwähnen. Es gibt eine neue Amtstierärztin Mag.^a Martina Reitmayr, die sich bei unseren Landwirtinnen bzw. Landwirten nicht unbedingt beliebt - das ist eine Funktion, bei der es nicht darum geht, wie beliebt man ist - gemacht, aber doch einen bleibenden Eindruck hinterlassen hat. Sie ist sehr resolut, allerdings ist dies in einer Stadt wie Innsbruck notwendig.

Gott sei Dank sind wir in der glücklichen Lage, dass in dieser Stadt noch aktiv Landwirtschaft betrieben wird. In diesem Sinne verweise ich auf den offiziellen Bericht. Ein herzliches Dankeschön an all jene, die hier tätig sind. Abschließend meinen besonderen Dank an Ing. Dr. Rammer, der persönlich mit sehr viel Überstunden auch am Wochenende momentan versucht, jene Themen, die auf uns neu zugekommen sind, sachgemäß abzuarbeiten.

GR Kritzingner: Zu diesem Thema möchte ich schon ein paar Worte sagen. Mir fällt auf, dass in den letzten Tagen in den Medien zu lesen war, dass es Schwierigkeiten an der Tirol Kliniken GmbH gibt, Anästhesistinnen bzw. Anästhesisten zu erhalten. Die Gesundheit spielt gerade bei älteren Menschen eine große Rolle. Das wissen wir alle. Auch bei jungen Menschen kann etwas passieren, aber ein älterer Mensch fällt eher in diese Gruppe.

Das Thema sollte daher auch einmal im Gemeinderat debattiert werden, dass junge Studentinnen bzw. Studenten, die kostenlos das medizinische Studium hier in der Stadt Innsbruck absolvieren können, anschließend im Ausland einen Arbeitsplatz finden.

Diesen Luxus müssen wir uns nicht weiterhin leisten.

Ich glaube, dass man intervenieren und versuchen sollte, Politikerinnen bzw. Politiker sowohl im Nationalrat als auch im Tiroler Landtag zu gewinnen, warum das Medizinstudium nicht mehr kostenlos sein sollte. Auch mein Enkel hat hier in Innsbruck studiert und hat jetzt sogar ein schlechtes Gewissen, weil er zwar hier studiert, aber keinen Arbeitsplatz erhalten hat und jetzt im Ausland arbeitet. Er wäre gerne hier geblieben.

Daher muss man nach einer Regelung suchen. Wir haben einen Mangel an Ärztinnen bzw. Ärzten und junge Studentinnen bzw. Studenten, die Medizin abgeschlossen haben, gehen ins Ausland.

Wir sind auch im Interesse unserer Bevölkerung verpflichtet, in diese Richtung einige Schritte zu setzen. Ich nehme als Beispiel die englischen und amerikanischen Universitäten, die Berühmtheit erlangt haben. Dort werden die besten Ärztinnen bzw. Ärzte ausgebildet. Dort muss man sehr viel für einen Studienplatz zahlen. Die Professorinnen bzw. Professoren wissen ganz genau, wenn sie nicht entsprechen, dann sind sie von der Bildfläche verschwunden.

So eine Regelung würde daher für beide Seiten ein Plus bedeuten, sowohl für die Motivation einer Ärztin bzw. eines Arztes oder einer/s Vortragenden wie auch für die Studentinnen bzw. Studenten.

Wenn keine Leistung gebracht wird, sollte der Studienplatz gestrichen werden. Für Personen, die wirklich aus Geldmangel nicht studieren können, haben wir im Sozialbereich genügend Einrichtungen, die auch ausgebaut werden sollen. Der- bzw. diejenige sollte nicht wegen Geldmangel nicht weiter studieren können, sondern das soll wirklich die öffentliche Hand übernehmen.

Ich glaube, dass von einem/r Studierenden Arbeit und Fleiß erforderlich ist. Wir benötigen Leute, die fleißig sind und arbeiten, um dadurch auch die Steuern in unserem Land zu bezahlen. Nur auf diese Weise können wir unsere Kultur und auch die vielen Einrichtungen, die wir haben, in diesem großen Ausmaß erhalten.

Bgm.ⁱⁿ Mag.^a Oppitz-Plörer: Als Personalreferentin bin ich auch für die Amtsärztinnen

bzw. Amtsärzte zuständig und darf daher zwei Minuten der Redezeit von unserer Ressortzuständigkeit abzwegen.

GR Kritzingner, bei deinem Enkel muss es ein Informationsdefizit gegeben haben, denn wir suchen händierend Amtsärztinnen bzw. Amtsärzte. Wir müssen schon fast einen Aufruf starten, wer in ihrem/seinem Umfeld jemanden kennt, die bzw. der auch nur fünf oder zehn Stunden die Woche tätig sein könnte, bitte sich zu melden.

Wir haben derzeit eine Unterversorgung, in dem Ausmaß, dass wir wirklich amtsärztliche Leistungen in den nächsten Jahren einschränken werden müssen. Das ist natürlich sehr tragisch, weil wir gesetzlich dazu verpflichtet sind. Nur, wenn sich niemand meldet, kann man auch nichts machen.

GR Kritzingner, wenn ein Enkel von Dir ins Ausland gehen musste, kannst Du ihm sagen, dass wir für ihn einen Job in der Stadt Innsbruck gehabt hätten. Die Stadt sorgt für alle, auch für Jobs.

GR Kritzingner: Das Thema Gesundheit beschäftigt uns, überhaupt wenn man einmal in einem Bereich einen Rückschlag erfahren hat.

Zur Gesundheit gehört auch eine sportliche Betätigung. Ich habe beim Kapitel 2, Sport, nicht das Wort ergriffen, weil ich mir gedacht habe, dass man dies auch beim Kapitel Gesundheit sagen darf, denn Sport fördert die Gesundheit.

Wir werden uns etwas einfallen lassen müssen, denn es sind viele Projekte im Laufen. Bgm.-Stellv. Kaufmann, wir werden uns einmal darüber unterhalten müssen. Der Sporttag der Seniorinnen bzw. Senioren sollte deklariert und auch einmal innsbruckweit durchgeführt werden.

Das Bergsteigen und die Benützung der Bergbahnen sind jetzt schon enthalten. Das ist nett, lustig und förderwürdig, aber vielleicht kann man sich auch noch etwas anderes einfallen lassen.

Bgm.-Stellv. Kaufmann: Lieber Helmut, ich darf Dir berichten, dass wir bereits bei den Sommersportarten einen Schwerpunkt haben. Diese Veranstaltung wurde letztes Jahr erstmalig eingeführt. Am Baggersee wird in Zukunft gerade für ältere Menschen eine eigene Station beim Sommersporttag aufge-

baut, damit ältere Personen nicht von Familien und jungen Menschen getrennt werden, sondern ganz bewusst soll der Sommersporttag für Kinder und Jugendliche, für Menschen in meinem Alter, aber auch für die Seniorinnen bzw. Senioren eine Selbstverständlichkeit sein.

Zudem darf ich daran erinnern, dass es die Veranstaltung "Unsere Berge für Innsbruck's Seniorinnen bzw. Senioren" gibt. Diese hat auch einen sportlichen Hintergrund. Wir wollen ältere Menschen dazu bewegen, den Naturraum in und um Innsbruck zu erleben und zu genießen.

Bgm.ⁱⁿ Mag.^a Oppitz-Plörer: Ich bringe die Gruppe 5, Gesundheit, zur Abstimmung:

Mehrheitsbeschluss (gegen RUDI, FPÖ und PIRAT, 7 Stimmen):

Die Gruppe 5, ordentlicher Haushalt, für das Rechnungsjahr 2016, wird angenommen.

Mehrheitsbeschluss (bei Stimmenthaltung von GR Appler; gegen RUDI, FPÖ und PIRAT, 7 Stimmen):

Die Gruppe 5, außerordentlicher Haushalt, zu UA 520000-050100, Downhill-Anlagen, für das Rechnungsjahr 2016, wird angenommen.

Mehrheitsbeschluss (gegen RUDI, FPÖ und PIRAT, 7 Stimmen):

Die Gruppe 5, außerordentlicher Haushalt, für das Rechnungsjahr 2016, wird unter Berücksichtigung vorstehender Abstimmung angenommen.

HH-Ansatz 581010 Wasenmeistereigebühren

Mehrheitsbeschluss (gegen RUDI, FPÖ und PIRAT, 7 Stimmen):

Die Wasenmeistereigebühren zu HH-Ansatz 581010 werden für das Rechnungsjahr 2016 gemäß Beilage angenommen.

Gruppe 6 Straßen- und Wasserbau, Verkehr

GR Carli: Die Gruppe 6 weist im ordentlichen Haushalt 2016 Einnahmen in der Höhe von € 8.144.300,-- und Ausgaben in der Höhe von € 8.615.200,-- aus.

Die Gruppe 6 weist im außerordentlichen Haushalt 2016 Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von € 12.914.000,-- aus.

In dieser Gruppe ist der Gehsteig- wie auch der Erschließungsbeitrag abzustimmen.

Bgm.-Stellv.ⁱⁿ Mag.^a Pitscheider: Ich entschuldige mich gleich am Anfang, denn ich habe schon beginnendes Kopfwahl, das immer heftiger wird. Daher wird meine Rede jetzt eher kurz ausfallen.

Ein großer Dank gebührt meinen Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeitern der Mag.-Abt. V, Verkehrsplanung, Umwelt, sowie Tiefbau. Diese arbeiten sehr gut zusammen. Wir haben nicht nur die Investitionsprojekte der Herren der Unterwelt, wie wir heute schon gehört haben. Am Anfang ist auch immer die Mag.-Abt. III, Verkehrsplanung, eingebunden, wie man es schafft, die Mobilität für Fußgängerinnen bzw. Fußgänger, Radfahrende, Autos und Busse zu gestalten.

Anschließend kommt die Mag.-Abt. III, Tiefbau, die im Kreuzungsbereich ein ganz wichtiges Element nützt. Die barrierefreie Kreuzungsgestaltung für Menschen mit Behinderung, für ältere Menschen, für Personen mit Kinderwagen sowie für verletzte Personen ist wichtig. Die Barrierefreiheit ist ein sehr wichtiges Gut in der Stadt Innsbruck und wir sind schon weit, allerdings in keinster Weise perfekt.

Wir beschäftigen uns nicht nur mit den Baustellen der Innsbrucker Kommunalbetriebe AG (IKB) oder der TIGAS - Erdgas Tirol GmbH, sondern wir möchten auch die Geleise für die Straßenbahn bauen. Zudem setzen wir auch eigene Projekte um. Es ist auch ganz wichtig, dass wir die vielen Anregungen der Bürgerinnen bzw. Bürger aufnehmen und versuchen sie auch in größere Projekte einzubinden bzw. die Überlegungen bei kleineren Baustellen sofort zu übernehmen.

Die Mag.-Abt. III, Verkehrsplanung, ist ein sehr guter Ansprechpartner für die Bürger-

rinnen und Bürger, denn auch dort wird jede Anregung aufgenommen. Wenn ein Schild schief steht, dieses zu viel oder zu wenig montiert ist, so wird diesen Eingaben immer nachgegangen. Das ist sehr bürgerinnen- bzw. bürgerfreundlich. Das wird von den Menschen sehr gut angenommen und diese bedanken sich dafür.

Natürlich setzen wir größere Projekte um. Der Jahresbericht ist noch nicht fertig, weil noch einige Projekte in der Umsetzung stecken. Der Bericht wäre, wenn wir ihn heute schon abliefern würden, noch unvollständig.

Wir haben dieses Jahr die Wilhelm-Greil-Straße fertiggestellt. Das war ein großes Projekt, das wir mit der Innsbrucker Kommunalbetriebe AG (IKB) begonnen und dann mit einem Planungsbeteiligungsprozess hinsichtlich der Oberfläche gestaltet haben. Im November 2015 konnten wir die letzten Bäume setzen. Das ist uns ganz gut gelungen. Im südlichen Bereich der Wilhelm-Greil-Straße werden diese Planungen sehr gut angenommen.

Dem Wunsch der Wirtschaftstreibenden beim Landhausplatz einen Zebrastreifen zu errichten, sind wir natürlich gerne mit einer Mittelinsel, damit die Menschen gesichert zu den Geschäften gelangen können, nachgekommen.

Kleinere Projekte, wie den Klara-Pölt-Weg, sind wir auch angegangen. GR Mag. Jahn stellte einmal einen Gemeinderatsantrag, dass dort die Einsicht besser werden sollte. Das ist schwer umsetzbar, weil ein Haus im Wege steht, aber wir versuchen eine andere Variante, um die Menschen sicherer über den Klara-Pölt-Weg zu führen. Derzeit befindet sich dort gerade eine Baustelle und daher sind wir noch nicht fertig.

Die Karwendelbrücke haben wir bereits fertiggestellt. Dies war ein langer Wunsch, der kurz vor der Gemeinderatswahl noch begehrt wurde. StR Pechlaner und GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Pokorny-Reitter haben uns mit dem Messstab gezeigt, was möglich wäre. Wir haben uns bei den Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) sehr lange die Zähne ausgebissen. Dies war ein längerer Prozess, denn wir hatten keine Schwierigkeiten mit dem Bundesdenkmalamt, sondern mit den Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB). Wir haben es dann doch noch geschafft und die Brücke wird sehr gut ange-

nommen. Die Stadt Innsbruck hat sehr viel Lob für die Verbreiterung und vor allem für die ausgezeichnete Beleuchtung in der Nacht bekommen.

Kleine Verbindungswege sind auch ganz wichtig. Es gibt kleinere Wege, die leider nicht barrierefrei sind, weil das Gelände so steil und mit Stufen ist. Andere Wege sind barrierefrei. Aktuell gibt es gerade beim Kindergarten Kranebitten einen Verbindungsweg zwischen der Anna-Dengl-Straße und dem Kranebitter Boden, damit man gemütlich von A nach B gehen kann. Zukünftig wird das der Weg zum wunderschönen Spielplatz, der erst errichtet werden muss, sein.

Ich hoffe, dass im Jänner 2016 der Jahresbericht fertig gestellt sein wird, damit man sieht, wie sich die Stadt Innsbruck bemüht, kleine Wünsche, die aber eine große Wirkung haben, im Verbindungswegenetz vor allem im Fußwegenetz, zu erfüllen. Diese werden Schritt für Schritt umgesetzt, und sind natürlich nur ganz lokal wirksam, aber für die Menschen dort sehr wichtig. Diese Wege haben keine übergeordneten Bedeutungen, aber für die Menschen im jeweiligen Stadtteil sind sie sehr wichtig. Dadurch werden die Wege verkürzt und diese sind natürlich für ältere Menschen oder jene mit Handicap beim Zufußgehen sehr wichtig.

Somit werde ich meine Ausführungen belassen, obwohl ich mir eigentlich mehr notiert hätte, aber mein Kopf pocht ziemlich.

Ich muss jetzt noch traditionell anmelden, dass die gesamte Fraktion gegen die Position Innsbruck-Süd (Vp. 5/610000-002100) stimmen wird. Das war jedes Jahr so.

GR Kritzinger: Man muss sprechen, wenn es notwendig ist, manche reden immer wenn das nicht der Fall ist.

(Bgm.ⁱⁿ Mag.^a Oppitz-Plörer: GR Kritzinger, das sage ich auch immer! Das ist wie beim Essen, denn das soll man tun, wenn es gut schmeckt und nicht wenn man soll.)

Ich fasse mich kurz. Ich habe heute schon mit Bgm.-Stellv.ⁱⁿ Mag.^a Pitscheider darüber gesprochen. Ein großes Anliegen wäre für uns, dass man diesen Busparkplatz in der Heiligegeiststraße nicht wegnimmt. Dieser liegt in der Nähe des Hauptbahnhofes. Leuten, die in die Stadt Innsbruck fahren und hier einen Einkauf machen wollen oder eine

Busreise gebucht haben, ist diese Haltestelle wichtig.

Derzeit ist immer der grüne Bus - "Mein Fernbus" für Leute, die nach München fahren und wieder von dort kommen, abgestellt. Von uns fahren dort auch einige Hundert Leute weg, das muss ich hier erwähnen. Diese Haltestelle ist für viele ganz toll, weil das für viele eine wunderbare Möglichkeit ist, in der Stadt Innsbruck einzukaufen.

GR Vescoli ist nun leider nicht anwesend, denn ich hätte ihn aufgefordert, dass er über die Wirtschaft ein paar Worte sagt. Diesen Busparkplatz kann man nicht auflassen, nur weil zwei Wohnungsbesitzerinnen bzw. -besitzer dagegen protestiert haben, dass die Abgase zu stark wären.

Bgm.-Stellv.ⁱⁿ Mag.^a Pitscheider, bitte schau Dir das noch einmal an, denn das kann nicht möglich sein. Wenn man in einer Stadt wohnt, dann muss man auch mit einem Verkehr rechnen. Anders geht es nicht.

In der Bundeshauptstadt Wien gibt es achtsstöckige Häuser, die nicht immer so hoch waren. Vor ein paar hundert Jahren gab es nur einen Stock, allerdings wurden diese aufgestockt, um mehr Wohnraum für die Bevölkerung in der Innenstadt zu schaffen.

Hier muss man tolerant sein und einfach die Notwendigkeit einsehen. Ich konnte aus den Zeitungsberichten entnehmen, was in der Bundeshauptstadt Wien für ein Streit entstanden ist. Ich habe das nicht näher verfolgt, sondern kenne nur die Berichte in den Medien. So etwas können wir in der Stadt Innsbruck wirklich nicht brauchen.

Der neue Busparkplatz soll irgendwo im Stadtteil Saggen angesiedelt werden, das haben mir aber nur die Bürgerinnen bzw. Bürger zugetragen. Das ist doch nicht möglich, denn man kann die Leute nicht mit Gewalt aus der Innenstadt drängen. Wir benötigen Innsbruck auch als großes Einkaufszentrum. Die Konkurrenz in den Bezirken ist riesig groß. In Imst gibt es sehr viele große Geschäfte. Ich spreche nicht den Raum Kitzbühel an. Aber in Schwaz, Wörgl oder Kufstein, dort gibt es überall ein großes Angebot.

In der Stadt Innsbruck halten wir jene Leute, die interessiert sind, in die Stadt zu kommen, fern. Hier muss einfach die Vernunft

siegen. Daher hoffe ich, vom Gemeinderat die nötige Unterstützung zu erhalten.

Bgm.ⁱⁿ Mag.^a Oppitz-Plörer: Ich bringe die Gruppe 6, Straßen- und Wasserbau, Verkehr, zur Abstimmung:

Mehrheitsbeschluss (gegen RUDI, FPÖ und PIRAT, 7 Stimmen):

Die Gruppe 6, ordentlicher Haushalt, für das Rechnungsjahr 2016, wird angenommen.

Mehrheitsbeschluss (gegen GRÜNE, RUDI, FPÖ und PIRAT, 15 Stimmen):

Die Gruppe 6, außerordentlicher Haushalt, zu Vp. 5/610000-002100, Innsbruck-Süd, für das Rechnungsjahr 2016, wird angenommen.

Mehrheitsbeschluss (gegen RUDI, FPÖ und PIRAT, 7 Stimmen):

Die Gruppe 6, außerordentlicher Haushalt für das Rechnungsjahr 2016, wird unter Berücksichtigung vorstehender Abstimmung angenommen.

HH-Ansatz 612000

Gehsteigbeitrag und Erschließungsbeitrag

Mehrheitsbeschluss (gegen RUDI, FPÖ und PIRAT, 7 Stimmen):

Der Gehsteigbeitrag und der Erschließungsbeitrag zu HH-Ansatz 612000 werden für das Rechnungsjahr 2016 gemäß Beilage angenommen.

Gruppe 7 Wirtschaftsförderung

GR Carli: Die Gruppe 7 weist im ordentlichen Haushalt 2016 Einnahmen in der Höhe von € 9.000,-- und Ausgaben in der Höhe von € 2.445.500,-- aus.

Die Gruppe 7 weist im außerordentlichen Haushalt 2016 Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von € 300.000,-- aus.

Ich möchte mich bei der Mag.-Abt. IV, Wirtschaftsförderung, und bei den Kolleginnen

und Kollegen des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus bedanken.

Bgm.ⁱⁿ Mag.^a Oppitz-Plörer: Ich bringe die Gruppe 7, Wirtschaftsförderung, zur Abstimmung:

Mehrheitsbeschluss (gegen RUDI, FPÖ und PIRAT, 7 Stimmen):

Die Gruppe 7, ordentlicher Haushalt, für das Rechnungsjahr 2016, wird angenommen.

Mehrheitsbeschluss (gegen RUDI, FPÖ und PIRAT, 7 Stimmen):

Die Gruppe 7, außerordentlicher Haushalt, für das Rechnungsjahr 2016, wird angenommen.

Gruppe 8 Dienstleistungen

GR Carli: Die Gruppe 8 weist im ordentlichen Haushalt 2016 Einnahmen in der Höhe von € 39.075.500,-- und Ausgaben in der Höhe von € 74.552.800,-- aus.

Die Gruppe 8 weist im außerordentlichen Haushalt 2016 Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von € 68.483.000,-- aus.

Über die Abfallgebühren, die Gehwegreinigungsgebühren, Friedhofsgebühren sowie die Marktgebühr sind abzustimmen.

Bgm.ⁱⁿ Mag.^a Oppitz-Plörer: Ich bringe die Gruppe 8, Dienstleistungen, zur Abstimmung:

Mehrheitsbeschluss (gegen RUDI, FPÖ und PIRAT, 7 Stimmen):

Die Gruppe 8, ordentlicher Haushalt, für das Rechnungsjahr 2016, wird angenommen.

Mehrheitsbeschluss (gegen RUDI, FPÖ und PIRAT, 7 Stimmen):

Die Gruppe 8, außerordentlicher Haushalt, für das Rechnungsjahr 2016, wird angenommen.

HH 813000 Abfallgebühren

Mehrheitsbeschluss (gegen RUDI, FPÖ und PIRAT, 7 Stimmen):

Die Abfallgebühren zu HH 813000 werden für das Rechnungsjahr 2016 gemäß Beilage angenommen.

HH 814000 Gehwegreinigungsgebühren

Mehrheitsbeschluss (gegen RUDI, FPÖ und PIRAT, 7 Stimmen):

Die Gehwegreinigungsgebühren zu HH-Ansatz 814000 werden für das Rechnungsjahr 2016 gemäß Beilage angenommen.

HH 817010 Friedhofsgebühren

Mehrheitsbeschluss (gegen RUDI, FPÖ und PIRAT, 7 Stimmen):

Die Friedhofsgebühren zu HH-Ansatz 817010 werden für das Rechnungsjahr 2016 gemäß Beilage angenommen.

HH 828000 Marktgebühr

Mehrheitsbeschluss (gegen RUDI, FPÖ und PIRAT, 7 Stimmen):

Die Marktgebühr zu HH-Ansatz 828000 wird für das Rechnungsjahr 2016 gemäß Beilage angenommen.

Gruppe 9 Finanzwirtschaft

GR Carli: Die Gruppe 9 weist im ordentlichen Haushalt 2016 Einnahmen in der Höhe von € 275.373.100,-- und Ausgaben in der Höhe von € 32.187.700,-- aus.

Die Gruppe 9 weist im außerordentlichen Haushalt 2016 weder Einnahmen noch Ausgaben aus.

Die Hundesteuer ist auch noch zu beschließen.

Bgm.ⁱⁿ Mag.^a Oppitz-Plörer: Ich bringe nun die Gruppe 9, Finanzwirtschaft, zur Abstimmung:

Mehrheitsbeschluss (gegen RUDI, FPÖ und PIRAT, 7 Stimmen):

Die Gruppe 9, ordentlicher Haushalt, für das Rechnungsjahr 2016, wird angenommen.

Mehrheitsbeschluss (gegen RUDI, FPÖ und PIRAT, 7 Stimmen):

Die Gruppe 9, außerordentlicher Haushalt für das Rechnungsjahr 2016, wird angenommen.

UA 920000 Hundesteuer

Mehrheitsbeschluss (gegen RUDI, FPÖ und PIRAT, 7 Stimmen):

Die Hundesteuer zu HH-Ansatz 920000 wird für das Rechnungsjahr 2016 gemäß Beilage angenommen.

5.3 IV 4614/2015

Haushaltssatzung 2016 sowie Ausführungsbestimmungen für den Voranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck für das Rechnungsjahr 2016

Bgm.ⁱⁿ Mag.^a Oppitz-Plörer bringt die Haushaltssatzung 2016 sowie die Ausführungsbestimmungen für den Voranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck für das Rechnungsjahr 2016 zur Abstimmung:

Mehrheitsbeschluss (gegen RUDI, FPÖ und PIRAT, 7 Stimmen):

Beiliegende Haushaltssatzung 2016 sowie die Ausführungsbestimmungen für den Voranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck für das Rechnungsjahr 2016 werden angenommen.

5.4 Abstimmung zur Annahme des ordentlichen und außerordentlichen Haushaltplanes sowie des gesamten Haushaltes 2016 einschließlich der Liste der Änderungen nach 2. Lesung

Bgm.ⁱⁿ Mag.^a Oppitz-Plörer bringt den ordentlichen, den außerordentlichen und den gesamten Haushalt 2016 einschließlich der Liste der Änderungen nach 2. Lesung zur Abstimmung:

Mehrheitsbeschluss (gegen RUDI, FPÖ und PIRAT, 7 Stimmen):

Der ordentliche Haushalt 2016 wird unter Berücksichtigung vorstehend angeführter Abstimmungen angenommen.

Mehrheitsbeschluss (gegen RUDI, FPÖ und PIRAT, 7 Stimmen):

Der außerordentliche Haushalt 2016 wird unter Berücksichtigung vorstehend angeführter Abstimmungen angenommen.

Mehrheitsbeschluss (gegen RUDI, FPÖ und PIRAT, 7 Stimmen):

Der gesamte Haushaltsvoranschlag, ordentlicher und außerordentlicher Haushalt, für das Jahr 2016, wird unter Berücksichtigung vorstehend angeführter Abstimmungen angenommen.

5.5 IV 4614/2015

Untervoranschlag für das Jahr 2016 des Gestellungsbetriebes der Stadt Innsbruck

Bgm.ⁱⁿ Mag.^a Oppitz-Plörer bringt den Untervoranschlag für das Jahr 2016 des Gestellungsbetriebes der Stadt Innsbruck zur Abstimmung:

Mehrheitsbeschluss (gegen RUDI, FPÖ und PIRAT, 7 Stimmen):

Der der Erstschrift beigelegte Untervoranschlag für das Jahr 2016 des Gestellungsbetriebes der Stadt Innsbruck wird angenommen.

5.6 GSB 4070/2015

Dienstpostenplan für das Jahr 2016 des Gestellungsbetrie- bes der Stadt Innsbruck

Bgm.ⁱⁿ Mag.^a Oppitz-Plörer bringt den Dienstpostenplan für das Jahr 2016 des Gestellungsbetriebes der Stadt Innsbruck zur Abstimmung.

Mehrheitsbeschluss (gegen RUDI, FPÖ und PIRAT, 7 Stimmen):

Der Dienstpostenplan für das Jahr 2016 des Gestellungsbetriebes der Stadt Innsbruck wird gemäß Beilage angenommen.

Bgm.ⁱⁿ Mag.^a Oppitz-Plörer: Ich darf dem Gemeinderat gratulieren. Ich freue mich sehr, dass wir diesen Jahresvoranschlag der Landeshauptstadt Innsbruck abarbeiten durften. In dieser Phase haben wir noch ausreichend Zeit, alle Punkte, die heute vielleicht in der Diskussion noch nicht ausführlich behandelt worden sind, noch einmal anzusprechen.

Ich darf mich sehr herzlich für die Diskussionen vor allem in den ersten Kapiteln bedanken und wünsche allen eine schöne Zeit. Ich gehe davon aus, dass wir uns heuer nicht mehr bei einer Sitzung des Gemeinderates sehen, allerdings kann ich gar nichts ausschließen. Wir werden im Stadtsenat alles andere erledigen.

Vielen herzlichen Dank und eine schöne Adventszeit.

Die Schriftführerinnen:

Ragel
Pest
Spielmann

Die Bürgermeisterin:

U. G. U. R.

ANWESENHEITSLISTE

(zurück)

für die **Sitzung des Budget-Gemeinderates am 03. Dezember 2015**

DDr. PICHLER Peter
HOFER Bernhard MSc. (ab 18:00 Uhr)
~~ABENTHUM Franz (FI)~~


.....


APPLER Christoph (ÖVP)


.....

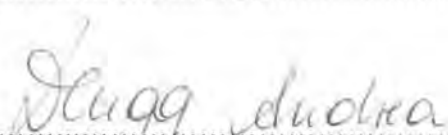
BUCHACHER Helmut (SPÖ)


.....

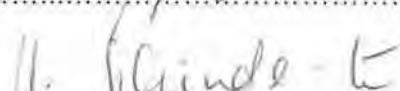
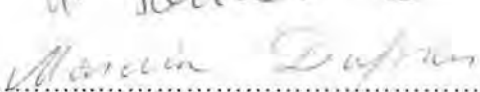
CARLI Thomas (GRÜNE)


.....

DENGG Andrea (RUDI)


.....

Mag.^a SCHINDL-HELLDRICH Ulrike
(von 18:30 bis ca. 21:30 Uhr)
DUFTNER Marcela (GRÜNE)



.....

EBERL Angela (SPÖ)


.....

FEDERSPIEL Rudi (RUDI)


.....

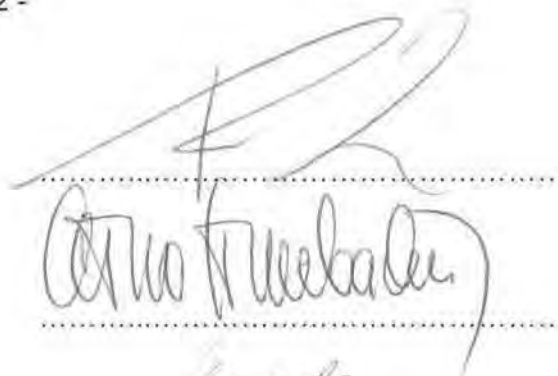
Mag. FRITZ Gerhard (GRÜNE)


.....

GREGOIRE Deborah (FPÖ)


.....

GRUBER Franz Xaver (ÖVP)



GRÜNBACHER Arno (SPÖ)

HAAGER Christian (RUDI)

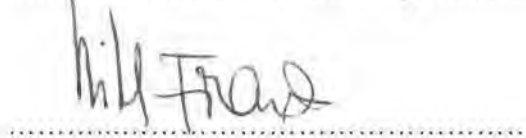


HOF Martin (von 11:00 bis 17:30 Uhr)

Mag.^a HEIS Kathrin (GRÜNE)



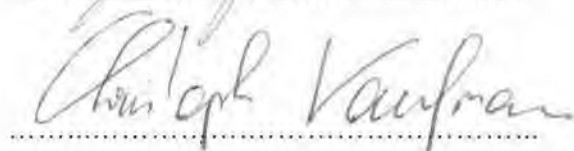
HITZL Franz (ÖVP)



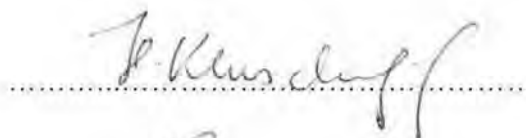
Mag. JAHN Lorenz (ÖVP)



KAUFMANN Christoph (FI)



KEUSCHNIGG Herlinde (FI)



Mag KOGLER Christian (ÖVP)

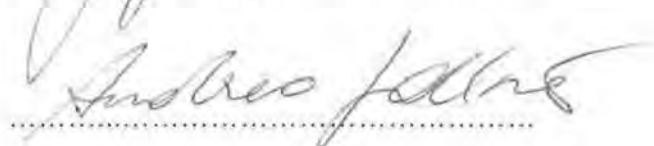


Mag. KRACKL Lucas (FI)



Mag.^a GOLLNER Andrea (bis 17:30 Uhr)

~~Dr.ⁱⁿ KRAMMER-STARK Renate (GRÜNE)~~



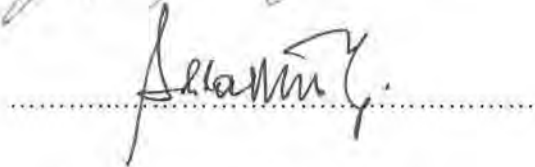
KRITZINGER Helmut
(TIROLER SENIORENBUND)



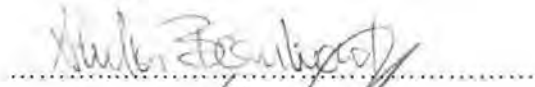
Mag. Dr. ÜBERBACHER Johann
~~KUNST Andreas~~ (FPÖ)



SCHLATTER Georg (ÖVP)
~~MOSER Elfriede~~



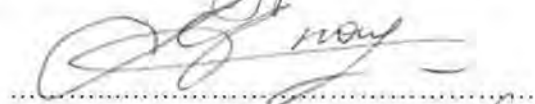
Ing. HUTER Bernhard
~~Dr.ⁱⁿ MOSER Patrizia~~ (FI)



Dr. iur. STEMESEDER Heinrich
~~OFER Alexander~~ (INN Piraten)



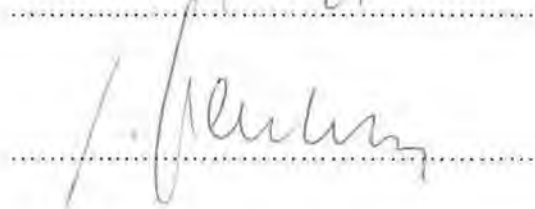
ONAY Mesut, Akad. Vkm. (GRÜNE)



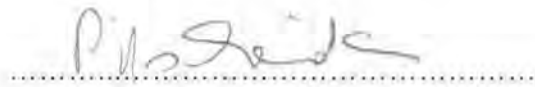
Mag.^a OPPITZ-PLÖRER Christine (FI)



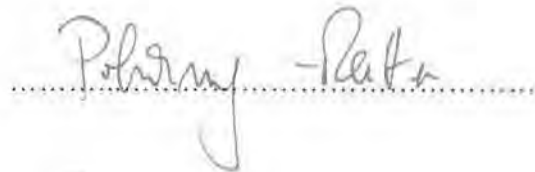
PECHLANER Ernst (SPÖ)



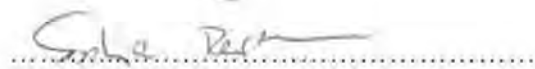
Mag.^a PITSCHIEDER Sonja (GRÜNE)



Dr.ⁱⁿ POKORNY-REITTER Marie-Luise
(SPÖ)



REISECKER Sophia (SPÖ)



Mag.^a SCHWARZL Uschi (GRÜNE)



MMMMag. DDr. ADAM Kurt
~~Dipl.-Ing.ⁱⁿ SPRENGER Daria~~ (ÖVP)



SPRINGER Gerda (FI)

Gerda Springer

Mag. STOLL Markus (FI)

Markus Stoll

LERCH Oswald

~~MMag.^a TRAWEGER-RAVANELLI Barbara~~
(ÖVP)

Oswald Lerch

VESCOLI Winfried (FPÖ)

Winfried Vescoli

WALLASCH Kurt (FI)

Kurt Wallasch

WANKER Andreas (ÖVP)

Andreas Wanker

*Zur Vorlage an den
gemeinderätlichen
Personalausschuss!*

Stadtmagistrat
Amt für Personalwesen
Amtsvorstand Mag. Ferdinand Neu
Telefon +43 512 5360 3344
Fax +43 512 5360 1742
Email ferdinand.neu@magibk.at
Ort, Datum Innsbruck, 9. Oktober 2015

ZI.I-9879/2015/PA

DIENSTPOSTENPLAN 2016

(zu Punkt 5.2, Gruppe 0)

für Beamte und Vertragsbedienstete der Stadt Innsbruck
mit allen Zuweisungen (einschl. IIG, ISD GmbH, Tiroler Landestheater und Innsbrucker
Symphonieorchester GmbH; jedoch ohne Zuweisungen an IKB-AG)

1. Schema II und IV

DP-Anzahl

Verwendungsgruppe A (101)

Dienstklasse VIII	14
Dienstklasse VII/VIII	1
Dienstklasse VII	25
Dienstklasse ZV/VII	61

Verwendungsgruppe B (273)

Dienstklasse VII	15
Dienstklasse VI/VII	27
Dienstklasse VI	24
Dienstklasse ZV/VI	207

Verwendungsgruppe C (259)

Dienstklasse V	48
Dienstklasse I-IV/V	20
Dienstklasse I-IV	190
Dienstklasse I-IV kzf	1

Verwendungsgruppe D (108)

Dienstklasse I-IV	24
Dienstklasse I-III	84

Verwendungsgruppe E

Dienstklasse I-III	37
--------------------	----

Verwendungsgruppe L1	1
Verwendungsgruppe L2a	30
Verwendungsgruppe L2b	36
Verwendungsgruppe L3	2
Verwendungsgruppe KI	178
Orchesterschema	<u>42</u>
Summe	<u>1.067</u>

2. Schema I und III

Verwendungsgruppe P1/I-IV	121
Verwendungsgruppe P1/I-III	18
Verwendungsgruppe P2	52
Verwendungsgruppe P3	115
Verwendungsgruppe P4	75
Verwendungsgruppe P5	<u>5</u>
Summe	<u>386</u>

Gesamtsumme**1.453 (2015: 1.453)**

Mag. Ferdinand Neu e.H.

Innsbruck, 02.12.2015

(zu Gruppe 5)

(zu Gruppe 6)

(zu Gruppe 8)

(zu Gruppe 9)

Abänderungsantrag

zum Beschluss des Ausschusses für Finanzen, Subventionen und Beteiligungen
vom 03.11.2015

Gebühren und sonstige Abgaben

In Abänderung des Beschlusses des Ausschusses für Finanzen, Subventionen und Beteiligungen vom 03.11.2015 beantragen wir die Änderungen der Gebühren und sonstigen Abgaben, laut beiliegender Aufstellung. Damit wird die nicht vorgenommene Valorisierung nach VPI (21,52 % seit 2005) ausgeglichen.

Dies erfolgt zum einen als Vorsorge auf eine durchgängige Stabilisierung des Gemeindehaushaltes und zum anderen um der bereits medial angekündigten Gebührenbremse des BMF (Bundesministerium für Finanzen) vorzugreifen. Denn diese würde bedeuten, dass der Gemeinderat künftig nur mehr Anpassungen bis zur Höhe der jährlichen VPI-Steigerung beschließen darf. Damit wäre es der Stadt Innsbruck unmöglich, die bisher aus wirtschaftspolitischen Überlegungen heraus nicht vorgenommene Anpassung nachzuziehen und auszugleichen.

Unterschriften:



 Dr. Adolf Kaufmann, Kathrin Heis, ...

GEBÜHREN 2016

DER LANDESHAUPTSTADT INNSBRUCK

INNSBRUCK, 13.10.2015

1. ABFALLGEBÜHREN (HH-Ansatz 813000)

(zu Punkt 5.2, Gruppe 8)

Um einerseits den inflationären Entwicklungen Rechnung zu tragen und andererseits einen Lenkungseffekt zu erreichen, wird vorgeschlagen die Gebühren zu erhöhen. Entsprechend der Vordergründigkeit des Lenkungseffektes wird dabei bei der „Weiteren Gebühr“ eine gewichtigere Erhöhung vorgeschlagen.

ANTRAG

Die Gebührensätze für die Müllabfuhr werden ab dem 01.01.2016 wie folgt festgesetzt:

	2015 [EUR]	2016 [EUR]	
Grundgebühr pro Wohnraum- und Nutzflächeneinheit, je Woche	0,2150	0,2193	2,00%
Weitere Gebühr, je Liter (Einheitssatz)	0,0328	0,0344	4,90%
Müllsack (60 l/je Abfuhr) im Sinne des § 6 Abs. 1	2,95	3,05	3,39%

Zu diesen Gebühren tritt die Umsatzsteuer im gesetzlichen Ausmaß.

2. GEHWEGREINIGUNGSGEBÜHREN (HH-Ansatz 814000)

(zu Punkt 5.2, Gruppe 8)

Der Antrag für die Gehwegreinigungsgebühren sieht in Anlehnung an den Transportkostenindex (maschinelle Reinigung und maschineller Winterdienst) sowie den Gehaltssteigerungen im öffentlichen Dienst für 2015 eine Erhöhung zwischen 2,50% und 3,00% vor.

ANTRAG

Dem entsprechend werden die Gebührensätze für die Erhebung der Gehwegreinigungsgebühren ab dem Haushaltsjahr 2016 wie folgt festgesetzt:

	2015 [EUR]	2016 [EUR]	
Für bebaute Grundstücke je m²:			
Klasse I	11,40	11,70	2,63%
Klasse II	8,20	8,50	3,66%
Klasse III	6,70	6,90	2,99%
Für unbebaute Grundstücke je m²			
Klasse I	4,50	4,60	2,22%
Klasse II	3,40	3,50	2,94%
Klasse III	2,80	2,90	3,57%

3. FRIEDHOFSGEBÜHREN (HH-Ansatz 817010)

(zu Punkt 5.2, Gruppe 8)

Der Antrag für die Friedhofsgebühren sieht für das Jahr 2016 eine Anhebung der Gebühren in Höhe von ungefähr 2% vor.

ANTRAG

Die Friedhofsgebühren werden ab 01.01.2016 wie folgt festgelegt:

1.0.0	GRABBENÜTZUNGSGEBÜHREN	2015 [EUR]	2016 [EUR]
1.1.0	Erdgräber (10 Jahre)		
1.1.1	Reihengrab - normal	307,90	314,10
1.1.2	Reihengrab - Kinder (inkl. Sammelgrab)	199,70	203,70
1.1.3	Wandgrab	462,00	471,20
1.1.4	Arkadengrab	539,00	549,80
1.1.5	Urnengrab	271,60	277,00
1.1.6	Sammelgräber für Priester, Pfarreien und Klöster sowie Armengräber	Keine	Keine
1.2.0	Urnennischen (10 Jahre)		
1.2.1	Nische für 2 Urnen	367,80	375,20
1.2.2	Nische für 3 Urnen	459,20	468,40
1.2.3	Nische für 4 Urnen	551,40	562,40
1.2.4	Nische für 6 Urnen	642,30	655,20
1.3.0	Kombinierte Urnengräber (10 Jahre)		
1.3.1	Urnenerdgrab und Urnennische	642,30	655,20
1.4.0	Grüfte (25 Jahre)		
1.4.1	Familiengruft	4641,00	4733,80
1.4.2	Sammelgruft - je Gruftnische	464,20	473,50
1.4.3	Sonstige Gruft	4641,00	4733,80
1.5.0	Urnensammelgrab (einmalig)		
1.5.1	Grab der Einsamen	120,80	123,20

1.6.0	Notgruft		
1.6.1	Benützungsgebühr je angefangenen Monat	45,70	46,60
1.6.2	Sicherstellungsgebühr	616,00	628,30
1.7.0	Erneuerungsgebühr für Grabbenutzungsrechte, die vor dem Inkrafttreten der Gemeindesaniätsgesetznovelle (LGBL. Nr. 13/1968) auf Friedhofdauer eingeräumt wurden		
1.7.1	bei Grüften juristischer Personen nach jeweils 50 Jahren	457,70	466,90
1.7.2	bei Grüften natürlicher Personen nach jeweils 50 Jahren	228,70	233,30
1.7.3	bei sonstigen Benützungsrechten nach jeweils 10 Jahren anteilig von der betreffenden Grabbenützungsgebühr	10%	10%
1.8.0	Benützungsrechtsbezogene Zusatzgebühr		
1.8.1	Änderungsgebühr für die Übertragung des Grabbenützungsrechtes unter Lebenden	92,80	94,70

2.0.0	FRIEDHOFSBENÜTZUNGSGEBÜHREN (10 Jahre)		
2.1.0	Einfachgräber, Urnengräber	144,40	147,30
2.2.0	Mehrfachgräber und Grüfte	216,20	220,50
2.3.0	Kindergräber und Anatomiegräber	72,10	73,50
2.4.0	Armengräber, Urnensammelgräber, Notgruft und Sammelgräber für Priester, Pfarreien und Klöster	Keine	Keine

3.0.0	ADMINISTRATIONS- GEBÜHREN (Verwaltungskosten)		
3.1.0	Beisetzungsanmeldung		
3.1.1	für Erdgräber, Urnennischen und Grüfte	92,80	94,70
3.1.2	für Armengräber und <i>Sammelgräber für Priester, Pfarreien und Klöster</i>	9,20	9,40
3.1.3	für Anatomiegräber	18,50	18,90
3.1.4	für Kinder, die das 10. Lebensjahr nicht vollendet haben (gilt nicht für Kindersammelbeisetzungen)	46,40	47,30
3.1.5	für Beisetzungen auf nichtstädtischen Friedhöfen bei Inanspruchnahme der städt. Friedhofsverwaltung	46,40	47,30
3.1.6	für Urnensammelgräber	46,40	47,30
3.2.0	Enterdigungsanmeldung		
3.2.1	Exhumierung	92,80	94,70
3.2.2	Gebeineenterdigung und Urnenentnahme	61,70	62,90
3.3.0	Beisetzungszuschläge		
	> für Verabschiedungen und Urnenbeisetzungen		
3.3.1	an Samstagen	92,80	94,70
3.3.2	an Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen	185,60	189,30
	> für Körperbestattungen aus sanitätspolizeilichen Gründen		
3.3.3	an Samstagen	185,60	189,30
3.3.4	an Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen	371,20	378,60
	> für sonderbewilligte Körperbestattungen		
3.3.5	an Samstagen	278,40	284,00
3.3.6	an Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen	556,60	567,70
3.4.0	Bewilligungsgebühren		
3.4.1	Nachbelegung	46,30	47,20
3.4.2	Aufstellung einer Urne	23,20	23,70
3.4.3	Umlegung	46,30	47,20
3.4.4	temporäre Einstellung einer Leiche	23,20	23,70
3.4.5	gruftartiger Ausbau eines Erdgrabes	92,80	94,70

4.0.0	GEBÜHREN für AUFBAHRUNGSHALLE		
4.1.0	Hallenbenützung	45,30	46,20
4.2.0	Benützung von Einrichtungen (inkl. Strom)	63,10	64,40
4.3.0	Mithilfe und Beaufsichtigung	138,70	141,50
4.4.1	Gebühren gesamt (4.1.0, 4.2.0, 4.3.0)	247,40	252,30
4.4.2	Sozialtarif	24,70	25,20
4.4.3	für Kinder, die das 10. Lebensjahr nicht vollendet haben	123,80	126,30
4.5.0	Beistellung von Topfblumen (16/12/8/4) je Stück	6,40	6,50

5.0.0	GEBÜHREN für EINSEGNUNGSHALLE		
5.1.0	Hallenbenützung	9,00	9,20
5.2.0	Benützung von Einrichtungen (inkl. Strom)	13,60	13,90
5.3.0	Mithilfe und Beaufsichtigung	18,50	18,90
5.4.1	Gebühren gesamt (5.1.0, 5.2.0, 5.3.0)	41,00	41,80
5.4.2	Sozialtarif, Anatomie u. <i>Sammelgräber für Priester, Pfarreien u. Klöster</i>	4,20	4,30
5.4.3	für Kinder, die das 10. Lebensjahr nicht vollendet haben	20,70	21,10

6.0.0	GRABÖFFNUNGSGEBÜHREN		
6.1.0	Körperbestattungen und Enterdigungen		
6.1.1	Erdgräber: normale Tiefe (1,80 m)	302,50	308,60
6.1.2	Erdgräber: Tieferlegung (2,20 m)	411,40	419,60
6.1.3	Erdgräber: doppelte Tieferlegung (2,60 m)	574,60	586,10
6.1.4	Gruftnischen und gruftartig ausgebaute Erdgräber	242,10	246,90
6.1.5	Nachlass auf 6.1.1 - 6.1.4 bei Armengräbern, Anatomiegräbern, bei Kindern, die das 10. Lebensjahr nicht vollendet haben und <i>Sammelgräber für Priester, Pfarreien und Klöster</i>	50%	50%
6.2.0	Urnenbeisetzungen und Entnahmen		
6.2.1	Urnenischen und Urnensammelgräber	35,20	35,90
6.2.2	Erdgräber	75,60	77,10
6.2.3	Gruftnischen und gruftartig ausgebaute Erdgräber	242,10	246,90
6.2.4	Nachlass auf 6.2.1 - 6.2.3 bei Kindern, die das 10. Lebensjahr nicht vollendet haben	50%	50%
6.3.0	dringliche Nebenarbeiten		
6.3.1	Beseitigung von Fundamenten, Grabeinrichtungen, Bepflanzungen je angefangene halbe Stunde und Arbeiter	17,50	17,90

7.0.0	SPEZIELLE ENTERDIGUNGSGEBÜHREN		
7.1.0	Gebeineenterdigung (Entnahme)		
7.1.1	Einsatz eines Grabarbeiters	70,60	72,00
7.2.0	Exhumierung		
7.2.1	1 Organ der Sanitätsbehörde (Amtsarzt)	35,30	36,00
7.2.2	1 Organ der Friedhofsbehörde	35,30	36,00
7.2.3	Mithilfe durch Friedhofsarbeiter	302,50	308,60
7.2.4	Mithilfe (7.2.3) zwecks Tieferlegung	272,20	277,60

8.0.0	SONSTIGE GEBÜHREN		
8.1.0	Dauerfundament je Einzelgrab	205,50	209,60
8.2.0	Beistellung von Grabtrittplatten inkl. Verlegung		
8.2.1	Einzelerdgrab	299,20	305,20
8.2.2	Doppelerdgrab	399,10	407,10
8.2.3	Urnenerdgrab	149,70	152,70
8.2.4	kombiniertes Urnenerdgrab	74,70	76,20
8.3.0	Beisetzungsbedingte Nachverlegung der Grabtrittplatten		
8.3.1	Einzelerdgrab	105,70	107,80
8.3.2	Doppelerdgrab	123,30	125,80
8.4.0	Beistellung einer Urnennischenplatte		
8.4.1	Größe 1	258,60	263,80
8.4.2	Größe 2	306,60	312,70
8.5.0	Behältnis für Urnenerdbestattung	88,00	89,80
8.6.0	sonstige Arbeitseinsätze je angefangenen ½ h und Arbeiter	17,50	17,90
8.7.0	Leihgebühr für Grünstöcke		
8.7.1	bei Aufbahrungen (8/6/4/2) je Stück	7,00	7,10
8.7.2	bei Verabschiedungen und Einsegnungen (8/6/4/2) je Stück	2,70	2,80
9.0.0	NICHTGEMEINDEBÜRGERZUSCHLÄGE		
9.1.0	auf die Grabgebühren		
9.1.1	bei der Grabbenützungsgebühr 1.1.0 bis 1.5.0	50%	50%
9.1.2	bei der Friedhofbenützungsgebühr 2.1.0 bis 2.2.0	50%	50%
9.2.0	auf die Beerdigungsgebühren		
9.2.1	bei der Administrationsgebühr 3.1.0 (=Beisetzungsanmeldung) ausgenommen 3.1.2 und 3.1.3	50%	50%

Hinweis: Gem. GR-Beschluss v. 13.12.2007 (I-Präs. 609e/2007)

„Im Falle einer Verlängerung des Benützungsrechtes (§13) um 5 Jahre fallen die Grabbenützungsgebühr (1.0.0) und die Friedhofsbenützungsgebühr (2.0.0) jeweils zu 50% der oben angeführten Beträge an.“

4. MARKTGEBÜHR (HH-Ansatz 828000)

(zu Punkt 5.2, Gruppe 8)

Auf Vorschlag der Fachdienststelle wird vorgeschlagen die Marktgebühr um 1,2% zu erhöhen.

ANTRAG

Die Gebühr (inkl. 20% USt.) wird ab dem Haushaltsjahr 2016 wie folgt festgesetzt:

	2015 [EUR]	2016 [EUR]	
Überlassung von Marktplätzen gem. §8 Abs. 1 Ziffer 3, 4, 5 und 8 der Innsbrucker Marktordnung je angefangenen lfm Verkaufsfläche	4,15	4,20	1,20%

5. GEHSTEIGBEITRAG (HH-Ansatz 612000)

(zu Punkt 5.2, Gruppe 6)

Der für die Bemessung des Gehsteigbeitrages maßgebliche Gehsteigbeitragssatz ist gem. § 19 Abs. 4 Tiroler Verkehrsaufschließungsabgabengesetz vom Gemeinderat für das gesamte Stadtgebiet einheitlich festzusetzen. Der Gehsteigbeitragssatz darf höchstens 1/100 der Durchschnittskosten für die Herstellung von 1 m² zeitgemäßer Gehsteigfläche betragen.

Seitens der Fachdienststelle wurde dazu bekannt gegeben, dass die Rahmenvereinbarung 2014 – 2016 für Bauarbeiten nach wie vor gilt und damit keine Verteuerung des Beitragssatzes notwendig ist.

ANTRAG

Unter Zugrundelegung der aktualisierten Kalkulation mit Bezug „Gehsteigneuerichtung“ haben sich die Herstellkosten gegenüber dem Vorjahr nicht verteuert, so dass eine **Beibehaltung des Gehsteigbeitragsatz von EUR 2,88 / m²** für das Jahr 2016 beantragt wird.

6. ERSCHLIESSUNGSBEITRAG (HH-Ansatz 612000)

(zu Punkt 5.2, Gruppe 6)

Gemäß § 7 Tiroler Verkehrsaufschließungsabgabengesetz werden die Gemeinden ermächtigt, im Falle eines Neubaus eines Gebäudes oder der Änderung eines Gebäudes, durch die seine Baumasse vergrößert wird, einen Erschließungsbeitrag zu erheben. Die Höhe des Erschließungsbeitragssatzes richtet sich nach der von der Gemeinde zu tragenden Straßenbaulast und darf 5 % des Erschließungskostenfaktors nicht übersteigen.

Mit 16. Dezember 2014 wurden von der Tiroler Landesregierung aktualisierte Erschließungskostenfaktoren veröffentlicht. Für Innsbruck Stadt beträgt dieser seither EUR 220,00 (davor EUR 115,55). Für das Jahr 2015 wurde der bis 2014 geltende Höchstsatz von EUR 5,78 (= 5% von EUR 115,55) fortgeschrieben.

Nachdem die letzte Erhöhung des Erschließungsbeitrages im Jahr 2000 stattfand und seither allein die Inflation 33,9% beträgt, wird eine stufenweise Anpassung in den kommenden Jahren vorgeschlagen.

ANTRAG

Der Erschließungsbeitragssatz für die Bemessung des Erschließungsbeitrages wird gem. § 7 Tiroler Verkehrsaufschließungsabgabengesetz für das Jahr 2016 mit 2,86% des vom Land Tirol veröffentlichten Erschließungskostenfaktors festgesetzt. Das sind EUR 6,30 bzw. +9% gegenüber 2015.

7. HUNDESTEUER (HH-Ansatz 920000)

(zu Punkt 5.2, Gruppe 9)

Aufgrund der Hundesteuerordnung 2013 wird die Hundesteuer weiterhin mittels Jahresbescheid vorgeschrieben, die Tarife können aber auch unterjährig auf monatlicher Basis abgerechnet werden. Der Vorschlag sieht für den (Normal-)Jahrestarif eine Erhöhung um 1,20% vor.

Weiters wird vorgeschlagen, den Steuersatz für den Wachhund darüber hinausgehend zu erhöhen, um sukzessive eine Angleichung der Ermäßigung für Wachhunde und von Hunden, die von Mindesteinkommensbeziehern gehalten werden, zu erreichen.

ANTRAG

Die Hundesteuer wird ab 01.01.2016 wie folgt festgesetzt:

	2015 [EUR]	2016 [EUR]	
Pro Hund (Jahrestarif)	86,40	87,60	+1,39%
Für Wachhunde und Hunde, die in Ausübung eines Berufes oder Gewerbes gehalten werden (§3 Abs. 1 der Hundesteuerordnung), je Hund	42,00	45,00	+7,14%
Ermäßigter Steuersatz gem §3 Abs. 2 der Hundesteuerordnung, je Hund	46,80		+/-0%
Ersatzhundemarke (inkl. Porto)	2,00		+/-0%

8. WASENMEISTEREIGEBÜHREN (HH-Ansatz 581010)

(zu Punkt 5.2, Gruppe 5)

Der Antrag für die Wasenmeistereigebühren sieht für 2016 eine Erhöhung um ca. 2,0% vor

ANTRAG

Die Gebühren für die Wasenmeisterei werden ab 01.01.2016 wie folgt festgesetzt:

	2015 [EUR]	2016 [EUR]	
1. Beseitigen eines Tierkadavers:			
Wasenmeistereigrundgebühr	11,00	11,20	1,82%
zzgl. gewichtsabhängiger Beseitigungsgebühr ¹	11,00	11,20	1,82%
<i>Bei Abholung zusätzlich Fuhrgebühr – Tarif lt. Fuhrpark + 20% USt.</i>			
2. Beseitigung verdorbener Nahrungsmittel oder sonstiger Abfälle aus der Nahrungsmittelindustrie und dem Nahrungsmittelgewerbe je kg wie in lit. 1.			
3. Vorbereitung, Öffnung eines Kadavers zur Untersuchung (Sektion)	11,00	11,20	1,82%
4. Aufladen eines Großtierkadavers auf das Transportfahrzeug	16,00	16,30	1,88%
5. Fuhrgebühr bei Benützung eines LKW's je km Fahrstrecke: Tarif lt. Fuhrpark			
6. Dienstgang zu einer Partei	11,00	11,20	1,82%
7. Fütterung und Pflege eines in Quarantäne befindlichen oder nach §13 Abs. 2 der Wasenmeisterordnung in Verwahrung genommenen Tieres, je Tag und Tier			
a) bei einem Hund	11,00	11,20	1,82%
b) bei Reptilien, Amphibien, Fischen, Vögeln, Katzen, Frettchen, andere Kleinsäuger	6,70	6,80	1,52%
8. Auslösen eines abgenommenen, eingefangenen oder geborgenen und in Verwahrung genommenen Tieres durch dessen Eigentümer	16,00	16,30	1,88%
9. Abhäuten eines Kadavers und Ausfolgung der Haut (Fell) an den Eigentümer	25,30	25,80	1,98%
10. Tötung eines Tieres auf Verlangen des Eigentümers	32,60	33,30	2,15%
11. Bergung eines Tieres	11,00	11,20	1,82%
<i>Außerhalb der normalen Dienstzeit Zuschlag von 50%</i>			
<i>Fuhrgebühr lt. Tarif Fuhrpark</i>			

¹ Zu den Entgeltsätzen der Punkte 1 bis 11 tritt die Umsatzsteuer im gesetzlichen Ausmaß (derzeit +20%) ausgenommen hiervon ist die Abrechnung der gewichtsabhängigen Tierkadaverbeseitigung je kg welche mit 10% USt zu belegen ist.

HAUSHALTSSATZUNG 2016

(genehmigt mit Gemeinderatsbeschluss vom)

I.

Gemäß § 57 Abs. 2 des Innsbrucker Stadtrechtes, LGBl. Nr. 53/1975, in der geltenden Fassung, setzt der Gemeinderat den Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 2016 wie folgt fest:

Ordentliche Gebarung

Einnahmen	342.084.900
Ausgaben	352.409.800
Zuschuss	10.324.900

Außerordentliche Gebarung

Einnahmen	110.520.000
Ausgaben	110.520.000

Die Aufgliederung dieser Beträge auf die einzelnen Voranschlagsposten ist in den Anlagen ausgewiesen.

II.

Gemäß § 54 Abs. 4 des Innsbrucker Stadtrechtes genehmigt der Gemeinderat den Dienstpostenplan für das Rechnungsjahr 2016 mit einer Gesamtanzahl von **1.453**. Die Aufgliederung dieser Dienstposten ist in den Anlagen enthalten.

III.

Gemäß § 57 Abs. 3 des Innsbrucker Stadtrechtes werden im Haushaltsjahr 2016 Gemeindeabgaben nach folgenden Rechtsgrundlagen im nachstehend angeführten Ausmaß erhoben:

1. Die Grundsteuer nach dem Grundsteuergesetz 1955, BGBl. Nr. 149/1955, in der geltenden Fassung und dem Grundsteuerbefreiungsgesetz 1987, LGBl. Nr. 64/1987, in der geltenden Fassung.

Die Hebesätze werden gemäß § 27 Grundsteuergesetz 1955 und § 15 Abs. 1 Finanzausgleichsgesetz 2008, BGBl. Nr. 103/2007, in der geltenden Fassung, für das Jahr 2016 wie folgt festgesetzt:

- a.) Grundsteuer von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben
Hebesatz 500 v. H. des Steuermessbetrages
 - b.) Grundsteuer von den Grundstücken
Hebesatz 500 v. H. des Steuermessbetrages
2. Die Kommunalsteuer nach dem Kommunalsteuergesetz 1993, BGBl. Nr. 819/1993 vom 30.11.1993, in der geltenden Fassung.
 3. Die Vergnügungssteuer aufgrund des § 15 Abs. 3 Z 1 Finanzausgleichsgesetz 2008, BGBl. Nr. 103/2007, in der geltenden Fassung und nach dem Vergnügungssteuergesetz 1982, LGBl. Nr. 60/1982, in der geltenden Fassung mit den gesetzlichen Normalhöchstsätzen, soweit im Folgenden nichts anderes bestimmt ist.

Die Steuer beträgt:

- a.) für Sportveranstaltungen, Schulbälle, Hochzeiten, den Besuch von Museen/Panoramen, Tiergärten und Tierschauen von Zirkussen, sowie von Konzerten, Kleinkunstvorträgen, Vorträgen, Filmvorführungen, Tanztheater- und Sprechtheatervorstellungen und dergleichen, bei denen der kulturelle oder volksbildende Charakter überwiegt und die ohne Verbindung mit einer Tanzbelustigung von in Innsbruck ansässigen Kulturvereinigungen und Institutionen durchgeführt werden, sofern die Veranstaltung nicht über den üblichen Vereinsrahmen hinausreicht, **0 % vom Eintrittsentgelt.**
 - b.) für Zirkusveranstaltungen, Besichtigung von Sportanlagen, die mechanische Wiedergabe musikalischer Stücke, soweit damit keine Tanzbelustigung verbunden ist (konzert-typische Darbietungsmusik), sowie die oben angeführten kulturellen und volksbildenden Veranstaltungen, welche von Agenturen und anderen als unter lit. a.) angeführten Veranstaltern durchgeführt werden, **4 % vom Eintrittsentgelt.**
 - c.) für Tiroler Abende mit qualitativem und kulturellem Charakter **8 % vom Eintrittsentgelt.**
 - d.) für Ballveranstaltungen mit lebender Musik, Feste für Studierende mit Tanz, sonstige Tanzveranstaltungen mit lebender Musik, Tiroler Abende mit Showcharakter, das Ausspielen von Geld und Gegenständen, Besichtigungen von Sehenswürdigkeiten, Modeschauen, Showveranstaltungen und Ausstellungen, soweit sie gemäß lit. a.) nicht mit 0 % festgesetzt sind, sowie für Gästebobfahrten und Hallen-Go-Kart-Veranstaltungen, **15 % vom Eintrittsentgelt.**
 - e.) für Glücksspielautomaten im Sinne des § 18 Abs. 3 lit. b und c Vergnügungssteuergesetz in Verbindung mit § 18 Abs. 5 leg. cit. wird gemäß § 20 leg. cit. die Pauschsteuer mit EUR 440,00 für jeden angefangenen Monat festgesetzt.
 - f.) die in den §§ 16 Abs. 2, 17 Abs. 1 Ziff. 1 - 3 und 5, 18 Abs. 4 und 19 Abs. 1 Vergnügungssteuergesetz festgesetzten Sätze werden im doppelten Ausmaß erhoben.
 - g.) § 22 Vergnügungssteuergesetz gilt auch für Veranstaltungen, deren Ertrag für gemeinnützige Zwecke verwendet wird.
4. Die Hundesteuer aufgrund des § 15 Abs. 3 Z 2 Finanzausgleichsgesetz 2008, BGBl. Nr. 103/2007, in der geltenden Fassung, des Tiroler Hundesteuergesetzes, LGBl. Nr. 3/1980, sowie der Hundesteuerordnung 2013 für die Stadt Innsbruck, Gemeinderatsbeschluss vom. 13.12.2012, mit den vom Gemeinderat am beschlossenen Sätzen.
5. Der Erschließungsbeitrag nach dem Tiroler Verkehrsaufschließungsabgabengesetz 2011 - TVAG 2011, LGBl. Nr. 58/2011, in der geltenden Fassung, unter Anwendung eines Einheitssatzes von EUR , das sind % des mit Verordnung der Tiroler Landesregierung vom 16.12.2014, LGBl. Nr. 184/2014, für das Gebiet der Stadt Innsbruck festgelegten Erschließungskostenfaktors.

6. Die Ausgleichsabgabe für die Befreiung von Stellplätzen und Garagen nach dem Tiroler Verkehrsaufschließungsabgabengesetz 2011 - TVAG 2011, LGBl. Nr. 58/2011, in der geltenden Fassung, mit EUR 4.400,00 für oberirdische Abstellplätze und EUR 13.200,00 für unterirdische Garagen, das ist das 20-fache bzw. 60-fache des mit Verordnung der Tiroler Landesregierung vom 16.12.2014, LGBl. Nr. 184/2014, für das Gebiet der Stadt Innsbruck festgelegten Erschließungskostenfaktors.
7. Der Gehsteigbeitrag nach dem Tiroler Verkehrsaufschließungsabgabengesetz 2011 - TVAG 2011, LGBl. Nr. 58/2011, in der geltenden Fassung, unter Anwendung eines Gehsteigbeitragssatzes von EUR , das ist ein Hundertstel der durchschnittlichen Kosten für die Herstellung eines Quadratmeters zeitgemäßer Gehsteigfläche von EUR .
8. Die Abgabe für die Benützung öffentlichen Gemeindegrundes und des darüber befindlichen Luftraumes nach dem Tiroler Gebrauchsabgabengesetz, LGBl. Nr. 78/1992, in der geltenden Fassung, mit einem Hundertsatz von 6 v. H. der Leistungsentgelte. Die Abgabenschuldner(innen) haben jeweils zum 01. Februar, 01. Mai, 01. August und 01. November eine Vorauszahlung in der Höhe von jeweils 25 v. H. des Abgabebetrag des vorangegangenen Wirtschaftsjahres zu leisten. Verbleibende Abgabenschuldigkeiten sind mit der nächsten Vorauszahlung zu entrichten, Guthaben sind den Abgabenschuldner(inne)n spätestens bis zum übernächsten Vorauszahlungstermin zu erstatten.
9. Gebühren von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, insbesondere
 - a.) die Abfallgebühren nach der Abfallgebührenordnung der Landeshauptstadt Innsbruck 2012, Gemeinderatsbeschluss vom 23.02.2012 in der geltenden Fassung, mit den vom Gemeinderat am beschlossenen Sätzen.
 - b.) die Gehwegreinigungsgebühren nach der Gehwegreinigungsgebührenordnung, Zl. III-3458/1971, in der geltenden Fassung, mit den vom Gemeinderat am beschlossenen Sätzen.
 - c.) die Marktgebühren nach der Marktgebührenordnung, Gemeinderatsbeschluss vom 01.12.2000, abgeändert mit Gemeinderatsbeschluss vom 21.06.2001 und 14.07.2011, in der geltenden Fassung, mit dem vom Gemeinderat am beschlossenen Gebührentarif.
 - d.) die Gebühren für die Benützung der städtischen Friedhöfe nach der Friedhofsgebührenordnung, Gemeinderatsbeschluss vom 04.12.1997, in der geltenden Fassung, mit den vom Gemeinderat am beschlossenen Sätzen.
 - e.) die Gebühren für die Leistungen der Wasenmeisterei zu den vom Gemeinderat am beschlossenen Sätzen.
10. Die Parkabgabe aufgrund des § 15 Abs. 3 Z 5 Finanzausgleichsgesetz 2008, BGBl. Nr. 103/2007, in der geltenden Fassung, des Tiroler Parkabgabengesetzes 2006, LGBl.Nr. 9/2006, in der geltenden Fassung, und der Innsbrucker Parkabgabeverordnung, Gemeinderatsbeschluss vom 26.01.2006, in der geltenden Fassung.
11. Die Verwaltungsabgaben aufgrund der Bundes-, Landes- und Gemeindeverwaltungsabgabenverordnung.

IV.

Der Voranschlag 2016 entspricht den Bestimmungen der § 10 und 11 des Gesetzes über die risikoaverse Finanzgebarung des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie sonstiger öffentlicher Rechtsträger in Tirol, LGBl. Nr. 157/2013 vom 23.12.2013 als strategische Jahresplanung und Bericht über Finanzgeschäfte sowie das Schulden- und Liquiditätsmanagement.

V.

Die Bürgermeisterin ist ermächtigt, Darlehen im Sinne des § 67 Abs. 2 des Innsbrucker Stadtrechtes für Zwecke der laufenden Kassengebarung (Kassenkredite) im gesetzlich zulässigen Höchstausmaß aufzunehmen sowie Veranlagungen des ertragsfähigen Vermögens der Stadt im Sinne des § 63a Abs. 2 des Innsbrucker Stadtrechtes vorzunehmen.

Innsbruck, am

Die Bürgermeisterin:

Mag.^a Christine Oppitz-Plörer

AUSFÜHRUNGSBESTIMMUNGEN FÜR DEN VORANSCHLAG 2016

Auf Grund der Bestimmungen des IV. Abschnittes des Stadtrechtes der Tiroler Landeshauptstadt Innsbruck, der die Haushalts- und Finanzwirtschaft regelt, treffe ich folgende Verfügungen:

1. Allgemeines

Das Budget 2016 (Voranschlag, Haushaltsplan) bildet die alleinige Grundlage für die Haushaltsführung der Stadt. In ihm sind alle im Rechnungsjahr 2016 zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben aufgenommen. Alle Ansätze des Voranschlages sind für die Gebarung bindend.

Auf die Erzielung der Einnahmen im veranschlagten Ausmaß ist besonders Bedacht zu nehmen.

Die vorgesehenen Ausgabenansätze stellen grundsätzlich unüberschreitbare Höchstbeträge dar. Sie dürfen nur für die bei den einzelnen Voranschlagsposten bezeichneten Zwecke verwendet werden. Bei ihrer Bewirtschaftung ist streng auf die Gebote der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu achten.

Bei den zu Deckungsklassen oder Sammelnachweisen zusammengefassten Ausgabenansätzen dürfen zwar einzelne Ansätze überschritten werden, nicht jedoch die Gesamtsumme der Deckungsklasse oder des Sammelnachweises.

Die Verstärkungsmittel dienen lediglich zur Deckung überplanmäßiger Ausgaben, für die eine andere Deckungsmöglichkeit nicht besteht. Über sie verfügt ausschließlich die Magistratsabteilung IV.

2. Anordnungsberechtigung

Für jede Voranschlagspost ist festgelegt, wer über eine Anordnungsberechtigung (AOB) verfügt.

a) Ordentlicher Haushalt:

Die Kurzform bedeutet:

AS00	amtsführende Stadträte	2100	Allgemeine Bezirks- und Gemeindeverwaltung
BM00	Bürgermeisterin oder ihre Vertreterinnen/Vertreter	2200	Standesamt und Personenstandsangelegenheiten
KA00	Kontrollamtsdirektor oder seine Vertretung	2500	Soziales
MD00	Magistratsdirektor oder sein Vertreter	2600	Kinder- und Jugendhilfe
1000	Leiter der Magistratsabteilung I oder sein Vertreter	2700	Allgemeine Sicherheit und Veranstaltungen
		3100	Stadtplanung, Stadtentwicklung und Integration
		3200	Verkehrsplanung, Umwelt
		3300	Bau-, Wasser-, Gewerbe- und Straßenrecht
		3400	Bau- und Feuerpolizei
2000	Leiterin der Magistratsabteilung II oder ihre Vertreterin	3500	Berufsfeuerwehr
		3600	Tiefbau
3000	Leiter der Magistratsabteilung III oder seine Vertreterin/sein Vertreter	3700	Grünanlagen
		3800	Land- und Forstwirtschaft
		3900	Straßenbetrieb
4000	Leiter der Magistratsabteilung IV oder sein Vertreter	4100	Gemeindeabgaben
		4200	Rechnungswesen
5000	Leiterin der Magistratsabteilung V oder ihr Vertreter	4300	Finanzverwaltung und Wirtschaft
		4400	Wohnungsservice
		4900	Gestellungsbetrieb
		5100	Kultur
		5200	Familie, Bildung und Gesellschaft
		5300	Sport
1100	Präsidialangelegenheiten	5600	Gesundheit, Markt- und Veterinärwesen
1200	Personalwesen	5700	Kinder- und Jugendbetreuung
1300	Informationstechnologie und Kommunikationstechnik		
1400	Bürgerservice und Öffentlichkeitsarbeit		
1500	Allgemeine Servicedienste		

Beschränkt auf den Zuständigkeitsbereich laut Geschäftseinteilung, der Leiter/die Leiterin oder sein(e)/ihr(e) Stellvertreter(in):

b) Außerordentlicher Haushalt:

Magistratsdirektor und Mitglieder der Abteilungsleitungen

Die Anordnungsberechtigung für einen Einnahmekredit schließt die Verpflichtung mit ein, alle Maßnahmen zu treffen, die zur Realisierung der veranschlagten Einnahmen führen.

3. Einnahme- bzw. Auszahlungsanordnungen

Die Einnahme- bzw. Auszahlungsanordnungen sind formgerecht auszufertigen und haben insbesondere, soweit sie sich auf einen zu protokollierenden Aktenvorgang beziehen, die betreffende Magistratsgeschäftszahl, gegebenenfalls auch die Angaben zum jeweiligen Datum zugrunde liegender Organbeschlüsse zu enthalten.

Sie sind nach Feststellung der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit des betreffenden Vorganges - jeweils durch eine(n) entsprechend fachkundige(n) und verlässliche(n) Bedienstete(n), welche(r) hierfür unabhängig von den Anordnungsberechtigten nach Maßgabe des Punktes 8. verantwortlich ist - von den Anordnungsberechtigten eigenhändig zu unterschreiben oder mittels elektronischer Signatur zu bestätigen. Hinsichtlich der Berechtigung zur Weitergabe der Unterschriftsbefugnis verweise ich auf den § 46 Abs. 4 zweiter Satz des III. Abschnittes der Geschäftsordnung des Magistrates der Landeshauptstadt Innsbruck (MGO). Die Bestätigung der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit und die Unterschrift als Anordnungsberechtigte(r) darf jedenfalls nicht durch den (die) gleiche(n) Bedienstete(n) erfolgen.

Alle Anordnungsberechtigten haben besonderes Augenmerk darauf zu richten, dass jene(r) Mitarbeiter(in), welche(n) sie zur Beurkundung der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit heranziehen, die hierfür notwendigen Fähigkeiten aufweist und entsprechend zuverlässig ist.

Alle Einnahmen und Ausgaben sind so zeitgerecht anzuordnen, dass sie zum Fälligkeitstag ordnungsgemäß vollzogen werden können. Aus gegebenem Anlass erinnere ich daran, dass auf die Einräumung allfälliger Preisnachlässe (Rabatte, Kassenskonti) besonders zu achten ist.

Das Verfügungsrecht über einen Ausgabenansatz beinhaltet, dass auch die entsprechenden Aufträge (Bestellungen für Lieferungen und Leistungen) nur vom (von der) Anordnungsberechtigten (auch hier ist die elektronische Signatur zulässig) erteilt werden dürfen.

4. Überplanmäßige und außerplanmäßige Ausgaben

Die genehmigten Ausgabenansätze sind so zu bewirtschaften bzw. auf das Jahr aufzuteilen, dass das Auslangen gefunden werden kann. Wenn sich im Laufe des Rechnungsjahres die Notwendigkeit von Ausgaben, insbesondere auf Grund von gesetzlichen Änderungen oder Verträgen, ergibt, für die im Voranschlag nicht oder nicht ausreichend Vorsorge getroffen wurde, so ist zunächst eine Bedeckung dieser Mehrausgabe im Rahmen der fallweise gegebenen Deckungsklasse oder des betreffenden Sammelnachweises zu finden. In den übrigen Fällen, bei den so genannten gebundenen Ausgaben und falls die Überschreitung einer Deckungsklasse oder eines Sammelnachweises trotz Ausschöpfung sämtlicher Einsparungsmaßnahmen absolut unumgänglich ist, ist unbedingt vor

Eingehen jedweder Verpflichtung zeitgerecht um die Genehmigung eines Nachtragskredites anzusuchen. Ein solches Ansuchen ist rechtzeitig, also vor dem Eingehen von Verpflichtungen, die durch den Voranschlag nicht gedeckt sind, einzureichen und klar und ausführlich zu begründen. Die Auswirkungen auf die Mittelfristige Finanzplanung und Angaben zu den Folgekosten sind darzulegen. In jedem Fall müssen Vorschläge für die Bedeckung der über- oder außerplanmäßigen Ausgaben durch die ansuchende Dienststelle gemacht werden. Die Bedeckung ist grundsätzlich durch anderweitige Einsparungen zu finden. Angenommene Mehreinnahmen stellen nur in wirklichen Ausnahmefällen akzeptable Begründungen dar.

Die zur Bedeckung von Mehrausgaben (Überschreitungen) herangezogenen Beträge bleiben endgültig gebunden. Auf Ausgabenansätze, die zur Bedeckung verwendet werden, sind nachträgliche Krediterhöhungen (überplanmäßige Ausgaben) unzulässig.

Über- und außerplanmäßige Mittel dürfen erst nach erteilter Genehmigung in Anspruch genommen werden.

5. Gliederung der Ausgabenansätze

Um eine haushaltsrechtlich sachgerechte Zuordnung der Ausgabenansätze zu erreichen sind diese im Ordentlichen Haushalt nach folgenden Kriterien gegliedert:

- Gebundene Ausgaben (GA) - durch öffentlich-rechtliche oder privatrechtliche Verpflichtungen festgelegte Ausgaben
- Deckungsklassen (DK) - laufende, der Höhe nach in der Regel beeinflussbare Betriebsausgaben
- Sammelnachweise (SN) - zusammengefasste, einheitlich bewirtschaftete Betriebsausgaben
- Laufende Infrastrukturausgaben (IA) - laufende Ausgaben für die Infrastruktur, das sind Ersatzbeschaffungen, Ergänzungen und Instandhaltungen

6. Gebundene Ausgaben (GA) - Sperre

Solange der ordentliche Haushalt nicht durch Mehreinnahmen oder Minderausgaben ausgeglichen werden kann, bleibt der Ansatz der Vp. 1/899300-755200 (Lfd. Transferzlg.-Abgangsdeckung Verrechnung) gesperrt.

Die Aufhebung der Sperre hat über Antrag im Wege des Ausschusses für Finanzen, Subventionen und Beteiligungen durch den Gemeinderat zu erfolgen.

7. Deckungsklassen (DK) - Sperre

Solange der ordentliche Haushalt nicht durch Mehreinnahmen oder Minderausgaben ausgeglichen werden kann, bleiben von den Ansätzen der Deckungsklassen 10 % gesperrt. Bei den gesperrten Deckungsklassen darf die finanzielle Planung nur auf 90 % der Gesamtsumme der Deckungsklasse ausgerichtet werden.

Der Stadtsenat ist ermächtigt, die Aufhebung der Sperre zu genehmigen, doch darf dadurch die Erreichung einer ausgeglichenen Gebarung nicht in Frage gestellt werden.

8. Laufende Infrastrukturausgaben (IA) - Sperre

Auf Grund der Verpflichtungen aus dem österreichischen Stabilitätspakt haben die Gemeinden ein ausgeglichenes Maastricht-Ergebnis zu erreichen. Zudem ist ein Ausgleich im Ordentlichen Haushalt durch Mehreinnahmen und/oder Minderausgaben herbeizuführen. Deshalb werden die Kredite für Laufende Infrastrukturausgaben (IA) gesperrt und bedürfen grundsätzlich der Freigabe durch den (die) zuständige(n) Abteilungsleiter(in). Ansuchen um Freigabe sind zeitgerecht bei dem (der) jeweiligen Abteilungsleiter(in) einzubringen.

Zusätzlich kann dem Stadtsenat die Freigabe bestimmter laufender Ausgaben für die Infrastruktur (IA) vorbehalten werden. Die Kreditfreigabe für diese gekennzeichneten Ansätze kann nur nach Vorlage klar und ausführlich begründeter Ansuchen erfolgen.

9. Außerordentlicher Voranschlag

Die Bewirtschaftung der Ausgabenansätze des Außerordentlichen Voranschlages kann durch die Anordnungsberechtigten ohne weitere Freigabebeschlüsse erfolgen, es sei denn, dass sich in besonderen Einzelfällen der Gemeinderat eine Freigabe vorbehalten hat. Die Bewirtschaftung ist wie im Ordentlichen Haushalt in qualitativer und quantitativer Hinsicht strikt nach den beschlossenen Ansätzen auszurichten. Nachträge zu diesen Ausgabenansätzen sind grundsätzlich nur dann zulässig, wenn zur Wahrung des Gesamtfinanzierungsrahmens bei anderen Ausgabenposten entsprechende Einsparungen erfolgen oder Mehrerlöse bei den AO-Einnahmen sichergestellt sind.

Bei Vorhaben, deren Abwicklung sich über mehr als eine Haushaltsperiode erstreckt, können Verpflichtungen (Bestellungen) zulasten der Ausgabenansätze der nächsten Haushaltsjahre eingegangen werden. Solche Verpflichtungsermächtigungen werden vom Gemeinderat nach Prüfung durch den Ausschuss für Finanzen, Subventionen und Beteiligungen erteilt.

10. Stellungnahme MA IV

Vorlagen für Gremialbeschlüsse, die eine einmalige oder eine laufende Verpflichtung für die Stadt Innsbruck mit einem Betrag über EUR 50.000,00 beinhalten, ist eine schriftliche Stellungnahme der MA IV, die zeitgerecht bei der Abteilungsleitung IV einzuholen ist, beizulegen.

Als Grundlage für diese Stellungnahme dienen die Berechnung des Vorhabens, dessen Auswirkungen auf die laufende und/oder Mittelfristige Finanzplanung und Angaben über die Folgekosten hinsichtlich Sach- und Personalaufwand.

11. Überwachung von Ausgaben

Sämtliche anordnungsberechtigten Dienststellen haben eine zweckentsprechende Haushaltsüberwachung zu führen, sodass jederzeit über den Stand der Ausgabemittel Auskunft gegeben werden kann. Diese Haushaltsüberwachung hat neben den bereits verbrauchten auch die durch Bestellungen gebundenen Kredite zu enthalten. Die Führung einer Haushaltsüberwachung ist entbehrlich für alle Einnahmen (Haushaltshinweise 2, 6 und 0), ferner bei den Ausgaben für alle Voranschlagsposten der Postenklasse 5 (Leistungen für Personal) und der Postenklasse 9 (Kapital- und Abschlusskonten).

Im Unternehmensbereich sind die Nettobeträge ohne Umsatzsteuer, im Bereich der Hoheitsverwaltung die Bruttobeträge in den Haushaltsüberwachungslisten einzutragen.

Das Amt Rechnungswesen/Referat Buchhaltung ist beauftragt, alle angeordneten Einnahmen und Ausgaben auf die Richtigkeit der Einweisung entsprechend der Gliederung des Voranschlages zu überprüfen und alle Anordnungen, aus deren Inhalt sich die Unrichtigkeit der von den Anordnungsberechtigten vorgenommenen Kontierung ergibt, zurückzuweisen bzw. erst nach entsprechender Berichtigung zum Vollzug weiterzuleiten. Weiters ist unsere Buchhaltung beauftragt, Ausgaben, die Kreditüberschreitungen bzw. Überschreitungen der Deckungsklasse zur Folge haben oder für die außerplanmäßige Mittel erforderlich sind, nicht zur Auszahlung zu bringen, es sei denn, es wird schriftlich von den Anordnungsberechtigten eine Verfügung der Bürgermeisterin oder ihrer Vertretung im Sinne des § 62 des Innsbrucker Stadtrechtes beigebracht.

Die Verwendung der für das Jahr 2016 bewilligten Ausgaben ist nur bis zum 31.12.2016 gestattet. Verbindlichkeiten, die im Jahre 2016 fällig werden, sind von den Anordnungsberechtigten spätestens im Auslaufmonat (Jänner 2017) einzuweisen.

Ausgabemittel des Ordentlichen Voranschlages, über die am Ende des Rechnungsjahres noch nicht verfügt ist, gelten als eingespart. Es ist nicht gestattet, unverbrauchte Mittel für Vorauszahlungen auf Lieferungen und Leistungen, die erst im folgenden Jahr durchgeführt werden sollen, zu verwenden.

Ausgabemittel des Außerordentlichen Voranschlages, über die am Ende des Rechnungsjahres noch nicht verfügt ist, gelten als verfallen. Der Gemeinderat kann über Antrag des Ausschusses für Finanzen, Subventionen und Beteiligungen über deren weitere Verwendung (Übertragbarkeit in das Folgejahr, „Überträge“) nach Abschluss der Kassen- und Rechnungsbücher verfügen.

Es ist streng darauf zu achten, dass keine Kassenskonti durch eine verspätete Zahlung verloren gehen. Zu diesem Zweck sind solche Rechnungen spätestens drei Tage vor Fälligkeit unserer Buchhaltung zu übermitteln.

12. Hochrechnung

Vom Amt Rechnungswesen/Referat Buchhaltung ist eine Hochrechnung des Ordentlichen Haushaltes bis spätestens Ende September des Rechnungsjahres von den Dienststellen einzufordern. Der Status der Buchungen wird bis 31. August mitgeliefert. Die AOB, die die Hochrechnung nicht fristgerecht beim Referat Buchhaltung abgeben, haben zur Kenntnis zu nehmen, dass die MA IV 15 % der noch verfügbaren Mittel abzieht.

13. Haftung

Auf die disziplinarische und allenfalls arbeitsrechtliche Verantwortlichkeit bei Verstößen gegen haushaltsrechtliche Vorschriften und/oder gegen diese Ausführungsbestimmungen erinnere ich an dieser Stelle besonders und mache ausdrücklich darauf aufmerksam.

Dies gilt ebenfalls für eine fachlich unzureichende Bestätigung der sachlichen oder rechnerischen Richtigkeit von Vorgängen auf Einnahme- bzw. Auszahlungsanordnungen. Im Übrigen verweise ich auf die Bestimmungen des Organhaftpflichtgesetzes - Org-HG, BGBl.Nr. 181/1967, und des Dienstnehmerhaftpflichtgesetzes, BGBl.Nr. 80/1965, beide in der jeweils geltenden Fassung.

Innsbruck, am

Die Bürgermeisterin:

Mag.^a Christine Oppitz-Plörer

Dienstpostenplan des Gestellungsbetriebes der Stadt Innsbruck 2016

	OP-Plan 1.1.2016
A IX	0
A VIII	1
A VII/VIII	3
A VII/VIII KZF	1
A VII	0
A ZV/VII	3
B VII	8
B VI/VII	10
B VI/VII KZF	3
B VI	0
B ZV/VI	14
C V	32
C-IV/V	4
C-IV/V KZF	3
C I-IV	28
C I-IV KZF	4
D I-IV	6
P1 I-IV	7
P1 I-III	23
P2 I-III	10
P3 I-III	5
P4 I-III	17
P5 I-III	2
Summe	184